Iswolski und der Weltkrieg

Auf Grund der neuen Aktenpublikation des Deutschen Auswärtigen Amtes

von

Friedrich Stieve



Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m.b.H.
BERLIN

L

Iswolski
und der Weltkrieg
1911–1914



Auf Grund der

Dokumentenveröffentlichung

des Deutschen Auswärtigen Amtes

Iswolski
und der Weltkrieg
1911–1914

Auf Grund der neuen Dokumenten-
Veröffentlichung des Deutschen
Auswärtigen Amtes

von

Friedrich Stieve

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

4. Auflage

7. und 8. Tausend

Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gedruckt in der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

Vorwort

Dies Buch will in erster Linie ein Führer durch die im Auftrage des Auswärtigen Amtes von mir herausgegebenen vier Aktenbände sein, die den „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis“ aus den Jahren 1911 bis 1914 enthalten. Es versucht darüber hinaus eine zusammenfassende Darstellung jener politischen Ereignisse zu geben, die in den genannten Dokumenten behandelt werden. Natürlich war es nicht angängig, den ganzen, sehr reichlichen Stoff restlos zu verarbeiten und in die Erzählung aufzunehmen. Zahlreiche Einzelfragen mußten beiseite gelassen werden. Denn es kam in erster Linie darauf an, die großen Linien einer geschichtlichen Entwicklung hervortreten zu lassen, um so ein möglichst klares Bild von der Tätigkeit Iswolskis und seiner Mitspieler während der erwähnten Zeitspanne entwerfen zu können. Manches von dem Inhalt unserer Schilderung ist bereits bekannt, manches aber dürfte bisher weniger beachtet worden sein und jedenfalls liegt eine zusammenfassende Geschichte von Iswolskis diplomatischer Arbeit in Paris noch nicht vor. Bei dem großen Interesse, das die Entstehung des Weltkrieges für unsere heutige Generation haben muß, erscheint es immerhin als lohnende Aufgabe, einmal auf einem abgegrenzten Gebiete dem Werden jener Katastrophe nachzugehen, unter der heute noch die Nationen Europas und besonders unser eigenes Volk so schwer zu leiden haben. Nur die Erkenntnis der vollen Wahrheit über die Frage, wie es zu dem Unglück von 1914 kommen konnte, wird zu seiner geistigen und ethischen Überwindung führen, denn auch den großen Leiden der Menschheit gegenüber gilt der Satz Schillers: „Nur

der Irrtum ist das Leben, und das Wissen ist der Tod." Diese Leiden verlieren ihre Macht über uns, wenn wir ihre Gründe durchschaut haben und uns ihres wahren Sinnes bewußt geworden sind.

Wir Deutsche in Sonderheit dürfen erwarten, daß der Sieg der Wahrheit uns von dem schrecklichsten Vorwurfe befreien wird, der jemals im Laufe der Geschichte einem Volke gemacht worden ist, von dem Vorwurfe nämlich, daß wir allein den Weltbrand verursacht haben. Gegen diese ungeheuerliche Behauptung bringt auch dieses Buch Beweise, die, wie wir hoffen, eine unparteiische Untersuchung nicht überhören kann.

Berlin, im September 1924 Friedrich Stieve

Inhalt

I

Die Vorgeschichte Iswolskis

Alexander Petrowitsch Iswolski wurde im Jahre 1856 geboren. Über sein Leben, seine Entwicklung und vor allem seine politische Tätigkeit vor 1911, das heißt vor seiner Ernennung zum russischen Botschafter in Paris, wissen wir verhältnismäßig wenig. Die Selbstbiographie, die er herausgeben wollte, ist über den ersten Band nicht hinausgekommen, da ihn in Biarritz über der Arbeit an dem Werke im Alter von 63 Jahren der Tod überraschte. Dieser erste Band[1]) enthält jedoch immerhin einige Angaben, die für die Beurteilung des Mannes von Wichtigkeit sind und daher eine kurze Erwähnung verdienen.

Das Vorwort der Tochter Helene teilt uns folgende Einzelheiten über den Werdegang ihres Vaters mit: Iswolski war Schüler des Kaiserlichen Lyzeums in Petersburg und trat mit 19 Jahren in den Dienst des russischen Auswärtigen Amtes ein. Drei Jahre später wurde er als Sekretär einer internationalen Kommission nach Philippopel gesandt, wo er zuerst mit den Problemen des nahen Orients in Berührung kam. Hierauf bekleidete er diplomatische Posten in Bukarest und Washington. In ziemlich jungen Jahren erhielt er den Auftrag, sein Land beim Vatikan zu vertreten, wo er sechs Jahre blieb und besonders gute Beziehungen zum Kardinal Rampolla anknüpfte. Später war er Gesandter in Belgrad, München, Tokio und Kopenhagen. Im Jahre 1906 wurde er zum russischen Außenminister ernannt.

Bis dahin sind uns nur zwei Einzelheiten über seine Tätigkeit bekannt, und zwar aus der Zeit, die er in Kopenhagen zubrachte. Als der unglückliche Krieg Rußlands gegen Japan am Hofe des Zaren Nikolaus II. eine von dem damaligen Finanzminister Witte geführte Strömung aufkommen ließ, die ein Bündnis Rußlands mit den übrigen großen

[1]) Mémoires de Alexandre Iswolski, Ancien Ambassadeur de Russie à Paris (1906—1910). Préface de M. Gabriel Hanotaux. Paris, Payot.

Festlandsmächten, vor allem mit Deutschland befürwortete, wurden die Vertreter im Auslande über ihre Meinung hinsichtlich dieses Gedankens befragt und neben Benckendorff in London und Nelidow in Paris erklärte sich auch Iswolski dagegen. Die Widersacher Wittes wiesen vor allem darauf hin, daß Frankreich nicht mitmachen werde, und daß man sich diesen Bundesgenossen nicht entfremden dürfe[1]). Iswolski selbst erzählt uns außerdem, er habe in Kopenhagen, anläßlich eines Aufenthaltes, den König Eduard VII. von England dort nahm, „die Gelegenheit gehabt, in langen Unterhaltungen mit dem englischen Souverän die Grundlagen des zwischen Rußland und England 1907 getroffenen Abkommens zu entwerfen, das einen so großen Einfluß auf den Gang der Ereignisse in Europa gehabt hat“[2]).

Das genannte Abkommen wird uns noch beschäftigen. Es genügt zunächst die Feststellung, daß Iswolski ein überzeugter Anhänger jener Richtung in der russischen Politik war, die das Heil ihres Landes im Zusammengehen mit den Westmächten, Großbritannien und Frankreich, erblickte. Dementsprechend war er als Vertreter des Zarenreiches in Tokio nach seinen eigenen Worten gegen jede Verschärfung des Gegensatzes zu Japan, und wenn wir seiner Darstellung folgen, zog er sich durch diese Haltung sogar die Ungnade seines Monarchen zu, der sich unter dem Einfluß von Bézobrazow und der Admiräle Abaza und Alexeiew zum Kriege gegen Japan entschloß[3]). Gegen Ende des russisch-japanischen Feldzuges tauchte in Petersburg vorübergehend der Plan auf, Iswolski zum Botschafter in Berlin zu ernennen, der jedoch nicht verwirklicht wurde. Auch seine Entsendung zu den Friedensverhandlungen nach Portsmouth kam nicht zustande, und zwar weil er selbst sich dagegen erklärte. Jedenfalls gewann der Diplomat, der von den Unternehmungen im fernen Osten abgeraten hatte und durch den unglücklichen Ausgang des Krieges recht behielt, wieder an Ansehen und das war der Grund, warum ihm im Mai 1906 die Geschäfte des Außenministeriums übertragen wurden.

Kurz vorher, d. h. im März, begab er sich nach Paris, wo er mit drei anderen russischen Diplomaten, dem Botschafter in London, Graf Benckendorff, dem Botschafter in Paris, Nelidow, und dem Botschafter in Rom, Murawiew, zusammentraf[4]). Unter den vier Politikern fand ein Gedankenaustausch über das Programm statt, dem Rußland folgen

---

[1]) H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus II, S. 66. — Mémoires du Comte Witte; traduction de Francois Rousseau, Paris, S. 360 ff.

[2]) Mémoires de A. Iswolski, S. 24.

[3]) Ebenda, S. 25.

[4]) Ebenda, S. 39.

müsse und das der neue russische Außenminister dann bei seinem Amtsantritt seinem Kaiser unterbreitete. Iswolski nennt es selbst das Programm, „dessen weitere Entwicklung zu dem unter der Bezeichnung ‚Triple-Entente‘ bekannten System führte.“

Über die einzelnen Erwägungen, die zu diesem Kurs führten, schreibt er nach einer gründlichen Verurteilung des 1905 zu Björkö zwischen Kaiser Wilhelm II. und Zar Nikolaus II. abgeschlossenen, aber nachher nicht ratifizierten deutsch-russischen Bündnisvertrages, in seinem Buch [1]:

„Die Stellung Rußlands in Europa war durch die Tatsache bestimmt, daß es seit mehr als 15 Jahren durch einen förmlichen Allianzvertrag mit Frankreich verbündet war. Kaiser Nikolaus hatte allerdings momentan den arglistigen Anstrengungen Kaiser Wilhelms nachgegeben, die darauf ausgingen, Rußland in einem politischen System zu engagieren, das es seiner Natur nach, wenn nicht vollständig von Frankreich loslöste, so doch wenigstens in eine unendlich viel kompliziertere und unsicherere Lage brachte; der Irrtum des Kaisers Nikolaus war nur vorübergehend; sein Ehrgefühl und sein guter Instinkt hatten ihn daran verhindert, dabei zu bleiben und es war ihm mit Hilfe des Grafen Lamsdorff gelungen, sich aus der Schlinge zu ziehen, die ihm gelegt worden war. Das Bündnis mit Frankreich war intakt; unterdessen hatten sich im Laufe der zwei Jahre, die gerade zu Ende gingen, große Veränderungen auf dem Gebiet der französischen Politik vollzogen. Frankreich und England hatten auf ihren alten Zwist verzichtet und eine Ära des gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft war zwischen diesen beiden Mächten angebahnt worden. Rußland hatte bereits während des Krieges mit Japan in nennenswerter Weise die Wohltat dieser Entente verspürt; damit es jedoch dauerhafte und vollständige Vorteile daraus ziehen konnte, war es klar, daß es sich selbst England nähern müsse; dies aber war nur möglich, wenn es, dem Beispiel Frankreichs folgend, Mittel fand, um die zahlreichen Schwierigkeiten zu beseitigen, die es von jener Macht trennten; ferner genügte eine Annäherung an England allein nicht, sondern sie mußte notwendigerweise durch eine ehrliche Aussöhnung mit Japan ergänzt werden. Durch die Befolgung einer solchen Politik würde Rußland nicht nur seine Stellung als Verbündeter Frankreichs verstärken, sondern auch dem ganzen Gebäude der Doppelallianz eine neue und festere Grundlage verleihen ...“

Im Anschluß hieran wird dann die Besprechung der vier Diplomaten in Paris wieder erwähnt und festgestellt: „Wir waren zu dem

---

[1]) Mémoires, S. 90 ff.

einstimmigen Schluß gelangt, daß die Außenpolitik Rußlands weiterhin auf der unerschütterlichen Grundlage seines Bündnisses mit Frankreich beruhen müsse, daß aber dieses Bündnis durch Abkommen mit England und Japan gestärkt und erweitert werden solle."

Die wiedergegebenen Worte sind deshalb von Bedeutung, weil sie den für das Schicksal unseres Weltteiles entscheidenden Augenblick schildern, in dem das russische Reich sein Gesicht dem fernen Osten ab- und Europa zuwandte, in dem sein Drang zum Meere nicht mehr an der Küste des Stillen Ozeans, sondern im Westen nach Befriedigung strebte. Und der Vollstrecker dieser historischen Wendung des großslawischen Imperialismus war niemand anders als Alexander Iswolski.

Ein kurzer Überblick über die uns bekannten Vorgänge während seiner Zeit als Außenminister wird uns sofort zeigen, daß er seinem soeben entwickelten Programm treu geblieben ist.

Das erste, was wir beobachten können, ist, daß Iswolski tatsächlich fast unmittelbar nach seinem Amtsantritt die Annäherung an die miteinander verbündeten Länder Japan und England betreibt[1]). Das letztere ließ sich leichter dazu bewegen als das erstere, denn Großbritannien hatte von dem durch Japan geschlagenen Rußland für seine asiatischen Interessen nicht mehr so viel zu fürchten wie bisher. Aber auch in Tokio wurde man zur Versöhnung mit dem bisherigen russischen Feinde bereit, als ein ernster Konflikt mit den Vereinigten Staaten drohte, die nunmehr der Hauptrivale Nippons am Stillen Ozean waren. Am 30. Juli 1907 kam ein Vertrag zwischen Rußland und Japan zustande, der alle noch bestehenden Streitfragen klärte und die Interessensphären in China gegenseitig abgrenzte. Nun konnte Iswolski auch die Bereinigung der Gegensätze zu England rasch vollziehen. Am 31. August 1907 wurde in Petersburg zwischen dem Zarenreich und Großbritannien ein Abkommen vereinbart, das für Afghanistan, Tibet und Persien alle Reibungsflächen zwischen dem Zarenreich und England entfernte. In Afghanistan wurden die bestehenden Verhältnisse anerkannt, Tibet wurde beiderseits freigegeben und Persien teilte man in drei Zonen ein, deren nördliche Rußland als Einflußgebiet zufallen sollte, während die südliche dem Willen Englands offenstand.

Das waren für den Außenminister eines soeben geschlagenen Landes große Erfolge, die hauptsächlich deshalb so leicht eingestrichen wurden, weil das damalige Streben Londons nach einer Einkreisung Deutschlands Iswolskis Wünschen entgegenkam. Der mit Eduard VII. in Kopenhagen vereinbarte Plan war also bereits zur Durchführung ge-

---

[1]) Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus II, S. 142 ff.

langt. Die Entente mit England wurde dann noch durch die Zusammenkunft zwischen dem britischen König und dem russischen Zaren in Reval vom Juni 1908 vollendet.

Sehr bald machte sich eine notwendige Folge des neuen Petersburger Kurses bemerkbar: Das gute Verhältnis zu Österreich, das besonders hinsichtlich des Balkans jahrelang bestanden hatte, fing an, sich zu lockern. Auch hier spüren wir Iswolskis Hand. Als in Mazedonien die zwischen Rußland und der Donaumonarchie vereinbarten juristischen Reformen durchgeführt werden sollten, erklärte er plötzlich, alle Großmächte müßten herangezogen werden, und im Verlauf der weiteren Verhandlungen wurde es klar, daß er in diesem Punkte gleichfalls mit England zusammengehen wollte. Ganz langsam begann schon jene verhängnisvolle Kluft, die kurz darauf Europa in zwei scharf voneinander geschiedene Lager, nämlich in das der Entente und das der Mittelmächte trennen sollte.

Diese Kluft entstand aber erst richtig und in ihrer ganzen bedrohlichen Tiefe, als Iswolski vorschnell von der defensiven Seite seines Programmes: der Überwindung bisheriger Widersprüche zu England, zur offensiven überging und eine Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne in Angriff nahm. Wir sprachen oben davon, daß seit der Zurückweisung der slawischen Großmacht durch Japan der Drang nach dem offenen Meere von den fernen ostasiatischen Gewässern auf den europäischen Kontinent abgelenkt wurde. Der gegebene Weg zur Befriedigung dieses Dranges war der durch die türkischen Dardanellen ins Mittelmeer. Der Bosporus, mit dem Schwarzen Meer im Hintergrund, auf dem das Zarenreich bereits eine beträchtliche Kriegsflotte unterhielt, war durch den internationalen Meerengenvertrag von 1856 verschlossen, und das hatte sich im russisch-japanischen Krieg besonders empfindlich fühlbar gemacht.

Iswolski versuchte nun auf dem Wege der Verhandlungen mit den Großmächten eine für sein Land günstige Lösung der Frage herbeizuführen [1]). Er klopfte zunächst beim Wiener Kabinett an. In einer Denkschrift vom 2. Juli 1908 bot er der Donaumonarchie als Gegendienst für ihre Zustimmung zur freien Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen die Einwilligung Rußlands in die Annexion Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks von Nowibazar durch Österreich-Ungarn an. Der österreichische Außenminister Ährenthal ging auf die Anregung bereitwillig ein und stellte zunächst nur zwei Bedingungen, nämlich, daß auch Rumänien und Bulgarien, die gleichfalls an das

---

[1]) Friedjung, l. c. S. 218 ff.

Schwarze Meer grenzten, dasselbe Recht erhalten sollten wie das Zarenreich, und daß die Sicherheit Konstantinopels garantiert werden müsse. Im übrigen wollte sich Ährenthal für sein eigenes Land mit der Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina begnügen und auf den Sandschak verzichten.

Die zwei Staatsmänner trafen sich am 15. September in Buchlau auf dem Schlosse des Grafen Berchtold zu einer eingehenden Besprechung der Angelegenheit und verabredeten dort eine Vereinbarung in der oben angedeuteten Weise. Beide Seiten wollten im Einverständnis miteinander vorgehen und faßten zum Abschluß ihrer Aktion eine europäische Konferenz ins Auge, um sich von ihr die vollzogenen Handlungen sanktionieren zu lassen. Eine Unklarheit scheint jedoch insofern bestanden zu haben, als Iswolski der Meinung war, er habe noch vor der Durchführung der Beschlüsse Zeit, in Italien, Frankreich und England die Regierungen für seinen Dardanellenplan zu gewinnen, während Ährenthal, gedrängt durch die immer gefährlicher werdenden Absichten Serbiens auf Bosnien und die Herzegowina, schon am 6. Oktober zur Tat schritt. Als nun der russische Außenminister nach diesem Datum in Paris und London vorsprach, vermochte er seinerseits kein befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Sein Streit mit Ährenthal, dem er vorwarf, er habe ihn völlig überrascht, nahm überaus scharfe Formen an und führte zu einem Zerwürfnis zwischen den beiden Politikern, das schlimme Folgen haben sollte. Er hinterließ bei Iswolski einen unversöhnlichen Groll gegen Ährenthal, weil er diesem die Schuld daran zuschob, daß die Klärung der Dardanellenfrage nun vertagt werden mußte und Rußland somit leer ausging.

Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß besonders England überhaupt, auch wenn Österreich nicht so früh vorgegangen wäre, in diese Klärung eingewilligt hätte, denn in London legte man das größte Gewicht auf die Aufrechterhaltung der intakten türkischen Oberhoheit über die Dardanellen, und in Paris wußte man das und beschränkte sich daher auf eine vorsichtige Zustimmung unverbindlicher Art[1]). Man hatte dann, angesichts der vollzogenen Annexion von Bosnien und der Herzegowina, nur ein leichteres Spiel bei der Ablehnung und Vertagung der russischen Absichten, weil man sich als übertölpelt hinstellen konnte und so noch nebenher in der Lage war, den zwischen Wien und Petersburg entstandenen Zwist zu vertiefen.

---

[1]) Vgl. hierzu S. 31 u. 35, wo Iswolski im Hinblick auf das Jahr 1908 zwar von mündlichen französischen Zusicherungen für die Zukunft, aber von „eingehenden Einwänden“ Englands spricht. Die Darstellung von Friedjung ist dadurch überholt.

Die realpolitische Erfahrung, die Iswolski von seiner Reise mit nach Hause brachte, war jedenfalls die, daß vor allem Großbritannien seinen Wünschen hinsichtlich der Dardanellen ein Nein entgegengesetzt hatte. Diese Tatsache war für seine weiteren Erwägungen auf die Dauer sicher von noch nachhaltigerer Wirkung als seine Empörung über Ährenthal. Denn zusammen mit der nunmehr vollendeten Entfremdung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn verwies sie ihn und die russische Politik auf eine Bahn, die für den Frieden Europas äußerst gefährlich war. Der Versuch, zu einer Lösung der Meerengenfrage durch internationale Abmachungen zu gelangen, war mißglückt. Gab es nun kein anderes Mittel, diese Lösung dennoch herbeizuführen? Das war die Überlegung, die sich logischerweise aus der erlebten Ablehnung ergab.

Es ist angesichts des Mangels an zuverlässigem Aktenmaterial aus jener Zeit natürlich ganz unmöglich, die Gedankengänge Iswolskis im einzelnen zu verfolgen. Immerhin geben uns einige Umstände aufschlußreiche Fingerzeige und Anlässe zu ganz bestimmten Vermutungen.

Es sind vor allem zwei Dinge, die unsere Aufmerksamkeit verdienen: Kurz nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina hielt der russische Außenminister in der Duma eine Rede, in der er den Balkanstaaten den Rat erteilte, sich zu einem Bunde zusammenzuschließen [1]). Gleich darauf machte er sich die großserbische Forderung zu eigen, Österreich-Ungarn müsse aus der Balkanhalbinsel verdrängt werden [2]).

Jetzt bereitete er, wenn man so sagen darf, eine große Lösung der Meerengenfrage vor, nachdem die kleine mißlungen war. Diese Lösung sollte auf dem Wege über die Balkanstaaten die russische Vorherrschaft in der Südostecke Europas und daran anschließend die Gewalt über die Meerengen bringen. Daß Konstantinopel immer die goldene Frucht blieb, nach der Iswolski letzten Endes seine Hand ausstreckte, geht schon aus den am 24. Oktober 1909 zu Racconigi mit Italien getroffenen Vereinbarungen hervor, kraft deren Italien wohlwollende Haltung versprach, wenn das Zarenreich die Meerengenfrage aufrollen wollte, während letzteres sich mit einem Vorgehen Roms gegen Tripolis einverstanden erklärte.

Der großen Lösung, auf die der russische Außenminister und mit ihm die russische Politik infolge der diplomatischen Niederlage anläßlich der bosnischen Krise verfiel, standen als direktes Hindernis die Türkei selbst, Österreich-Ungarn, und letzten Endes auch der Freund beider Länder, Deutschland, entgegen. Es hat Augenblicke bei Iswolski ge-

---

1) Friedjung II, S. 264.

2) Ebenda, S. 266. Vgl. auch Boghitschewitsch, Kriegsursachen S. 22 ff.

geben — einige Anzeichen sprechen dafür —, wo er die Möglichkeit erwog, die deutsche Politik von Wien abzuziehen, was die Erreichung des von ihm gesteckten Zieles natürlich ganz bedeutend erleichtert hätte. Da jedoch derartige Bemühungen erfolglos bleiben mußten, wurde Deutschland als der stärkste Teil des Blockes, der Iswolskis Absichten im Wege stand, zugleich, je fester die erwähnte große Lösung ins Auge gefaßt wurde, mehr und mehr geradezu der Hebelpunkt zur Durchführung des ganzen Planes. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde die Entente mit England und Frankreich von immer aktuellerer Bedeutung, weil sie am ersten die Möglichkeit einer Beseitigung des mitteleuropäischen Bollwerkes in sich schloß. Das waren zweifellos die politischen Erwägungen, die zu dem verhängnisvollen Zusammenschluß der russischen Meerengenwünsche, der englischen Einkreisungstaktik gegen Deutschland und der französischen Revanchelust im Hinblick auf Elsaß-Lothringen führten. Drei friedensgefährdende Faktoren vereinigten sich und richteten ihre Spitze gegen das Herz des europäischen Kontinents.

Wir sahen oben, daß Iswolski während der bosnischen Krise in London für sein Verlangen in bezug auf die Dardanellen taube Ohren fand. Die Ablehnung geschah zweifellos deshalb, weil England eine Erhaltung der Türkei, vor allem in Kleinasien, wegen seiner eigenen asiatischen Lebensinteressen wünschen mußte. Frankreich verhielt sich lau, weil es dem britischen Bundesgenossen nicht widersprechen wollte. War es nun nicht logisch, von russischer Seite im Hinblick auf die geschilderte große Lösung der Meerengenfrage gerade in Paris mit der Arbeit zu beginnen, um den Widerstand der Freunde gegen den Vorstoß des Zarenreiches nach den Dardanellen von dem schwächeren Punkte dieses Widerstandes aus zu überwinden? Konnte man nicht hoffen, durch eine Entfachung der französischen Revanchegefühle gegen Deutschland die Beseitigung des Mittelblockes in Europa zu erreichen, der, wie wir oben sahen, das eigentliche Hindernis auf dem Marsch nach Konstantinopel war? Ergibt sich diese Konsequenz nicht logisch aus dem, was wir bisher an der Hand einzelner Tatsachen feststellen vermochten?

Iswolski ging nach seinem Rücktritt als Außenminister, der am 28. September 1910 erfolgte, als russischer Botschafter nach Paris. Ein Franzose, Ernest Judet, hat kürzlich in der „Humanité“ [1]) einen Brief veröffentlicht, der im Hinblick hierauf einen wertvollen Aufschluß enthält. Denn hier lesen wir:

„Er (Iswolski) erschien mir sofort mit seinem wirklichen Gesicht, das erst später offenbar wurde, darauf brennend, die franko-russische Allianz zu ändern und ihren ursprünglichen Charakter zu entstellen: aus

einem rein defensiven Vertrag eine Angriffsmaschine zu machen. Herr Iswolski war als Vertreter seines Landes hierher gekommen, um den französischen Boden zu sondieren und jene Rolle zu spielen, die ihm als Botschafter am Herzen lag. Ein alter Kandidat für denselben Posten hatte mich auf die möglichen Absichten aufmerksam gemacht, die die Wahl eines anderen Schauplatzes für die Tätigkeit verbarg. Hat mir doch Graf Murawiew, der später in Rom gestorben ist, nach einem reichlichen Frühstück im Hotel Maurice anvertraut: Um die heilsame Krisis auszulösen, um die europäische Politik zum Punkte des Bruches zu führen, ist es wirkungsvoller, in Paris als in St. Petersburg zu arbeiten.“

Dieses Zeugnis ist eine Bestätigung der von uns ausgesprochenen Vermutungen. Die heilsame Krisis, der Bruchpunkt der europäischen Politik, das war die Zertrümmerung der großen Schranke: Deutschland, Österreich-Ungarn und Türkei, die den Weg nach Konstantinopel versperrte. Und zu ihr gelangte man am besten über Paris, weil sich von dort aus der Ansturm gegen den lebenskräftigsten Teil der Schranke, gegen Deutschland, mobilisieren ließ.

Entsprechen unsere Annahmen, entsprechen die Aussagen Murawiews der Wirklichkeit? Hierauf können uns nur die Papiere Iswolskis selbst aus seiner Zeit als Pariser Botschafter des Zarenreiches Aufschluß geben, die uns nun in reicher Fülle und chronologischer Reihenfolge vorliegen. Lassen wir also sie sprechen und wir werden einen Blick in die Dunkelkammer des großen Problems der Entstehung des Weltkrieges tun.

---

[1]) Vom 17. Januar 1924.

II

Das Jahr 1911

Die ersten Berichte Iswolskis stammen aus den Januartagen des Jahres 1911. Kurz vorher hatte der neue Vertreter des Zarenreiches seine Stellung als Botschafter in Paris angetreten.

Es ist nicht schwer, sich aus seinen Berichten und vor allem aus seinen Briefen — denn die letzteren, die die Kanzlei nicht durchwanderten, spiegeln daher, geschützt vor den Augen der Unterbeamten und Angestellten, die Meinung des Absenders besonders klar wieder — ein Bild von der Stimmung zu machen, die er in der neuen Umgebung empfand. Eine deutliche Depression ist nicht zu verkennen. Schon sein äußeres Wohlbehagen leidet stark, da ihm der Vorgänger auf seinem Posten ein arg vernachlässigtes Botschaftsgebäude hinterlassen hatte. „Ich bin noch immer", so schreibt er am 2. Februar an Sasonow, „mit der Einrichtung des Botschaftsgebäudes beschäftigt, das ich in einem fürchterlichen Zustande vorgefunden habe; der Schmutz, die Verwüstung und die Unordnung sind unbeschreiblich; wenn mir das Ministerium nicht wenigstens teilweise zu Hilfe kommt, so wird mir die Wirtschaft der O. D. Nelidowa (denn sie war es, die alles verwaltete und befehligte) sehr teuer zu stehen kommen. Im ganzen unteren Stock muß ich neue Gardinen und Teppiche anschaffen, und die Wände und Oberlagen, die vom zehnjährigen Schmutz schwarz geworden sind, neu anstreichen lassen; dabei sind dies doch zweifellos Paradezimmer. Möbel waren fast überhaupt nicht vorhanden, aber dies bin ich bereit, auf meine Kosten zu nehmen, denn beim Verlassen der Botschaft kann ich die Möbel mitnehmen und verkaufen. Die von mir vorgefundene Verwüstung kann Ihnen Argutinski bezeugen. Es ist eine Schande, den Zustand unseres Botschaftsgebäudes in Augenschein zu nehmen und

ihn mit den Botschaften der anderen Länder und selbst des armen Italiens, das das von ihm in unserer Nachbarschaft gekaufte Haus neu einrichtet, zu vergleichen. Unbeschreiblich sind auch die Kanzleiräumlichkeiten der Botschaft und des Generalkonsulats. Um sie in einen anständigen Zustand zu bringen, ist eine Aufstockung erforderlich. Ich werde nicht verfehlen, hierüber ein Protokoll aufzunehmen" [13][1]). Selbst wenn man bedenkt, daß Diplomaten manchmal geneigt sind, bei ihren Vorgängern — übrigens auch oft bei ihren Nachfolgern — einen besonders strengen kritischen Maßstab anzulegen, und wenn man außerdem in Betracht zieht, daß der persönlich keineswegs reiche Iswolski durch seine drastische Schilderung das in Geldfragen meistens sehr harte Herz der vorgesetzten Behörde daheim zu erweichen strebte, um einen Zuschuß zu erzielen, wird man seinen Stoßseufzer als einigermaßen aufrichtig und wohl auch berechtigt hinnehmen dürfen.

Aber auch sonst fand er am Anfang wenig Anlaß zur Zufriedenheit. Die ganze politische Atmosphäre in Frankreich sagte ihm nicht zu. Das Jahr 1910 hatte in seinen letzten Monaten am Horizonte Europas eine deutliche Entspannung mit sich gebracht. Im November war der russische Zar Nikolaus II. zu einer Besprechung nach Potsdam gekommen und bei dieser Gelegenheit waren eine Reihe von Abmachungen zwischen Deutschland und dem großen slawischen Nachbarreich getroffen worden, die vor allem hinsichtlich des Orients mehrere Reibungsflächen entfernten. Rußland sollte in Nordpersien ungestört seinen Einfluß ausüben, Deutschland die Bagdadbahn ohne russischen Widerspruch fortführen. Aber gerade diese Potsdamer Zusammenkunft erregte in Frankreich argwöhnisches Mißtrauen, und immer wieder tauchte in der Pariser Presse die Behauptung auf, in Petersburg habe ein politischer Kurswechsel zum Schaden des Bündnisses mit der Republik stattgefunden. Am 9. Januar telegraphiert Iswolski hierüber seinem Außenminister und kündigt zugleich eine Rede des französischen Außenministers Pichon im Parlament an, die den erwähnten Gerüchten entgegentreten sollte [4]. Am 18. Januar folgen dann ein Bericht und mehrere Briefe des russischen Botschafters über diese Rede Pichons und die an sie anschließende Debatte in der französischen Kammer: „... Diese letzten Worte veranlaßten Herrn Pichon, zu dem Hauptpunkte seiner Rede überzugehen, und mit erhobener Stimme verkündete er mit Nachdruck die Unantastbarkeit und Vitalität des französisch-russischen

[1]) Die in Klammern beigefügten Zahlen sind die Nummern der angeführten Schriftstücke aus dem Werk: „Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914". Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes von Friedrich Stieve. 4 Bände. Berlin 1924. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

Bündnisses, das, bar aller aggressiven Ziele, ausschließlich auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens gerichtet sei ... Zusammenfassend erwähnte der Minister des Äußeren, nachdem er den Vorwurf der Isolierung Frankreichs zurückgewiesen hatte, eine ganze Reihe von Abkommen, die Frankreich im Laufe der letzten Jahre in Ergänzung seines Bündnisses mit Rußland, das die Grundlage für seine internationalen Beziehungen bildet, geschlossen hat. Nachdem er die Absicht ausgesprochen hatte, diese Abkommen in Zukunft noch mehr zu entwickeln, bemerkte Herr Pichon, daß es unzulässig sei, die Unstimmigkeiten, unter denen die innere Politik leidet, auf das Gebiet der äußeren Politik zu übertragen, und nachdem er daran erinnert hatte, daß sich die Diplomatie, um ihre Aufgabe erfolgreich zu lösen, auf eine ausreichende Militärmacht stützen müsse, schloß er seine Rede mit einem Appell an den Patriotismus der Vertreter der Nation zum Zweck der Verstärkung der militärischen Macht Frankreichs [6]. In der Debatte hob besonders der Führer der Sozialisten, Jaurès, hervor, daß Rußland den französischen Bundesgenossen von seinem Gang nach Potsdam nicht vorher unterrichtet habe. Im Anschluß hieran sprach Pichon Iswolski gegenüber den Wunsch aus, „von etwaigen wesentlichen Änderungen des Projektes unserer Vereinbarung mit Deutschland oder von neuen Fragen, die unsere Besprechungen mit Berlin berühren sollen, unterrichtet zu werden [8]."

Der ganze Vorgang, der die unzufriedenen Kritiker an der Seine beruhigen sollte, hatte aber nach den Worten des russischen Botschafters noch nicht genügend Wirkung getan. Er findet die Stimmung weiterhin schlecht und schildert am 15. Februar seine Sorgen Sasonow gegenüber folgendermaßen: „Ich glaube, in meinen, einander folgenden Briefen das Bild von der Aufregung, die hier um sich gegriffen hat, nicht übertrieben zu haben. Seit meiner Ankunft bin ich mit einer großen Zahl von Personen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammengekommen, da ich mir vorgenommen habe, nicht nur Beziehungen zur ersten Gesellschaft zu unterhalten, sondern ich bin mit möglichst breiten politischen, literarischen, wissenschaftlichen usw. Kreisen in Verbindung getreten. Dies ist gleichzeitig interessant und nützlich, denn Sie können gar nicht glauben, bis zu welchem Grad selbst die ernsthaft zu nehmenden Leute hier über Rußland und die russischen Angelegenheiten schlecht unterrichtet sind." Er schlägt zur Abhilfe vor, daß auch der russische Außenminister öffentlich das Wort ergreifen solle, und rät ihm, möglichst bald zum Zweck persönlicher Besprechungen nach Paris zu kommen. „Zuletzt nenne ich Ihnen noch ein Mittel, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die russisch-französische Militärkonven-

tion unerschütterlich ist, ohne mich jedoch für eine Empfehlung entschließen zu können. Im geheimen sind mehrere Personen zu mir geschickt worden, um mich daran zu erinnern, daß vor einigen Jahren davon die Rede war, besondere militärische französische und russische Bevollmächtigte nach Petersburg und Paris zu senden, wie es zwischen Petersburg und Berlin der Fall ist [19]."

Wenn man auch angesichts der hier so beweglich angestimmten Klagen an eine psychologische Erfahrung erinnern muß, die uns lehrt, daß Diplomaten nicht ganz selten auf einem neuen Posten im Auslande die Verhältnisse dortselbst zuerst als möglichst ungünstig hinstellen, um dann im Laufe der Zeit — nicht ohne ihre eigene Einwirkung — eine allmähliche Besserung nach Hause melden zu können, so fühlt man doch aus den verschiedenen Schriftstücken dieser Zeit, wie wenig das damalige Frankreich den Wünschen und Erwartungen Iswolskis entsprach. In einem Bericht vom 5. Februar, der die Stellungnahme der französischen Öffentlichkeit zu der „Diskussion im deutschen Reichstag über den Entwurf des Gesetzes zu einem neuen Statut für Elsaß-Lothringen" behandelt, heißt es am Schluß mit deutlichem Beiklang von Melancholie: „Überhaupt ist es unverkennbar, daß der allgemeine Ton der französischen Presse in dieser Angelegenheit sehr zurückhaltend war. Hieraus erkennt man deutlich die Entwicklung, die sich in der Stimmung der französischen Gesellschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte hinsichtlich der elsaß-lothringischen Frage vollzogen hat. Wenn auch der Gedanke an die entrissenen Gebiete nach wie vor die nationale Eigenliebe der Franzosen verletzt, die natürlich eine Gelegenheit, das Verlorene wiederzuerlangen, begrüßen würden, so hat er doch in dem Maße, wie die Erinnerung verblaßt und bei den neuen Generationen der Traum von der Möglichkeit einer ‚Revanche' schwindet, einen Teil seiner Kraft eingebüßt [14]."

Was ist in dieser Atmosphäre zu tun, um zunächst wenigstens Sympathien für Rußland zu werben? Das ist, wie wir bereits sahen, der Gedanke, der Iswolski damals ununterbrochen beschäftigt. Ein wichtiger Weg ist natürlich die direkte Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Am 8. Februar empfiehlt er in einem Brief an seinen Außenminister den französischen Abgeordneten Reinach, „der sich für 14 Tage nach Petersburg begibt", um „durch eigenen Augenschein unsere Verhältnisse kennenzulernen". Obwohl „zweifellos jüdischer Herkunft", soll er doch wohlwollend aufgenommen werden, weil er „in der hiesigen politischen Welt eine sehr bedeutende Stellung einnimmt und sich eines großen Einflusses, besonders in Dingen, die militärische Fragen und Außenpolitik betreffen, erfreut". Zum Schluß wird die uns schon bekannte

Klage erneuert: „Ich bin täglich betroffen über die erstaunliche Unwissenheit, die die hiesigen Politiker hinsichtlich Rußlands und seiner Angelegenheiten an den Tag legen. Das erklärt zum Teil die unverfälschte Bestürzung, die die Potsdamer Zusammenkunft und die Fabeln von unserm Frontwechsel in militärischer Hinsicht in Paris hervorgerufen haben. Auf Grund alles dessen scheint es mir sehr wünschenswert, daß Herr Reinach einen günstigen Eindruck von seiner Reise nach Rußland erhält [15]."

Das Gespenst der Potsdamer Zusammenkunft, also einer gewissen Annäherung zwischen Petersburg und Berlin, verfolgt Iswolski noch längere Zeit. Als im März ein anderes Ministerium in Frankreich ans Ruder kommt, und er den neuen Außenminister Cruppi wegen Eisenbahnbauten in der Türkei sprechen soll, muß er nach einem Brief vom 16. März auch ihm auseinandersetzen, daß die russischen Abmachungen mit Deutschland weder die Interessen Frankreichs schädigen noch die Stellung Englands im nahen Orient schwächen [36]. Und noch am 13. April berichtet er von der Opposition in der französischen Kammer, deren Vertreter erklären „,Rußland habe sich in Potsdam endgültig von Frankreich und England getrennt und sei ins Lager des Dreibundes übergegangen. Infolge dieser Tatsache und auch infolge der Unbeständigkeit der englischen Freundschaft befinde Frankreich sich in einer gefährlichen und äußerst hilflosen Lage" [51].

Der neue Boden, den der russische Politiker Iswolski, der Begründer der Entente und ausgemachte Gegner der Mittelmächte betreten hatte, bereitete ihm also zunächst recht erhebliche Enttäuschungen. Die ganze politische Luft, die ihm hier entgegenkam, scheint ihm fremd und bis zu einem gewissen Grade unbehaglich gewesen zu sein. Man darf nicht vergessen, daß gerade im Frankreich jener Tage der Sozialismus eine recht große Rolle spielte und daß sich infolgedessen in der Republik Vorgänge abspielten, die dem Vertreter des Zaren an der Seine ein lebhaftes Mißtrauen einflößten. Immer wieder beschäftigt er sich in seinen Berichten mit den inneren Zuständen des Landes, das seiner Beobachtung unterlag, und in diesen Schilderungen — so geflissentlich sachlich sie auch gehalten sind — begegnen wir doch oft ganz unverkennbaren Anzeichen des Staunens, des Mißfallens und der Ungeduld.

Die erste Krise, die er erlebt, ist der Sturz des Kabinettes Briand Ende Februar und Anfang März. Die Linke läuft gegen das Programm „der Beruhigung", das diese Regierung durchzuführen sucht, Sturm, und Briand, der im Herbst 1910 den Eisenbahnerstreik mit großer Energie unterdrückt hatte, muß nun seinen Gegnern weichen. Traurig stellt

Iswolski am 28. Februar fest: „Man kann nicht umhin, tief zu bedauern, daß, welches auch der Ausgang der augenblicklichen Krise sein wird, Herr Pichon, ermüdet durch eine intensive Arbeit von fünf Jahren und entmutigt durch die dauernden Angriffe der extremen Parteien, das Portefeuille des Auswärtigen nicht behalten dürfte. Wir werden in ihm einen aufrichtigen Freund Rußlands und einen überzeugten Anhänger der engsten Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich verlieren [21].“ Das neue Kabinett Monis hat einen stark radikalen Einschlag. „Seine zwei charakteristischen Züge sind: eine extrem antiklerikale Gesinnung und eine Neigung, die sozialistischen Forderungen, wie sie bei dem letzten Eisenbahnerstreik zutage traten, zu befriedigen [24].“ Nur ein Lichtpunkt wird von Anfang an festgestellt: die Ernennung Delcassés zum Marineminister. Es war der Mann, der sich schon früher als Gegner Deutschlands betätigt hatte und in allerletzter Zeit als Vorsitzender der Kommission für den Ausbau der französischen Kriegsflotte mit einem umfassenden Programm für eine erhebliche Vermehrung der Schlachtschiffe hervorgetreten war. Am 3. März kann Iswolski Sasonow telegraphieren, Delcassé sei bei ihm gewesen und habe ihm erklärt, „daß sein Eintritt in das Ministerium eine Garantie für die besondere Sorgfalt bedeutet, die man auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde. Seine nächste Aufgabe sei die Beschaffung einer starken Flotte, und er hofft, nicht später als im August oder September über sechs neue Panzerschiffe verfügen zu können. Er verbürgt sich dafür, daß das neue Kabinett hinsichtlich der Landarmee seine Anstrengungen verdoppeln wird. Obwohl er durchaus nicht die Absicht hat, die Kompetenz seines Ressorts zu überschreiten und Mißtrauen bei Deutschland zu erwecken, versicherte er mich seiner Bereitschaft, mit allen Mitteln die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland möglichst eng zu gestalten, und bat mich, seine Gefühle aufrichtiger Ergebenheit für Rußland Seiner Majestät dem Kaiser zu Füßen zu legen [27].“ In einem Briefe vom 14. März wird dann noch hervorgehoben, daß der neue Marineminister der allgemeinen Meinung nach unstreitig die Tätigkeit des Außenministers, Herrn Cruppi beeinflussen werde, da letzterer in den äußeren Angelegenheiten sehr wenig bewandert sei [30]. Der Vorwurf der Unerfahrenheit auf dem Gebiete der Außenpolitik wird gegen Cruppi noch öfters ausgesprochen und ebenso wird mehrmals tadelnd erwähnt, daß in Frankreich „Zivilisten“ häufig zu Kriegsministern gemacht werden. Das parlamentarische System findet vor Iswolskis Augen keine Gnade.

Gerade unter dem Ministerium Monis widmet der russische Botschafter der sozialistischen Bewegung seine besondere Aufmerksamkeit.

Anläßlich der Kammerdebatte über die infolge ihrer Teilnahme an dem erwähnten Eisenbahnerstreik ausgesperrten Arbeiter stellt er als eigenartige Erscheinung die in Frankreich bestehende Tendenz zu dem Grundsatze fest, „der Staat habe als Repräsentent der höchsten Interessen der Nation das Recht, sich in die Verwaltung der Unternehmungen öffentlichen Charakters einzumischen, indem er gewissermaßen als Mitbeteiligter an den Unternehmungen gilt; er müßte unter diesem Gesichtspunkt seinen Einfluß zur unmittelbaren Regelung der Arbeitsbedingungen auf diesem Gebiete geltend machen". Er findet demgegenüber die Besorgnisse der Finanzkreise gerechtfertigt, „die sich in einem erheblichen Fallen der Eisenbahnwerte ausdrücken". Es ist immerhin interessant zu beobachten, wie sich der Diplomat des zaristischen Rußland mit den Ansätzen zum modernen Staatssozialismus zu beschäftigen versucht. Er konstatiert hier ein für ihn fremdartiges Symptom, dem er wohl keine Sympathie entgegenzubringen vermag. Sehr ausführlich schildert er die Vorgänge am 1. Mai, dem Tage der Arbeiterdemonstrationen in Paris. Er lobt die Haltung der Regierung, die „trotz der Warnung des Sozialistenführers (Jaurès), gerade eines politischen Glaubensgenossen des Herrn Monis von der Notwendigkeit überzeugt blieb, energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate zu ergreifen, einer Notwendigkeit, die unter allen Bedingungen und allen Regierungsformen besteht" [68]. Im Hinblick auf den Sozialistenkongreß in St. Quentin erklärt er am 11. Mai: „Die gegenwärtige politische Lage ist im Augenblick für die Sozialisten sehr günstig. Die Radikalen haben ihnen den Weg geebnet. Die Lockerung der Staatsgewalt in ihren Händen, die Streiks der Postbeamten und Eisenbahnarbeiter, die Rivalität der bürgerlichen Parteien untereinander, die herrschende Tendenz im Elementarunterricht, alles das ist den Zielen der Sozialisten günstig." Trotzdem leiden sie an einer starken Krankheit, nämlich an inneren Zwistigkeiten, die auch bei den jüngsten Verhandlungen wieder unverkennbar hervortraten. Voll ironischer Befriedigung schließt er mit den Worten: „Die Partei der ‚geeinigten' Sozialisten bleibt nach dem Kongreß von St. Quentin geteilt und geschwächt, und man kann sicher sein, daß ihre Sympathie dem Ministerium Monis nicht so nützlich sein wird, als man hätte annehmen können [70]." Auch aus weiteren Berichten über innerpolitische Themen geht klar hervor, daß Iswolski der linksgerichteten Regierung und den Kräften, die hinter ihr stehen, keine Zuneigung entgegenbringt. Als es mit Monis' Macht zu Ende geht, zählt der Vertreter des Botschafters Demidow am 22. Juni noch einmal die Fehler des zum Sturze reifen Kabinettes auf, die nach seiner Ansicht gegenüber den inneren Problemen in Unentschlossenheit und auf dem

Gebiet der Außenpolitik in Unkenntnis bestehen. Derselbe Demidow berichtet am gleichen Tag von wachsender Unzufriedenheit in Frankreich, die unter anderm eine Zunahme der royalistischen Propaganda zur Folge hat, weil sich „in konservativen Kreisen der Bourgeoisie eine verstärkte Aktivität zugunsten eines Wechsels des ihnen verhaßten demagogischen Regimes kundtut [94]."

Natürlich hat bei der ganzen, hier an Beispielen erläuterten Einstellung Iswolskis zu den linken Strömungen in Frankreich vor allem ein Hauptgrund besonders stark mitgespielt, der uns auch durch seine eigenen Worte häufig genug bestätigt wird: Die Sozialisten und Radikalsozialisten waren keine Freunde des französischen Bündnisses mit Rußland. Sie wandten sich gegen das reaktionäre Zarenreich und stellten, sobald sich die Gelegenheit dazu bot, das Zusammengehen mit ihm als eine Gefahr für das eigene Land hin. So war die Gegnerschaft zwischen ihnen und dem Vertreter der slawischen Großmacht durch eine innere Notwendigkeit bestimmt. Denn — und wir werden das noch oft genug bestätigt finden — ein möglichst enges Ineinandergreifen der Pariser und Petersburger Politik war die erste Vorbedingung zu Iswolskis politischem Programm, war der unweigerlich gebotene Ausgangspunkt, von dem aus er seine eigentlichen Ziele anstreben konnte. Und in dieser Hinsicht war nach seinen Erfahrungen in den ersten Monaten seiner Pariser Tätigkeit sehr wenig zu erreichen.

Daß man bisweilen von einer restlosen Harmonie zwischen den leitenden Stellen der beiden alliierten Länder einigermaßen entfernt war, sieht man an den Verhandlungen zwischen Cruppi und Iswolski über die kleinasiatischen Eisenbahnen. Frankreich bemühte sich bei der Türkei um Konzessionen zum Bau von größeren Strecken in Kleinasien. Als der russische Botschafter deswegen und wegen der Bagdadbahn beim französischen Außenminister vorsprechen sollte, erklärt der letztere zunächst, am 16. März, er habe noch keine Zeit gehabt, sich in die für ihn neue Materie einzuarbeiten [36]. Erst zehn Tage später kommt die gewünschte Unterredung zustande, bei der Iswolski nach seiner Schilderung „in sehr bestimmten Ausdrücken" betont, Rußland könne dem Bau von Eisenbahnen, die eine Bedrohung seiner strategischen Stellung an der kaukasischen Grenze bedeuten würden, nur ablehnend gegenüberstehen. „Die Errichtung derartiger Linien", so erklärt er weiter, „würde uns nötigen, sehr ausgedehnte militärische Maßnahmen im Kaukasus zu treffen, und das würde unsere Stellung an unserer westlichen Front schwächen, was Frankreich nicht gleichgültig sein könnte [41]." Auf diese deutliche Sprache antwortet Cruppi zunächst ausweichend, später aber wird auf Sasanows Wunsch ein Kompromiß ab-

geschlossen, indem Rußland Zugeständnisse hinsichtlich der Zone im Westen von der Linie Samsun—Siwas macht.

Eine andere Extratour leistete sich Frankreich in China. Führende französische Banken beteiligten sich zusammen mit amerikanischen, englischen und deutschen Finanzinstituten an dem sogenannten Syndikat der Vier, das der chinesischen Regierung eine Anleihe von 250 Millionen Franken gewähren wollte. Am 15. März bittet nun der russische Außenminister Iswolski, sich im Hinblick darauf, daß ein Teil der Anleihe für die Mandschurei, wo Rußland besondere Interessen verfolgte, verwendet werden sollte, und unter Hinweis auf die Zusicherung Pichons, daß die französische Regierung die Notierung chinesischer Anleihen, die politische Ziele gegen Rußland und Japan hätten, an der Pariser Börse nicht zulassen würde, nach der Haltung des Kabinettes Monis zu dieser Frage zu erkundigen. Schon vorher war ein Brief Sasonows in der Angelegenheit abgegangen und daraufhin hatte der Botschafter beim französischen Außenminister Auskünfte eingeholt. Die schriftliche Antwort Cruppis betont, französischerseits achte man vor allem darauf, „daß die Kapitalien... in der Mandschurei nicht unter Bedingungen verwandt würden, die von Rußland und Japan Einwände hervorrufen könnten [34]". Am 25. April übersendet Iswolski eine Denkschrift der französischen Regierung, in der die Bedingungen der inzwischen zum Abschluß gelangten Anleihe mitgeteilt werden. Der Zweck ist erstens die Münzreform des chinesischen Kaiserreiches und zweitens die Entwicklung industrieller Unternehmungen in der Mandschurei. Pläne, mit denen Rußland nicht einverstanden sein kann, werden als unwahrscheinlich bezeichnet. Außerdem verbleibe eine Frist von sechs Monaten für etwaige Einwände [60]. Am 11. Mai telegraphiert Sasonow, der französische Geschäftsträger habe ihm bekannt gegeben, daß die chinesische Regierung das Syndikat der Vier um einen Vorschuß von 400 000 Pfund Sterling auf die Anleihe gebeten habe, und daß er geantwortet habe, „Rußland interessiere in gleicher Weise sowohl die Zweckbestimmung als auch die Garantien der in Frage kommenden Anleihe, da ein Teil von ihr für die Bedürfnisse der Mandschurei verwandt werden solle, wo Rußland wichtige Sonderinteressen habe und da als Garantien nach den zur Verfügung stehenden Nachrichten gewisse Einnahmen der Mandschurei dienen sollten. Hierdurch eröffne sich die Möglichkeit einer ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Gebietes und vielleicht auch einer ausländischen Kontrolle über diese Angelegenheiten [69]". Der Bescheid Cruppis lautet diesmal, wie Iswolski am 20. Mai drahtet, die englisch-deutsch-amerikanische Gruppe habe den erwähnten Vorschuß bereits bewilligt und es sei daher ratsam, daß

Rußland in Peking und London entscheidende Schritte tue. Am 20. Juli läßt ein Bericht des russischen Botschafters erkennen, daß die Verhandlungen über die ganze Angelegenheit mit Cruppis Nachfolger im französischen Außenministerium aufs neue aufgenommen worden sind. De Selves — denn um ihn handelt es sich dabei — versucht die Frage einer späteren Finanzierung chinesischer Unternehmungen in der Mandschurei offen zu lassen. Hierauf stellt Rußland in einer Denkschrift die Forderung auf, es solle ein besonderes Syndikat unter Teilnahme Rußlands, Frankreichs und Japans gebildet werden, für Finanzoperationen in denjenigen chinesischen Gebieten, in denen Rechte und Interessen Rußlands und Japans überwiegen. Iswolski hält diesen Plan für schwer durchführbar und empfiehlt daher einen „energischen diplomatischen Druck" auf Frankreich. Gegen Ende des Jahres kommt der Direktor der russisch-asiatischen Bank, Verstraete, nach Paris, um mit den französischen Banken zu verhandeln. Deren Vorschlag, Japan und Rußland sollten sich je zu einem Sechstel an dem Syndikat beteiligen, wird russischerseits zurückgewiesen und die Gegenforderung aufgestellt, die französische Gruppe müsse aus dem Syndikat austreten. Dies letztere wird wieder von seiten der französischen Regierung für unmöglich erklärt und zugleich nochmals darauf aufmerksam gemacht, Frankreich wolle dafür sorgen, daß die Tätigkeit des Syndikates der Vier die russischen Interessen nicht verletze. Iswolski bezeichnet das nunmehr als „völlig ungenügend", da Rußland sich an der Finanzierung Chinas beteiligen wolle. Ein Brief Sasonows vom 27. Dezember faßt die Stellungnahme Rußlands in die Worte zusammen: „Wir arbeiten an der Sprengung dieses Syndikats, indem wir Frankreich von ihm abzuziehen suchen und halten eine Teilnahme unsererseits nur für möglich, wenn es so umgeformt wird, daß wir den überwiegenden Einfluß nördlich von der großen Mauer haben [175]."

Der ganze Verlauf, der hier in kurzer Zusammenfassung wiedergegeben wird, offenbart eine versteckte und zum Schluß klar zutage tretende Rivalität zwischen den beiden Bundesgenossen, Frankreich und Rußland, die allerdings gerade auf dem Boden der gegenseitigen Freundschaft ausgetragen wird, denn Petersburg benutzt Paris zum Einfallstor für seine Absichten.

Wir werden durch diese Vorgänge zugleich daran erinnert, daß wir uns tief in jener Epoche der europäischen Geschichte befinden, in der die Großmächte unseres Konitnents in eifrigem Wettstreit darum bemüht waren, die fremden Weltteile ihrem Einfluß zu unterwerfen. Politisches Machtstreben ging mit Handelsinteressen Hand in Hand. Möglichst weite und intensive Ausdehnung über die eigenen Grenzen hinaus war

das oberste Gesetz einer seit Jahrzehnten auf äußere Entwicklung eingestellten Zeit. Mit der Kraft eines unwiderstehlichen Naturgesetzes überkam die Volkseinheiten der weißen Rasse jener Drang zur Expansion, jene Sucht in die Weite, kurz, jene ganze Richtung auf kommerziellem und politischem Gebiet, die man mit dem Schlagwort Imperialismus zu charakterisieren versucht hat. Durchaus natürlicherweise mußten sich die Reibungen zwischen den einzelnen Mitbewerbern mehren, je weniger neues Gebiet es aufzuteilen gab. Und die Gefahren des ganzen Systems nahmen zu, je näher der Schauplatz der Rivalitäten der Heimat der Rivalen selbst rückte, d. h. je enger der Interessenkampf Europa direkt berührte.

Und gerade in dieser Hinsicht trat im Jahre 1911 ein Ereignis von größter und unheilvollster Bedeutung ein: die zweite Marokkokrise. Der äußere Hergang bestand im großen ganzen darin, daß Frankreich den Überfall auf eine französische Truppenabteilung, der zur Ermordung des Oberst Marchand führte, und einen Aufstand gegen den Sultan von Marokko, Mulei-Hafid, als Vorwand benutzte, um mit bewaffneter Hand einzugreifen, die Hauptstadt Fez zu besetzen und schließlich in offenem Bruch der Algecirasakte von 1905 das Protektorat über den größten Teil von Marokko an sich zu reißen. Es handelte sich also um eine koloniale Eroberung großen Stiles in nächster Nähe Europas, die, wie wir sehen werden, ganz erhebliche allgemeine Folgen nach sich zog. Es ist nun überaus interessant zu verfolgen, wie sich die einzelnen Phasen dieser Aktion in den Berichten Iswolskis wiederspiegeln.

Schon in einem der ersten Schriftstücke, die uns zu dem genannten Thema vorliegen (vom 16. März), kurz nachdem das Kabinett Monis die Entsendung von Truppenverstärkungen nach Marokko und die finanzielle Unterstützung des Sultans beschlossen hatte, meldet der russische Botschafter: „Auf meine Frage, ob er nicht von seiten Deutschlands irgendwelche Schwierigkeiten voraussehe, antwortete Herr Cruppi, es scheine ihm, daß man in dieser Hinsicht ruhig sein könne ... [36]" Als Spanien, gleichfalls im März, gereizt durch das Vorgehen der Pariser Regierung, seinerseits Ansprüche auf einen Teil von Marokko anmeldet und Sasonow Iswolski beauftragt, am Ausgleich des Gegensatzes zwischen beiden Ländern mitzuarbeiten, lautet die Antwort (vom 28. März): „Es ist sehr schwierig zu ermitteln, wer in diesen Zwistigkeiten recht und wer unrecht hat. Wie dem auch sei, ich habe in meinem Gespräch mit Herrn Cruppi sorgfältig vermieden, irgendein Urteil über die Sache selbst auszusprechen und mich darauf beschränkt, ihm zu zeigen, wie wichtig es für die allgemein politischen Interessen sowohl Frankreichs wie Rußlands sei, Spanien eine gerechte Genugtuung zu

gewähren. Im entgegengesetzten Fall könnte sich das letztere in die Arme Deutschlands und des Dreibundes werfen. Seit der Zeit der Konferenz von Algeciras benimmt sich Deutschland sehr kühl und sogar unfreundlich gegen Spanien, das seinerseits mehr zur Triple-Entente neigt. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die spanische Regierung infolge der jetzt schwebenden Angelegenheit anfinge, bei Deutschland Unterstützung und Protektion zu suchen [43].“ Im April verschärft sich die Lage schon so, daß Frankreich aktivere Maßnahmen „zur Herstellung der Ordnung“ in Marokko ankündigt. Die erste Frage, die hierauf Iswolski stellt, ist die, „welche Haltung die Regierungen, die die Algecirasakte unterzeichnet hätten und im besonderen Deutschland angesichts dieser Mitteilung eingenommen hätten [53]“. Am 24. April, als der französische Außenminister die Besetzung von Fez in Aussicht stellt, heißt es in einem Brief: „Obgleich man nach den Worten des Herrn Cruppi bis jetzt noch keinen Versuch Deutschlands, gegen irgendeine der französischen Maßnahmen Einwände zu erheben oder Kompensationen zu verlangen, bemerken konnte, flößt der Ton der deutschen Presse dem hiesigen Publikum doch ernste Besorgnisse ein. Das Benehmen Frankreichs in Marokko geht über die Grenzen der Algecirasakte hinaus und stellt die Marokkofrage auf einen völlig neuen Boden. Die französische Presse, die von der Regierung energische Maßnahmen fordert, beruft sich ihrerseits schon nicht mehr auf die Algecirasakte, sondern auf das Recht und die Pflicht Frankreichs, als souveräne Macht den französischen Offizieren und den in Fez befindlichen Ausländern zu Hilfe zu kommen... Alles hängt natürlich von der Stimmung Berlins und dem Umfang ab, in dem die deutsche Regierung diese Begebenheit für ihre eigenen Zwecke wird ausnützen wollen [58].“

Von Anfang an richtet also Iswolski seine argwöhnischen Blicke nach Berlin. Er verurteilt keineswegs das eigenmächtige und zweifellos rechtswidrige Vorgehen Frankreichs als solches, sondern befürchtet nur, daß es Deutschland die Gelegenheit geben könnte, seinerseits Ansprüche zu erheben. Besonders kennzeichnend in dieser Hinsicht ist sein Brief vom 11. Mai, der das ganze Netz seiner heimlichen Sorgen entfaltet: Er erklärt die Lage, in die sich Frankreich durch das marokkanische Abenteuer begeben hat, für sehr schwierig, „weil die französische Regierung nicht nur mit dem heiklen Problem der Beruhigung des Scherifenreiches, sondern in noch höherem Maße mit der sehr verwickelten diplomatischen Lage rechnen muß“, und fährt dann fort:

„In letzterer Hinsicht fürchte ich sehr, daß H. Cruppi, der absolut keine diplomatische Erfahrung besitzt, sich einem gefährlichen und ungenügend begründeten Optimismus hingibt. Wie Sie wohl ohne

Zweifel bemerkt haben, antwortet H. Cruppi auf alle meine Fragen über den Verlauf der Besprechungen in Berlin, daß man bei der deutschen Regierung keine Neigung bemerke, sich dem Vorgehen Frankreichs zu widersetzen oder irgendeine Kompensation zu verlangen. Nicht minder optimistisch ist er in seiner Beurteilung der von Spanien beobachteten Stellungnahme, obwohl er hier eine gewisse Gereiztheit zeigt. Er erklärt diesen Optimismus durch die Tatsache, daß bei dem festen Entschlusse Frankreichs, die durch die Algecirasakte gegebenen Grenzen nicht zu übertreten, und auf jeden Fall nicht zu einer ständigen oder auch nur längeren Besetzung von Fez zu schreiten, weder Deutschland noch Spanien einen Grund zu Protesten oder zu aktiver Intervention haben würden.

Ich sehe dagegen die Lage in der Tat in einem etwas anderen Lichte. Nach allem zu urteilen, was mir bekannt ist, hat das Berliner Kabinett eine sehr vorteilhafte und geschickte Stellung gewählt: Ohne bis jetzt irgend etwas gegen die Handlungsweise Frankreichs einzuwenden, behält es sich die Möglichkeit vor, jederzeit zu verkünden, daß die Algecirasakte verletzt worden sei. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es gleichzeitig unter der Hand Spanien aufhetzt und so das Terrain für Komplikationen zwischen den beiden, direkt an Marokko interessierten Mächten vorbereitet. So beherrscht die deutsche Diplomatie die Lage und kann nicht nur je nach der Entwicklung der Dinge an Ort und Stelle, sondern auch nach dem allgemeinen Verlauf seiner inneren oder äußeren Politik plötzlich die marokkanische Frage zuspitzen. Hierin scheint sich mir gerade die Gefahr zu verbergen, die H. Cruppi wohl kaum richtig einschätzt. Diese Gefahr scheint mir um so ernster, als H. Cruppi, soweit ich es beurteilen kann, kein vollständig klares und bestimmtes Programm in bezug auf Marokko hat. Er handelt unter dem Einfluß verschiedener Strömungen und Umstände. Unter diesem Gesichtspunkt kann man nur den Rücktritt H. Pichons bedauern. Dieser wird jetzt von der hiesigen Presse sehr scharf kritisiert, aber er wußte genau, was er in Marokko wollte und unterlag nicht dem Einfluß der Chauvinisten, die hier wie überall vorhanden sind.

Ich bemerke zum Schluß, daß meine Befürchtungen von denjenigen der hiesigen Botschafter, die mir gegenüber am offensten sind, völlig geteilt werden, nämlich von den Vertretern Englands und Italiens. Es ist interessant, daß Sir Francis Bertie persönlich davon überzeugt ist, Deutschland warte nur den geeigneten Augenblick ab, um zu verkünden, daß die Algecirasakte aufgehört habe zu bestehen, und dann einen oder zwei Häfen (darunter Magador) an der atlantischen

Küste Marokkos zu besetzen. Dies würde nach den Worten des englischen Botschafters den Interessen Englands einen fühlbaren Schlag versetzen, da hierdurch die Sicherheit seiner Verbindung mit Südafrika gefährdet werden würde [72].“

Acht Tage später depeschiert Iswolski abermals: „Es scheint mir sehr wünschenswert, in mäßigendem Sinn auf das Kabinett in Madrid einzuwirken, das unstreitig unter der Hand von Deutschland aufgehetzt wird [74].“ Und nach dem öffentlichen Bekanntwerden der Besetzung von Fez, die ohne deutsche Aktion verlaufen ist, ist es ihm am 24. Mai noch immer zweifelhaft, ob Cruppis „Optimismus begründet ist“. Jetzt beginne, so meint er, die noch heiklere zweite Phase der französischen Aktion, und kurz darauf, am 6. Juni, beschließt er eine Darlegung des weiteren Programms der Pariser Regierung hinsichtlich Marokkos mit den Worten: „Die ganze Frage ist nur, ob seine Ausführung möglich sein wird und ob es Frankreich nicht in einen zähen Kampf gegen die marokkanische Anarchie hineinziehen und zuletzt zu der vollständigen Besitzergreifung des ganzen Landes und damit zu internationalen Komplikationen führen wird [89].“

Wir entnehmen aus allen diesen Zeugnissen unschwer, daß Iswolski an der Marokkokrise sehr wenig Gefallen fand. Sein ungeheures Mißtrauen gegen Deutschland, dessen Machenschaften er auch hinter dem Proteste Spaniens vermutet, obwohl man in Madrid offenkundig in Wahrung eigenster Interessen handelte, ist nicht die einzige Erklärung für die abfällige Kritik an dem „Optimismus“ Cruppis. Der letzte Grund seiner Unzufriedenheit ist die Furcht vor einem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich, der jenseits der russischen Aspirationen und Expansionsziele erfolgt wäre und Petersburg keine Gelegenheit gegeben hätte, die Erreichung dieser Ziele zu betreiben. Denn er konnte aus den Telegrammen Sasonows ersehen, daß man zu Hause das französische Abenteuer nur mit platonischem Wohlwollen verfolgte, aber nicht daran dachte, sich direkt dadurch berührt und engagiert zu fühlen. Wäre wirklich ein Krieg entstanden, so hätte Rußland womöglich die Rolle des Zuschauers spielen müssen, und Frankreich wäre von den russischen Wünschen, die sich auf ganz andere Gebiete als Nordafrika erstreckten, abgezogen worden. Das letztere geschah durch die gesamten Vorgänge ohnehin schon in hohem Grade.

Als nun Deutschland Ende Juni das Kanonenboot „Panther“ nach Agadir entsandte, um dadurch seinem Verlangen nach Kompensationen für die verschleierte Annexion Marokkos durch Frankreich sichtbaren Nachdruck zu verleihen, erlebt der russische Diplomat an der Seine wenigstens die, besonders für einen Politiker so große Genugtuung,

richtig prophezeit zu haben. Im Anschluß an eine Rücksprache mit dem inzwischen neu ernannten französischen Außenminister de Selves schreibt er: „Sie erinnern sich wahrscheinlich, daß die jetzt auf dem Boden der marokkanischen Frage geschaffene sehr verwickelte und gefährliche Lage von mir schon vor zwei Monaten H. Cruppi vorhergesagt wurde, der sich damals unbegreiflich optimistisch zeigte und an die Möglichkeit eines aktiven Vorgehens Deutschlands nicht glaubte. Es geschah aber, was zu erwarten war: Deutschland wartete den geeigneten Augenblick ab und meldete seine Ansprüche an, indem es die durch Frankreich und vornehmlich durch Spanien geschaffene Lage als Vorwand benutzte. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob ein geheimes Einverständnis mit Madrid bestand oder nicht. Der größte Fehler Cruppis, auf den ich mehr als einmal hingewiesen habe, war seine leichtfertige Behandlung der spanischen Wünsche und Interessen. Die Folge war, daß Spanien Deutschlands Spiel spielte und die unglückselige marokkanische Frage vollends verwirrte. H. de Selves, mit dem ich zwei lange Unterredungen hatte, und der, wie meine Telegramme zeigten, mich auf dem Laufenden der Berliner Verhandlungen hielt, bestreitet die Fehler seines Vorgängers nicht [100].“

Im Hinblick auf die in Aussicht genommenen Kompensationsverhandlungen zwischen Paris und Berlin versucht Iswolski, jedem Handel auf Kosten russischer Interessen vorzubeugen: „Ich habe de Selves darauf aufmerksam gemacht, daß, falls Frankreich als Kompensation den Verzicht auf die Donau—Adria anbieten wollte, vorher die Zustimmung Rußlands und Italiens einzuholen sei. De Selves versicherte, keine derartigen Absichten zu haben, auch habe Deutschland bisher keine anderen Kompensationen als den Kongo erwähnt. Der Finanzminister Klotz erklärte mir, daß die französische Regierung unter keinen Umständen die Kotierung deutscher Staatspapiere an der Pariser Börse als Kompensationsobjekt zulassen werde [100].“

Im übrigen nimmt angesichts der Besprechungen zwischen dem deutschen Staatssekretär Kiderlen-Wächter und dem französischen Botschafter Cambon in Berlin über die Entschädigung Deutschlands im Kongogebiet sein Pessimismus eher zu als ab. Es obliegt ihm, von Fall zu Fall den Inhalt dieser Besprechungen nach Petersburg weiterzugeben, und er verfehlt nicht, dabei Schwarz in Schwarz zu malen. Immer wieder sieht er dunkle, deutsche Hintergedanken voraus, und stellt ein noch entschiedeneres Vorgehen Kiderlens oder die Besetzung von Agadir und Teilen Marokkos in Aussicht. Als Mitte August die Verhandlungen tatsächlich zu stocken beginnen, gerät er in die höchste Aufregung und richtet (nach einem Brief an den stellvertretenden russischen Außen-

minister Neratow vom 19. August) an den Ministerpräsidenten und Finanzminister Kokowtzow ein Schreiben, in dem er ihm „vorläufig ganz privatim" die Bitte unterbreitet, ihn „angesichts der herannahenden internationalen Krise mit ausreichenden materiellen Mitteln zu versehen, um auf die hiesige (französische) Presse einzuwirken. Nur mit den allergrößten Anstrengungen ist es mir soeben gelungen, irrtümliche Interpretationen der gerade in diesem kritischen Augenblick erfolgten Unterzeichnung des Vertrages mit Deutschland über Persien zu verhindern. Aber dies ist nur ein ganz zufälliger Erfolg, und es wäre sehr wichtig, ein dauerndes und sicheres Mittel zu besitzen, um den wichtigsten hiesigen Organen, die fast alle nur ‚klingenden' Argumenten zugänglich sind, die gewünschte Richtung zu geben. Man braucht sich nur daran zu erinnern, welch bedeutende Rolle zur Zeit der bosnischen Krise die geschickte Verteilung von österreichischem Gelde spielte, die Graf Khevenhüller an die französische Presse vornahm. Ich bitte V. P. Kokowtzow mir zu antworten, ob er meine Bitte in diesem Augenblick für exceptionell hält. In diesem Falle werde ich nicht verfehlen, ihm meine Erwägungen über die Höhe der notwendigen Summen und über die Art der Verwendung zukommen zu lassen. Wenn Sie meine Bitte für gerechtfertigt halten, erlaube ich mir zu hoffen, daß Sie es nicht zurückweisen werden, sie bei V. P. Kokowtzow zu unterstützen. Ich möchte Sie bitten, mich telegraphisch von der prinzipiellen Zustimmung oder Ablehnung des Finanzministers zu informieren, damit ich durch den nächsten Kurier die entsprechenden Erläuterungen übersenden kann [113]."

Dieses erste Zeugnis der Akten für eine von Iswolski beabsichtigte Aktion zur Bestechung der Pariser Presse im Sinne einer Bearbeitung der öffentlichen Meinung zugunsten Rußlands ist schon deshalb beachtenswert, weil es aus einem Augenblick stammt, wo der Urheber des Gedankens an die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland glaubte. „Gott gebe," schreibt er am 31. August „daß mein Pessimismus nicht durch die Wirklichkeit gerechtfertigt wird, denn ein Mißerfolg der Berliner Verhandlungen würde zweifellos zu einer gefährlichen Krise führen [116]." Wir können hinzufügen: zu einer Krise, die Iswolski deshalb so erschreckte, weil Rußland kein Interesse daran hatte und befürchten mußte, daß Frankreich womöglich eigene Wege ging. Im Hinblick hierauf kam es ihm natürlich schon sehr ungelegen, daß gerade damals der Vertrag zwischen Rußland und Deutschland über Persien unterzeichnet wurde, was den Anschein erwecken konnte, als stünden sich im Augenblick Petersburg und Berlin näher als Paris und Petersburg. Nun sollte durch Bearbeitung der franzö-

sischen Presse mit klingenden Argumenten wenigstens dieser unheilvolle Eindruck verhindert werden.

Es erübrigt sich, den Irrwegen von Iswolskis Pessimismus noch weiter in alle Einzelheiten nachzugehen. Diesmal behielt er in keiner Weise recht und in Petersburg selbst beurteilte man die Lage viel ruhiger und darum auch besser. Man hatte dort vom Anfang der Krise an einen bestimmten Plan, den man mit umsichtiger Konsequenz verfolgte. Man wollte nämlich, ganz ähnlich wie Deutschland, aus dem französischen Eroberungszug in Marokko einen Vorteil für sich herausschlagen, man tat es nur — im Gegensatz zu Berlin — hinter den Kulissen und auf leisere Art. Die Vorbereitung war eine betonte, höchst hilfsbereite diplomatische Unterstützung des verbündeten Landes bei seinem kühnen Abenteuer. Nach der Besetzung von Fez beauftragte man den russischen Botschafter in Berlin dort zu erklären, „daß die Kaiserliche Regierung die Handlungen Frankreichs für durchaus einwandfrei halte“ [65]. Dann wurde Iswolski am 5. Mai angewiesen, in Paris „das günstige Resultat der freundschaftlichen russischen Intervention in Berlin zu betonen, die eine völlig befriedigende Antwort von seiten Deutschlands herbeigeführt hat“. Dabei fehlte der Zusatz nicht, der russische Vertreter solle „die Zuversicht ausdrücken, daß wir (also die Russen) gegebenenfalls die gleiche Unterstützung von Frankreich erhalten“ [67].

Auf diese freundliche Mahnung kam man nun, als die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin sich dem Abschluß näherten, mit zäher Konsequenz zurück. Am selben Tage, an dem die russische Botschaft in Paris im Sinne der Einstellung ihres Leiters von einer neuen Verzögerung der Verhandlungen Cambons mit Kiderlen berichtete, schreibt der stellvertretende Außenminister in Petersburg, Neratow folgenden Brief an Iswolski:

„Es besteht bereits kein Zweifel mehr, daß die französisch-deutschen Besprechungen über Marokko sich, wenn auch langsam, einem günstigen Ende nähern. Zugleich wird ihr Abschluß anscheinend eine solche Form annehmen, daß die anderen Mächte, die an den in den Besprechungen berührten Fragen interessiert sind, sich den angenommenen Beschlüssen nur werden ‚anschließen‘ und ihre Zustimmung dazu erteilen können.

Da wir durch genau festgelegte Beziehungen mit Frankreich verbunden sind und nur wenig Interesse am Nordwesten Afrikas haben, ist es klar, daß wir im voraus allem zustimmen werden, was Frankreich in diesen Verhandlungen mit Deutschland beschließen wird. Aber das

gibt uns, wie mir scheint, berechtigten Anlaß, zu hoffen, daß Frankreich sich moralisch verpflichtet fühlen wird, uns bei gegebener Gelegenheit mit gleicher Münze zu zahlen, und von vornherein auf eine Opposition oder Einmischung in solche Fragen zu verzichten, an denen Frankreich weniger interessiert ist, während wir an ihnen ein wesentliches Interesse haben. Zu diesen Fragen gehören zwei von besonders ausgeprägtem Charakter, nämlich die der ‚Meerengen' und die der ‚Mandschurei'.

Weit entfernt davon, Frankreich bezüglich der Meerengen durch irgendein konkretes Versprechen für eine bestimmte Zukunft binden zu wollen, halten wir es doch für zeitgemäß, uns der Zustimmung unseres Verbündeten zu versichern, daß er sich unserem Standpunkt und unseren etwaigen Schritten in dem Augenblick nicht widersetzt, wo wir es für nötig erachten werden, in unseren Fragen zu bestimmten Besprechungen und vielleicht sogar Handlungen überzugehen.

Ich nehme an, daß man dem Abkommen über die Meerengen in Anlehnung an die mit Italien in Racconigi ausgetauschten Formulierungen, die nunmehr mit größter Genauigkeit festgelegt werden müßten, die Form von Briefen zwischen den beiden Ministern des Äußeren, ungefähr in der Art des hier beigefügten Entwurfes geben könnte.

Bezüglich der mandschurischen Angelegenheit werde ich mich in einem besonderen Schreiben unter demselben Datum ausführlicher auslassen.

Wollen Sie bitte bei der ersten Gelegenheit der Regierung der Republik unsere oben dargelegten Erwartungen zur Kenntnis bringen und mich zu gegebener Zeit von dem Gang Ihrer Unterhaltung über diese Sache telegraphisch unterrichten [132]."

Das war also die Kompensation, die Rußland seinerseits von Frankreich für das Protektorat über Marokko verlangte! Freie Hand hinsichtlich seiner Absichten auf die Meerengen und Unterstützung seiner Pläne in der Mandschurei.

Man kann diesen russischen Schritt, besonders bezüglich der Meerengen erst richtig verstehen, wenn man in Betracht zieht, daß ungefähr gleichzeitig noch ein anderer Staat in entschlossenem Vorgehen für sich die Konsequenzen aus der französischen Marokkoaktion zog. Am 28. September stellte Italien der Türkei ein Ultimatum, das die Abtretung der Tripolis-Halbinsel forderte. Aus dem offiziellen französischen Gelbbuch über die französisch-italienischen Verträge 1901—1902 wissen wir, daß 1901 beide Länder ihre Einflußsphären im Mittelmeer dahin abgegrenzt hatten, daß Marokko für Frankreich, Tripolis für Italien vorbehalten bleiben sollte. Nun, nachdem man in Paris zur Tat geschritten

war, war die automatische Folge, daß auch Italien die Hand nach dem ihm verheißenen Gebiet ausstreckte. Schon vor dem 28. September war die russische Regierung von den Absichten des römischen Kabinetts unterrichtet worden, denn zwei Briefe von Iswolski vom 26. September, die Antworten auf ein Schreiben von Sasonow darstellen, behandeln diese Angelegenheit. In dem zweiten dieser Briefe lesen wir:

„Zunächst werden Sie sich natürlich daran erinnern, daß wir uns durch den in Racconigi abgeschlossenen Geheimvertrag verpflichtet haben, der Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis kein Hindernis in den Weg zu legen, wofür Italien uns seinerseits versprochen hat, gegenüber unserer Meerengenpolitik eine analoge Haltung einzunehmen. Aus diesem Grunde scheint es mir, daß wir in keinem Falle grundsätzliche Einwendungen gegen die italienische Intervention machen können, und daß wir unsererseits nur die Möglichkeit haben, zu bestreiten, daß für das italienische Unternehmen der rechte Augenblick gewählt wurde. Wenn es möglich sein sollte, den wegen Tripolis entstandenen italienisch-türkischen Konflikt zu lokalisieren, muß man zugeben, daß ein solches Ereignis unbestreitbare Vorteile für uns hätte; es würde Deutschland und den ganzen Dreibund in eine überaus schwierige Lage versetzen und der Türkei den Irrtum ihrer Politik des Mißtrauens uns und den Mächten des Dreiverbandes gegenüber vor Augen führen [125].“

Hier taucht also von Iswolskis Seite der Vorschlag auf, die Aufrollung der Meerengenfrage vorzubereiten, allerdings Italien gegenüber, und auch dieser Plan findet in Petersburg Beifall, denn am 9. Oktober richtet er folgende Zeilen an Neratow über seine Unterredungen mit dem italienischen Botschafter in Paris, Tittoni: „Ich bin sehr glücklich, daß mein Gedanke einer Festlegung der italienischen Verpflichtungen betreffs der Meerengen von Ihnen mit Sympathie aufgenommen wird. Gleich nach Empfang Ihres Briefes habe ich H. Tittoni veranlaßt, in konkretere Besprechungen einzutreten, und habe ihm den von Ihnen ausgearbeiteten Entwurf eines Briefes des italienischen Ministers des Äußeren an den russischen Minister des Äußeren unterbreitet. H. Tittoni hat nicht nur dem von Ihnen vorgeschlagenen Verfahren zugestimmt, sondern mir auch seine Ansicht ausgesprochen, daß ihm der genannte Entwurf völlig annehmbar scheine, und daß er, wenn er Minister des Äußeren wäre, nicht zögern würde, ihn zu unterzeichnen. Er schrieb nach meinem Diktat einen Briefentwurf und versprach, diesen entweder selbst nach Rom zu bringen oder ihn durch einen Kurier dorthin zu schicken. Er zieht den ersteren Weg vor, da er ihm die Möglichkeit geben würde, dem König und den Herren Giolitti und San Giuliano mündlich die Gründe darzulegen, die für die Erfüllung unseres Wunsches

sprechen. Der Zeitpunkt seiner Reise nach Rom hängt von dem Ende der Tripoliskrise ab. Wenn die Krise sich hinzieht, wird er die besagten Gründe brieflich darlegen. In beiden Fällen ist er der bejahenden Antwort des Königs und seiner Minister sicher [135]."

Der parallele Schritt Rußlands bei der französischen Regierung geschah natürlich in engem Zusammenhang hiermit, obwohl er zweifellos, wie wir sehen, schon länger beabsichtigt war. Eines fügte sich zum anderen und drängte die verschiedenen Regierungen zur Verwirklichung lang gehegter Wünsche. Die französische Annexion Marokkos hatte das ganze gefährliche System geheimer Expansionsabsichten der Mächte hart an den Grenzen des europäischen Kontinents ins Rollen gebracht. Das ist ihre niemals zu leugnende unheilvolle Wirkung für die Geschichte Europas in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg. Schon zieht Iswolski in seinen Briefen im Anschluß an Italiens Vorstoß gegen die Türkei die Möglichkeit von Unruhen auf dem Balkan in Erwägung. Deutschland blieb mit seinen Forderungen nach Kompensation im Kongogebiet noch eine erhebliche Strecke hinter den anderen zurück, denn bei ihm handelte es sich um rein koloniale Erwerbungen im fernen Inneren Afrikas. Das lärmende Ungeschick seines Auftretens hat allerdings damals, wie so oft, viel mehr entrüsteten Widerspruch in der Welt auf sich gezogen, als das rasch entschlossene Handeln Frankreichs und Italiens, oder gar das diplomatische Verhandeln Rußlands hinter den Kulissen. Aber für den Frieden unseres Erdteils war das Vorgehen der letztgenannten Staaten das eigentliche Verhängnis, denn es rückte die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe.

Aber wir wollen zu den Verhandlungen Rußlands mit Frankreich hinsichtlich der Meerengen und der Mandschurei zurückkehren! Sie wurden zunächst durch den russischen Vertreter in Konstantinopel Tscharykow aufgenommen, der auf Anweisung seiner Regierung mit dem dortigen französischen Botschafter Bompard sprach. Daraufhin folgte eine Unterredung des stellvertretenden Außenministers Neratow mit dem französischen Geschäftsträger Panafieu. Zu gleicher Zeit, d. h. ebenfalls am 11. Oktober, setzte Iswolski ein. In einer Zusammenkunft mit de Selves erinnerte er zunächst an die unverändert freundschaftliche Haltung Rußlands gegenüber allen Unternehmungen Frankreichs in der Marokkoangelegenheit und wandte sich sodann der Meerengenfrage zu, indem er erwähnte, daß er zwar über den Zeitpunkt, an dem diese aufgerollt werden könnte, nichts wisse, wohl aber Instruktionen habe, bereits jetzt die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf sie zu lenken. Hinsichtlich der Argumentation folgen wir am besten dem eigenen Bericht Iswolskis, der lautet:

„Im Laufe der letzten Zeit", sagte ich ihm (de Selves), „haben in Europa und besonders im Mittelländischen Meer sehr wesentliche politische Veränderungen stattgefunden. Frankreich errichtet seine Herrschaft über Marokko; Italien bringt Tripolis und die Kyrenaika an sich; England befestigt seine Stellung in Ägypten und kümmert sich, wie aus der Verfügung über die Neutralität dieses Landes während des türkisch-italienischen Krieges ersichtlich ist, um keinerlei Erwägungen hinsichtlich der juristischen Zugehörigkeit dieses Landes zum Ottomanischen Reiche. Was uns betrifft, so beobachten wir, ohne unmittelbar an diesen Fragen interessiert zu sein, im engsten Anschluß an den allgemeinen Charakter unserer Beziehungen zu Frankreich, England und Italien eine durchaus zustimmende Haltung gegenüber all diesen Handlungen, und machen überdies die uneigennützigsten Anstrengungen, um die Balkanstaaten von kriegerischen Aktionen zurückzuhalten. Aber wir sind verpflichtet, auch an unsere eigenen Interessen zu denken, sowie daran, uns von Einschränkungen zu befreien, die uns unter ganz anderen Umständen auferlegt wurden und jetzt völlig veraltet sind. Vor drei Jahren haben wir von Frankreich gelegentlich der durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina hervorgerufene Krise die bestimmtesten Versicherungen erhalten, daß wir in der Meerengenfrage auf seine Sympathie rechnen könnten. Wir haben aber damals freiwillig darauf verzichtet, diese Frage aufzuwerfen, um die Lage nicht zu komplizieren und den allgemeinen Frieden nicht zu gefährden. Natürlich zweifeln wir nicht eine einzige Minute daran, daß uns die Sympathie Frankreichs in dieser Angelegenheit für die Zukunft ebenfalls sicher ist, um so mehr, als das Erscheinen unserer Schwarzen-Meer-Flotte im Mittelmeer die Stellung der französischen Seestreitkräfte in diesen Gewässern nur verstärken kann. Allein angesichts der formellen Änderungen, die sich auf diesem Schauplatz augenblicklich vollziehen, ist es für uns nötig, für eine ebensolche formelle Bestätigung unserer Rechte und Interessen zu sorgen. Wir hoffen demzufolge, daß die französische Regierung sich nicht weigern wird, in irgendeiner Art ihre Stellungnahme gegenüber den Maßnahmen zu formulieren, die wir früher oder später bezüglich der Meerengen und der angrenzenden Gebiete zu ergreifen für notwendig halten werden [140]."

Ungefähr ebenso eingehend erläuterte Iswolski die russischen Wünsche „bezüglich der Eisenbahnen in der asiatischen Türkei, bezüglich der Rechte auf die ostchinesischen Eisenbahnen, der Kapitulationen in der Mandschurei, der Frage der Mongolei und Chinesisch-Turkestans und schließlich bezüglich der chinesischen Anleihe" [140]. Es war also ein ansehnliches Bündel von Forderungen, die er dem alliierten Staate als

Quittung für die Unterstützung hinsichtlich Marokkos unterbreitete. De Selves stellte zunächst in Aussicht, diese Fragen in der aufrichtigsten Weise zu besprechen.

In einem besonderen Brief an Neratow vom 12. Oktober erinnert Iswolski hinsichtlich der Meerengenfrage, die ihn in erster Linie interessiert, an die in Betracht kommenden Vorakten, von denen er aus seiner Zeit als Außenminister Kenntnis hat:

„Sie haben natürlich alles, was hinsichtlich dieser Angelegenheit seinerzeit geschehen ist, wieder aus den Archiven ausgegraben. Mit England haben zweimal Unterredungen stattgefunden: einmal durch die Vermittelungen Benckendorffs, das zweitemal durch Vermittelung bei meinem Aufenthalt in London im Herbst 1908 (Bosnische Krise). Alle die hierauf bezüglichen Papiere sind Ihnen, wie ich glaube, von mir übergeben worden, aber vielleicht befinden sie sich im Geheimarchiv bei Savinsky. In London machte man englischerseits ziemlich wesentliche eingehende Einwände, aber im allgemeinen hatte die Angelegenheit einen Schritt vorwärts gemacht. Ferner entsinne ich mich, daß ich eine Erklärung Deutschlands von äußerster Wichtigkeit im Sinne seiner Zustimmung zu unseren Plänen vermerkt habe, aber ich habe vollständig vergessen, in welcher Form und bei welchem Anlaß diese Erklärung abgegeben wurde: sie war vielleicht sogar in einem Brief oder Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren enthalten. Die darauf bezüglichen Dokumente befinden sich wahrscheinlich bei den anderen Papieren über die Meerengenfrage.

Ich erlaube mir auch darauf hinzuweisen, daß es sehr wichtig ist, am Recht der Durchfahrt durch die Meerengen die Küstenstaaten, also Rumänien und Bulgarien, zu beteiligen. Das würde mit einem Schlage einige ernste Einwände beseitigen [141].“

Im großen ganzen ist er sehr eingenommen von der Idee, die man zu Hause verfolgt und klagt nur, „daß H. de Selves sehr wenig über all diese Fragen unterrichtet ist und zudem noch ganz von den Marokko- und Kongofragen in Anspruch genommen wird“ [141]. Im übrigen benützt er die Gelegenheit, um seine Eingabe um Bestechungsgelder für die französische Presse zu erneuern: „Wenn wir uns tatsächlich dahin entscheiden, die Frage der Meerengen jetzt anzuschneiden, ist es sehr wichtig, dafür zu sorgen, daß wir hier ‚eine gute Presse‘ haben. In dieser Beziehung bin ich jedoch leider der hauptsächlichsten Waffe beraubt. Denn meine dringenden Bitten, mich mit Spezialfonds für die Presse zu versehen, haben zu nichts geführt. Ich werde natürlich alles tun, was an mir liegt; aber hier handelt es sich gerade um eine

jener Fragen, in denen die öffentliche Meinung gemäß alter Tradition eher gegen uns eingenommen ist [141].“

Die weiteren Besprechungen mit de Selves offenbaren französischerseits eine gewisse Ängstlichkeit darüber, wie man sich in London zu der Angelegenheit stellt. Der Außenminister hatte zwar „weder hinsichtlich des Inhaltes noch des Zeitpunktes der Aufrollung der Meerengenfrage irgendeinen Einwand zu erheben... Die einzige Seite der Sache, die ihn anscheinend besorgt machte, war die wahrscheinliche Stellungnahme Englands hierzu [147].“ Es wird also versucht, die Meinung Greys zu erfahren. Da die Verhandlungen auch weiterhin nicht recht vorwärtskommen, benützt Iswolski den Tag der Unterzeichnung des französisch-deutschen Abkommens über Marokko-Kongo, den 4. November, um einen Brief an de Selves zu richten, in dem er schriftlich die verschiedenen Anliegen seiner Regierung nochmals wiederholt und mit den Worten schließt:

„Unter Zusammenfassung des Ausgeführten erlaube ich mir, nochmals die feste Überzeugung auszusprechen, daß in dem Augenblick, in dem Frankreich, der Freund und Verbündete Rußlands, darangeht, seine Stellung in Nordafrika auf einer neuen und festen Grundlage aufzubauen, die französische Regierung, der das Kaiserliche Kabinett fortgesetzt seine aufrichtigste diplomatische Unterstützung gewährt hat, ihrerseits bereit ist, uns zu versichern, daß sie unsere Handlungsfreiheit im Gebiete der Meerengen sowie in Nordchina anerkennt, und uns ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, die wir zur Sicherung unserer Interessen und zur Festigung unserer dortigen Stellung zu treffen in die Lage kommen könnten, nicht versagen wird [154].“

Die Antwort läßt einigermaßen auf sich warten. Am 23. November vermutet der russische Botschafter in Paris, „daß die französische Regierung sich scheuen wird, eine bedingungslose Verpflichtung im Sinne einer Anerkennung unserer vollen Handlungsfreiheit in den Meerengen uns gegenüber einzugehen, und daß sie, sich zum erstenmal auf irgendeine unbestimmte Formel beschränkend, uns ersuchen wird, unsere Wünsche genauer darzulegen“ [158]. Und in einem anderen Brief vom gleichen Tage heißt es:

„Den Worten H. Louis' (des französischen Botschafters in Petersburg, der damals am Quai d'Orsay arbeitete) konnte ich entnehmen, daß man hier etwas ängstlich ist, eine Verpflichtung uns gegenüber bezüglich der Meerengen in den von mir im letzten Teil meines Briefes gebrauchten Ausdrücken zu übernehmen. H. Georges Louis ist hauptsächlich wegen der Unbestimmtheit des Ausdruckes „Handlungsfreiheit“ besorgt. Er würde gern in bestimmter Form erfahren, was wir bezüglich

der Meerengen zu unternehmen gedenken, und nach welcher Lösung der hiermit zusammenhängenden Fragen wir streben.

Ich antwortete H. Louis, daß der besagte Ausdruck von mir gerade wegen seiner Unbestimmtheit gebraucht worden sei, da es augenblicklich nicht möglich sei, vorauszusehen, welche Wendung die Meerengenfrage nehmen wird. „Rußland", sagte ich ihm, „hat Interesse daran, die Existenz des Türkischen Reichs so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, aber unter der Bedingung, daß man uns von veralteten und mit unseren Interessen und unserer Würde unvereinbaren Beschränkungen befreit. Aus diesem Grunde streben wir in erster Linie nach einer freundschaftlichen Verständigung mit der türkischen Regierung über diese Frage. Wenn sich aber eine solche Verständigung als undurchführbar erweisen oder die Liquidierung der türkischen Herrschaft in Europa erfolgen wird, so wird sich natürlich auch unser Standpunkt in der Frage der Meerengen ändern. Ebenso wie Frankreich uns diesen Sommer erklärt hat, daß es die Festsetzung irgendeiner fremden Macht in Marokko nicht zulassen könne, sind wir unsererseits verpflichtet, Frankreich davon zu unterrichten, daß Rußland die Meerengen nicht in andere Hände als die Rußlands übergehen lassen kann. Wir sind selbstverständlich im voraus davon überzeugt, daß wir sowohl im ersten wie im zweiten Fall von seiten des verbündeten Frankreich voller Sympathie und Unterstützung begegnen werden. Indessen ist es für uns sehr wichtig, die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage genau festzulegen. Ebenso steht es mit den Fragen in Verbindung mit Nordchina. In meinem Briefe sind einige der Maßnahmen aufgezählt, die wir aller Wahrscheinlichkeit nach in näherer oder fernerer Zukunft verwirklichen müssen, um unsere Stellung in diesen Ländern zu befestigen. Aber es ist klar, daß hiermit nicht alle im Laufe der Zeit möglichen Kombinationen und Eventualitäten erschöpft sind. Es ist augenblicklich nicht möglich, vorauszusehen, wie sich die Ereignisse, die sich jetzt in China abspielen, entwickeln werden. Wenn für das Chinesische Reich endgültig die Periode der Auflösung beginnt, können wir uns gezwungen sehen, unser Programm zu erweitern. Ebenso kann uns eine aktive Intervention Japans, mit dem wir einen Vertrag über die Begrenzung der wechselseitigen Einflußsphären in der Mandschurei abgeschlossen haben, hierzu bringen. In allen diesen Fällen sind wir gleichfalls berechtigt, die Sympathie und diplomatische Unterstützung unseres Verbündeten zu erwarten [159]."

Louis stellt jedenfalls eine baldige Antwort in Aussicht. Trotzdem vergehen noch Wochen, bis sie wirklich erfolgt. Endlich, am 4. Januar 1912 sendet de Selves folgende Note:

„Euer Exzellenz haben am 4. November im Namen und Auftrag der russischen Regierung die Überzeugung auszusprechen geruht, daß Frankreich sicherlich bereit sein werde, Rußland in einzelnen Fragen, die unserem Verbündeten besonders am Herzen liegen, ein ebenso weites Entgegenkommen zu bezeugen, wie dies die russische Regierung gelegentlich der Vorbesprechungen und des kürzlich abgeschlossenen Marokkovertrages bewiesen habe.

Die Fragen, die Sie in Ihrem vorerwähnten Schreiben ganz besonders im Auge hatten, beziehen sich in Europa auf das Regime der Meerengen und in Asien auf die Stellung Rußlands in den nördlichen Gebieten des Chinesischen Reiches.

Ich freue mich, ganz allgemein von neuem Eurer Exzellenz die Erklärungen der französischen Regierung gelegentlich der Ereignisse von 1908 bestätigen zu können, in denen es sich um die Genugtuung handelt, die die russische Regierung in der Frage des Bosporus und der Dardanellen zu verlangen vielleicht sich veranlaßt sehen könnte. Die französische Regierung erklärt sich bereit, hierüber mit der russischen ihre Ansichten auszutauschen, wenn neue Verhältnisse eine Prüfung der Meerengenfrage notwendig machen sollten.

Was die Interessen Rußlands in Nordchina betrifft, so haben Eure Exzellenz daran zu erinnern geruht, daß die französische Regierung beständig ihre Absicht, Rußland in der Verteidigung seiner Interessen in der Mandschurei zu unterstützen, bekundet und tatsächliche Beweise ihres guten Willens in dieser Hinsicht gegeben hat, indem sie zuletzt noch die Kotierung der chinesischen 250-Millionen-Anleihe zurückwies, solange nicht der auf die Mandschurei bezügliche Artikel 16 des Vertrages gestrichen und im Sinne der russischen Forderungen umgearbeitet worden sei.

Die von der französischen Regierung also bekräftigte Unterstützung aller Rechte und legitimen Interessen Rußlands in Nordchina erstreckt sich nicht nur auf den Norden der Mandschurei, sondern auch auf die Mongolei und Chinesisch-Turkestan: die Politik, die wir auf diesem Gebiet ständig befolgt haben, ist eine sichere Gewähr dafür, daß wir sie auch in Zukunft in diesen unserem Verbündeten besonders wichtigen Gebieten fortsetzen werden [185].“

In einem Begleitschreiben vom 11. Januar 1912 meint Iswolski:

„Wenn man diesen Brief seinem Wesen nach prüft, so kann, wie mir scheint, festgestellt werden, daß er nicht ohne Bedeutung und Wert ist. In seinem ersten Teil enthält er, in Form einer Wiederholung, die Anerkennung der Gleichartigkeit unserer Haltung gegenüber den Interessen Frankreichs in der Marokkofrage und der Haltung Frankreichs

gegenüber unseren Interessen in der Frage der Meerengen und des nördlichen China. Des weiteren bestätigt H. de Selves formell die Zusicherungen, die uns die französische Regierung 1908 hinsichtlich der Meerengen gegeben hat. Bekanntlich waren diese Zusicherungen damals nicht schriftlich niedergelegt, sondern lediglich in Form von Versprechungen gegeben worden, Frankreich werde unsere Politik am Bosporus und den Dardanellen ganz allgemein unterstützen. Ferner: die von H. de Selves ausgesprochene Bereitwilligkeit, mit uns wegen der Meerengen in einen Meinungsaustausch einzutreten, gibt uns die Möglichkeit, mit der Zeit zu einer mehr ins einzelne gehenden Klärung dieser Frage zu gelangen. Wenn Ihnen, im Gegensatz zu meiner Auffassung, der Brief des H. de Selves für unsere Zwecke nicht ausreichend erscheinen sollte, so ist es möglich, meinem ganzen Schriftwechsel mit dem französischen Minister des Äußeren einen nur vorbereitenden Charakter beizulegen und förmlichere und eingehendere Unterhandlungen einzuleiten [184]."

Ein weiterer Schritt der russischen Regierung in der Frage der Meerengen läßt sich aus den bisher bekannt gewordenen Akten nicht nachweisen. Wir haben also Grund zu der Annahme, daß man auch in Petersburg einstweilen mit der Haltung der französischen Regierung zufrieden war. Sie gestand zwar nicht gleich die völlige Handlungsfreiheit des Bundesgenossen zu, denn eine derartige Stellungnahme, die ihre Spitze unmittelbar gegen die Türkei gerichtet hätte, wagte man in Paris gerade damals wohl nicht nur wegen England, sondern auch deshalb nicht, weil man sich durch Übernahme des Protektorates über Marokko im eigensten Interesse zu Rücksichten auf die mohammedanische Welt verpflichtet glaubte. Aber man wußte doch an der Seine ganz genau, wie die Richtung Rußlands war, denn auch aus den Notizen des Außenministeriums in Petersburg geht hervor, daß von dort aus mitgeteilt worden war, das Zarenreich werde nicht dulden, „daß die Meerengen in andere Hände als die der Russen übergingen" [182]. Somit waren die entgegenkommenden Erklärungen de Selves' allerdings als wertvolle Zusicherungen anzusehen, denn sie stellten einen wohlwollenden Meinungsaustausch in Aussicht, „wenn neue Verhältnisse eine Prüfung der Meerengenfrage notwendig machen sollten" [182], d. h. wenn Rußland den Augenblick für gekommen hielt, seine Hand nach dem von ihm gewünschten Objekt auszustrecken. Der geheime Zündstoff in Europa, der unter der Decke glimmte, war auf diese Weise zweifellos vermehrt worden.

Die Rolle Iswolskis bei den soeben geschilderten Vorgängen war, wie wir leicht erkennen können, keine geringe. Trotzdem fehlt es auch

in diesen letzten Monaten angespannter Tätigkeit nicht an ständigen Ausbrüchen seiner Unzufriedenheit. In erster Linie ist es de Selves, der französische Außenminister im Kabinett Caillaux, also im dritten Ministerium des Jahres 1911, der ihm immer neue Klagen entlockt. Als dieses Kabinett schließlich zu wanken beginnt, erklärt er nochmals Ende Dezember, man könne „nicht umhin, zu wünschen, an der Spitze des Quai d'Orsay eine Persönlichkeit zu sehen, die in den Geschäften etwas mehr auf dem Laufenden ist als dieser unglückliche de Selves" [177]. Wir irren uns aber nicht, wenn wir abermals zu der Feststellung zurückkehren, daß ihn nicht nur die mangelnde Erfahrung in den auswärtigen Fragen bei den französischen Ministern quälte, sondern darüber hinaus und der wesentlichen Hauptsache nach die stets erneute Einsicht, wie wenig die ganze damalige Politik des mit Rußland verbündeten Landes seinen eigenen Hoffnungen und Absichten entsprach.

Auf welchen Wegen er zu wandeln wünschte, können wir immerhin aus einigen Stellen seiner schriftlichen Äußerungen mit ziemlicher Deutlichkeit entnehmen: In negativer Hinsicht war er vor allem auf die peinliche Trennung Europas in die zwei großen Interessengruppen: Dreiverband und Dreibund bedacht. Jeder leiseste Ansatz zu einer Überwindung dieser äußerst gefährlichen Spaltung, die als solche schon den ersten Keim zur Möglichkeit eines Zusammenstoßes in sich barg, versetzt ihn in die größte Aufregung. Am 25. April berichtet er darüber, daß er Cruppi die schärfsten Vorwürfe wegen der soeben in Frankreich abgeschlossenen Anleihe der Stadt Budapest gemacht habe: „Ich habe... nicht verhehlt, daß die Gewährung einer Anleihe an die Hauptstadt Ungarns durch französische Banken nicht verfehlen würde, einen äußerst peinlichen Eindruck in Rußland hervorzurufen, da man dort diese Anleihe sicherlich als den ersten Schritt zur Finanzierung auch anderer ungarischer Anleihen ansehen wird."

Um auf H. Cruppi den gewollten Eindruck zu machen, habe ich ihm anläßlich dieses besonderen Falles gewisse Erwägungen allgemeiner Natur unterbreitet: „In letzter Zeit", sagte ich, „habe ich mehr als einmal Gelegenheit gehabt, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die schwere Schädigung der vitalsten Interessen Rußlands zu lenken, die gewisse von französischen Banken geplante finanzielle Unternehmungen zur Folge haben könnten. Infolge seiner ungeheuren Ausdehnung und der Besonderheiten seiner geographischen Lage ist Rußland an sehr vielen Punkten seiner Peripherie verwundbar, und kann nicht auf allen Fronten gleich stark sein. Unternehmungen wie die Eisenbahn Tschinchou—Aigunt oder das Eisenbahnnetz in Kleinasien würden uns ungeheure Ausgaben für die Be-

festigung unserer entsprechenden asiatischen Grenzen auferlegen, und dies würde unsere militärische Stellung an unserer Westgrenze zum Schaden der gemeinsamen Interessen Frankreichs und Rußlands schwächen. Jede Österreich-Ungarn oder auch nur Ungarn allein gewährte Anleihe würde gleicherweise die Lage Rußlands und folglich auch die des ‚Zweibundes' schwächen. Es ist ferner äußerst gefährlich, sich der hier eingewurzelten Illusion hinzugeben, als ob Ungarn ein Gegengewicht gegen den Einfluß Deutschlands bilden könne: Die letzte bosnische Krise hat gezeigt, daß im entscheidenden Augenblicke Ungarn sich stets auf die Seite Österreichs und Deutschlands stellen wird. Erst in den letzten Tagen haben wir in der Kammer einen beredten Appell von H. Ribot im Sinne der Notwendigkeit einer einheitlicheren und konsequenteren Politik der Mächte der Triple-Entente gehört, und Cruppi selbst hat sich für die effektive und sozusagen tägliche Ausnutzung dieser politischen Kombination eingesetzt. Mir scheint es, daß die Frage ausländischer Anleihen und Finanzunternehmungen gerade eine von denen ist, wo sich die Gemeinsamkeit der hohen politischen Interessen Rußlands und Frankreichs am nachdrücklichsten offenbaren müsse, und es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn das Streben französischer Finanzleute nach persönlichem Gewinn die Oberhand über die allgemeinen Ziele der beiden verbündeten Mächte gewinnen würde [63]."

Gegen Ende des Jahres muß er sogar die „Gefahr" einer Anleihe an Österreich bekämpfen, über dessen angebliche Absichten gegen Serbien er kurz vorher, am 23. November, anläßlich des damaligen Besuches des serbischen Königs in Paris auf Grund eines Gespräches mit Milowanowitsch äußerst tendenziös berichtet hatte [160]. Ein Telegramm aus seiner Feder vom 28. Dezember lautete:

„Ich habe schon vor einigen Tagen mit Louis ein ernstes Gespräch über die geplante österreichische Anleihe gehabt, worüber Ihnen Demidow morgen den Bericht bringen wird. Auf meinen Antrieb wird hier dagegen bereits eine Zeitungskampagne geführt, die mit einem Artikel von Chéradame im „Petit Journal" vom 26. Dezember begann. Es ist sehr zu wünschen, daß die russischen Zeitungen dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zuwenden [176]."

Daß ihm auf Grund seiner ganzen Einstellung die Potsdamer Zusammenkunft zwischen dem Zaren und Kaiser Wilhelm schon in den ersten Monaten seines Aufenthaltes in Paris die Stimmung verdarb, haben wir gleich zu Anfang dieses Kapitels gesehen. Ebensowenig paßte die Unterzeichnung des russisch-deutschen Vertrages in Persien in sein Programm, weil sie wie eine Überbrückung der Kluft zwischen den beiden großen Nachbarreichen aussah und, wenn er es auch nicht

wagte, die eigene Regierung direkt deswegen zu kritisieren, so äußerte er doch Neratow gegenüber auch hinsichtlich dieses Ereignisses am 17. August recht freimütig seine Bedenken wegen der Rückwirkung auf Frankreich:

„Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihren interessanten Brief vom 27. Juli. Besonders wertvoll war für mich die Nachricht von der bald bevorstehenden Unterzeichnung des Vertrages mit Deutschland bezüglich Persiens, denn es besteht ohne Zweifel die Gefahr eines neuen Pressefeldzugs sowie neuer Versuche, hier Mißtrauen gegen unsere Politik zu erwecken. Ich habe mich daher, ohne einen Augenblick zu verlieren, beeilt, einige vorbereitende Maßnahmen zu treffen, die ihren Ausdruck in den hier beigefügten Artikeln des ‚Matin' und des ‚Journal des Débats' gefunden haben. Ich hoffe, daß Sie mich nicht tadeln werden, diese Sache der Öffentlichkeit mitgeteilt zu haben, denn, wenn die Nachricht von der Unterzeichnung des Vertrages dem hiesigen Publikum als ein unerwartetes Ereignis erschienen wäre, so hätten die bedauerlichsten Folgen daraus entstehen können. Sie wissen, wie schwierig es ist, mit der hiesigen Presse zu tun zu haben, besonders wenn ich nicht die Mittel für eine materielle Einwirkung zur Verfügung habe. Ich weiß nicht, ob es mir gelingen wird, den anderen einflußreichen Zeitungen, besonders dem ‚Temps', in dem H. Tardieu unstreitig gegen unsere Interessen agitiert, die erforderliche Richtung zu geben [111]."

Wie er sich positiv die Handhabung der Dinge ersehnte, geht aus einem Schreiben vom 13. April an Sasonow über die bereits erwähnte Kammerdebatte anläßlich der Potsdamer Zusammenkunft hervor. Hier beschäftigt er sich ausführlich mit zwei Reden, die Ribot, „der Begründer des französisch-russischen Bündnisses", gehalten hat:

„Sie sind gewissermaßen die Synthese der ganzen französischen Politik im Laufe der letzten zwanzig Jahre. Mit einer außerordentlichen Überzeugungskraft vorgetragen, erweckten sie einen ermutigenden Eindruck und trugen unstreitig zu einem der Regierung günstigen Ausgang der Debatten bei. Nicht nur die optimistische Note, die in ihnen durchklang, sondern auch die milde, wohlwollende Kritik, der H. Ribot die Politik der Vorgänger H. Cruppis unterwarf, gefiel der Öffentlichkeit. Der Sinn seiner Reden ist folgender: Ja, das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland ist fest und unerschütterlich, die Entente cordiale mit England ist zuverlässig, aber die französische Diplomatie hat es im Laufe der letzten Jahre nicht verstanden, hieraus weder für seine eigenen Interessen noch für die Interessen der ganzen Mächtegruppe, die dieser Verbindung angehört, genügend Ge-

winn zu ziehen; ein engerer Kontakt zwischen den verschiedenen Mitgliedern der Triple-Entente ist unentbehrlich, und vor allem ist die vorbereitende, sozusagen tägliche Prüfung der verschiedenen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, und der möglichen Eventualitäten unter ihnen nötig.

Wie ich mich überzeugen konnte, werden die Ideen des H. Ribot von den ernsthaftesten und einflußreichsten Persönlichkeiten Frankreichs geteilt, und ich wage anzunehmen, daß sie auch von unserer Seite eine aufrichtige Sympathie und Förderung verdienen. In dem Augenblick, wo Fragen von so erstklassiger Wichtigkeit für uns auftauchen, wie die Bewilligung bedeutender finanzieller Hilfsmittel an die Türkei und die Entwicklung ihres strategischen Eisenbahnnetzes, ist es für uns im höchsten Grade wichtig, daß Frankreich nichts unternimmt, ohne sich mit uns vorher genau ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Ich werde nicht verfehlen, die hier vorherrschende Stimmung dahin auszunutzen, um der französischen Regierung die Notwendigkeit der engsten Solidarität mit uns in allen diesen und anderen uns interessierenden Angelegenheiten zu suggerieren [51]."

Das ist nicht nur Ribot, sondern Iswolski selbst, der hier seine eigensten Anschauungen bekennt und sie auch in Petersburg zur Beherzigung empfiehlt. „Die engste Solidarität" zwischen den Verbündeten und die nahezu tägliche Betätigung der Allianz — das ist das Ideal, das ihm vorschwebt. Und wenn auch einstweilen die Wirklichkeit dem Ideal noch lange nicht entspricht, so wacht er doch wenigstens darüber, daß die Möglichkeit zur Durchführung gewahrt bleibt. Dafür liefern uns die Aktenstücke zum russisch-englischen Konflikt in Persien aus dem Dezember 1911 einen interessanten Beleg[1]):

Persien war 1907 durch ein Abkommen zwischen England und Rußland in drei Interessensphären geteilt worden, darunter eine nördliche, die Rußland vorbehalten bleiben sollte, und eine südiche, in der England sich freie Hand zusichern ließ. Dabei wurde gegenseitig vereinbart, die Unabhängigkeit Persiens nicht anzutasten, eine Bestimmung, auf die besonders London sehr viel hielt, weil es durch sie andere Mächte, vor allem Deutschland und die Türkei, von der Einmischung fernhalten wollte. Mit der Zeit aber versuchte das Zarenreich, den ihm zugesprochenen Teil in eine Art Vasallenstaat zu verwandeln, was einen immer schärferen Gegensatz zur britischen Politik herbeiführte. Im November 1911 kam es nun zu einem Zusammenstoß zwischen dem russischen Generalkonsul in Teheran und dem Amerikaner Shuster,

---

[1]) Vgl. Siebert, Diplomatische Aktenstücke S. 201 ff.

dessen Aufgabe es war, die persischen Finanzen zu regeln, und zwar anläßlich einer Beschlagnahme der Besitzungen des früheren Schahs Mohammed-Ali. Diesen Zusammenstoß benutzte man in Petersburg, um in Befolgung bekannter Methoden mit dem Einmarsch nach Teheran zu drohen. Umsonst erhob der russische Botschafter in London, Benckendorff, seine warnende Stimme, indem er darauf aufmerksam machte, daß eine Durchführung dieser Pläne die schlimmsten Folgen für das Verhältnis Englands zu Rußland haben könnte. „Wenn die Gemeinsamkeit unseres Handelns in Persien aufhört, so würde dies notwendigerweise den Bruch der Entente bedeuten.“ So heißt es in einem seiner Telegramme vom 2. Dezember. Aber in Petersburg wollte man sich nicht einschüchtern lassen. Der Außenminister Sasonow hielt sich gerade damals in Paris auf und bekam von seinem Stellvertreter im Amt, Neratow, am 5. Dezember ein Telegramm, in dem eine Truppensendung nach Teheran als höchst wahrscheinlich bezeichnet wird [165]. Aus zwei weiteren Depeschen vom 5. und 6. Dezember geht hervor, daß die Auseinandersetzung mit London immer schärfere Formen annahm [166/7]. Da greift Iswolski ein, indem er am 7. Dezember an Neratow schreibt:

„S. D. Sasonow ist gestern eingetroffen; er sieht wohl und frisch aus. Er rechnet damit, am Sonntag abend nach Petersburg abzureisen. Er hat den Grafen Benckendorff hierher kommen lassen, und wir lesen und besprechen alle drei Ihre Telegramme betreffs Persien. Ich möchte Ihnen nicht verhehlen, daß diese Angelegenheit mir ernste Besorgnisse für die Zukunft unseres Einvernehmens mit England einflößt, und daß mich das sehr besorgt macht und beunruhigt. Die Ereignisse des letzten Sommers haben den ganzen Wert der Triple-Entente als wichtigen Faktor zur Erhaltung des Friedens und des Gleichgewichts in Europa bewiesen. Denn jetzt nach der Rede Sir Ed. Greys und der so schwächlichen Erwiderung Bethmann Hollwegs bleibt kein Zweifel darüber, daß Deutschland, das die Absicht hatte, sich in Marokko festzusetzen, nur vor der Aussicht eines Konflikts zugleich mit Frankreich, England und uns zurückgewichen ist. Ich begreife die ganze Schwierigkeit, unser Vorgehen in Persien in diesem Augenblick mit den Wünschen Englands in Einklang zu bringen. Ich bitte Sie trotzdem flehentlich, die unübersehbaren Folgen nicht aus dem Auge zu verlieren, die ein Bruch mit England in den persischen Angelegenheiten haben würde. Ich glaube, England wird uns sehr weit folgen, aber es ist gefährlich, den Bogen zu straff zu spannen. Der kritische Moment wird unser Einmarsch in Teheran sein. Wird es in diesem Falle möglich sein, die Übereinstimmung zwischen unseren Forderungen und Handlungen und denen Englands aufrechtzuerhalten? Ihr gestriges Telegramm ist in dieser Beziehung etwas un-

klar, um nicht zu sagen, widerspruchsvoll. Denn am Anfang sagen Sie, daß wir keinerlei Ansprüche allgemeinpolitischer Natur erheben werden, ohne uns vorher mit England verständigt zu haben, und am Schluß nehmen Sie, für den Fall, daß unsere Truppen in Teheran einmarschieren, die Auflösung des Parlaments, die Ernennung einer neuen Regierung usw. in Aussicht. Es ist klar, daß solche Maßnahmen, falls sie von uns auf eigene Faust ergriffen werden, der englisch-russischen Entente ein Ende setzen würden, was, ich wiederhole es noch einmal, unberechenbare Folgen für die Politik ganz Europas haben würde.

Ich komme eben von einem Frühstück im Palais d'Elysée mit dem Präsidenten der Republik und den Herren Caillaux und de Selves. Alle drei sind sehr besorgt wegen der Möglichkeit eines solchen Ausganges, der schwere Folgen für die internationale Stellung Frankreichs haben würde [168]."

Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit fehlen uns genaue Nachrichten. Sicher ist aber, daß es zu keinem Bruch zwischen Rußland und England kam, daß also Rußland vor einem Überspannen des Bogens zurückschreckte und dadurch die Entente erhalten blieb. Somit gingen in dieser Hinsicht wenigstens die Wünsche Iswolskis in Erfüllung, und dem treuen Wächter des Bündnissystems der Alliierten war es gelungen, durch seine Ratschläge dazu beizutragen, daß eine sehr ernst drohende Krise abgewandt wurde.

Wir konnten oben feststellen, daß ihm eine ununterbrochene Betätigung dieses Bündnissystems, eine gemeinsame, „sozusagen tägliche Prüfung der Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, und der möglichen Eventualitäten" als das eigentliche Ziel der Politik vorschwebte. War damit nur das Gebiet der diplomatischen Arbeit gemeint, oder hatte er auch die letzten Konsequenzen im Auge, die sich aus dem restlosen Zusammengehen der drei Mächte: Rußland, Frankreich und England gerade jetzt in der immer wachsenden Unruhe dicht um Europa ergeben konnten. Mit anderen Worten: beschäftigte er sich mit dem Gedanken an einen Krieg der Entente gegen die Mittelmächte? Im Hintergrunde seiner Erwägungen und Berechnungen ganz gewiß. Denn alles, was in der Richtung auf eine solche Möglichkeit lag, erregt seine besondere Teilnahme. Greifen wir nur einige besonders wichtige Beispiele heraus!

Am 2. Februar berichtet er ausführlich über das neue Flottenprogramm des französischen Marineministeriums, das für einen Zeitraum von 10 Jahren die Neueinstellung von 16 Linienschiffen, 6 Kreuzern, 20 Torpedobootzerstörern und 50 Unterseebooten vorsieht. An diese Nachricht knüpft er folgende Erwägungen: „Im allgemeinen bestehen Gründe, anzunehmen, daß im Falle eines Konfliktes zwischen den Mäch-

ten des Dreibundes und England und Frankreich die englischen Seestreitkräfte hauptsächlich gegen die deutsche Flotte in der Nordsee zu kämpfen haben werden, während es wahrscheinlich den Franzosen obliegen wird, sich im Mittelmeer mit den beiden Verbündeten Deutschlands zu messen [11].“

Von großem Interesse ist ein Brief vom gleichen Tage an Sasonow, der die Frage der Befestigung Vlissingens behandelt, die damals von den Holländern in Angriff genommen wird. Die wichtigste Stelle lautet: „Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit H. Pichon anläßlich der vorliegenden Frage gehabt habe, gewann ich den Eindruck, daß er ihr durchaus ruhig gegenübersteht und keineswegs allzu große Bedeutung beizulegen wünscht. Bis jetzt ist es ihm noch nicht gelungen, die juristische Seite dieser Frage eingehend zu studieren, deren Prüfung er Spezialisten des Völkerrechts übertragen hat; aber persönlich scheint es ihm, daß Holland das unbestreitbare Recht hat, die Mündung der Schelde zu befestigen, was durch die Tatsache bestätigt wird, daß dort schon Befestigungen vorhanden sind, und daß es sich augenblicklich nur um ihren Umbau und ihre Erweiterung handelt. Andererseits zweifeln, wie es scheint, weder H. Pichon noch überhaupt die französische Regierung daran, daß die Idee des Baues der genannten Befestigungen Holland von Deutschland eingegeben wurde, und daß die holländische Regierung, wenn nicht auf Grund eines direkten Vertrages, so doch auf jeden Fall unter dem Druck der Furcht für die Unabhängigkeit Hollands im Fall eines europäischen Krieges handelt. Wenn trotz dieser Überzeugung H. Pichon und seine Kollegen ihre Ruhe und Kaltblütigkeit bewahren, so kommt dies, wie mir scheint, daher, daß man hier schon längst zu dem Schluß gelangt ist, daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges auf jeden Fall und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird. Deshalb trägt man hier den Befestigungen von Vlissingen nur als einer sekundären Einzelheit des allgemeinen Planes der deutschen Angriffsoperationen gegen Frankreich Rechnung. Nichtsdestoweniger ist nach Nachrichten, die bis zu mir gedrungen sind, die Pressekampagne, für die das Signal von gewissen belgischen Zeitungen gegeben wurde, dank französischer Subsidien und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien ins Leben gerufen worden in der Hoffnung, auf diesem indirekten Wege die Verwirklichung des Planes der holländischen Regierung zu vereiteln. Soviel ich bemerken kann, rechnet man hier immer noch auf den Erfolg dieser Kampagne und hofft, daß Holland, wenn es auch nicht völlig auf den genannten Plan verzichtet, ihn doch wenigstens aufschieben oder modifizieren wird [12].“

Nur im Vorübergehen sei darauf hingewiesen, in welch schreiendem Widerspruch die Mitteilung Iswolskis, man sei in Frankreich schon längst zu dem Schluß gelangt, daß Deutschland im Fall eines neuen französisch-deutschen Krieges auf jeden Fall und unbedingt die belgische Neutralität verletzen werde, zu dem wilden Entrüstungslärm steht, der im August 1914 in Szene gesetzt wurde, als diese als sicher angenommene Verletzung der belgischen Neutralität zur Tatsache wurde. Ganz besonders verdient der Umstand unsere Beachtung, daß die bestimmte Voraussicht des deutschen Vorgehens hier als Grund für die Ruhe und Kaltblütigkeit der französischen Regierung angeführt wird, während man doch nach der Propaganda bei Kriegsausbruch gerade das Gegenteil annehmen müßte. Wie ist das zu erklären? Warum berührt gerade die Möglichkeit eines feindlichen Vormarsches durch Belgien die leitenden Männer in Paris so wenig? Hatte man seinerseits schon diesbezügliche Gegenmaßnahmen getroffen?

Einen Anhalt zur Beantwortung auf diese Frage gibt uns ein Brief des russischen Botschafters vom 16. Februar, der die militärischen Beziehungen zwischen Frankreich und England bespricht. In einer Unterredung mit H. Pichon fragt Iswolski, ob tatsächlich ein Meinungsaustausch über diese oder jene militärischen Fragen zwischen der französischen und der englischen Regierung stattgefunden habe oder stattfinde. Er erfährt nun, „in Wirklichkeit bestehe kein Militärabkommen zwischen Frankreich und England. Immerhin hätten die höheren französischen und englischen Militärbehörden ihre Ansichten über die verschiedenen militärischen Möglichkeiten ausgetauscht und führen hierin fort. Es sei ganz natürlich, daß dieser Austausch hauptsächlich zwischen den Marinestäben und Flottenchefs der beiden Mächte stattfinde, die die Rolle der englischen und französischen Flotte für den Fall eines Krieges gegen den Dreibund im voraus festgelegt hätten. Man wisse in Deutschland sehr gut, daß in einem solchen Falle die englische Flotte sich gegen die deutschen Seestreitkräfte wenden würde, während die französische Flotte im Mittelmeer operieren würde, was auch die Verstärkung der Flotte Österreichs erklärt habe [20].“

Wir werden später sehen, daß zu den „verschiedenen militärischen Möglichkeiten“, die zwischen London und Paris erwogen werden, auch der Fall Belgien gehörte. Hier in diesem Zusammenhang wollen wir in erster Linie die Aufmerksamkeit auf die Fortsetzung des Briefes lenken, weil sie ein glänzender Beweis dafür ist, wie weit Iswolski den Gedanken an „Betätigung“ des russisch-französischen Bündnisses für den Fall eines Weltkrieges verfolgte:

„Auf meine Frage,“ so heißt es in dem erwähnten Schreiben, „ob

der Chef unseres Generalstabes während seiner letzten Unterredung mit dem Chef des französischen Generalstabes hiervon unterrichtet worden sei, antwortete H. Pichon, er wisse es nicht, aber er halte es in Übereinstimmung mit mir für sehr nützlich, daß wir über den Meinungsaustausch, der von Zeit zu Zeit zwischen Frankreich und England hinsichtlich der Marineangelegenheiten stattfinde, unterrichtet würden. Ich weiß natürlich nicht genau, ob General Gerngroß irgendwelche Mitteilungen über die von mir berührte Angelegenheit erhalten hat, aber ich halte es für wahrscheinlich, daß, da die Unterredungen zwischen den Chefs der Generalstäbe der Landarmeen stattgefunden haben, die Fragen der Kriegsmarine nicht berührt worden sind. Wenn dieses zutrifft, so ist das zweifellos eine Lücke in unseren Informationen über die französischen Pläne für den Fall eines europäischen Krieges, und es wäre überaus wünschenswert, sie mit der nötigen Vorsicht auf die eine oder andere Weise zu vervollständigen. Unser Marineattaché in Paris, der über die hiesigen Marineangelegenheiten sehr gut unterrichtet ist, bestätigte durchaus die Schlußfolgerungen, die ich aus der Unterredung mit H. Pichon gezogen habe. Kapitän 2. Ranges Poguljaew sagte mir hierbei, daß er in einem ausführlichen dienstlichen Bericht, worin er eine Übersicht über seine nunmehr zu Ende gehende Tätigkeit in Frankreich gibt, gleichfalls die Aufmerksamkeit unseres Marineministeriums darauf lenke, daß es wünschenswert sei, eine unmittelbare Verbindung zwischen dem russischen und dem französischen Marinestab herzustellen, die jetzt vollkommen fehlt.“

Bedarf es noch weiterer Belege, um zu zeigen, welch große Rolle die möglichst lückenlose Vorbereitung des Kampfes gegen die Mittelmächte in den Überlegungen des russischen Vertreters an der Seine spielte? Hier begegnen wir als einer von ihm ausgehenden Anregung zum ersten Male dem Plan der russisch-französischen Marinekonvention, mit der wir uns bald noch näher beschäftigen werden.

Aber auch um andere Einzelheiten für den Fall des bewaffneten Zusammenstoßes bekümmert er sich. Am 25. Mai berichtet er an Neratow über „eine vom französischen Kriegsministerium vorgeschlagene Kommission zur Ausarbeitung von Maßnahmen, um mittels der drahtlosen Telegraphie die Verbindung zwischen der russischen und französischen Regierung im Falle politischer Komplikationen oder eines Krieges aufrechtzuerhalten“ [80]. Er lobt die Ergebnisse der Arbeiten dieser Kommission, die schon seit dem Januar 1910 besteht, und empfiehlt ein besonderes Chiffrierverfahren für Radiotelegramme. Und am 22. August ermahnt er „angesichts der politischen Verwicklungen, die (infolge der Marokkokrise) eintreten könnten“, die russische Regierung,

„beizeiten dafür Sorge zu tragen, daß dem Ministerium des Äußeren in St. Petersburg und der Kaiserlichen Botschaft in Paris die Möglichkeit gegeben wird, sich untereinander durch drahtlose Telegramme zu verständigen“. Er empfiehlt, „ohne Aufschub“ die Chiffren auszuarbeiten [114].

In der Tat, in diesem Diplomaten war der Gedanke an den europäischen Krieg durchaus lebendig. Er begleitet ihn gewissermaßen ununterbrochen und ist so stark, daß ihm die Möglichkeit des blutigen Zusammenstoßes sogar in Augenblicken wahrscheinlich wird, wo man in Petersburg im Ernste gar nicht daran glaubt. Doch damit noch nicht genug! Gerade die letzten Belege, die wir aus den Akten angeführt haben, lassen uns erkennen, daß es sich nicht nur um ein Erwägen letzter Eventualitäten handelte, was man in den damaligen bewegten Zeiten noch bis zu einem gewissen Grade verstehen könnte, nein, Iswolski hatte den Krieg bereits in einem erschreckend hohen Grade in seinen Willen aufgenommen. Denn er ist rastlos an der Arbeit, um seine Durchführung von seiten Rußlands, von seiten der russisch-französischen Allianz, von seiten der Entente möglichst lückenlos vorzubereiten. Noch freilich begegnet er auf diesem dunklen Wege, wie wir sahen, zahlreichen Hindernissen. Noch nehmen die großen politischen Ereignisse einen Lauf, der ein vollständiges Zusammenfassen der gegen Mitteleuropa gerichteten Kräfte erschwert, noch tauchen gelegentliche Gegensätze zwischen England und Rußland und zwischen Rußland und Frankreich auf und bilden ein verzögerndes Moment auf jener Bahn, auf der Iswolski die Dinge vorwärtstreiben möchte. Das Haupthindernis aber ist — das sei hier wiederholt — die Einstellung der französischen Regierungen des Jahres 1911. Die Kabinette Briand, Monis und Caillaux sind außenpolitisch alle in gleicher Weise durch die Marokko-Aktion vollauf beschäftigt, die eine Eroberung für Frankreich ohne kontinentales Blutvergießen werden sollte, und innerpolitisch ringen sie mit einer mächtigen Strömung der linken Parteien, die den letzten Konsequenzen chauvinistischer Abenteuer abhold sind. Da tritt zu Beginn des Jahres 1912 der entscheidende Umschwung ein, der für Iswolskis geheimes Streben einen ebenso großen Fortschritt, wie für den Frieden Europas ein Verhängnis bedeutet: Raymond Poincaré wird Leiter der französischen Politik.

III

Iswolski und Poincaré

Am 14. Januar 1912 wurde Poincaré zum Ministerpräsidenten und Außenminister der französischen Republik ernannt. Am 15. Januar besuchte er nach einem Telegramm vom gleichen Tage den Vertreter des Zarenreiches und sprach ihm gegenüber seine feste Absicht aus, mit Rußland „die aufrichtigsten Beziehungen zu unterhalten und die Außenpolitik Frankreichs im vollsten Einvernehmen mit seinem Verbündeten zu führen“ [186]. Schon diese Erklärung geht über die gewöhnlichen Versicherungen der Bundestreue, die französische Außenminister bei ihrem Amtsantritt in der russischen Botschaft abzugeben pflegten, ganz entschieden hinaus. Sie klingt sehr stark an jene intime Solidarität an, die wir im vorigen Kapitel als das Ideal Iswolskis hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Rußland und Frankreich erkannten. Wir verstehen daher, daß der letztere vom ersten Augenblick an dem neuen Kabinett und besonders dem Vorsitzenden des Ministerrates weitgehendes Vertrauen entgegenbringt. — Am 16. Januar schreibt er an Sasonow:

„Was das neue Ministerium betrifft, das bereits den hochklingenden Namen eines ‚nationalen‘ erhalten hat, so haben auf die Bildung desselben besonders zwei Umstände eingewirkt: die durch die marokkanischen Verwicklungen herbeigeführte Hebung des französischen Nationalgefühls und die bei den letzten Senatswahlen hervorgetretene gemäßigte Stimmung des Landes. Während die beiden vorhergehenden Kabinette der Herren Monis und Caillaux einen scharf radikalen Anstrich trugen und sich hauptsächlich auf die extremen Parteien des Parlaments stützten, faßt das neue Ministerium die am meisten gemäßigten Elemente der republikanischen Mehrheit in sich. Das Bestreben des H. Poincaré, die konservativen Tendenzen zu befriedigen, ist schon in der Verteilung des Portefeuilles bemerkbar. Nachdem er

sich die Beteiligung so hervorragender Männer wie Briand, Leon Bourgeois, Millerand und Delcassé gesichert hatte, übertrug er ihnen solche Ministerien, an deren Spitze sie sich nicht durch ihr früheres radikales Vorgehen gebunden fühlen werden. Als einziges, den Radikalen gemachtes Zugeständnis erscheint die Ernennung des H. Steeg, der unter Caillaux Unterrichtsminister war, zum Minister des Innern. Dieses Zugeständnis aber wird dadurch aufgewogen, daß dem H. Briand, der vor ungefähr einem Jahr von den extremen Fraktionen des Parlaments gestützt wurde, im neuen Kabinett die besondere Stellung eines Vizepräsidenten des Ministerrats gesichert wurde. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß die erwähnten Minister, von denen jeder nach seiner politischen Bedeutung an der Spitze der Regierung stehen könnte, sich bereit finden, im Kabinett des H. Poincaré eine untergeordnete Stellung einzunehmen. Eine solche Zusammensetzung macht die neue Regierung außerordentlich stark und man vergleicht sie mit dem berühmten ‚großen' Ministerium Gambettas. H. Poincaré selbst erfreut sich nicht nur des Rufes eines glänzenden Redners und Schriftstellers (er ist Mitglied der französischen Akademie), sondern auch eines im höchsten Grade ausgleichenden, gemäßigten und vernünftigen Politikers und Finanzmannes. Daß er das Portefeuille des Auswärtigen übernommen hat, deutet darauf hin, daß er vor allem die Ratifikation des französisch-deutschen Vertrages und den Abschluß des Vertrages mit Spanien schnell zu Ende führen will. Auf den Entschluß des H. Poincaré hat ohne Zweifel auch die Tatsache eingewirkt, daß die Ministerkrisis dadurch herbeigeführt wurde, daß man H. Caillaux die Absicht beilegte, den Kurs der auswärtigen Politik Frankreichs zu ändern [187]."

Daß Poincaré eine solche Änderung der Außenpolitik in Form einer Lockerung der Bande zwischen der Republik und der slawischen Großmacht in keiner Weise im Auge hatte, sondern vielmehr zu einem Kurswechsel im entgegengesetzten Sinne entschlossen war, beweist eine andere Stelle aus dem oben erwähnten Telegramm vom 15. Januar. Iswolski meldet:

„Ich nahm gleichfalls die Gelegenheit wahr, ihm (Poincaré) Ihren Vorschlag, dargelegt im Telegramm Nr. 2267, zur Kenntnis zu bringen. Er versprach mir, diesen Vorschlag zu prüfen, gab aber der Ansicht Ausdruck, daß ein gemeinsamer Schritt Frankreichs und Deutschlands, gleich nach Unterzeichnung des Marokkoabkommens und nach den bekannten Zwischenfällen in der Kommission des Senats, falsche Vorstellungen über den Grad der französisch-deutschen politischen Annäherung und über eine Schwächung des Dreiverbandes erwecken könne. Ich werde voraussichtlich nächsten Mittwoch eine bestimmte Antwort

erhalten, aber ich sehe voraus, daß man hier kaum dem besagten gemeinsamen Schritt zustimmen wird [186 und 187].“

Bei dem Vorschlag, von dem hier die Rede ist, handelt es sich um eine Anregung Sasonows, Deutschland und Frankreich sollten gemeinsam eine Einwirkung auf die Türkei unternehmen, deren Zweck aus den uns bekannt gewordenen Akten nicht hervorgeht. Nach einer weiteren Depesche vom 17. Januar blieb Poincaré bei seiner Weigerung aus den hier angeführten Gründen bestehen [188].

Aus einem Bericht vom 15. Februar erfahren wir, daß Poincaré anläßlich einer Interpellation in der Kammer wegen einer Anleihe für Kuba erklärt, bei derartigen Angelegenheiten müsse das nationale Interesse über das finanzielle gestellt werden. Darum müsse der Finanzminister, wenn ein Ersuchen um Zulassung fremder Werte zur Kotierung in Frankreich an ihn gerichtet würde, vor allem mit dem Minister des Äußern in Verbindung treten [203]. Wenn wir uns an Iswolskis Proteste anläßlich der französischen Anleihe für Budapest erinnern und in Betracht ziehen, daß er damals zugeben mußte, die Regierung der Republik sei gegen derartige Machenschaften der Bankiers ziemlich machtlos, so verstehen wir, daß jetzt das energische Auftreten des neuen Außenministers zum Ziel hatte, die Finanzkreise fester in die Hand zu bekommen, um ihre etwaigen Extratouren, die zu seinem außenpolitischen Programm nicht paßten, zu verhindern.

Was dieses außenpolitische Programm selbst anbelangt, so gibt uns hierüber ein Brief des russischen Botschafters — gleichfalls vom 15. Februar — einen recht deutlichen Aufschluß. Hier wird die Senatsdebatte über das deutsch-französische Kongo-Abkommen behandelt und die Rolle des französischen Ministerpräsidenten folgendermaßen gekennzeichnet:

„H. Poincaré betonte mit besonderem Nachdruck, daß, entgegen den umlaufenden Gerüchten, der Vertrag mit Deutschland nicht die leiseste Änderung in der allgemeinen Richtung der Außenpolitik Frankreichs verursachen könne. Als Antwort auf die Beschuldigungen gegen seinen Vorgänger erklärte er, daß das Bündnis mit Rußland und die Entente cordiale mit England unantastbare Grundsätze des politischen Programms Frankreichs seien, und daß, wenn jemals eine Regierung so blind sein sollte, sich von diesen Grundsätzen loszusagen, sie sofort unter der Entrüstung der öffentlichen Meinung zusammenbrechen müsse. Diese Worte gingen in lauten Beifallsbezeugungen unter und begegneten der lebhaftesten Sympathie bei der gesamten französischen Presse [207].“

Welche Gefühle und Hoffnungen derartige Erklärungen bei Iswolski persönlich auslösten, lasen wir weiter unten in seinem Brief. Er

hebt zunächst den materiellen und moralischen Erfolg hervor, den Frankreich in der zweiten Marokkokrise errungen hat, und fährt dann fort:

„In dieser Beziehung besteht ein vollkommener Gegensatz zwischen den Krisen von 1905 und 1911. Ich entsinne mich aus diesem Anlaß, daß kurz nach Algeciras Kaiser Wilhelm in einer Unterhaltung mit mir folgenden Gedanken äußerte, der mich sehr in Erstaunen versetzte: „Die elsaß-lothringische Frage ist endgültig liquidiert: Frankreich hat das ihm angebotene Duell zurückgewiesen und sich damit förmlich und bedingungslos allen Folgen des Frankfurter Friedens unterworfen.“ Jetzt, nach den Ereignissen des letzten Sommers, wird Kaiser Wilhelm diese Ansicht zurücknehmen müssen, denn, wie ich Ihnen mehrfach schrieb, Frankreich hat seinen unerschütterlichen Entschluß bewiesen, nötigenfalls nicht vor der Verteidigung seiner Rechte und Interessen mit bewaffneter Hand zurückzuschrecken. Diese Stimmung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reden, die gelegentlich der Diskussion über den Vertrag in beiden Kammern gehalten wurden, und man wird unstreitig mit ihr bei der Lösung neuer Mißverständnisse, die mit Deutschland entstehen können, rechnen müssen. Ich weiß aus ganz sicheren Quellen, daß man, trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrise, in hiesigen militärischen Kreisen neue internationale Verwicklungen zum Frühling erwartet, und daß das Kriegsministerium seine Vorbereitungen für militärische Operationen in nächster Zukunft eifrig fortsetzt.“

Welch eine Veränderung im Tone von Iswolskis Meldungen! Welch ein Abstand von jenem ziemlich kleinlauten Bericht aus dem Jahre 1911 über das platonisch gewordene Verhältnis der öffentlichen Meinung Frankreichs zu Elsaß-Lothringen!

Kein Wunder, daß der neue Leiter französischer Geschicke und der Diplomat des Zaren sich sehr rasch zu engem Zusammenarbeiten vereinen. „Der gegenwärtige Ministerpräsident und Minister des Äußeren“, so heißt es in einem Brief vom 29. Februar, „ist eine sehr bedeutende Persönlichkeit... So unfruchtbar es zur Zeit des H. Cruppi und H. de Selves war, mit Frankreich von Fragen der allgemeinen Politik zu sprechen, so nützlich und sogar notwendig sind ähnliche Unterhaltungen bei der augenblicklichen Zusammensetzung der französischen Regierung... Was mich anbelangt, so bezeigt er (Poincaré) mir großes Entgegenkommen und läßt den deutlichen Wunsch herausfühlen, mit mir möglichst häufige und ausführliche Besprechungen zu pflegen [216].“

Man hatte sich also schon in den ersten Wochen gefunden. Die schnelle Annäherung vollzog sich wohl kaum infolge wechselseitiger

persönlicher Sympathie. Denn Iswolski unterläßt es nicht, des öfteren gewisse Schwächen seines Gegenspielers hervorzuheben, Nach seinen Worten ist „Poinacré... bei all seinen großen Vorzügen außerordentlich ehrgeizig und sehr empfindlich für jede Vernachlässigung, die man in seinen Augen seinen Ansichten oder seiner Mitwirkung widerfahren läßt“ [216]. Ein anderes Mal spricht er von seinem „Eigensinn“. Kurz, die Kritik fehlt keineswegs. Aber was die beiden Männer so schnell einander näher brachte, das war die gleichgerichtete Einstellung auf politischem Gebiet. Schon die wenigen Stellen aus den Dokumenten, die hier angeführt wurden, sind ein Beleg dafür. Eine eingehende Prüfung ihres gemeinsamen Handelns wird uns den schlußkräftigen Beweis liefern.

Die diplomatische Welt war in den ersten Monaten des Jahres 1912 vor allem mit dem Krieg zwischen Italien und der Türkei wegen Tripolis beschäftigt. Im Januar ging von Sasonow der Vorschlag zu einer Vermittlungsaktion sämtlicher Großmächte aus, gegen den Poincaré jedoch einzuwenden hatte, daß nach ihm zugegangenen Nachrichten „Deutschland noch in der vorigen Woche in Konstantinopel erklärt habe, es beabsichtige nicht, sich gemeinsamen Schritten anzuschließen“ [191]. Im Februar wird der Versuch von Petersburg aus erneuert, aber der französische Außenminister hält ihn auch jetzt für wenig aussichtsvoll, erstens weil „das Minimum der italienischen Bedingungen noch beträchtlich weit entfernt von dem Maximum der Konzessionen sei, zu denen sich die Türkei augenblicklich verstehen könnte“, zweitens weil nach seiner Überzeugung der Umstand, daß Berlin sich beeilt habe, dem Plan Sasonows zuzustimmen, noch keineswegs eine zukünftige Beteiligung Deutschlands an der beabsichtigten Vermittlung garantiere, „denn sobald das Minimum der italienischen Forderungen sich als unannehmbar für die Türkei erweisen wird, wird Deutschland, unter dem üblichen Vorwand, von einer Teilnahme an dem Kollektivschritt in Konstantinopel absehen. Deswegen sprach mir H. Poincaré, in einem leisen Ton des Vorwurfs, sein Bedauern darüber aus, daß Sie nicht, ehe Sie in Berlin und Wien von Ihrem Vorschlag Mitteilung machten, einen gemeinsamen Standpunkt mit Paris festgelegt hätten, um selbst den Anschein einer Meinungsverschiedenheit zwischen Rußland und Frankreich zu vermeiden. Seinerseits hält er sich strikt daran, vor allem ein vollständiges Einvernehmen mit der russischen und der englischen Regierung zu suchen, und deshalb telegraphiert er seinen Gegenvorschlag einstweilen nur nach Petersburg und London [211]“. (Brief vom 28. Februar.)

Daß sich Sasonow die Freiheit herausgenommen hatte, etwas

selbständige Wege zu gehen, wird der erste Anlaß zu einer gewissen Verstimmung zwischen Poincaré und ihm, und noch zwei Wochen nachher, am 14. März, schreibt Iswolski:

„Die Ursachen des augenblicklichen Mißverhältnisses sind, soviel ich erkennen kann, zweierlei: einerseits spielt hier, wie ich Ihnen bereits schrieb, die verletzte Eigenliebe des H. Poincaré zweifellos eine Rolle, weil Sie ihn in dieser ganzen Angelegenheit nicht zu Rate gezogen haben, sondern sich zuerst mit London, später mit Berlin und den anderen Kabinetten ohne einen vorherigen Meinungsaustausch mit ihm besprochen zu haben. Es ist notwendig, mit dieser seiner Charaktereigenschaft zu rechnen, und ich bin der Ansicht, daß tatsächlich unser Bündnis mit Frankreich uns die Pflicht auferlegt, daran zu denken, wie wir in derartigen wichtigen Fragen jede unangebrachte Meinungsverschiedenheit mit dem französischen Kabinett im voraus vermeiden können [233].“

Sasonow zieht aus dem Vorfall seine Lehre, und als er hört, daß Italien und die Türkei einer Vermittlung geneigter seien, fragt er (am 17. März) in Paris an, „ob die französische Regierung seine Ansicht bezüglich der Zweckmäßigkeit teilt, gegenwärtig die Vertreter der Mächte zu beauftragen, der Pforte gemeinschaftlich den freundschaftlichen Rat zu erteilen, nachzugeben.“ Das Telegramm schließt mit den Worten: „Sobald wir die Ansicht der französischen Regierung in dieser Frage kennen, werden wir gleich Schritte bei den anderen Kabinetten unternehmen [235].“ Aber trotz des Zugeständnisses an die Eigenliebe Poincarés kann sich dieser noch immer nicht für die Petersburger Maßnahmen erwärmen. Er glaubt nicht an einen Erfolg in Konstantinopel und hat gegen eine von Sasonow vorgeschlagene Formel allerhand Einwendungen zu machen. Seine kühle Haltung ändert sich auch nicht wesentlich, als Rußland im April gegen das von der Türkei erlassene Verbot der Durchfahrt ausländischer Schiffe durch die Dardanellen protestiert, denn er ist nach einem Brief vom 9. Mai „nicht völlig von der juristischen Berechtigung der durch Rußland gestützten These überzeugt“ [276].

Etwas später nun taucht die Idee auf, den Tripoliskrieg durch eine Konferenz zu beenden, und damit sympathisiert auch der französische Ministerpräsident [293]. Im Anschluß hieran tritt er allmählich mit seinen eigenen Absichten freier hervor. Nach einer Meldung Iswolskis vom 30. Mai regt er an, daß Rußland, Frankreich und England sich untereinander ausführlich besprechen sollen „und im günstigen Augenblick bereit sein müssen, einen Plan für eine Konferenz vorzulegen, da er vor allem fürchtet, daß Kaiser Wilhelm unverhofft

eine ähnliche Initiative ergreifen könnte" [303]. Er setzt also der von Petersburg aus zuerst empfohlenen Methode eines gemeinsamen Vermittlungsschrittes aller fünf Großmächte die der engen Fühlungnahme im Lager der Entente entgegen, und während er früher Berlin verdächtigte, daß es sich an der Aktion Sasonows nicht beteiligen werde, geht er jetzt hauptsächlich darauf aus, ein Vorgehen Deutschlands zur Herbeiführung des Friedens zu verhindern.

Sein deutliches Bestreben, Europa in dieser ganzen Frage in zwei getrennte Interessengruppen zu spalten, zeigt sich am klarsten anläßlich des Streites, der alsbald zwischen ihm und Sasonow über die Vermittlungsformel, die er propagiert, ausbricht. Im Hinblick auf sie depeschiert der russische Außenminister am 13. Juni:

„Ich beeile mich, Ihnen einige Gedanken über den Vorschlag, den mir der französische Botschafter gemacht hat, mitzuteilen. Wir finden die von Poincaré vorgeschlagene Formel annehmbar mit Ausnahme der Worte: „Die Mächte müssen vor allem ... ihr Desinteressement schriftlich bestätigen." Das ist kaum zu verwirklichen und könnte von Deutschland und Österreich als ein offenkundiges Mißtrauen ihnen gegenüber aufgefaßt werden. Wir finden außerdem, daß Rußland, Frankreich und England natürlich auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgehen müssen, aber ihre Trennung von den beiden besagten Mächten nicht bemerkbar machen dürfen, da wir doch auf deren Mitarbeit zurückgreifen müssen [325]."

Der Text der beanstandeten Formel lautete nach einem Telegramm Iswolskis vom 17. Juni:

„Die Regierungen von Frankreich, Rußland und England sind sich über die Bedingungen einig, unter denen sie im gegebenen Augenblick eine wirksame Aktion zugunsten des Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei würden unternehmen können. Sie sind der Ansicht, daß eine freundliche Intervention der Mächte nur dann Erfolg haben kann, wenn sie sich ganz ausschließlich mit der Frage befaßt, die den augenblicklichen Konflikt hervorgerufen hat. Die vermittelnden Mächte müßten daher, bevor sie in eine Beratung eintreten, schriftlich ihr Desinteressement an der Sache bestätigen. Außerdem sprechen die drei Regierungen die Überzeugung aus, daß die fünf Mächte zur Erreichung des friedlichen Zieles zunächst sich untereinander verständigen müßten, bevor sie einen Kollektivschritt unternehmen [332]."

Es handelte sich also um eine gesonderte Aktion der Ententemächte, gegen die Petersburg, aus den oben erwähnten Gründen, seine Bedenken geltend machte. England stimmte zu, aber auch Grey meinte, wie der russische Botschafter in London, Benkendorff, meldete, „eine

Gruppierung (der Mächte) mit dem Ziel eines bestimmten Vorgehens werde stets auf Schwierigkeiten stoßen, die den Zweck beeinträchtigen könnten“. In diesem Falle gibt jedenfalls Sasonow seinen Widerspruch nicht auf. Am 18. Juni wiederholt er nochmals, durch das Verfahren des französischen Außenministers würden „die Mächte in zwei Gruppen getrennt werden, während es doch durchaus wünschenswert ist, daß alle fünf Mächte gemeinsam an der Aussöhnung Italiens mit der Türkei teilnehmen“ [337]. Poincaré ist über diese Erwiderung „außerordentlich erregt“ und behauptet nun, in seinen Plänen durchschaut (nach einem Brief Iswolskis vom 20. Juni), daß auch er für den Gedanken einer gemeinsamen Arbeit der fünf Mächte sei. Schließlich versteht er sich zur Weglassung des Satzes über das Desinteressement und nimmt auch den Vorbehalt Sasonows an, „sich vor jeder Veröffentlichung in dieser Angelegenheit besonders zu verständigen“ [347]. Der Zwist endet demnach mit einem Kompromiß, der dem Plane des führenden Politikers der Republik wenigstens die gefährlichsten Spitzen abbricht. Im Juli muß dann Petersburg nochmals beruhigend auf Poincaré einwirken. Er befürchtet nämlich, wie früher, eine einseitige Friedensvermittlung Deutschlands, wofür aber das russische Außenministerium [367] „keine Hinweise“ hat.

Der ganze hier in kurzer Zusammenfassung geschilderte Vorgang, der an und für sich auf den Gang der europäischen Ereignisse keinen nennenswerten Einfluß ausübte, da zuletzt die Türkei und Italien es vorzogen, direkte Friedensverhandlungen miteinander anzuknüpfen, ist doch historisch deshalb von nicht unbedeutendem Interesse, weil er ein erstes Beispiel für den politisch handelnden Poincaré darstellt. Denn wie Iswolski während der zweiten Marokkokrise streckt der französische Ministerpräsident während der Tripoliskrise vom ersten Augenblick seiner Tätigkeit an die Fühler seines Mißtrauens gegen Berlin aus. Von dort darf kein gesonderter Schritt unternommen werden, damit Deutschland keinen Einfluß auf die Kriegführenden gewinnt. Wohl aber soll die Entente für sich vorgehen und dadurch die Kluft zwischen Dreibund und Dreiverband vergrößern. Die Gesinnungsart, die aus diesem Verfahren hervorgeht, braucht nicht näher gekennzeichnet zu werden. Sie war für den damaligen Zustand Europas, wo die großen betonten Gegensätze durch unbedachtsames Auftreten von einer Seite sehr leicht empfindlich verschärft werden konnten, äußerst gefahrbringend. Was aber noch besonders hervorgehoben zu werden verdient, ist der Umstand, daß diese Gesinnungsart wie ein Echo jenes politischen Bekenntnisses anmutet, das wir aus den Dokumenten von 1911 als das Iswolskis herauszuschälen vermochten. Hier erleben wir an einem lehr-

reichen Beispiel einen Versuch zur Betätigung der Entente nach dem von dem russischen Diplomaten so warm empfohlenen Rezept Ribots. Hier haben wir einen Ansatz zur endgültigen Zerreißung des Kontinentes in zwei gegeneinander arbeitende Interessenlager nicht nur in der Theorie der Verträge, sondern in der Praxis des diplomatischen Verkehrs.

Die Erfahrung, die der erwähnte Versuch zeitigte, ist vor allem die, daß der Widerstand aus Petersburg kommt. Dort galt es also, Hindernisse aus dem Wege zu räumen, und mit unerschrockener Folgerichtigkeit ging man auch alsbald dazu über, das zu tun. Man bediente sich zu diesem Zweck einer persönlichen Intrige, über deren wahren Inhalt schon heute kein Zweifel mehr bestehen kann, obwohl der davon Betroffene zu seinen Lebzeiten kein Wort zu seiner Verteidigung geäußert hat.

Der Vertreter Frankreichs in Petersburg war damals Georges Louis, derselbe, mit dem Iswolski im Jahre 1911 anläßlich seiner vorübergehenden Tätigkeit im Quai d'Orsay gerne verhandelte, weil er die politischen Vorgänge genau kannte und gut unterrichtet war. Louis hatte aber den einen Fehler, daß er ein eifriger Anhänger maßvoller Friedenspolitik war, und darum entdeckte man nun auf einmal, daß er seinen Posten an der Newa nicht in befriedigender Weise ausfüllte.

Schon anläßlich des ersten „Mißverständnisses" zwischen Sasonow und Poincaré wegen der gleichzeitigen Bekanntgabe des russischen Vermittlungsvorschlages in Paris, Berlin und Wien, beginnt Iswolski gegen seinen französischen Kollegen in Petersburg Stimmung zu machen. „Wenn man bedenkt," so schreibt er am 29. Februar an den russischen Außenminister, „daß H. Georges Louis nicht immer das, was man ihm in St. Petersburg sagt, ganz genau übermittelt, so verstehe ich nicht, warum Sie es vorziehen, mit Paris über diese Angelegenheit lieber durch seine Vermittlung statt durch die meinige zu verhandeln [216]." Auf diesen ersten Versuch, Louis womöglich auszustechen, folgen bald weitere noch energischere Vorstellungen an die vorgesetzte Behörde. Am 2. März heißt es in einem Telegramme an Sasonow: „Man muß annehmen, daß Louis nicht ganz genau und nicht ganz unparteiisch den Inhalt Ihrer vorläufigen Erklärungen hier übergeben hat. Ich wage zu glauben, daß, wenn Poincaré von diesen Erklärungen nicht durch Louis, sondern durch mich erfahren hätte, es mir wahrscheinlich geglückt wäre, das jetzige Mißverständnis abzuwenden [218]." Das geht schon einen Schritt weiter, denn der Vorwurf, daß die Berichterstattung des französischen Diplomaten parteiisch ist, muß als sehr schwer bezeichnet werden. Am

14. März folgt ein Brief, der fast ausschließlich den Zweck hat, gegen Louis zu hetzen. Zunächst wird ihm abermals ungenaue Übermittlung vorgeworfen und dann an einzelnen Beispielen dargetan, welcher Entstellungen und Fehler er sich schuldig gemacht haben soll. Sehr aufschlußreich für den politischen Hintergrund der ganzen Angelegenheit ist eine Stelle, die in diesem Zusammenhang zugleich als Warnung an Sasonow eingefügt wird: „Vergessen Sie auch nicht, daß ich ganz ungerechtfertigterweise in den Ruf eines Deutschfeindes gekommen bin, indem man mir in Deutschland vorwarf, ich hätte in Reval mit England ein Offensivbündnis gegen Deutschland abzuschließen versucht (das sind authentische Ausdrücke Kaiser Wilhelms), und daß andererseits Sie als Deutschfreund gelten und der Gleichgültigkeit gegen Frankreich sowie gegen den Dreiverband verdächtigt werden [233].“ Wenn dieses Argument bei Sasonow ins Feld geführt wird, um ihn von Louis abzubringen, so versteht man ja leicht, was die eingeleitete Intrige bezweckte. Ungefähr gleichzeitig mit dem erwähnten Schreiben erschien im Temps am 13. März ein Telegramm aus Berlin, das die Versetzung des französischen Botschafters in Petersburg in Aussicht stellte und als mutmaßlichen Nachfolger Deschanel nannte. Diese Meldung war allerdings verfrüht, aber sie beweist doch, wie eifrig an dem Sturz des lästigen Mannes gearbeitet wurde. Am 28. März erneuert Iswolski seine Klagen dem eigenen Chef gegenüber: „Ohne Sie unnützerweise gegen H. Georges Louis beeinflussen zu wollen, kann ich doch nicht umhin, auf die Folgen hinzuweisen, die aus der meiner Überzeugung nach falschen Art und Weise, wie er Ihre Handlungen und Absichten beleuchtet, entstehen. Es ist für mich sehr schwer, gegen diese Folgen anzukämpfen, besonders, wenn die eine oder andere Ihrer Mitteilungen durch Georges Louis hier einläuft, bevor sie durch mich übermittelt wird [242].“

Allmählich beginnt die Wühlarbeit Früchte zu tragen, denn am 11. April lesen wir in einem weiteren sehr ausführlichen Schreiben Iswolskis an Sasonow: „Aus Ihrem Brief ersehe ich, daß Sie mehr und mehr unzufrieden sind mit H. Georges Louis und seiner Art und Weise, die ihm gewordenen Mitteilungen hierher zu übermitteln. Ihre Unzufriedenheit ist, wie mir scheint, durchaus begründet und meiner Ansicht nach muß die augenblickliche Art des Verkehrs mit der französischen Regierung unvermeidlich zu ernsten Mißhelligkeiten und Mißverständnissen führen. Ich werde natürlich alles tun, Poincaré einzuschärfen, daß es wünschenswert wäre, H. Georges Louis durch eine geeignetere Persönlichkeit zu ersetzen [254].“ Dann schließen sich Erwägungen über den etwaigen Nachfolger an und zuletzt wird als vor-

läufige Maßnahme empfohlen: „1. In Ihren Besprechungen mit Louis soviel wie möglich alle mündlichen Mitteilungen zu vermeiden und, falls solche nötig sind, sie schriftlich zu bestätigen. 2. Sich etwas strenger an die allgemeine Regel zu halten, nach der die französischen Mitteilungen an uns (selbst die veröffentlichten) in St. Petersburg und unsere Mitteilungen an Frankreich in Paris gemacht werden müßten. Diese Regel wurde in früheren Zeiten systematischer als jetzt befolgt und zu meiner Zeit gewohnheitsgemäß, zum Beispiel in den Beziehungen zu dem Wiener Kabinett, beobachtet [254]."

Iswolski war also insofern nahe am Ziel, als er das Einverständnis seines Außenministers für eine Beseitigung von Louis zu haben glaubte. Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit sind wir zunächst zwar nicht durch seine Papiere, wohl aber durch einige französische Zeitungsstimmen unterrichtet[1]). Am 17. Mai veröffentlichte „Echo de Paris" einen Artikel von dem gut unterrichteten Journalisten Marcel Hutin, wonach Poincaré im letzten Ministerrat über die Lage an der Botschaft in Petersburg berichtet und erklärt hatte, Sasonow und Iswolski verlangten die Abberufung von Louis. Vor 10 Tagen habe ihm der russische Botschafter mitgeteilt, sein Außenminister fürchte, die russischen Pläne in bezug auf den italienisch-türkischen Krieg wie auf den Orient seien in Paris nicht verstanden worden; es scheine, als habe Louis Sasonows Absichten nicht melden wollen. Poincaré habe seinen Botschafter in Schutz genommen, aber Iswolski habe sich noch weiter über diesen beklagt und gesagt, er verkehre nicht in der Gesellschaft, empfange nicht, kurz er lebe auf eine Art, die keineswegs der Stellung eines französischen Botschafters entspreche. Als Folge hiervon habe man die Versetzung von Louis ins Auge gefaßt.

Nach den oben angeführten Zitaten haben diese Angaben alle Wahrscheinlichkeit für sich, und es ist besonders reizvoll zu beobachten, wie geschickt nach ihnen der französische Ministerpräsident und der Vertreter des Zaren ihre Rollen bei dem gemeinsamen Vorgehen verteilt hatten. Poincaré wird durch Iswolski bestürmt und kann nicht anders, als schließlich nachzugeben. In der Tat hatte Louis bereits ein Telegramm von dem damaligen politischen Direktor im Quai d'Orsay, Paléologue, erhalten, der ihm als patriotische Pflicht nahelegte, um seine Abberufung einzukommen. Er sprach zunächst bei dem russischen Ministerpräsidenten Kokowtzow vor, der mit größtem Nachdruck gegen den Schritt Iswolskis protestierte und versicherte, daß er und seine Regierung nicht dafür verantwortlich seien. Louis begab sich hierauf nach Paris,

[1]) F. Gouttenoire de Toury: „Poincaré a-t-il voulu la guerre?" Paris 1920, S. 21 ff. Vgl. auch E. Judet, Georges Louis, Paris.

um dort persönlich vorstellig zu werden. Er macht seine Freunde in der Presse mobil, und Iswolski muß nach seinen eigenen Worten einen „sehr unangenehmen Zwischenfall“ erleben. In einem Brief vom 17. Mai sucht er in sehr kennzeichnender Weise die Schuld von sich abzuwälzen, spricht von „die Draufgängerart des H. Poincaré, dem die diplomatischen Formen und Methoden völlig unbekannt sind“ [285], und stellt zu seiner eigenen Verteidigung den Vorgang der Dinge folgendermaßen dar: „Sie wissen, daß ich diese Angelegenheit von Anfang an für sehr heikel und schwierig gehalten und lange gezögert habe, mit H. Poincaré darüber zu sprechen. Ich habe mich erst dazu entschlossen, nachdem ich Ihren Brief erhalten hatte, in dem Sie mir schreiben, daß „die Schale Ihrer Langmut voll“ sei. Ich habe mich soviel als möglich bemüht, bei der Unterhaltung weit auszuholen und sie mit der erdenklichsten Vorsicht zu beginnen. Zuerst fing ich an, gewissermaßen von mir persönlich aus über die erwarteten Ernennungen in den hohen französischen Diplomatenstellungen zu sprechen und seine Aufmerksamkeit auf gewisse äußere Mängel des H. Georges Louis zu lenken. Als ich sah, daß dies nicht den beabsichtigten Eindruck machte und ich fürchten mußte, daß von den neuen Ernennungen und Versetzungen Petersburg nicht berührt werden würde, entschloß ich mich schweren Herzens, ihm in streng vertraulicher Form von den Reibungen und Mißverständnissen zwischen Ihnen und Georges Louis in Kenntnis zu setzen, ohne ihn zu drängen und dessen Abberufung zu fordern. Ich wies nur darauf hin, daß es im Interesse der französisch-russischen Beziehungen wünschenswert sei, in näherer oder fernerer Zukunft ihn durch eine andere Persönlichkeit, tunlichst einen Diplomaten, zu ersetzen [285].“

Diese — man darf wohl auf Grund der Kenntnis des wirklichen Verlaufes sagen — heuchlerische Darstellung verfolgt sehr offenkundig den Zweck der Selbstentlastung. Dabei gibt Iswoslki die Hoffnung auf ein Gelingen seiner Intrigen keineswegs auf, denn er erklärt weiter unten: „All dies kompliziert die Frage der Abberufung des H. Louis und der Ernennung seines Nachfolgers noch mehr. Wie ich Ihnen bereits telegraphierte, ist seine Abberufung im Prinzip beschlossen, aber es ist unumgänglich nötig, einen anderen Posten für ihn zu finden. Die Idee, Deschanel für Petersburg zu ernennen, hat man fallen lassen. Es wird versichert, man habe ihn dieserhalb sondiert, er habe aber abgelehnt, um nicht sein Abgeordnetenmandat und seine Aussicht auf die Stellung des Präsidenten der Kammer und später auf die des Präsidenten der Republik zu verlieren. Der wahrscheinlichste Kandidat ist Barrère, um so mehr, als das die Möglichkeit ergeben würde, Louis nach Rom zu senden. Barrère ist Ihnen aus Rom gut bekannt, so brauche ich ihn nicht

zu charakterisieren. In Rom hat er mit viel Erfolg gewirkt, aber seine Rolle ist zur Zeit dort ausgespielt. Seine stürmische Vergangenheit zur Zeit der Kommune ist jetzt ganz vergessen, und er eignet sich unvergleichlich besser zur Arbeit und zum Leben in der Diplomatie als Georges Louis. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mich Ihre Ansicht über seine Kandidatur wissen ließen. Die Idee, den Marquis de Breteuil zu ernennen, ist leider nicht durchführbar.

Angesichts des oben besprochenen Zwischenfalls wird die Abberufung des H. Georges Louis, die sofort hätte stattfinden sollen, wahrscheinlich etwas hinausgeschoben werden, und er wird nach Petersburg zurückkehren müssen, was unter den gegenwärtigen Umständen natürlich sowohl für Sie als für ihn sehr unangenehm sein wird. Ich bitte Sie, mich nicht zu streng zu verurteilen, denn ich weiß nicht, wie ich einerseits die Abberufung des Botschafters in Fluß bringen und andererseits bei den hier herrschenden diplomatischen Sitten unausbleibliche Indiskretionen vermeiden hätte können. Es drohen mir hiernach auch Feindseligkeiten von seiten des H. Georges Louis, sowie seiner zahlreichen Freunde und der ihm ergebenen Journalisten, die zu beeinflussen ich, da mir die notwendigen Mittel fehlen, nicht in der Lage bin [285]."

Die hier in Aussicht gestellten Angriffe in der Presse lassen nicht auf sich warten. Am folgenden Tage meldet ein Telegramm: „Einige Zeitungen, besonders diejenigen der extremen Richtung und der Opposition, die sich stets durch ihre Rußland feindliche Stimmung ausgezeichnet haben, setzen ihre Angriffe gegen Rußland und gegen meine Person fort. Gleichzeitig zeigt sich das Bestreben, dem Zwischenfall einen politischen Anstrich zu geben und unsere Unzufriedenheit mit Louis dadurch zu erklären, daß Rußland an eine abenteuerliche Politik gegen die Türkei denke und hierbei dem Widerstande von seiten des französischen Botschafters begegne [286]." Im Anschluß hieran wird nochmals bedauert, daß finanzielle Mittel zur Beeinflussung der Presse fehlen.

Inzwischen kehrt Louis nach Petersburg zurück. Er hatte — wenigstens für den Augenblick — einen Sieg davongetragen, der allerdings, wie wir sehen, nach Ansicht seines Hauptgegners nur ein Pyrrhussieg war. Jedenfalls verursachte der gegen den französischen Diplomaten geführte Schlag auch dem Angreifer nicht geringe Sorgen. Denn in einem weiteren Schreiben vom 23. Mai erklärt Iswolski:

„Jetzt muß ich alle Folgen genau erwägen, die sich aus diesem Sturm ergeben. Meine persönliche Stellung Poincaré gegenüber ist, meiner Überzeugung nach, nicht erschüttert. Aber der jetzige Zwischenfall hat verschiedene Intrigen und Strömungen ans Licht gebracht, mit denen ich werde rechnen müssen. Ich argwöhne sogar gewisse persön-

liche Mißstimmungen gegen meine Frau und mich in gesellschaftlicher Beziehung. Es ist sehr möglich, daß man uns zu große Intimität mit den hiesigen Kreisen der großen Welt und der Aristokratie vorwirft, die uns wirklich sehr warm aufgenommen haben. Sie wissen, daß unsere hiesige Botschaft immer ihre Sympathie für die nationalistischen und antirepublikanischen Kreise offen zur Schau getragen hat. Ich vermeide vorsorglich eine solche Haltung und habe hier zu einem Kreise der verschiedensten Gesellschaftsschichten Beziehungen angeknüpft. Trotzdem war unsere Popularität unter den „upper three hundred“ vielleicht nicht nach dem Geschmack dieses oder jenes ministeriellen Salons. Hier ist nichts zu machen, und das gestaltet gerade das öffentliche Leben schwierig und unangenehm. Noch ernster ist der Umstand, daß es mir unmöglich ist, die kleine Presse, die von Gratifikationen und Erpressungen lebt, in genügendem Maße zu beeinflussen. Darüber habe ich vor etwa einem Jahre ausführlich an W. N. Kokowtzow geschrieben, aber ohne Resultat. In normalen Zeiten würde sich das nicht bemerkbar machen, weil ich sehr gute Beziehungen zu den ernsten Blättern angeknüpft habe, was mir im vorliegenden Fall von sehr großem Vorteil war. Es ist aber notwendig, in kritischen Momenten Mittel zur schnellen Beeinflussung der hungrigen Meute der kleinen Blätter zu besitzen. Ich bin, wie Sie wissen, vollständig von solchen Mitteln entblößt [296].“

Man muß wirklich bewundern, wie geschickt Iswolski als Anwalt seiner eigenen Person aufzutreten vermag. Der zweifellose Mißerfolg, den er erlitten hat, gibt ihm Gelegenheit, sich mit seinen vortrefflichen Beziehungen zu brüsten. Aber noch mehr! Er versucht ihn außerdem noch dazu auszunützen, um sich gegen seine Feinde in den linksgerichteten Kreisen Frankreichs jene Waffe zu verschaffen, nach der er schon so lange seufzt — nämlich einen Fonds zu Bestechungszwecken. Der kleinen Intrige gegen Louis sollte die große gegen die öffentliche Meinung des verbündeten Landes folgen. So unbedenklich ging dieser Mann seine dunklen Wege.

Wenn er in dem eben angeführten Passus seines Briefes zuversichtlich behauptet, seine Stellung Poincaré gegenüber sei nicht erschüttert, so können wir ihm das unbedingt glauben. Nach unserer Ansicht war seine ganze Aktion im intimsten Einverständnis mit dem französischen Ministerpräsidenten erfolgt, der ja auch ein offenes Ohr für seine Anklagen gegen Louis gezeigt hatte. Auch bei späteren Anlässen des Jahres 1912, wo es zu neuen Meinungsverschiedenheiten zwischen Sasonow und Poincaré kam, mußte immer wieder Louis als Prügelknabe herhalten. So vor allem anläßlich des Streites über die Formel zur Friedensvermittlung zwischen Italien und der Türkei, wo der russi-

sche Botschafter einen langen Brief an Neratow vom 18. Juli mit den Worten schließt: „Es bleibt nur übrig anzunehmen, daß H. Georges Louis wieder einmal den Sinn der Worte S. D. Sasonows bewußt oder infolge eines verhängnisvollen Mißverständnisses entstellt hat [371].“

Wir konnten darauf hinweisen, daß der Vorstoß gegen Louis eine logische Folge der Erfahrungen war, die die gleichgerichteten politischen Bestrebungen von Poincaré und Iswolski auf dem Gebiet der praktischen diplomatischen Arbeit machten. Die rückhaltlose Verwirklichung der Solidarität der Ententemächte stieß, wie sich zeigte, in Petersburg auf Schwierigkeiten. Darum bemühte man sich, zunächst das eine Hindernis, den dortigen Vertreter Frankreichs, aus dem Wege zu räumen. Das zweite Hindernis war der russische Außenminister selbst, der so eindringlich vor einer Spaltung Europas in zwei Gruppen warnte. Ihm hoffte man auf andere Weise beikommen zu können: man wollte ihn durch persönliche Beeinflussung gewinnen. Aus diesem Grunde entstand der Plan einer Reise Poincarés nach Rußland. Gerade als die Wogen des Zwistes zwischen dem russischen und dem französischen Außenminister schon hoch gingen, tauchte der genannte Plan auf, und in kritischen Augenblicken wird immer wieder der Wunsch nach persönlicher Aussprache erneuert. Bevor wir uns aber mit dieser Reise genauer befassen, müssen wir noch die an der Seine vorher verfolgte Politik einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Wie gestaltete sich zunächst das Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich, abgesehen von den einzelnen Meinungsverschiedenheiten in der Vermittlungsfrage, die wir oben behandelt haben? Wir erinnern uns, daß 1911 eine gewisse Differenz zwischen den Regierungen beider Länder hinsichtlich der chinesischen Anleihe des aus deutschen, amerikanischen, englischen und französischen Vertretern bestehenden Bankkonsortiums der Vier festzustellen war. Sie endete damit, daß man russischerseits das genannte Konsortium zu sprengen suchte. Dies ist jedoch nicht gelungen. Statt dessen erging zu Beginn des Jahres 1912, wie wir aus einem Schreiben Poincarés an den französischen Geschäftsträger in Petersburg vom 8. März wissen, an Rußland und Japan die Aufforderung, sich an der chinesischen Anleihe zu beteiligen, das heißt also, in das Konsortium einzutreten. Die Gründe, die der französische Ministerpräsident für die Annahme dieser Aufforderung geltend macht, sind recht bezeichnend: Nach seinen Worten „würde die Zulassung zu dem Konsortium die Lage Rußlands und Japans nicht nur nicht schwächen, sondern unter Bedingungen völliger Gleichberechtigung ihnen ermöglichen, an jedem erzielten Nutzen teilzuhaben. Das Bündnis Rußlands und Frankreichs einerseits und Japans und Englands andererseits,

sowie die die vier Mächte verbündende Freundschaft dürfte ihnen eine Majorität sichern, die ihnen erlauben wird, für oder gegen die geplanten Operationen ihre Stimme vernehmen zu lassen [221]." Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß solche Gedankengänge ganz der Überzeugung Iswolskis entsprachen, und wir sehen diesen denn auch bald bemüht, Sasonow zum Jasagen zu bewegen. Der russische Außenminister stellt für den Beitritt des Zarenreiches vorerst noch bestimmte Bedingungen auf (Geh.-T. vom 14. März). Am 14. März aber schreibt ihm sein Vertreter in Paris, Poincaré habe ihm versichert, daß Rußland im Konsortium „ganz sicher auf die Stimme Frankreichs und auf die Hilfe Englands und Japans, das heißt auf die Stimmenmehrheit, rechnen könnte" [232]. Als das noch nichts hilft, wird das Zureden am 28. März eindringlicher. Nun „erlaubt sich" Iswolski, „die Ansicht auszudrücken, daß es unter den augenblicklichen Umständen für uns günstiger ist, dem Konsortium beizutreten, als zu schmollen". [242] Anfang April erfolgt dann aus Petersburg die Mitteilung von der Zusage der russischen Regierung, wobei ausdrücklich an die von Frankreich unter dem 4. Januar 1912 Rußland gewährten Zusicherungen hinsichtlich der Unterstützung seiner Interessen in der nördlichen Mandschurei, Mongolei und in Chinesisch-Turkestan erinnert wird. Iswolski freut sich natürlich über diesen Schritt und berichtet am 25. April, daß er in Paris überaus sympathische Aufnahme gefunden hat.

„In dieser Beziehung", so fährt er fort, „halte ich es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf einen Artikel vom 2./15. April im ‚Temps' zu lenken. Wenn dieser Artikel auch nicht direkt vom Ministerium des Äußern inspiriert worden ist, so spiegelt er doch unstreitig die Ansichten der hiesigen Regierungskreise wieder und enthält Erwägungen und Gründe, wie ich sie im Laufe meiner Unterredungen mit dem Präsidenten des Ministerrats und anderen Ministern zu hören bekam.

Der Verfasser des Artikels prüft die Angelegenheit der chinesischen Anleihe nicht vom finanziellen, sondern vom rein politischen Standpunkt aus und begrüßt den Eintritt Rußlands in das Konsortium; er sieht in dieser von uns getroffenen Entscheidung die Absicht, künftighin den Weg einer weitgehenden Anwendung des Bündnisses zu beschreiten.

Die Notwendigkeit, die Handlungen der Verbündeten überall in Einklang miteinander zu bringen, ist nach Ansicht des Verfassers die unabweisbare Vorbedingung für den Erfolg. Rußland hätte einen durchaus legalen Grund gehabt, mit der Bildung des ausländischen Syndikats der Vier, dessen Einfluß sich auf Gebiete auszudehnen drohte, wo die

russischen Spezialinteressen vorherrschen müßten, unzufrieden zu sein. Dieselbe berechtigte Unzufriedenheit würde man sicher auch in Frankreich empfunden haben, wenn sich mit Unterstützung russischer Banken ohne französische Beteiligung ein Konsortium gebildet hätte, um Marokko zu finanzieren. Sowohl in Rußland als auch in Frankreich habe man bisher häufig noch nicht klar genug eingesehen, wie wichtig es sei, bei jeder Handlung die ganze Kraft auszunutzen, die in der Einigkeit beider Länder begründet ist. Solche Versäumnisse hätten sich zu verschiedenen Malen wiederholt, hauptsächlich im Laufe der ersten Jahre nach Abschluß des Bündnisses und in der letzten Zeit wieder hinsichtlich der Bagdadbahn. Trotz der Versicherungen des H. Pichon, daß hinsichtlich dieser Unternehmung keine Verständigung ohne vorherige Übereinkunft zwischen Deutschland, Frankreich, Rußland und England stattfinden werde, habe Rußland sich durch ein Sonderabkommen mit Deutschland gebunden. Die Irrtümer und Schwankungen der französischen Diplomatie im Orient haben nach der Ansicht des Verfassers den Rivalen im Dreibund in die Hände gearbeitet und die Möglichkeit ihrer Sonderverständigung mit Rußland herbeigeführt [260]."

Hier haben wir also wieder eine neue, fast wörtliche Wiederholung des uns bekannten Bekenntnisses zur Aktivierung der Entente. Der offiziöse Artikel des „Temps", der von Poincaré, als dem französischen Außenminister, veranlaßt war, hätte geradeso gut aus der Feder Iswolskis stammen können. In der Frage der chinesischen Anleihen war somit die Durchsetzung des gemeinsamen Programmes gelungen und sehr bald ging man denn auch daran, nach ihm zu verfahren. Am 9. Mai meldete nämlich das russische Außenministerium, auch eine österreichisch-ungarische Kapitalistengruppe wolle an dem Konsortium für China teilnehmen. Sofort war die französische Regierung auf dem Plan, um diese Wiener „Intrige" abzubiegen. Poincaré erklärte nach einem Telegramm vom 11. Mai dem österreichischen Botschafter, der den Antrag seiner Regierung vorbringt, „daß man in diesem Falle auch verpflichtet wäre, Italien und Belgien zuzulassen, was auf Widersprüche finanzieller und politischer Art stoßen könnte und daß Frankreich in dieser Sache jedenfalls nur in voller Übereinstimmung mit Rußland handeln werde" [282]. Außerdem schlägt er seinen Methoden getreu vor, Rußland, Frankreich, England und Japan sollten Österreich gemeinsam eine unter ihnen zu vereinbarende ablehnende Antwort erteilen [288]. Es wird denn auch so verfahren, obwohl das Konsortium selbst Wien abschlägig bescheidet [297, 300]. Hinsichtlich der Bedenken Rußlands wegen Berücksichtigung seiner Sonderinteressen in China bei der Verwertung des der chinesischen Regierung geliehenen Geldes erhält Saso-

now von Poincaré noch ein besonderes Memorandum, das die weitgehendste Hilfe Frankreichs in Aussicht stellt. Es lautet nach einer Depesche vom 8. Juli folgendermaßen:

„Der Ministerpräsident hat mit Interesse von den Ansichten der russischen Regierung Kenntnis genommen. Unter Bezugnahme auf den Brief des H. de Selves vom 4. Januar und den des H. Georges Louis vom 31. März gibt er gern die Zusicherung, daß die französische Regierung auch fernerhin der russischen in dem chinesischen Konsortium ihre Unterstützung angedeihen lassen wird. Sie wird sowohl auf die französischen Bankiers wie auf die fremden Kabinette einwirken und sich besonders bemühen, die grundlegende Übereinstimmung der vier Regierungen wirksam in die Erscheinung treten zu lassen, hinsichtlich der Verwendung der Anleihebeträge und der damit zusammenhängenden Fragen, wie der der Garantien und der zuverlässigen Kontrolle der Fonds, Fragen, denen ihrer Ansicht nach jede Anleihe unterworfen ist [364].“

In diesem Falle war demnach eine glatte Lösung im Sinne Iswolskis vollzogen. Der Gruppe der vier Mächte: Frankreich, Rußland, England und Japan stand außer Amerika nur Deutschland gegenüber, das man besonders durch die Fernhaltung Österreichs in die entschiedene Minderheit gedrängt hatte. Frankreich hatte alles getan, um durch die Bereitwilligkeit seiner Hilfeleistung den slawischen Bundesgenossen möglichst nah an sich heranzuholen. Hier näherte man sich einmal dem Ideal der angestrebten Umgestaltung der Politik.

Um so besser kann man sich vorstellen, welche Gefühle es in Paris auslöste, als dort die Kunde von einer bevorstehenden Zusammenkunft zwischen dem Zaren Nikolaus II. und dem Deutschen Kaiser in den finnischen Schären eintraf. Sie wurde in den ersten Tagen des Juni der französischen Regierung übermittelt, und zwar wählte Sasonow, gewitzigt durch frühere Erfahrungen, dabei eine Form, die den Zweck hatte, im voraus alle Bedenken zum Schweigen zu bringen. Er beauftragt seinen Vertreter: „Fügen Sie hinzu, daß die Bande, die uns an Frankreich binden, zu fest sind, als daß es noch nötig wäre, darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung oder die öffentliche Meinung die geringste Beunruhigung anläßlich dieses Ereignisses empfinden könne. Was die Vorbereitung der öffentlichen Meinung Frankreichs anbelangt, so bitte ich Sie, dieses der französischen Regierung zu übertragen, um auf die beste Art und Weise, je nach den örtlichen Verhältnissen, der Presse zu erklären, daß die in Frage kommende Zusammenkunft unsere Beziehungen zu Frankreich in keiner Weise beeinträchtigen könne [311].“

Aber was halfen alle Beruhigungsversuche! Iswolski antwortet am Tage nachher, er habe den Eindruck gewonnen, „daß Poincaré über das bevorstehende Ereignis, das zweifellos im weitgehendsten Maße von den Feinden des Dreiverbandes ausgenützt werden wird, überaus besorgt ist“ [312]. Diese Stimmung findet jedoch in Petersburg keinen Anklang, sondern erfährt durch Sasonow eine ziemlich energische Kritik. Denn am 9. Juni heißt es in einer Geheimdepesche: „Was seine (Poincarés) Befürchtungen über die bevorstehende Zusammenkunft in den Schären anbetrifft, so lehne ich es entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Nervosität zu verstehen, die nur dann erklärlich wäre, wenn in unseren gegenseitigen Beziehungen Veränderungen stattfänden, die die Festigkeit unseres Bündnisses zu erschüttern imstande wären. Unsererseits haben wir zu derartigen Befürchtungen keinerlei Anlaß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar für gefährlich [322].“

Nun zuckt Iswolski etwas zurück und behauptet am 14. Juni, auch der französische Ministerpräsident zweifle nicht an der Unerschütterlichkeit der Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich, wohl aber sehe er Versuche Deutschlands voraus, den Eindruck der Zusammenkunft „zu seinen Gunsten auszunutzen“. Jedenfalls sah sich Poincaré veranlaßt, am Tage darauf in der Kammer in einer Rede die Festigkeit der Entente zu betonen und besonders hervorzuheben, daß „das französisch-russische Bündnis, das durch positive Abmachungen und die Erfahrungen der Zeit geheiligt sei, an allen Punkten des Erdballs zum Nutzen der beiden Länder angewandt werde [328].“

Trotz solcher zuversichtlicher Erklärungen legten sich die Bedenken noch immer nicht. In einem Brief vom 20. Juni meint der russische Botschafter:

„Was das demnächste Zusammentreffen in den Schären anbelangt, so sieht die französische Presse dieses bis jetzt dank den von H. Poincaré getroffenen Maßnahmen und meinen täglichen und stündlichen Bemühungen ruhig an. Das kann sich aber schnell ändern. Es ist sehr bedauerlich, daß die hiesigen Zeitungen Nachrichten über diese Begebenheit bis jetzt nur aus Deutschland und infolgedessen naturgemäß nur in deutscher Beleuchtung erhalten. Man druckt hier die Notizen der ‚Kölnischen Zeitung‘, des ‚Berliner Lokalanzeigers‘ usw. ab, die das Zusammentreffen in den Schären als ein politisches Ereignis von größter Bedeutung hinstellen. Es ist sehr wünschenswert, daß die russischen Zeitungen zwecks Belehrung der hiesigen Presse eine richtigere Auslegung bringen [345].“

Schließlich sah man sich an der Newa genötigt, zu einem ganz außergewöhnlichen Beruhigungsmittel zu greifen. Am 2. Juli drahtet der russische Außenminister: „Seine Majestät der Kaiser geruhte in diesen Tagen, dem französischen Botschafter eine Audienz zu gewähren. Seine Majestät geruhte, den Botschafter persönlich von der Unerschütterlichkeit des französisch-russischen Bündnisses zu versichern und auf die Grundlosigkeit der in Frankreich zutage getretenen Besorgnis anläßlich der bevorstehenden Zusammenkunft in Baltischport hinzuweisen [358].“

Als dann die Begegnung stattgefunden hatte, wurde Paris am 7. Juli gleich davon benachrichtigt, wie gut alles gegangen sei:

„Die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltischport hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Bei großer Herzlichkeit der gegenseitigen Beziehungen haben offene Erklärungen in politischen Fragen deutlich bewiesen, daß keinerlei Absicht besteht, irgendwelche Veränderungen in der Gruppierung der europäischen Staaten vorzunehmen. In der Frage der Beendigung des italienisch-türkischen Krieges sind gleichfalls von deutscher Seite keinerlei Vorschläge erfolgt. Dieses zusammen mit der völlig richtigen offiziösen Veröffentlichung in der Presse ist der beste Beweis, wie recht wir hatten, als wir den Franzosen sagten, daß die von ihnen gehegten Befürchtungen jeder Begründung entbehren. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Poincaré auszusprechen [363].“

Ein vertraulicher Brief vom 8. Juli gab dann noch eine kurze Übersicht über den Inhalt der Besprechungen zwischen den beiden Monarchen und zwischen Bethmann-Hollweg und dem russischen Außenminister. Dabei wurde besonders unterstrichen, daß Deutschland „keineswegs bemüht sei, in die bestehenden Interessengemeinschaften irgendwelche Veränderungen hineinzutragen im Sinne der Abtrennung irgendeiner Macht von derjenigen Gruppe, an die sie sich kraft der geschichtlichen Gestaltung der Umstände geschlossen hat“ [366].

Nunmehr ist endlich auch Iswolski zufrieden; er berichtet nämlich über eine Aussprache mit dem politischen Direktor im Quai d'Orsay, Paléologue:

„Die französische Regierung ist von dem Resultat der Monarchenzusammenkunft in Baltischport sehr befriedigt. Sowohl die aus diesem Anlaß veröffentlichte gemeinsame russisch-deutsche Mitteilung, wie auch besonders die von den H. S. D. Sasonow und V. N. Kokowtzow dem französischen Botschafter gegebenen Aufschlüsse und Erklärungen haben die französischen Minister voll überzeugt, daß die fragliche Zusammenkunft die Garantien für die Aufrechterhaltung des

allgemeinen europäischen Friedens vermehrt und dabei keinerlei Änderungen in den Beziehungen zwischen den Mächten hervorgerufen hat. Ich habe meinerseits nicht verfehlt, H. Paléologue den wesentlichen Inhalt des Telegramms Nr. 1620 zu übermitteln, das S. D. Sasonow am 24. Juni an mich sandte, sowie einige der in seinem Brief vom 25. Juni enthaltenen Angaben. Ich wählte hauptsächlich diejenigen, die am besten die optimistische Auffassung der hiesigen Regierung über das stattgehabte Ereignis zu bestärken geeignet waren. Im großen und ganzen scheint es mir, daß dank der rechtzeitigen, an H. Georges Louis und, durch meine Vermittlung, auch an H. Poincaré abgegebenen Erklärungen die anfänglich von den französischen Ministern bekundete Nervosität und ihr Mißtrauen vollständig geschwunden sind, und daß wir keine Ursache mehr haben, eine Wiederholung von Mißverständnissen zu befürchten, wie sie sich nach der Potsdamer Begegnung ergeben haben. Für dieses Mal konnte auch eine falsche Deutung dieser Begebenheit vor der französischen Öffentlichkeit verhütet werden. Dies Resultat ist durch einen energischen Druck von meiner Seite auf die hauptsächlichsten Organe der französischen Presse erreicht worden, während H. Poincaré auch seinerseits ebensolche und natürlich noch wirksamere Schritte unternahm [371].“

Immerhin war das ganze Ereignis im Grunde doch auch eine Trübung jenes politischen Himmels, wie ihn sich die Herren Poincaré und Iswolski dachten. An die Entente, diese große Mächtekonstellation zum Zwecke der Einkreisung der Mittelmächte, durfte eben nicht von ferne gerührt werden. Die klare Scheidung zwischen Dreibund und Dreiverband sollte bestehen bleiben und keinerlei Brücke herüber oder hinüber geschlagen werden. Das galt nicht nur hinsichtlich Rußlands, sondern ebenso in bezug auf England.

G r o ß b r i t a n n i e n gegenüber verfolgte Poincaré die gleiche Taktik, die wir ihn bezüglich des Zarenreiches anwenden sahen. Er versucht die Vereinigung immer intimer zu machen, aber seine Liebe ist herrisch und erlaubt keinerlei Seitensprünge. Gleich zu Beginn seiner Regierungszeit wird einer jener prunkvollen Aufzüge veranstaltet, an denen die Zeit des Imperialismus so reich war und die man damals gern als hohlen Pomp belächelte, während sie doch immer einen gewissen politischen Sinn hatten. Die Völker ahnten nicht, wie verhängnisvoll es für sie mitunter war, wenn die hohen Herren Feste feierten. Nach einem Bericht Iswolskis vom 1. Februar wurde das englische Königspaar auf der Rückkehr von einer Reise nach Indien anläßlich seines Besuches auf der Insel Malta durch einige Einheiten der französischen Flotte begrüßt. Man erwies sich gegenseitig alle möglichen Ehren, und der russische Bot-

schafter schließt seine Schilderung mit der Feststellung: „Bei der Aufzählung aller Einzelheiten während des Aufenthaltes des französischen Geschwaders auf der Insel Malta betont die hiesige Presse die Bedeutung, die dieser gegenseitigen Kundgebung der französisch-englischen freundschaftlichen Gefühle und der Verbrüderung der beiden Geschwader im Mittelländischen Meer unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen, gleich nach dem Abschluß des französisch-deutschen Marokkovertrages und mitten in der tripolitanischen Krise, zukommt [195].“ Am 25. April meldet Iswolski, kürzlich habe in Nizza und Cannes unter dem Beisein H. Poincarés und des englischen Botschafters in Paris die Enthüllung der Denkmäler der Königin Viktoria und des Königs Eduards VII. stattgefunden. In seinen bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden hob der Ministerpräsident der Republik die großen Verdienste des verstorbenen britischen Monarchen um das Zustandekommen der Entente cordiale hervor. „In seiner Eigenschaft als ‚großer Realist‘ habe es König Eduard hierbei für durchaus überflüssig gehalten, die Verständigung zwischen den beiden Mächten schriftlich niederzulegen; ihm habe es genügt, daß nach Beseitigung vorübergehender, sie trennender Mißverständnisse die beiden Völker gelernt hätten, einander zu verstehen und besser zu schätzen.“ Auch der russische Großfürst Michael Michaelowitsch ist zugegen, und Poincaré erklärt nach seiner Rückkehr aus Südfrankreich dem Vertreter des Zaren gegenüber, „diese Feierlichkeiten hätten ihrem inneren Sinn nach in ihm den Eindruck hinterlassen, daß sie eine deutliche Bekräftigung der wechselseitigen Solidarität zwischen den drei Mächten des Dreiverbandes gewesen seien“ [261].

Ist es ein Zufall, daß wenige Wochen später, am 6. Juni, Iswolski melden kann, die Frage der Umbildung der Entente in ein förmliches Bündnis, die die englische Presse angeschnitten, habe in Paris lebhaftes Interesse erregt. War das ein Versuchsballon, ausgehend vom Quai d'Orsay, um den „großen Realisten“ Eduard VII. noch zu übertrumpfen? Allerdings, Poincaré stellt sich platonisch. Eine Änderung der gegenwärtigen Lage ist nach seiner Ansicht nicht zu wünschen.

„Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß bei der augenblicklichen Situation in Europa die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Frankreich und England, sowie das darauf basierte Einverständnis, so groß und unbestritten ist, daß hierdurch die Gemeinsamkeit des Handelns der beiden Staaten bei irgendwelchen ernsthaften Verwicklungen genügend garantiert ist. Die Unterzeichnung dieses oder jenes förmlichen Vertrages, selbst vorausgesetzt, daß ein solcher mit der französischen oder englischen Verfassung vereinbar wäre, würde in keiner Weise diese Bürgschaft erhöhen, denn auch im Falle der

Existenz eines derartigen Vertrages würde die kürzlich abgegebene öffentliche Erklärung Asquiths, daß die englische Regierung im entscheidenden Augenblick nur das beschließen würde, was ihr der Wille der englischen Nation eingeben werde, ihre volle Kraft behalten.

Was die gleichzeitig von der Presse berührte Frage einer Abänderung der militärischen Organisation und die Einführung der Dienstpflicht in England anbelangt, ist Poincaré der Ansicht, daß es sehr unbesonnen von Frankreich wäre, diese Frage selbst in der vorsichtigsten Form zu berühren, da es sich hier um eine rein nationale Angelegenheit Englands handelt. Was die französische Presse anbelangt, so haben die großen Blätter in dieser heiklen Frage viel Takt bewiesen und in den meisten Fällen den Standpunkt vertreten, daß die Frage der Bündnisse Englands und seiner militärischen Organisation vor allem durch die Engländer selbst geprüft werden müsse, und daß die französische Presse sich jeden Drucks in dem einen oder anderen Sinne zu enthalten habe [318]."

Diese Äußerungen erwecken den Eindruck, als beruhten sie auf tatsächlichen Verhandlungen zwischen Paris und London über den Abschluß eines förmlichen Vertrages und spiegelten etwas wie eine Antwort der britischen Regierung auf einen Antrag der französischen wider. Sie klingen jedenfalls für ein unbefangenes Ohr ein wenig nach gut verhüllter Enttäuschung.

Aber mag dem sein, wie ihm will — eines steht fest: Der Leiter der französischen Republik versuchte auch Großbritannien gegenüber sein System restloser Solidarität nach Kräften auszubauen.

Doch diese Solidarität hatte, wie bereits angedeutet, auch ihre rauhe Kehrseite. Wenn sich das umworbene Land einfallen ließ, seine Blicke anderswohin zu richten, dann schlug der stürmische Werber einen sehr strengen Ton an. Wir haben auch dafür einwandfreie Belege.

Im Februar 1912 führte bekanntlich der englische Kriegsminister Haldane Besprechungen in Berlin, um hinsichtlich der deutschen Flottenrüstungen eine Vereinbarung zu erreichen. Von seiten Deutschlands wurde ein Neutralitätsvertrag vorgeschlagen, der jedoch nicht zustande kam. Als die Verhandlungen noch im Gange waren, erfuhr Iswolski von Poincaré (nach einem Brief vom 29. Februar), in französischen Regierungskreisen habe man zwar anfangs „eine gewisse Nervosität" empfunden, aber dieses Gefühl sei völlig zerstreut worden durch die öffentliche Erklärung der englischen Regierung, daß die Reise Lord Haldanes „keinerlei Rückwirkung auf die Festigkeit der politischen Bande zwischen England, Frankreich und Rußland haben würde, und daß sowohl das Kabinett von Paris wie das von St. Petersburg ein-

gehend von ihrem Ergebnis unterrichtet werden solle“. Allerdings fügte Iswolski von sich aus hinzu: „Ich kann aber nicht umhin zu bemerken, daß in den hiesigen militärischen Kreisen eine etwas andere Auffassung vorherrscht. Die Militärs fürchten, daß im Falle einer Verständigung zwischen England und Deutschland über die Einstellung oder zum mindesten über die Abschwächung ihrer Rivalität in der Flottenrüstung die deutsche Regierung die Verstärkung der Armee mit verdoppelten Mitteln betreiben werde, was wieder bei Frankreich und Rulland ähnliche Maßnahmen veranlassen würde [214].“ Auch die gelassene Stimmung Poincarés muß kurz nachher in ihr Gegenteil umgeschlagen sein, denn in einem Schreiben des russischen Botschafters vom 5. Dezember finden wir folgende Mitteilung: „In meinen Unterredungen mit Poincaré und Paléologue konnte ich streng vertraulich erfahren, daß gelegentlich der bekannten Reise Lord Haldanes nach Berlin (im Februar dieses Jahres) Deutschland England einen ganz bestimmten Vorschlag gemacht hat, der darauf hinauslief, das Londoner Kabinett solle schriftlich die Verpflichtung eingehen, die Neutralität zu bewahren, wenn Deutschland in einen Krieg hineingezogen würde, der von seiner Seite nicht provoziert worden ist. Das Londoner Kabinett hat H. Poincaré hiervon benachrichtigt und anscheinend gezögert, diesen Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen. H. Poincaré sprach sich aufs Nachdrücklichste gegen eine solche Verpflichtung aus. Er hat der englischen Regierung gegenüber darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung eines solchen Vertrages durch England mit Deutschland den gegenwärtigen französisch-englischen Beziehungen mit einem Schlage ein Ende machen würde, da zwischen Frankreich und England keine schriftliche Vereinbarung allgemein politischen Charakters existiere. Dieser Einwurf hatte den entsprechenden Erfolg: das Londoner Kabinett lehnte den Vorschlag Deutschlands ab, was in Berlin eine lebhafte Unzufriedenheit hervorrief [608].“

Es gelang somit dem französischen Ministerpräsidenten durch die von ihm ausgesprochene Drohung eines Bruches mit Großbritannien einen von Deutschland angeregten, für die Erhaltung des europäischen Friedens äußerst wichtigen Schritt zu hintertreiben. Auch diesmal duldete er keine Überbrückung der Kluft. Er wachte eben in negativem Sinne ebenso argwöhnisch über der fleckenlosen Erhaltung der Entente als eines Instrumentes gegen die Mittelmächte, wie er in positiver Hinsicht alles tat, um dieses Instrument nach Möglichkeit zu verbessern und zu vervollständigen.

Angesichts solcher Bestrebungen bedarf es keiner weiteren Erklärung dafür, das dieser Politiker im April Annäherungsversuche von deut-

scher Seite an Frankreich in einer Weisung an seinen Botschafter in Berlin schroff mit den Worten abtat: „Wir würden die ganzen Vorteile jener Politik verlieren, die Frankreich seit langen Jahren verfolgt[1].“

Das Verhältnis der Republik zu Italien erlitt durch den Tripoliskrieg eine vorübergehende Trübung. Es kam zu mehreren Zwischenfällen, die für kurze Augenblicke die Rivalität der beiden lateinischen Staaten im Mittelmeer ziemlich scharf zum Ausdruck brachten. Iswolski bedauert am 28. Februar, daß auf diese Weise „ein gut Teil der langjährigen Arbeit der französischen und italienischen Diplomatie zugunsten einer Annäherung der beiden Schwesternationen vernichtet“ [212] werde. Ein gewisser persönlicher Gegensatz zwischen Poincaré und dem italienischen Botschafter in Paris, Tittoni, trug noch dazu bei, daß es gelegentlich nicht leicht war, die Wellen der Erregung zu glätten. Am 30. Mai meint Sasonow in einem Brief an Iswolski, die Abkühlung, die in den wechselseitigen Beziehungen zwischen den zwei Ländern eingetreten sei, könne Rußland nicht gleichgültig lassen. Dann heißt es weiter: „Wie Eurer Hohen Exzellenz gut bekannt ist, erachten wir es nicht als vorteilhaft für uns, den formellen Austritt Italiens aus dem Dreibund anzustreben, halten es aber für sehr wünschenswert, daß bei äußerer Aufrechterhaltung des jetzigen Standes der Dinge die Beziehungen des Königsreichs zu uns und Frankreich gepflegt werden. In dieser Hinsicht sind die Bedingungen für uns jetzt ausnehmend günstig. Wir sind natürlich mit Vergnügen bereit, diese Situation auszunützen, um Frankreich, falls es dies wünscht, die möglichen Dienste zu erweisen und alle Anstrengungen zur Beilegung seiner Unstimmigkeiten mit Italien zu machen [304].“ Im Anschluß hieran will Sasonow wissen, ob die Konvention zwischen Frankreich und Italien vom Jahre 1902 erneuert werden solle und ob Rußland behilfich sein könne. In seiner Antwort vom 6. Juni teilt Iswolski mit, Poincaré habe ihm kategorisch erklärt, der erwähnte Vertrag, der eine Abgrenzung der italienischen und französischen Interessensphären im Mittelmeer enthalte und die praktische Folge gehabt habe, daß beide Kontrahenten darauf verzichtet hätten, ihre Armeen an der französisch-italienischen Grenze zu konzentrieren, sei an keine Frist gebunden. Außerdem habe der Ministerpräsident Gründe, zu glauben, daß Italien fest von der Freundschaft Frankreichs überzeugt sei und von letzterem und Rußland viel mehr Hilfe erwarte als von seinen Verbündeten. „Was die Frage eines formellen Austritts Italiens aus dem Dreibund anbetrifft, so ist Poincaré der gleichen Ansicht wie Sie, daß nämlich kein Grund

[1]) Rapport de la Commission d'Enquête sur les Faits de la Guerre, I, S. 363.

vorliegt, darauf hinzustreben, da dies nur zu gefährlichen Komplikationen führen könnte. Das beste sei, an der augenblicklichen Situation festzuhalten, denn Italien sei im Dreibund das hemmende Element. Immerhin dürfe Frankreich nicht vergessen, daß Italien der gegnerischen politischen Gruppe angehört. Deshalb müsse die französische Regierung darüber wachen, daß Italien im Mittelmeer nicht die Vorherrschaft gewinne. Bei dem augenblicklichen Stand der Seestreitkräfte würde eine einfache Mobilisierung der französischen Flotte genügen, um irgendwelche feindlichen Versuche Italiens unmöglich zu machen. „Sie können überzeugt sein," sagte Poincaré, seine Worte nachdrücklich betonend, „daß Frankreich fest entschlossen ist, auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeer zu bewahren [316]."

Diese Äußerungen sind zweifellos ein besonders interessanter Beitrag zu dem Bilde, das wir hier von dem politischen System Poincarés und Iswolskis zu entwerfen versuchen. Während die Entente durch keinerlei Zugeständnis an die Mittelmächte verunstaltet werden durfte, war es hinter den Kulissen bereits geglückt, das eine Mitglied des Dreibundes durch geheime Abmachungen so sehr ins andere Lager hinüberzuziehen, daß es bereits als „hemmendes Element" für den politischen Gegner dienen konnte. Damit war die Isolierung von Deutschland und Österreich vollkommen erreicht, und der angebliche italienische Freund dieser beiden Länder tat ihnen im Notfall nicht einmal mehr jenen kleinen Dienst, den Bismarck von ihm erwartet hatte, daß er nämlich durch Aufstellung eines Tambours an der französischen Grenze dort Truppen festhielt.

Wenn man all diese Einzelheiten bedenkt, wenn man sieht, mit welch unheimlicher Konsequenz ein Stein zum anderen gefügt wurde, um die Mauer um die beiden Staaten im Herzen Europas immer lückenloser auszubauen, so stellen wir uns unwillkürlich die Frage: was bezweckte man mit alledem, worauf wollte man letzten Endes hinaus? Handelte es sich nur um ein diplomatisches, freilich mit äußerster Raffiniertheit durchgeführtes Schachspiel, das darauf abzielte, der gegenüberstehenden Interessengruppe immer leichter den eigenen Willen aufzwingen und eines Tages ein unblutiges „Schach matt!" zurufen zu können? Man könnte sich, diese Linie weiter verfolgend, vorstellen, daß man etwa mit dem Zerfall der Donaumonarchie rechnete und dann das völlig allein gelassene Deutschland ohne Schwertstreich seinem Willen beugen zu können hoffte.

Aber ein weiterer Blick in die Akten jener Tage beweist uns, daß man nicht so dachte, sondern im Hintergrund bei allen politischen Aktionen militärische Gesichtspunkte im Auge hatte und sich somit nicht

auf ein Ringen der Kräfte auf diplomatischem Gebiet, sondern ganz einfach auf den Krieg als letztes Ziel vorbereitete.

Wer die Berichte Iswolskis aus dem Jahre 1912 liest, der fühlt sofort, daß die Laune dieses Mannes, dessen Einstellung wir aus seinen eigenen Zeugnissen von 1911 genau kennen, immer besser und zuversichtlicher wird. Wenn er jetzt die inneren Zustände in Frankreich schildert, merkt man deutlich, wie der Alpdruck des sozialistischen Einflusses von ihm gewichen ist. Unter dem „nationalen" Kabinett Poincaré hat er keine Angst mehr, daß jene Strömungen siegen, die seiner Denkungsweise zuwider sind. Es ist nicht nötig, hierbei auf Einzelheiten einzugehen, aber einige Proben aus dem reichen, uns nunmehr zur Verfügung stehenden Material mögen immerhin angeführt werden, um das Gesagte zu illustrieren.

Ein Bericht vom 29. Februar über den Sozialistenkongreß in Lyon hebt hervor, daß der Verlauf dieses Kongresses „überaus farblos" gewesen sei, „was besonders aus dem gegenwärtigen nationalen Aufschwung der französischen öffentlichen Meinung herzuleiten ist" [213]. Ein anderer Bericht vom 9. Mai über die Gemeindewahlen schließt nach Feststellung des Ergebnisses:

„Im allgemeinen haben die Sozialisten ungeachtet all ihrer Anstrengungen und ihrer tatkräftigen Propaganda selbst in den großen Industriezentren nicht vermocht, irgendwelche neue Stellungen zu erobern. Die allgemeine politische Lage in Frankreich gestaltet sich gegenwärtig für sie nicht günstig. Die letzten Munizipalratswahlen legen bis zu einem gewissen Grade Zeugnis davon ab, daß die Stimmung der Gesellschaft konservativer geworden ist; sie beweisen das Bestreben der Bevölkerung, die Ordnung, die vor kurzem durch beispiellose verbrecherische Untaten einer Bande von Terroristen gestört worden war, aufrechtzuerhalten, sowie ihren Entschluß, sich nicht der zersetzenden Wirkung der extremen Strömungen hinzugeben [278]."

Hinsichtlich der Wahlreformfrage, die damals ein wichtiges innerpolitisches Problem in Frankreich war, wird am 20. Juni ein „glänzender parlamentarischer Sieg" Poincarés über die Radikalen und Radikal-Sozialisten gefeiert, der die Stellung des Kabinetts bedeutend gefestigt hat [344]. Am 29. August wird eingehend der Kampf der französischen Regierung gegen die sozialistisch gerichteten Lehrer geschildert, deren Auftreten, vor allem wegen seines antimilitaristischen Einschlages, als „verbrecherisch" bezeichnet wird [416].

Die ganze Zufriedenheit des russischen Botschafters mit dem Frankreich Poincarés geht aus einem sehr charakteristischen Schreiben vom 14. März hervor, das folgendermaßen lautet:

„Im Laufe der letzten Zeit hatte ich mehr als einmal Gelegenheit, in meinen Berichten und Briefen an Eure Hohe Exzellenz auf den unter dem Einfluß der jüngsten außenpolitischen Krise in weiten Kreisen des französischen Volkes zutage tretenden Aufschwung des Nationalgefühls und besonders auf die Belebung des Interesses an der Militärmacht des Landes hinzuweisen. Diese Bewegung ist unter anderem durch den glänzenden Erfolg bestätigt, den die nationale Subskription zum Ankauf von Flugzeugen für die Armee hatte, die kürzlich auf Anregung des ‚Matin' inszeniert wurde. Sie hat in weniger als zwei Wochen mehr als anderthalb Millionen Franken eingebracht. Der Zweck der Subskription ist, Frankreich um jeden Preis seinen Vorrang über Deutschland im militärischen Flugwesen zu erhalten, und zwar unabhängig von den materiellen Hilfsquellen, die zu diesem Zweck aus Staatsmitteln bewilligt werden könnten.

Ohne Zweifel ist dem neuen Kriegsminister, H. Millerand, ein großes Verdienst um die Belebung des öffentlichen Interesses für die Armee zuzuschreiben. Unter anderem hat er schroff mit den Traditionen gewisser Vorgänger gebrochen, deren Handlungen manchmal Mißtrauen gegen die Armee und ihre Leitung verrieten.

Ich hatte bereits Gelegenheit, dem Kaiserlichen Ministerium von der Abschaffung des Systems der geheimen Listen über die politische Zuverlässigkeit der Offiziere Mitteilung zu machen.

Seither hat es H. Millerand gleichfalls für richtig gehalten, einige militärische Traditionen, die längere Zeit nicht mehr beachtet wurden, wieder aufleben zu lassen, so zum Beispiel die Zeremonie des Sonnabend-Zapfenstreiches, die jetzt einen großen Teil der hauptstädtischen Bevölkerung herbeilockt.

Endlich fand am vorigen Sonntag zum erstenmal nach langer Pause wieder die Frühlingsparade der Pariser Garnison auf dem Felde von Vincennes statt. An diesem Tage zeigten sich die Pariser Straßen vom frühen Morgen an außergewöhnlich belebt. Nicht nur alle Verkehrsmöglichkeiten nach dem Ort der Truppenschau waren von der Bevölkerung vollkommen besetzt, sondern eine große Menschenmenge begleitete zu Fuß, nationale Lieder singend, die Regimenter nach Vincennes. Diese letzteren hatten die Felduniform angelegt und waren feldmäßig ausgerüstet, was dem Ganzen einen besonders eindrucksvollen kriegerischen Anstrich gab. Die Parade selbst wich auch etwas von dem gewöhnlichen Programm ab. Nach dem Vorbeimarsch formierte sich die gesamte Infanterie und unternahm einen Scheinangriff gegen die Tribünen, was auf alle Zuschauer tiefen Eindruck machte.

Eine Kavallerieattacke beendete die Parade, während der mehrere Flugzeuge und zwei lenkbare Luftschiffe das Feld überflogen. Während des ganzen Tages waren die Truppen Gegenstand der wärmsten Ovationen von seiten der Bevölkerung, die sich, an Zahl etwa eine Million stark, in Vincennes eingefunden hatte. Der Ruf: ‚Es lebe die Armee!‘ begleitete die Truppen bis in die Kasernen [231].“

Der Diplomat, der so große Freude an der zunehmenden Popularität der französischen Armee empfand, hatte hierfür seine guten Gründe. Gerade das war die Atmosphäre, die er für seine eigenen geheimen Pläne auf militärischem Gebiet brauchte. Wir wissen, daß er schon im Jahre 1911 den Vorschlag gemacht hatte, „eine unmittelbare Verbindung zwischen dem russischen und dem französischen Admiralstab herbeizuführen“. Dieser Vorschlag sollte nun 1912 zur Wirklichkeit werden. Am 29. Februar kann Iswolski seinem Außenminister in einem Briefe mitteilen, daß der Marineattaché an der russischen Botschaft in Paris, Kapitän Kartzow, von seiner vorgesetzten Behörde den Auftrag erhalten hat, in vertrauliche Beziehungen zu dem französischen Marineminister zu treten, um die Ankunft des neuen Chefs des russischen Admiralstabs vorzubereiten [215]. Die Fühlungnahme, die auf diese Weise angebahnt wurde, zeitigte sehr rasch ganz bestimmte Ergebnisse. Einem Schreiben Iswolskis vom 18. Juli entnehmen wir, daß kurz vorher eine Konferenz zwischen den Chefs der beiderseitigen Admiralstäbe, nämlich dem Fürst Lieven und Vizeadmiral Aubert, stattgefunden hatte, die zu dem Beschlusse führte, daß man der französisch-russischen Militärkonvention eine gleichartige Marinekonvention zur Seite stellen müsse. Der Text dieser neuen Konvention war unter Beteiligung des politischen Direktors im Quai d'Orsay, H. Paléologue, ausgearbeitet worden und lautete:

„1. Artikel. — Die Seestreitkräfte Frankreichs und Rußlands operieren gemeinsam bei allen Eventualitäten, bei denen das Bündnis die Zusammenarbeit der Landarmee voraussieht und bestimmt.

2. Artikel. — Die gemeinsame Operation der Seestreitkräfte wird schon in Friedenszeiten vorbereitet.

Zu diesem Zwecke werden die Chefs der beiden Admiralstäbe von jetzt an ermächtigt, direkt miteinander zu korrespondieren, alle Nachrichten auszutauschen, alle Kriegsmöglichkeiten zu studieren und alle strategischen Pläne miteinander zu vereinbaren.

3. Artikel. — Die Chefs der beiden Admiralstäbe konferieren mindestens einmal im Jahr persönlich miteinander; sie setzen über ihre Konferenzen Protokolle auf.

4. Artikel. — Diese Konvention wird bezüglich ihrer Dauer, Auswirkung und Geheimhaltung der Militärkonvention vom 17. August 1892 und den daraus folgenden Verträgen gleichgestellt.

Paris, den 16. Juli 1912 [375]."

Im Anschluß hieran wurden dann noch allerhand Einzelheiten für den Kriegsfall vereinbart, über die der Botschafter das folgende zu erzählen weiß:

„Nachdem sie so die Grundlagen ihres Meinungsaustausches festgelegt hatten, hielten Fürst Lieven und der Vizeadmiral Aubert eine Reihe von Konferenzen ab, in denen sie die verschiedenen Fragen, die sich aus der beabsichtigten gemeinsamen Operation der russischen und der französischen Flotten ergeben, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Resultate dieser Konferenzen wurden in einem besonderen Protokoll, das beide Admiräle unterzeichneten, niedergelegt. Ich habe nur ganz flüchtig von dem Text dieses umfangreichen Dokumentes Kenntnis nehmen können, aber es wird selbstverständlich zu gegebener Zeit unserem Minister des Äußeren mitgeteilt werden.

Fürst Lieven sagte mir, als er mir seinen Inhalt erläuterte, daß seiner Überzeugung nach der soeben gepflogene Meinungsaustausch für uns sehr vorteilhafte Resultate gezeitigt habe. Der Chef des französischen Generalstabes habe nämlich durchaus eingesehen, daß es im gegenseitigen Interesse beider Verbündeten notwendig sei, uns die Wahrung der Vorherrschaft im Schwarzen Meer durch Ausübung eines geeigneten Druckes auf die Flotten unserer eventuellen Feinde, d. h. besonders Österreich-Ungarns und vielleicht Deutschlands und Italiens, zu erleichtern. Zu diesem Zweck habe Frankreich sich bereit erklärt, schon in Friedenszeiten seine Seestreitkräfte im Mittelmeer mehr nach Osten, d. h. nach Bizerta, zu konzentrieren. Diese Entscheidung, die in dem Protokoll ganz klar ausgesprochen ist, hält Fürst Lieven um so mehr für einen großen Erfolg für uns, als sie durch keine Verpflichtung von unserer Seite bedingt ist. Überhaupt äußert sich Fürst Lieven außerordentlich lobend über das Entgegenkommen, die Offenheit und Aufrichtigkeit seines französischen Kollegen [375]."

Somit waren die Wünsche Iswolskis wider Erwarten gut in Erfüllung gegangen.

Im Verlauf der Ereignisse des Jahres 1912 setzt an diesem Punkte, also unmittelbar nach dem Zustandekommen der marinetechnischen Kriegsabmachungen zwischen Rußland und Frankreich, die Reise Poincarés nach Petersburg ein. Wir werden bald erkennen, wie eng sie mit den militärischen Vereinbarungen im Zusammenhang stand.

Schon weiter oben konnte darauf hingewiesen werden, daß der Plan der Reise anläßlich verschiedener Mißverständnisse zwischen Paris und Petersburg in aktuellen Fragen der Politik entstand, und daß ihr Zweck zunächst einmal eine rückhaltlose Auseinandersetzung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem russischen Außenminister war, wobei der erstere den letzteren zu seinem Standpunkt bekehren wollte. „Ich wollte," ruft Poincaré nach einem Brief Iswolskis vom 20. Juni aus, „es wäre schon der 10. August und ich könnte mich ganz offen und voll Vertrauen mit H. Sasonow aussprechen [345]!" Schon vorher hatte man zur Beruhigung der durch die Monarchenbegegnung in Baltischport erregten Gemüter die Nachricht von dem bevorstehenden Besuch des Regierungsleiters der Republik in die Presse lanciert, wie uns eine diesbezügliche Mitteilung im „Echo de Paris" vom 12. Juni beweist.

Als nun das Ereignis in den ersten Augusttagen wirklich eintreten sollte, wurde es mit einem recht erheblichen Lärm in Szene gesetzt[1]). Der schon erwähnte Marcel Hutin brachte am 3. August gleichfalls im „Echo de Paris" einen Aufsatz, der die Behauptung aufstellte, Rußland habe in Anbetracht des Umstandes, daß Deutschland seine offensiven Linien an der Ost- und Westgrenze verstärkt habe, sein Mobilisationszentrum nach Polen verlegt. „Es ist nicht unmöglich, daß infolge dieser Umstände eine ausgedehntere Umgestaltung der französisch-russischen Konvention als unumgänglich angesehen wurde." Am 6. August brachte dasselbe Blatt einen neuen Artikel, der folgende Sätze enthielt: „Gegenstand der Reise des H. Poincaré nach St. Petersburg ist vermutlich die Stärkung des defensiven französisch-russischen Zusammenarbeitens als Basis der nationalen Politik beider Länder... Das Volk des britischen Inselreiches muß die Lage verstehen, und die Regierung zeigt ihm den Weg, indem sie für vier oder fünf Jahre die Marine an den ersten Platz ihrer Bemühungen stellt. In diesem Zeitraum muß England zur gemeinsamen Defensive mit Frankreich und Rußland bereit sein." Nur nebenbei sei darauf hingewiesen, daß im französischen Sprachgebrauch Kriegsrüstungen deutscherseits als offensiv und solche der Entente als defensiv bezeichnet wurden. Schon damals also wurde die Behauptung von Deutschlands Schuld propagandistisch angedeutet.

Marcel Hutin war inzwischen als Berichterstatter des „Echo de Paris" nach Rußland gefahren und sandte am 5. August von Eydtkuhnen aus ein Telegramm an sein Blatt; darin heißt es: „Es ist richtig, daß Kaiser Wilhelm in Baltischport Nachricht von der Marinekonvention erhielt, aber von größter Wichtigkeit ist, daß Rußland auf eine Ini-

[1]) F. Gouttenoire de Toury: Poincaré a-t-il voulu la guerre? S. 73 ff.

tiative des H. Poincaré, der durch die aktive Mitarbeit des H. Paléologue unterstützt wurde, seine Zustimmung dazu gegeben hat, mit Frankreich eine Abmachung zu unterzeichnen, auf Grund deren es darauf verzichtet, mit Deutschland irgendeine Frage europäischen Charakters zu behandeln, ohne vorher mit uns Rücksprache genommen und sich geeinigt zu haben.“ Diese Vereinbarung sei vierzehn Tage vor der Zusammenkunft in Baltischport, für drei Monate gültig, unterzeichnet worden, solle aber jetzt durch Poincaré erneuert werden. Am Tage darauf wurde die Nachricht dahin berichtigt, daß es sich um keine geschriebene Abmachung gehandelt habe, wohl aber um Besprechungen, an denen auch England teilgenommen habe. „Auf Grund dieser mündlichen Vereinbarungen wird keine der drei Nationen der Triple-Entente Besprechungen über irgendeine internationale Frage mit einer anderen Macht beginnen, ohne davon vorher die beiden befreundeten Regierungen zu unterrichten.“ Allerdings wurden die Angaben Hutins nachträglich durch ein etwas vage gehaltenes Dementi in Abrede gestellt, aber mehrere Umstände scheinen darauf hinzuweisen, daß der Korrespondent des „Echo de Paris“ doch aus der Schule geschwätzt hatte und der Wahrheit sehr nahe kam.

Aber nun zu der Reise selbst und zu dem, was wir sicher über sie wissen.

Der äußere Verlauf läßt sich folgendermaßen zusammenstellen: Am 5. August erfolgte die Abfahrt vom Nördlichen Bahnhof in Paris. Dann ging die Fahrt über Dünkirchen und das Meer, also nicht über Deutschland, was zweifellos näher und bequemer gewesen wäre. Am 9. August, nachmittags 3 Uhr, kam Poincaré auf dem Kreuzer „Condé“ in Kronstadt an und wurde vom russischen Marineminister und dem französischen Botschafter empfangen. Am 11. August war er zur Audienz beim Zaren in Peterhof. Daran schloß sich ein Frühstück bei Kokowtzow an, zu dem als einziger Nichtrusse oder Nichtfranzose der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, zugezogen war. Am 12. August fand eine große Truppenschau in Krasnoje Selo statt. Am 13. August kehrte Poincaré wieder nach Petersburg zurück, um sich von dort aus für zwei Tage nach Moskau zu begeben und am 16. August trat er von Kronstadt aus die Heimreise an.

Iswolski war die ganze Zeit über gleichfalls zugegen.

Über den Inhalt der gepflogenen Verhandlungen schweigen die Papiere Iswolskis ganz. Eine Schilderung aus der Feder Poincarés[1]) verrät bezeichnenderweise auch nichts Wesentliches. Wohl aber erfahren wir aus einem ziemlich umfangreichen Bericht Sasonows, der

[1]) Revue de la Semaine, Heft 8 vom 25. II. 1921.

zum Schluß für den Zaren angefertigt wurde, recht viel über den Gegenstand der Besprechungen. Es ist äußerst lehrreich, die einzelnen Hauptpunkte dieses Berichtes herauszugreifen.

An der Spitze steht die französisch-russische Marinekonvention:

„Zunächst haben wir eine unserer ersten Zusammenkünfte dazu benutzt, um uns gegenseitig unsere Befriedigung über den Erfolg auszusprechen, den die kürzlichen Unterhandlungen zwischen den beiden Admiralstabschefs gehabt haben. Der in Paris von den Admiralen Aubert und Fürst Lieven unterzeichnete Entwurf zur Marinekonvention hat die Allerhöchste Genehmigung gefunden, und ich bin allergnädigst ermächtigt worden, meine Unterschrift darunter zu setzen.

Da die vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention seinerzeit durch einen besonderen Notenaustausch ratifiziert worden ist, wurde in Übereinstimmung hiermit mit H. Poincaré beschlossen, auch diesmal dasselbe Verfahren bei der Marinekonvention anzuwenden. Dementsprechend hat am 2. und 3. August zwischen Poincaré und mir ein Schriftwechsel stattgefunden, der die Erklärung beider Parteien enthält, daß sie sich durch die Marinekonvention für gebunden erachten [401].“

Die Einzelheiten der Ratifizierung sind in einer Notiz des russischen Außenministeriums vom 18. August niedergelegt:

„Gemäß der Vereinbarung zwischen den Ministern S. D. Sasonow und Poincaré wurde beschlossen, der Urkunde über das Marineabkommen die Form eines Briefwechsels zu geben, wie dies seinerzeit auch bei dem Militärabkommen geschehen ist.

Demgemäß legte S. D. Sasonow während eines persönlichen Vortrags in Peterhof am 1. August Seiner Majestät den Entwurf des Briefes vor, der die Allerhöchste Billigung fand.

Dieser Brief wurde der französischen Botschaft am 2. August gleichzeitig mit dem Exemplar Nr. 2 des Vertrages selbst, das sich bei uns befand, übergeben. Es war durch den Kapitän Kartzow von Paris hierhergebracht worden, um die Unterschrift des Marineministers, Admiral Grigorowitsch, zu erhalten.

Am Morgen des 3. August, gleich nach seiner Rückkehr von Moskau, übergab H. Poincaré seinerseits S. D. Sasonow das Antwortschreiben.

Das erste Protokoll der Konferenzen der beiden Admiralstabschefs, ausgearbeitet auf Grund des schon erwähnten Abkommens, wurde S. D. Sasonow und V. N. Kokowtzow zur Durchsicht vorgelegt. Gleichzeitig gab der erstere seiner Ansicht in einer kurzen Bemerkung auf dem Protokoll selbst Ausdruck, während der Ministerpräsident, dem

ich persönlich dies Dokument überreichte, seinen Standpunkt in einer kleinen besonderen Note darlegte [403]."

Der zweite Punkt in Sasonows Rapport trägt die Überschrift: „Strategische Verkehrsstraßen" und lautet:

„H. Poincaré sprach auch von dem Protokoll der letzten Sitzung der Generalstabschefs und sagte, er lege der Verwirklichung des hierin vom französischen Generalstab ausgesprochenen Wunsches, nach einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit unseres der Westgrenze zuführenden Eisenbahnnetzes durch den Bau eines zweiten Schienenstranges auf den in dem Protokoll bezeichneten Linien einen sehr großen Wert bei. Ich erwiderte, daß ich von diesen Wünschen Kenntnis habe und daß sie wahrscheinlich in den Grenzen des Möglichen in Erwägung gezogen würden [401]."

Dieser Absatz bedarf noch einer Erläuterung. Das erwähnte Protokoll über die letzte Sitzung der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland, die am 13. Juli 1912 in Paris stattgefunden hatte, ist uns bekannt. Wir entnehmen ihm, daß für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich „die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte um jeden Preis" angestrebt wurde. General Joffre betonte dabei französischerseits die Wichtigkeit, „die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken" [368] und verlangte daher, daß die russischen Bahnen nach der Westgrenze alle doppelgleisig gelegt werden sollten. Hierauf bezieht sich also der besondere Wunsch Poincarés.

Äußerst aufschlußreich ist dann der dritte Punkt, den Sasonow anführt, und der über die englisch-französischen Beziehungen, die wir schon in unserem Abschnitt über das Jahr 1911 berührten, folgende Einzelheiten enthält:

„Die französisch-englischen Beziehungen waren zwischen H. Poincaré und mir Gegenstand eines besonders offenherzigen Gedankenaustausches.

Nach einem Hinweis drarauf, daß im Laufe der letzten Zeit, unter dem Einfluß der aggressiven Politik Deutschlands gegen Frankreich, diese Beziehungen den Charakter ganz besonderer Intimität angenommen hätten, vertraute der französische Premierminister mir an, daß zwischen Frankreich und England zwar kein schriftlicher Vertrag bestehe, daß jedoch die General- und Admiralstäbe beider Staaten nichtsdestoweniger in enger Fühlung miteinander ständen und sich ununterbrochen und mit voller Offenheit über alles, was sie interessieren könnte, gegenseitig verständigten. Dieser dauernde Ideenaustausch habe zu einer mündlichen Vereinbarung zwischen den Regierungen Frank-

reichs und Englands geführt, in der England sich bereit erklärt habe, Frankreich mit seiner Land- und Seemacht zu Hilfe zu kommen, falls dieses von Deutschland angegriffen würde. England habe versprochen, Frankreich zu Lande durch ein an die belgische Grenze entsandtes Detachement in Stärke von 100 000 Mann zu unterstützen, um einen vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee durch Belgien abzuwehren.

H. Poincaré hat mich dringend gebeten, unbedingtes Stillschweigen über diese Information zu bewahren und selbst den Engländern nicht Veranlassung zu der Vermutung zu geben, daß wir darüber unterrichtet seien.

Als wir von der Hilfe sprachen, die England und Frankreich zu Wasser sich gegenseitig zu bringen beabsichtigten, berührte H. Poincaré die Möglichkeit eines gleichzeitigen Zusammenwirkens der russischen und englischen Marinestreitkräfte.

Auf Grund unserer Marinekonvention hat Frankreich die Verpflichtung übernommen, uns dadurch zu Hilfe zu kommen, daß es die österreichische Flotte im Mittelmeer von uns ablenkt und sie am Vordringen in das Schwarze Meer verhindert. Nach Poincarés Ansicht könnte die englische Seemacht dieselbe Rolle in der Ostsee übernehmen, auf die die französische Flotte ihre Aktion nicht ausdehnen kann. Deshalb fragte er mich, ob ich nicht meine demnächst bevorstehende Reise nach England dazu ausnutzen wolle, um in meinen Unterredungen mit den Leitern der englischen Politik die Frage eines gemeinsamen Vorgehens der russischen und englischen Flotte im Falle eines Konfliktes der Dreiverbandsmächte mit Deutschland zu erörtern.

Ich antwortete H. Poincaré, daß diese Frage eine eingehende Überlegung erfordere [401]."

Auch hier empfiehlt es sich, gleich die nötigen Ergänzungen beizufügen, um das Bild der getroffenen Abmachungen zu vervollständigen. Wir erinnern uns, daß bereits Pichon Iswolski gegenüber Andeutungen über die militärischen Vereinbarungen zwischen Frankreich und England gemacht hatte, die sich allerdings der Hauptsache nach auf das Zusammenarbeiten der beiderseitigen Flotten bezogen. Daß diese Vereinbarungen aber schon damals die englische Hilfsaktion zu Lande in dem nunmehr von Poincaré angegebenen Sinne umfaßten, geht mit völliger Deutlichkeit aus dem Protokoll der französischen und russischen Generalstabschefs vom 31. August 1911 hervor. Nach diesem Schriftstück erklärte der General Dubail, „daß das französische Heer ebenso rasch wie das deutsche konzentriert wird, und daß es vom 12. Tage (der Mobilmachung) an in der Lage ist, gegen Deutschland — mit

Hilfe der englischen Armee auf dem linken Flügel — die Offensive zu ergreifen". Wenn wir hinzunehmen, daß nach dem gleichen Protokoll „die ersten großen Zusammenstöße wahrscheinlich in Lothringen, Luxemburg und Belgien zwischen dem 15. und 18. Tage stattfinden", so ergibt sich daraus die Übereinstimmung mit Poincarés Angaben: die englischen Truppen sollten für Belgien angesetzt werden.

Was nun den Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten anbelangt, die Möglichkeit eines Zusammenwirkens zwischen der englischen und russischen Flotte zu untersuchen, so wurde er, wie uns die Akten erzählen, genau befolgt. In einem Bericht Sasonows über seine Reise nach Balmoral im September 1912 lesen wir:

„Da sich mir eine günstige Gelegenheit dazu bot, hielt ich es für angebracht, in einer meiner Besprechungen mit Grey mich zu informieren, was wir von England im Falle eines Konfliktes mit Deutschland erwarten könnten. Ich halte das, was mir darüber der Leiter der englischen Außenpolitik, ebenso wie später der König Georg selbst, sagte, für sehr bezeichnend.

Eure Majestät wissen, daß H. Poincaré während seines Aufenthaltes in Petersburg im vergangenen Sommer mir gegenüber den Wunsch aussprach, ich möchte mir Klarheit darüber verschaffen, inwieweit wir auf die Mitwirkung der englischen Flotte im Falle eines solchen Krieges zählen dürften.

Nachdem ich Grey vertraulich über die wesentlichsten Punkte unserer Marinekonvention mit Frankreich unterrichtet und bemerkt hatte, daß auf Grund des abgeschlossenen Vertrages die französische Flotte unsere Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatz durch Behinderung der österreichischen Flotte, in das Schwarze Meer vorzudringen, zu sichern bestrebt sein werde, fragte ich, ob England seinerseits uns dieselben Dienste im Norden leisten könnte, indem es die deutschen Geschwader von unseren Ostseeküsten fernhält. Ohne Bedenken erklärte Grey, wenn die vorausgesehenen Umstände eintreten sollten, so würde England alle Anstrengungen machen, um der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag zu versetzen. Über die Frage militärischer Operationen sei bereits von den in Betracht kommenden maßgebenden Stellen verhandelt worden, aber in diesen Beratungen sei man zu dem Schluß gelangt, die englische Flotte könne zwar leicht in die Ostsee eindringen, ihr Aufenthalt daselbst aber bedeute eine große Gefahr. Angenommen, es glückte Deutschland, die Hand auf Dänemark zu legen und den Ausweg aus der Ostsee zu sperren, so würde die englische Flotte wie in einer Mausefalle sitzen. Deshalb würde Eng-

land voraussichtlich seine Operationen auf die Nordsee beschränken müssen.

Aus eigenem Antriebe bestätigte Grey mir dann, was ich bereits durch Poincaré wußte: es besteht zwischen Frankreich und England eine Vereinbarung, nach der im Falle eines Krieges mit Deutschland England die Verpflichtung eingegangen ist, Frankreich nicht allein zu Wasser Hilfe zu bringen, sondern auch zu Lande durch eine Truppenlandung auf dem Kontinent.

Der König berührte in einer seiner Unterredungen mit mir dieselbe Frage und drückte sich noch weit schärfer aus als sein Minister. Als ich erwähnte, Deutschland versuche mit seiner Seemacht der Englands gleichzukommen, rief Seine Majestät in sichtlich erregtem Tone aus, ein etwaiger Konflikt würde nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den Überseehandel Deutschlands unheilvolle Folgen haben, denn die Engländer würden jedes deutsche Handelsschiff, das ihnen in die Hände fiele, versenken. (‚We shall sink every single German merchant ship we shall get hold of.‘)

In diesen Worten schienen mir nicht allein die persönlichen Gefühle Seiner Majestät Ausdruck zu finden, sondern auch die der öffentlichen Meinung, wie sie in England gegenüber Deutschland vorherrschend ist [508].“

Fassen wir das alles zusammen, so erkennen wir, welch umfassenden Umfang die Kriegsvorbereitungen der Ententemächte schon damals angenommen hatten. Ein enges Netz war um die Mittelmächte gelegt. In der Nordsee sollten die englische und die französische Flotte gemeinsam vorgehen. Daran anschließend fügte sich eine englische Landarmee von 100 000 Mann für Belgien dem linken Flügel des französischen Heeres an, das von dort bis Lothringen den möglichst raschen Vorstoß gegen Deutschland durchzuführen hatte. Im Mittelmeer verfolgte die neuerdings dorthin verlegte französische Flotte den Zweck, die österreichischen Seestreitkräfte in Schach zu halten, und an der russischen Grenze sollten alle nur erdenklichen Vorkehrungen getroffen werden, um auch den Aufmarsch der Truppen des gewaltigen Zarenreiches für den Ernstfall nach Kräften zu beschleunigen. Das waren in der Tat gigantische Pläne durch ganz Europa hin, die, wie wir soeben gesehen haben, durch Poincarés Eingreifen in Rußland in wichtigen Teilen ausgebaut und gefördert wurden.

Die Fortsetzung von Sasonows Bericht über seine Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten behandelt dann politische Fragen aktueller Natur. Noch einmal wird der uns schon bekannte

Grundsatz festgelegt, daß es „unter der Bedingung der Aufrechterhaltung freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Italien und den Mächten des Dreiverbandes nicht nur für Frankreich, sondern auch für Rußland, ja sogar für Italien selbst vorteilhaft sei, dieses Land als totes Gewicht im Dreibund zu belassen“ [401]. Dann wird die gegenseitige Stellungnahme zum italienisch-türkischen Krieg, hinsichtlich der anatolischen Eisenbahnen und anderer gemeinsamer Interessenkomplexe geklärt.

Auch der Fall Louis kommt zur Sprache. Sasonow bringt seine Klagen gegen den französischen Botschafter in der von Iswolski formulierten Version vor und meint, er könne nicht verheimlichen, daß mit der Zeit die Ersetzung von Louis durch eine geeignetere Persönlichkeit wünschenswert erscheine, wobei Poincaré „ganz seiner Ansicht“ ist.

Der lange Bericht klingt in folgende Schilderung des hohen französischen Gastes aus:

„Zum Schluß fühle ich mich verpflichtet zu bemerken, daß ich sehr erfreut über die Gelegenheit war, H. Poincaré kennenzulernen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, und dies um so mehr, als der Gedankenaustausch zwischen uns mir den Eindruck hinterlassen hat, daß Rußland in ihm einen zuverlässigen und treuen Freund besitzt, begabt mit einem nicht gewöhnlichen staatsmännischen Verstand und mit unbeugsamer Willensstärke. Im Fall einer Krisis in den internationalen Beziehungen wäre es sehr erwünscht, daß an der Spitze der Regierung unserer Bundesgenossen, wenn nicht H. Poincaré selbst, so doch eine Persönlichkeit stände, die die gleiche Entschlossenheit besitzt wie der augenblickliche französische Premierminister, und ebenso frei wie er von jeder Furcht vor Verantwortung ist [401].“

Der Zweck der Reise, den wir bereits oben angedeutet haben, war somit vollkommen erreicht. Die Beseitigung von Louis war jetzt beschlossene Sache, und ihre Durchführung nur mehr eine Frage der Zeit. Und die Nebel der Mißverständnisse, die Sasonow und Poincaré bisher getrennt hatten, waren zerstreut. Das Lob, das der russische Außenminister dem Leiter der französischen Politik zollt, ist der beste Beweis hierfür.

Man kann daher leicht verstehen, daß in Paris über das Ereignis eitel Freude herrschte. Schon am 14. August kann der russische Geschäftsträger in Paris, Sewastopulo, nach Hause berichten, daß der Direktor im Quai d'Orsay, Paléologue, und der stellvertretende Außenminister Briand ihm in den wärmsten Ausdrücken den Dank der französischen Regierung für den „außergewöhnlichen“ Empfang ausge-

sprochen haben, der H. Poincaré von Seiner Majestät dem Kaiser und der Kaiserlichen Regierung zuteil geworden ist. Am 22. August, dem Tage seiner Rückkehr nach Paris, schließt sich der Ministerpräsident selbst diesem Dank „gerührt“ an. Am 29. August schreibt Iswolski über sein erstes Wiedersehen mit Poincaré und betont nochmals die Freude, die in den Kreisen des offiziellen Frankreich herrscht.

Dabei klingt sein eigener Triumph deutlich durch. Schließlich hatte gerade er für das Zustandekommen der Reise nach Kräften gearbeitet und immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig eine engere Fühlungnahme seines eigenen Chefs mit dem führenden Mann der Republik sei. Und der Ausgang mußte ja vor allem in seinen Augen ein besonders glücklicher gewesen sein. Denn das ganze Unternehmen hatte die Entwicklung der Dinge ein beträchtliches Stück auf dem Wege vorwärtsgeschoben, den wir aus seinen eigenen Zeugnissen als den von ihm verfolgten erkannt haben. Die Aussprache an sich stärkte die Solidarität zwischen Rußland und Frankreich. Der Eindruck, den die Persönlichkeit Poincarés auf Sasonow gemacht hatte, versprach für die Zukunft ein leichteres Nachgeben des letzteren. Und die militärischen Abmachungen vollends, angefangen von der Ratifizierung der Marinekonvention bis zur Anregung eines Zusammenwirkens der russischen und englischen Flotte waren nichts anderes als Erfüllungen langgehegter Träume des russischen Botschafters in Paris.

Gerade, wenn man sie ins Auge faßt, erkennt man am klarsten die verhängnisvolle Gleichheit in der Gedankenrichtung Poincarés und Iswolskis. Der russische Diplomat dreht den Faden an, indem er auf marine-technische Vereinbarungen zwischen seinem Land und Frankreich dringt. Der französische Politiker spinnt den Faden weiter, indem er ebensolche Maßnahmen zwischen Rußland und England vorschlägt. Derartig berühren sich die Bahnen des einen und des anderen Gehirns, derartig ergänzen sie sich und setzen sich gegenseitig fort. So verschieden die zwei Männer sich vielleicht in ihrem äußeren Gebaren waren, so sehr ähnelte sich ihre innere Struktur. Denn beide waren leidenschaftlich erfüllt von dem Geiste des Imperialismus, der für das eigene Land nur ein rastloses Vorwärts kannte, beide waren gleich fest entschlossen, bei diesem rastlosen Vorwärts kein Hindernis zu scheuen, beide waren, wie Sasonow es am Ende seiner Charakteristik von Poincaré so vorsichtig, aber doch bedeutungsvoll ausdrückt: „frei von jeder Furcht vor Verantwortung“ — Verantwortung dem eigenen Volk und Europa gegenüber. Und dem einen wie dem anderen war die gefährliche Gabe zu eigen, die Wünsche des Herzens mit eiskalter Logik Schritt für Schritt ihrer Verwirklichung entgegenzuführen, vollkommen

unbedenklich hinsichtlich der Mittel und mit erstaunlicher Unerschrockenheit in bezug auf die Folgen. Auch in Poincaré war, wie wir das bei Iswolski im Jahre 1911 feststellen konnten, der Weltkrieg im Bereich seiner Gedanken bereits zur Tatsache geworden, denn auch er hatte sich daran gewöhnt, ihn als letzte Möglichkeit in die Kette seiner Erwägungen einzustellen und seine Handlungen selbst nach dieser Möglichkeit zu richten, nicht indem er ihr vorbeugte, wo er nur konnte, sondern indem er sich bemühte, sie bei ihrem Eintreffen möglichst günstig zu gestalten. Wir werden bald sehen, wie rasch die Eigenart dieser Männer Europa nahe an den Abgrund führte.

IV

Der erste Balkankrieg

Wie dunkle Wolkenschatten huschen schon früh, wenn auch nur ganz gelegentlich, durch die Papiere Iswolskis, soweit sie uns jetzt bekannt sind, Hinweise auf einen kommenden Sturm in der Südostecke Europas, auf der Balkanhalbinsel.

Bereits am 2. März 1911 endet einer seiner Briefe an Sasonow mit den Worten: „Alles dieses wird Ihnen eine sichere Unterlage für den Fall geben, daß wir es im Frühjahr mit einer Balkankrise zu tun haben werden; dies beginnt, wenn nicht unausbleiblich, so doch möglich zu werden [25].“ Mit dem „Frühjahr“ dürfte das des nächsten Jahres gemeint sein. Die Äußerung ist gerade deshalb erstaunlich, weil zur Zeit, da sie niedergeschrieben wurde, der Balkanbund noch gar nicht bestand.

Als dann der Tripoliskrieg ausbricht, also in den Herbsttagen des Jahres 1911, wiederholt Iswolski seine geheimnisvollen Andeutungen in Form von Befürchtungen über die Möglichkeit einer Einmischung der Balkanstaaten.

Der Verlauf der weiteren Ereignisse gab dem Propheten in so verblüffender Weise recht, daß wir ihm wohl eine genauere Kenntnis der Vorgänge zubilligen müssen, die sich inzwischen in aller Heimlichkeit abspielten. Tatsächlich wurde — sicher schon im September 1911 — über die Gründung jenes obenerwähnten Balkanbundes verhandelt.

Am 13. März 1912 kam der Vertrag zwischen Serbien und Bulgarien gegen die Türkei zustande, nach dem sich beide Länder außerdem verpflichteten, „auch in dem Falle einander mit allen Kräften zu unterstützen, wenn irgendeine der Großmächte den Versuch machen sollte, irgendein auf dem Balkan liegendes und gegenwärtig unter türkischer Herrschaft befindliches Gebiet, wenn auch nur zeitweilig, an sich zu reißen oder mit Truppen zu besetzen — falls auch nur einer der beiden Staaten dies als schädlich für seine Lebensinteressen oder als Anlaß zum Kriege betrachtet“. Die Spitze dieser Vereinbarung richtete sich deutlich gegen Österreich-Ungarn, dem man die Absicht einer Wiederbesetzung des Sandschaks zuschrieb. Das geht noch deutlicher

aus dem Text der bald folgenden Militärkonvention beider Staaten hervor.

Ein geheimer Zusatz des eben erwähnten Vertrages setzte Rußland als Schiedsrichter sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes, in dem der Krieg gegen die Türkei beginnen sollte, als auch für etwaige Streitfragen zwischen den beiden Vertragsschließern ein. Das Zarenreich wußte also nicht nur von dem ganzen Vorgang, sondern es ließ sich gewissermaßen die oberste Leitung hinter den Kulissen übertragen, was nach der Behauptung seiner Vertreter geschah, um im Notfalle eingreifen und den bewaffneten Zusammenstoß verhindern zu können. Auffallend ist dabei jedoch, daß am Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages, also am 12. März, folgende Order an das russische Heer erging: „Laut allerhöchster Entschließung ist ein telegraphischer Befehl zur Anordnung der Mobilmachung in den europäischen Militärbezirken aus Anlaß politischer Komplikationen an den Westgrenzen gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland aufzufassen [1].“ Wie verträgt sich diese Maßnahme mit dem Vorsatz, dem Ausbruch des Unheils auf dem Balkan zu steuern?

Aber wir wollen zunächst noch keine Vermutungen aufstellen, sondern weiter prüfen, was uns die Dokumente zu erzählen haben.

Am 30. März teilt Sasonow die Tatsache des Bündnisses zwischen Serbien und Bulgarien seinen Botschaftern in London und Paris mit und beauftragt den letzteren, „einen seiner Ansicht nach richtigen Zeitpunkt zu benutzen, um Poincaré mündlich davon zu benachrichtigen“, wobei in „allerernstester Weise“ darauf aufmerksam gemacht werden soll, „daß der Abschluß des Bündnisses unbedingt geheimgehalten werden muß“. „Sie können hinzufügen,“ fährt die Depesche dann fort, „daß, da eine besondere Geheimklausel beide Seiten verpflichtet, die Ansicht Rußlands einzuholen, ehe sie zu aktiven Maßnahmen schreiten, wir der Ansicht sind, daß wir auf diese Weise ein Mittel in Händen haben, auf beide Seiten einzuwirken und daß wir gleichzeitig eine Schutzmaßregel getroffen haben, um uns der Erweiterung des Einflusses einer größeren Macht auf dem Balkan zu widersetzen [243].“ Damit wurde also die Rolle Rußlands stark in den Vordergrund geschoben und zugleich zugegeben, daß man sich für den Notfall auch eine Stoßwaffe gegen die Donaumonarchie geschaffen hatte.

Poincaré scheint die ihm gewordene Botschaft nicht mit der nötigen Vorsicht behandelt zu haben, denn am 6. April beschwert sich Sasonow telegraphisch bei Iswolski, daß der französische Ministerpräsident diese Botschaft „augenscheinlich in einem chiffrierten Telegramm an Louis“

[1]) Graf Max Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 37.

weitergegeben habe, während sie „doch nur zu seiner persönlichen Inkenntnissetzung als Haupt einer verbündeten Regierung und als Beweis unseres Vertrauens bestimmt war“ [248].

Im Mai bewarb sich Bulgarien — wohl zur heimlichen Finanzierung seiner Kriegsvorbereitungen — in Paris um eine Anleihe, und als die dortigen Bankiers „trotz der wohlwollenden Stellung der offiziellen Kreise zu dem Projekt“ bei der Durchführung „unter Hinweis auf die beunruhigende allgemeine Lage“ Schwierigkeiten machten, half der russische Außenminister am 10. Mai durch ein Telegramm mit der Drohung nach, „das Verhalten der Franzosen könnte Bulgarien veranlassen, sich wiederum an Wien zu wenden“ [280]. Am 15. Mai kann dann Iswolski die grundsätzliche Zustimmung des französischen Finanzministers zu einer Anleihe von 180 Millionen Franken melden [283].

Wenige Wochen später kommt der bulgarische Finanzminister Todorow eben wegen dieser Anleihe persönlich nach Paris. Er besucht dabei natürlich auch den russischen Botschafter, der am 6. Juni genau über seine Besprechungen mit dem fremden Gaste berichtet.

Eingangs betont Iswolski, daß er Todorow bei seinen Verhandlungen mit der französischen Regierung „gemäß den erhaltenen Weisungen sehr unterstützt habe, und daß es dem bulgarischen Finanzminister offenbar befriedigend gelungen sei, die kitzliche Frage der Sicherheiten für die Anleihe zu umgehen“. Dann referiert er die politischen Bekenntnisse, die ihm gemacht wurden:

„Am Tage vor seiner Abreise aus Paris hat Todorow mich besucht, um mir für die geleistete Unterstützung warm zu danken. Dabei hat er aus eigener Initiative die Lage im nahen Orient berührt und mir folgende Erwägungen vorgelegt, die mich durch ihre Wichtigkeit und Offenheit betroffen machten:

Er ist überzeugt, und diese Ansicht wird auch von den anderen Mitgliedern der bulgarischen Regierung geteilt, daß eine schnelle Beendigung des italienisch-türkischen Krieges ganz und gar nicht im Interesse Bulgariens liege. Der gegenwärtige Streit dürfte letzten Endes die beiden Staaten außerordentlich schwächen, und beide gehören zu den Mächten, die grundsätzlich dem Slawentum und den slawischen Balkanstaaten feindlich sind. Die Führer aller politischen Parteien Bulgariens sind der Ansicht, eine ähnliche Konjunktur werde sich auf lange hinaus nicht wiederholen, und Bulgarien würde infolgedessen einen unverzeihlichen Fehler begehen, wenn es keinen Versuch unternähme, diese Gelegenheit zur Erreichung seiner historischen Ziele auszunutzen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die bulgarische Regierung gegen eine Konferenz zum Versuch, dem italienisch-türkischen

Konflikt ein Ende zu machen. Eine Konferenz werde erst notwendig sein, wenn die Ereignisse sich weiter entwickelt hätten und die Fragen aufgetaucht sein würden, deren Lösung von Europa abhänge.

Diese Haltung Bulgariens dem Kriege gegenüber braucht, nach Todorow, in Rußland keine Unruhe zu erwecken. Die Regierung Geschows sei stark genug, abwarten zu können, bis ein günstiger Augenblick sich biete. Die bulgarische Regierung erblicke ihre unmittelbare Aufgabe darin, einen Aktionsplan gemeinsam mit den anderen Balkanstaaten aufzustellen. Das Bündnis mit Serbien sei der erste Schritt in dieser Richtung. Augenblicklich müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um zu erreichen, daß Rumänien sich nicht dem Vorgehen Bulgariens nach Süden widersetze, und Todorow glaubt, es werde möglich sein, um den Preis einer Grenzberichtigung bei Silistria zu diesem Ergebnis zu gelangen.

Außerdem fänden in diesem Augenblick Besprechungen mit Griechenland statt, die höchstwahrscheinlich zu einer Vereinigung der Interessen Bulgariens und Griechenlands führen würden. Die bulgarische Regierung sei fest entschlossen, keine Schritte zu tun, die Rußland gegen seinen Willen zu militärischen Maßnahmen veranlassen würden, aber andererseits müsse Rußland Bulgarien die Freiheit lassen, dem Lauf der Ereignisse und etwa sich bietenden, günstigen Umständen nach diesen oder jenen Beschluß zu fassen, ohne die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Italien auszuschließen, das bereits Andeutungen in diesem Sinne gemacht habe.

Bulgarien gebe zu, daß Konstantinopel und die Meerengen dem speziellen Interessenkreis Rußlands angehörten und ziehe die Möglichkeit in Betracht, daß wir uns solange fernhalten könnten, als diese Interessen nicht berührt würden. Das würde sogar für Bulgarien vorteilhaft sein, weil eine abwartende Haltung Rußlands auch Österreich verhindern würde, sich in die Angelegenheit zu mischen: die allgemeine Klärung der Lage würde Sache Europas sein, voraussichtlich auf einem Kongreß oder einer Konferenz, wo Rußland nicht nur von Frankreich und England, sondern auch von Italien unterstützt werden würde [317]."

Dieses Schriftstück ist deshalb sehr beachtenswert, weil es geradezu ein Programm für die weitere Entwicklung der Dinge enthält, das nachher beinah Punkt für Punkt tatsächlich durchgeführt wurde. Der Anschluß Griechenlands an Bulgarien und Serbien war sogar schon erfolgt. Und wie direkt man in Sofia von nun ab darauf lossteuerte, den italienisch-türkischen Krieg „zur Erreichung seiner historischen Ziele auszunützen", d. h. die Türkei anzugreifen, werden wir sogleich

sehen. Besonders wichtig aber ist, daß man in Petersburg genau informiert war; am Schluß des Berichtes wird außerdem noch der Besuch Todorows in der Hauptstadt des Zarenreiches in Aussicht gestellt. Es ist allerdings auch die Rede von einer „kalten Dusche", die der Bulgare Danew bekommen haben soll, als er Sasonow ähnliche Pläne entwickelte. Doch was bedeutet das gegenüber der Feststellung, daß alles wirklich so kam, wie wir es eben vorausbestimmen hörten, und daß somit Rußland trotz seines Schiedsrichteramtes keinen entscheidenden Schritt tat, um dem Treiben der Balkanstaaten Halt zu gebieten!

Im Juni tritt ein Intermezzo ein. Der König von Bulgarien macht eine Reise nach Wien und Berlin und sofort werden im Ententelager Sorgen über seine Absichten laut. Poincaré teilt Iswolski seine Bedenken mit, und dieser schreibt am 20. Juni:

„Sie wissen," sagte er mir, „daß die französische Regierung die bulgarische Anleihe in Paris nur deswegen zu erleichtern geneigt war, weil die russische Regierung ihr erklärte, daß Bulgarien, nachdem es ein geheimes Übereinkommen mit Serbien getroffen habe, fest entschlossen sei, sich an die Seite der Entente zu stellen. Glauben Sie nicht, daß wir, angesichts des entscheidenden Einflusses, den König Ferdinand auf die bulgarische Politik und besonders auf die äußere Politik ausübt, bevor wir Bulgarien bedeutende Mittel zur Verfügung stellen, die wahren Absichten des Königs in genauer Form feststellen und von ihm in der einen oder anderen Form eine Garantie fordern müßten, daß er seinerseits die vorerwähnte Entscheidung der bulgarischen Regierung billigt [346]?"

Aber es besteht keine eigentliche Gefahr. Bulgarien verläßt die betretene Bahn nicht. Zu Beginn des Juli grollt das zu erwartende Gewitter schon von ferne, denn Sasonow beauftragt am 8. Juli seinen Vertreter in Sofia: „Fahren Sie fort, die kriegerischen Strömungen in Bulgarien zu beobachten [365]." Es wird jedoch die Warnung hinzugefügt, daß der Friede zwischen Italien und der Türkei nahe bevorstehe und dann das tatenlustige Balkanland seiner kräftigen Gegnerin, der Pforte, allein gegenüberstehen werde. Kurz darauf beeilt man sich, nach einer Depesche Iswolskis vom 18. Juli, die Nachricht von einer kriegerischen Stimmung in Sofia wieder in Abrede zu stellen. Man hat offenbar noch immer großes Interesse daran, das werdende Unheil streng geheim zu halten.

Dem französischen Präsidenten wird allerdings bei seinem Besuch in Rußland der Wortlaut des serbisch-bulgarischen Vertrages vorgelegt. Sasonow notiert hierüber in seinem oben behandelten Bericht an den Zaren: „Über den serbisch-bulgarischen Vertrag hatten wir die französ-

sische Regierung vertraulich unterrichtet. Eine gewisse Besorgnis über seinen Abschluß verhehlte H. Poincaré mir nicht. Obwohl er den Vertrag als einen Faktor zur Erhöhung der Militärmacht der Balkanstaaten begrüßt, hält er ihn für mehr aggressiven als defensiven Charakters und erblickt in diesem Umstande eine schwere Gefahr, da jeden Augenblick Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel möglich sind. Ich bemerkte, wir hätten Bulgarien und Serbien darauf aufmerksam gemacht, daß wir das unter ihnen abgeschlossene Bündnis nur als Defensivmaßnahme anerkennen wollten, die die Unabhängigkeit und Freiheit beider Länder gegen Angriffe von seiten Österreich-Ungarns gewährleisten solle, und daß wir keineswegs gewillt seien, zu irgendwelchen Angriffsplänen ihrerseits die Hand zu bieten [401]".

Es wird sich sehr bald herausstellen, inwieweit diese Worte des russischen Außenministers den Tatsachen entsprachen. Kaum war nämlich Poincaré wieder nach Paris zurückgekehrt, gingen die Balkanstaaten darauf aus, einen Kriegsgrund gegen die Türkei zu konstruieren.

Am 18. August drahtet Neratow, die Vertreter von Bulgarien und Serbien hätten Rußland die Bitte unterbreitet, es solle im geeigneten Augenblick die Initiative ergreifen, um der christlichen Bevölkerung der Türkei eben jene Rechte zu sichern, die den Albanern soeben zugebilligt worden seien. Diese Bitte sei durch die schwierige Lage der Regierungen infolge der Aufregung im eigenen Lande wie unter den Stammesgenossen in der Türkei veranlaßt und dürfe nach Ansicht der russischen Regierung nicht unbeachtet bleiben [402].

Nachdem so der Vorwand für die eigene Angriffslust der Balkanländer gefunden ist, folgt rasch ein Schlag auf den anderen. Am 29. August spricht Sasonow in einem Telegramm von „außerordentlicher Erregung der bulgarischen öffentlichen Meinung" und hält Schreckenstaten der christlichen Bevölkerung in der Türkei, die sich von Europa nicht genügend berücksichtigt fühle, für möglich. Er schlägt einen Gedankenaustausch der Mächte vor, „um nicht von den sich bereits ankündigenden Ereignissen überrascht zu werden" [413].

Damit beginnt eine eifrige Beratung zwischen den Kabinetten über ein hinderndes Eingreifen von seiten der Großmächte. Doch diese Überlegungen hinken hoffnungslos hinter den Ereignissen her.

Am 17. September muß Sasonow schon zugeben, er habe aus einer Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten den Eindruck gewonnen, „daß die Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Bulgarien und der Türkei unvermeidlich ist, falls die Mächte nicht mit friedlichen Mitteln von der Türkei die Erfüllung der bulgarischen Forderungen (hinsichtlich der Privilegien für die Christen) erreichen können" [432].

Nun schlägt Poincaré nach vorheriger Fühlungnahme zwischen Rußland, England und Frankreich ein gemeinsames Vorgehen der fünf führenden europäischen Länder vor, das nach einer Depesche Iswolskis vom 22. September folgendermaßen durchgeführt werden soll:

„1. Die Mächte werden gleichzeitig und in kürzester Frist bei den Kabinetten in Sofia, Belgrad, Athen und Cettinje intervenieren, um ihnen zu raten, nichts zu unternehmen, was den Frieden stören oder den status quo auf der Balkanhalbinsel verletzen könnte. 2. Sollten die Ratschläge nicht befolgt werden, so werden die Mächte sofort in gemeinsamer Bemühung den Konflikt zu lokalisieren und zu beenden versuchen. Sie erklären vor allem den den Frieden störenden Staaten, daß sie von einem eventuellen Sieg keinen territorialen Vorteil zu erwarten hätten. 3. Wenn der Gang der Ereignisse die Anwendung energischerer Mittel notwendig machen sollte, wie etwa eine Armee- oder Flottendemonstration, so werden die Mächte nur nach vorheriger Vereinbarung zu einer solchen schreiten. 4. Zur selben Zeit, in der sie die in Punkt 1 angegebenen Schritte unternehmen, werden die Mächte bei der Hohen Pforte dahin vorstellig werden, sie solle ohne Zögern die Verwaltungsreformen einführen, die die christliche Bevölkerung der Balkanhalbinsel mit Recht fordert [439].“

Der dritte Punkt sollte nach einem anderen Telegramm des gleichen Tages ein einseitiges Vorgehen Österreichs verhindern. Der Gegensatz der Entente gegen die Mittelmächte spielte also auch in diese Vermittlungsaktion hinein.

In Petersburg stimmte man dem Plane bereitwillig zu. Eine Verzögerung trat allerdings dadurch ein, daß Sasonow gerade damals seine oben erwähnte Reise nach England unternahm. War das Absicht oder war es Zufall? Verdacht muß es auf alle Fälle erwecken, daß der stellvertretende russische Außenminister zur gleichen Zeit, wo man die Anregungen des französischen Ministerpräsidenten in verschleppender Weise erwog, Iswolski beauftragte, dem in jenen aufregenden Tagen in Frankreich anwesenden russischen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch „die Ansichten der Kaiserlichen Regierung über die Lage der Dinge auf dem Balkan zu unterbreiten“ [441] (Telegramm Neratows vom 22. September), und daß außerdem der Prinz Danilo im Auftrage seines Vaters, des Königs von Montenegro, plötzlich eine Reise zu eben diesem Großfürsten unternahm.

In Bulgarien bemüht man sich inzwischen schon, die Schuld an dem beabsichtigten Angriffskrieg gegen die Türkei auf diese letztere zu schieben, denn am 26. September meldet Iswolski:

„Geschow teilte dem bulgarischen Gesandten in Paris mit, daß in

der europäischen Türkei die vollständige Mobilisierung bereits vollzogen sei. Die bulgarische Regierung, die bereits alle Anstalten getroffen habe, sämtliche zu den Manövern in Schumla einberufenen Truppen zu entlassen, könne darin nur eine offenkundige Herausforderung von seiten der Türkei erblicken, und schenke der Versicherung türkischer Blätter, daß es sich um die gewöhnlichen Manöver handle, keinen Glauben [444]."

Wenige Stunden später muß der Absender freilich zugeben, daß sich nach Angaben des französischen Botschafters in Konstantinopel die türkische Einberufung nur auf die rumelischen Divisionen, nicht aber auf die anatolischen Redifs erstreckt, und daß die Maßregel lediglich bezwecke, die genannten Truppenteile auf den Normalstand zu bringen. Sasonow seinerseits sekundiert jedoch den Bulgaren am 29. September mit einem Telegramm aus London, das die Einberufung der Redifs als vollzogene Tatsache hinstellt.

Unterdessen fährt Poincaré unverdrossen fort, an seiner Vermittlung zu arbeiten. Es kommt ihm nach einer Depesche Iswolskis vom 29. September „der Gedanke, daß man, wenn eine gemeinsame Intervention der fünf Mächte in den Hauptstädten der Balkanländer und in Konstantinopel unmöglich wäre, statt dessen eine zweifache Intervention Rußlands und Österreichs eintreten lassen könnte, nicht nur, weil sie die beiden am meisten interessierten Mächte seien, sondern weil sie gewissermaßen auch als Vertreter der beiden europäischen Gruppen gelten könnten" [451]. Auch diese Idee wird russischerseits äußerst wohlwollend aufgegriffen. Neratow beantwortet sie eingehend und nennt seine Bedingungen [456] — und zwar am 30. September, genau an dem Tage, an dem Bulgarien, Serbien und Montenegro ihre Mobilmachung gegen die Türkei beginnen, wovon er natürlich durch die dortigen Vertreter des Zarenreiches schon im voraus genau unterrichtet war. Außerdem erging an dem gleichen 30. September ein Befehl an das VI. russische Armeekorps in Warschau, daß „die Verkündung der Mobilmachung auch die Verkündung des Krieges gegen Deutschland" bedeute[1])!

Mit solchen Handlungen also begleitete man die Bemühungen um eine Verhinderung des Krieges. Die äußerst geschickt gespielte Doppelrolle der russischen Politik tritt nun aus den Akten immer unverhüllter hervor.

Vom 2. Oktober ab ist Sasonow auf der Rückkehr aus England in Paris. An diesem Tage telegraphiert Neratow, der Militärattaché in Sofia melde, die bulgarische Mobilmachung werde wohl am 7. be-

---

[1]) Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 39.

endet sein und am 5. wahrscheinlich der Krieg erklärt werden. Daran schließt sich die verräterische Mitteilung des Petersburger Außenministeriums, man erwarte für den Fall der Kriegserklärung, daß die Balkanstaaten Rußland bitten werden, den Schutz ihrer Interessen und Untertanen in der Türkei zu übernehmen, halte es aber für wünschenswert, daß sich Griechenland an eine andere Macht, z. B. an Frankreich wendet, „um nicht den Verdacht zu erwecken, daß wir an dem Zusammenschluß der vier Staaten gearbeitet haben“ [461]. Einen Tag später wird erwogen, der italienischen Regierung, die gerade mit der Türkei über den Frieden verhandelt, den Rat zu geben, daß sie nicht gar zu viel Entgegenkommen in Sachen der Geldentschädigung zeigt. Denn: „Über je geringere Hilfsquellen die kriegführenden Parteien verfügen, um so größer sind die Aussichten, wenn nicht auf Verhütung, so doch auf Verkürzung des Krieges [462].“ Da auf diese Weise jedoch, wie leicht ersichtlich, nur die Finanzen der einen Partei, nämlich die der angegriffenen Pforte, geschmälert werden sollten, war der Zweck des Vorgehens zweifellos eine Unterstützung der Angreifer, denen der Sieg rascher möglich gemacht werden sollte.

Am nächsten Tage kündet eine Depesche aus Cettinje die Teilnahme Montenegros und Griechenlands an dem bevorstehenden Kampf an. Dagegen besteht nach Ansicht des russischen Botschafters in Konstantinopel noch die Hoffnung, daß die Zeit für „eine Einmischung der Mächte behufs Verhütung des Krieges noch nicht ganz versäumt ist“ [468]. Am 4. Oktober unterstreicht in seltsamem Gegensatz hierzu das Außenministerium in Petersburg „die herausfordernde Haltung der Pforte“ und versucht ihr die „Verantwortung für die Eröffnung der Feindseligkeiten“ [470] zuzuschieben. Aus Sofia trifft eine Depesche ein, die die „außerordentlich mutige und ernsthafte Stimmung der bulgarischen Bevölkerung und Truppen“ [476] preist. Angesichts all dieser Tatsachen ist es leicht zu durchschauen, mit wie wenig innerer Überzeugung zu gleicher Zeit Sasonow den neuen Vermittlungsvorschlag Poincarés an seinen Stellvertreter zu Hause weitergibt, der lautet:

„Die Mächte lassen die Balkanstaaten und die Türkei wissen: 1. Sie verwerfen energisch alle Maßnahmen, die zum Friedensbruch führen könnten. 2. Wenn trotzdem ein Krieg zwischen der Pforte und den Balkanstaaten ausbrechen sollte, so würden sie bei Beendigung des Konflikts keine territoriale Änderung des gegenwärtigen status quo auf dem Balkan zulassen; sie würden ferner, gestützt auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages, im Interesse der christlichen Bevölkerung die Verwirklichung der administrativen Reformen in der europäischen Türkei in die Hand nehmen, selbstverständlich ohne dabei die Integrität

des Gebietes des Ottomanischen Kaiserreiches irgendwie zu verletzen. Natürlich würde diese Erklärung den Mächten volle Freiheit für eine gemeinsame weitere Prüfung der Reformen lassen [484]."

Der Absender weiß natürlich genau, daß die ganze Aktion vergeblich ist. Trotzdem hält er die Fiktion eifrigster Friedensliebe aufrecht und macht sogar, als England gegen die Formel des französischen Ministerpräsidenten den Einwand erhebt, daß sie der Türkei zu viel zumute, das Londoner Kabinett am 6. Oktober darauf aufmerksam, daß es dadurch „die Verantwortung für eine Verzögerung auf sich nehme, die unter den gegenwärtigen Umständen zu den schlimmsten Folgen führen kann" [482]. Offenbar ist ihm die Möglichkeit, die Schuld am Scheitern der Vermittlungsaktion London zuzuschieben, sehr willkommen. Während noch der Meinungsaustausch über die Formel im Gange ist, für die, wie wir oben sahen, der russische Außenminister so warm eintritt, depeschiert Neratow die Ansichten des Petersburger Marineministers angesichts des zu erwartenden Krieges:

„Unsere Flotte ist bedeutend stärker als die türkische und jederzeit bereit auszulaufen. Der Minister hält die griechische Flotte gleichfalls für stärker als die türkische. Er macht darauf aufmerksam, daß es, wenn unsere Flotte den Auftrag erhalten würde, die Erfüllung der russischerseits beabsichtigten Erklärung durchzusetzen, beim Erscheinen türkischer Kriegsschiffe an der bulgarischen Küste für unsere Flotte nicht günstig wäre, sich auf einen bloßen Protest zu beschränken, sondern daß man zu Taten schreiten müsse. In diesem Fall brauche man sich über eine etwaige Einmischung einer anderen Macht vorläufig keine Sorge zu machen. — Der Zusammenstoß beider Flotten könnte unseren Stationär in Kospoli gefährden [490]."

Es ist überflüssig, weitere Einzelheiten anzuführen. Am 8. Oktober erklärt Montenegro der Türkei den Krieg, am 17. und 18. folgten Bulgarien, Serbien und Griechenland nach. Die Dinge liefen also genau so, wie sie nach den hier beigezogenen Dokumenten zwangsläufig zu erwarten waren.

Über die Rolle, die das Zarenreich in diesen verhängnisvollen Wochen gespielt hat, kann nach den wiedergegebenen Zeugnissen kein Zweifel mehr bestehen. Wir nannten sie oben bereits eine Doppelrolle. Im einzelnen läßt sich noch zusammenfassend feststellen: Der Balkanbund war von Anfang an als Instrument zur Vergrößerung des slawischen Einflusses im Südosten Europas gedacht. Der Tripoliskrieg zwischen Italien und der Türkei lockte dann, zumal er sich in die Länge zog, die diesem Bunde angehörenden Staaten zur Durchführung ihres geheimen Angriffsplanes auf die Pforte. In Petersburg schwankte man

vielleicht, ob der Augenblick richtig gewählt sei. Je mehr man aber die Überzeugung gewann, daß es kein Zurück mehr gab, um so entschlossener war man bemüht, schon um die Führung über die Balkanstaaten nicht zu verlieren, im geheimen es mit ihnen zu halten, während man nach außen hin, um das gute Gesicht zu wahren, völlig in den Chor des europäischen Konzertes einstimmte, der die Erhaltung des Friedens verlangte. Für den Fall eines Eingreifens von seiten Österreichs etwa gegen Serbien traf man die nötigen Maßnahmen, um auch seinerseits zu kriegerischen Handlungen gerüstet zu sein[1]).

Man brauchte aber in letzterer Hinsicht nicht viel zu befürchten, denn Wien ließ sich damals, nicht zuletzt auf dringendes Anraten Berlins, zu keinerlei übereilten Taten hinreißen. Zwar behauptet ein Telegramm Neratows vom 3. Oktober, nach italienischen Nachrichten habe die österreichisch-ungarische Regierung vor zwei Tagen in Belgrad erklärt, die Donaumonarchie werde eine Veränderung des territorialen Status quo zugunsten Serbiens nicht zulassen [465]. Aber am 5. Oktober gibt derselbe Neratow eine Depesche des russischen Militärattachés aus Wien weiter, der zufolge auf der dortigen englischen Botschaft bekannt geworden war, Deutschland habe „einen energischen Druck auf Österreich im Sinne einer Abhaltung von aggressiven Schritten im Süden“ [480] ausgeübt. Der Stellungnahme der deutschen Regierung hat Sasonow selbst in einem Bericht an den Zaren über seine Reise nach England, die ihn auf dem Rückweg auch durch Paris und Berlin führte, das beste Zeugnis ausgestellt, in dem er betont, in Deutschland fürchte man durch seine Bündnisverpflichtungen „in einen europäischen Krieg verwickelt zu werden“. Deshalb sei man bereit, „den Balkankrieg soweit wie möglich zu lokalisieren“ [508].

Nach dem gleichen Bericht ist in England im Hinblick auf das aktuelle Ereignis die große Sorge darauf gerichtet, schon aus Rücksicht auf Indien, „nur ja nicht die Unzufriedenheit der muselmanischen Welt auf sich zu lenken“, und andererseits, die augenblickliche türkische Regierung nicht zu schwächen, damit „die Jungtürken, mit Ferid Pascha an der Spitze, der für einen Anhänger Deutschlands gilt“ [508], nicht wieder zur Macht gelangen.

Zieht man in Erwägung, daß es natürlich durchaus im russischen Interesse lag, wenn die mit der slawischen Großmacht im Einvernehmen handelnden Balkanstaaten ungestört durch irgendwelche fremde Einmischung vorgehen konnten, und dabei vor allem das Zarenreich

[1]) Diese Feststellungen werden dokumentarisch noch erhärtet durch die im Krasny-Archiv, Heft 8 und 9, veröffentlichten Telegramme des russischen Gesandten in Belgrad, Hartwig. Vgl. „Kriegsschuldfrage“, Dezember 1925.

selbst kein Blut zu vergießen brauchte, sondern die kleinen Schutzstaaten ohne Gefahr weiterer Verwicklungen indirekt die Interessen des großen Gönners verfechten durften, so versteht man, daß in Sasonows Darlegungen ein Ton deutlicher Zufriedenheit anklingt. Der Zweck, den man letzten Endes verfolgte, war ja, zunächst einmal der europäischen Türkei einen entscheidenden Stoß versetzen zu lassen. Ging alles gut, so war man auch in Petersburg ohne eigene Opfer einen beträchtlichen Schritt vorwärts gekommen.

Über die Stellungnahme des verbündeten Frankreich war der russische Außenminister selbstverständlich ebenfalls genau unterrichtet. Schon in dem Bericht über Poincarés Besuch erklärt er im Anschluß an das Gespräch über den Balkanbund, den wir oben erwähnt haben:

„Nachdem wir uns gegenseitig die Absicht bestätigt hatten, mit Aufmerksamkeit die Vorgänge auf dem Balkan zu verfolgen und andauernd unsere Nachrichten und Meinungen hierüber auszutauschen, einigte ich mich aufs neue mit Poincaré dahin, im Falle von irgendwelchen Verwicklungen sofort gemäß der Lage gemeinsam die Art unseres Verhaltens zu bestimmen, um auf diplomatischem Wege eine weitere Verschärfung zu verhindern.

H. Poincaré hielt es für seine Pflicht, dabei hervorzuheben, daß die öffentliche Meinung in Frankreich der französischen Regierung nicht gestatten würde, sich in reinen Balkanangelegenheiten für ein militärisches Vorgehen zu entscheiden, wenn nicht Deutschland daran beteiligt sei und durch seine eigene Initiative einen casus foederis schaffe. In letzterem Falle könnten wir selbstredend auf die genaue und restlose Erfüllung der Pflichten Frankreichs uns gegenüber rechnen.

Meinerseits erklärte ich dem französischen Minister, daß wir zwar stets unter Umständen, wie sie in unserem Bündnis vorgesehen sind, bereit seien, uns entschieden an Frankreichs Seite zu stellen, daß wir aber vor der russischen öffentlichen Meinung es ebenfalls nicht würden rechtfertigen können, wenn wir uns aktiv an militärischen Operationen beteiligen sollten, die durch irgendwelche koloniale, außereuropäische Angelegenheiten hervorgerufen worden seien, es sei denn, daß vitale Interessen Frankreichs in Europa betroffen wären [401].“

In dem Reiserapport heißt es in Übereinstimmung hiermit:

„In Frankreich rufen die Verwicklungen auf dem Balkan zweierlei Besorgnisse hervor, die die Haltung unseres Bundesgenossen zu den aktuellen Ereignissen bestimmen.

In erster Linie ist es durch den Gedanken beunruhigt, die Ereignisse in den Balkanländern könnten auf die eine oder andere Weise eine Intervention der Mächte veranlassen, die dort am meisten inter-

essiert sind, d. h. Rußlands und Österreichs, was Frankreich seinerseits in einen Krieg hineinziehen könnte. Gerade diese Befürchtung ist der Grund dazu, daß Poincaré uns im letzten Sommer vertraulich und in aller Freundschaft daran erinnert hat, nach dem Buchstaben des Bündnisvertrages könne nur ein Angriff Deutschlands gegen Rußland zu einer Erfüllung der Verpflichtungen Frankreichs uns gegenüber führen.

In zweiter Linie können die Franzosen einem Anwachsen der Unruhen auf der Balkanhalbinsel nicht gleichgültig zusehen; denn diese müssen ihnen finanzielle Verluste bringen, da sie bedeutende Kapitalien in verschiedene dortige Unternehmungen gesteckt haben.

Darum sehnt die französische Regierung so glühend eine friedliche Lösung der entstandenen Konflikte herbei und ergreift die Initiative zu einer Reihe dahin zielender Vorschläge [508]."

Aus unserer Beschreibung der unmittelbaren Vorgeschichte des Balkankrieges geht denn auch hervor, daß der französische Ministerpräsident mit großem Nachdruck daran arbeitete, eine Vermittlungsaktion der Mächte zustande zu bringen. Seine Aktivität auf diplomatischem Gebiet erlahmte sogar nicht, als sich eine Verhinderung des Brandes in der Südost-Ecke Europas als unmöglich herausstellte. Nun trat er nach einem Telegramm Iswolskis vom 15. Oktober für die Vorbereitung einer Vermittlung ein, „die sofort einsetzen soll, nachdem die ersten bewaffneten Zusammenstöße den Feuereifer der Gegner abgekühlt haben und ihre Kräfte sich zu erschöpfen beginnen" [506]. Abermals wird eine Konferenz der Großmächte in Aussicht genommen, der eine Verständigung zwischen den Ententemächten vorausgehen soll.

Man darf bei alledem jedoch, vor allem im Hinblick auf die spätere Entwicklung nicht übersehen, daß der führende französische Politiker trotz seiner Bemühungen um den Frieden in Gesprächen mit dem russischen Botschafter, seine eigentliche Natur, die wir im vorigen Kapitel sich so deutlich entfalten sahen, doch nicht verleugnen konnte. Die Möglichkeit eines Weltkrieges wird immerhin recht klar ins Auge gefaßt, es wird der Weg besprochen, auf dem man zu ihm gelangen könnte, und sogar die Aussichten, die Rußland und Frankreich dabei haben, finden in einem verhältnismäßig frühen Stadium der ganzen Angelegenheit genaue Beachtung. Am 12. September schreibt Iswolski in einem Brief:

„Abschließend erklärte mir H. Poincaré, die französische Regierung prüfe aufs ernsteste die Frage aller denkbaren internationalen Eventualitäten. Er gebe sich vollste Rechenschaft darüber, daß

das eine oder andere Ereignis, zum Beispiel die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien, Rußland zwingen könnte, seine passive Rolle aufzugeben und zunächst seine Zuflucht zu einer diplomatischen Aktion und dann zu einer militärischen Intervention gegen die Türkei oder Österreich zu nehmen. Gemäß den Erklärungen, die wir von der französischen Regierung erhalten haben, ist uns bei einem derartigen Fall die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung Frankreichs sicher. Aber in dieser Phase der Ereignisse würde die Regierung der Republik nicht in der Lage sein, vom Parlament oder von der öffentlichen Meinung die für irgendwelche aktiven militärischen Maßnahmen notwendige Billigung zu erhalten. Wenn aber der Konflikt mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen würde, so erkenne die französische Regierung dies im voraus als casus foederis an und würde nicht einen Augenblick zögern, die Verpflichtungen, die sie Rußland gegenüber auf sich genommen hat, zu erfüllen. „Frankreich", setzte H. Poincaré hinzu, „ist unstreitig durchaus friedlich gesinnt und wünscht oder sucht keinen Krieg, aber das Eingreifen Deutschlands gegen Rußland würde sofort die Gesinnung ändern, und es ist als sicher anzunehmen, daß das Parlament und die öffentliche Meinung in einem solchen Falle den Entschluß der Regierung, Rußland eine bewaffnete Unterstützung zu gewähren, voll billigen würden."

Ferner sagte mir H. Poincaré, daß im Hinblick auf die kritische Lage auf dem Balkan die höheren französischen Militärbehörden mit verstärkter Aufmerksamkeit alle militärischen Eventualitäten, die sich ergeben könnten, prüfen, und er wisse, daß die eingeweihten und verantwortlichen Persönlichkeiten die Aussichten Rußlands und Frankreichs im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes sehr optimistisch beurteilten. Dieser Optimismus gründet sich unter anderem auch auf die Einschätzung der Kräfteablenkung, die die vereinigten Heere der Balkanstaaten (mit Ausnahme von Rumänien) bedeuten würden, indem sie entsprechende Teile der österreichisch-ungarischen Streitkräfte auf sich ziehen würden. Ein günstiger Umstand für Rußland und Frankreich sei ferner die Mobilmachung Italiens, das sowohl durch den afrikanischen Krieg als auch durch Spezialverträge mit Frankreich gebunden sei. Was insbesondere die Lage im Mittelmeer anbelange, so verstärke die soeben getroffene Entscheidung, das 3. französische Geschwader von Brest nach Toulon zu verlegen, noch das Übergewicht der französischen Flotte in diesen Gewässern. „Dieser Entschluß", setzte H. Poincaré hinzu, „wurde im Einvernehmen mit England getroffen und stellt eine weitere Entwicklung und Ergänzung der bereits

zwischen den französischen und englischen Admiralstäben getroffenen Vereinbarungen dar [429].“

Solche Äußerungen verraten uns in der Tat viel über die eigentliche Stellungnahme ihres Urhebers. Es ist in erster Linie die Stimmung des französischen Volkes, die ihm Schranken auferlegt. Einen Streit lediglich um den Einfluß auf dem Balkan würde dieses Volk nicht als Anlaß zum Krieg anerkennen. Nimmt aber der Brand ganz große Ausdehnung an, d. h. wird auch Deutschland von ihm ergriffen, dann kann man damit rechnen, daß es gelingt, zugleich Frankreich mit hineinzuziehen. Mit Friedensliebe um jeden Preis haben wir es hier sicher nicht zu tun.

Da nun aber nach der soeben geschilderten allgemeinen Lage mit einem Eintreten der letzten Eventualität, d. h. des Weltkrieges, nicht zu rechnen war, galt es wenigstens zu verhüten, daß Österreich von sich aus vorging und etwa aus dem Balkanabenteuer Vorteile einheimste. Wir bemerkten bereits oben, anläßlich der ersten Vermittlungsaktion, Poincarés Bestreben, der Donaumonarchie möglichst die Hände zu binden. Auch jetzt verfolgt sein diplomatisches Ringen um eine Konfeferenz unstreitig dieses Ziel.

Eine Hauptsorge richtet sich darauf, die Entente nach dem alten Rezept möglichst solidarisch zu erhalten. Am unsichersten war England, weil es, wie wir hörten, gewisse Sympathien für die Türkei verriet. Es durfte also nichts geschehen, um eine Kluft zwischen London einerseits und Paris-Petersburg andererseits entstehen zu lassen. In dieser Hinsicht ist vor allem ein Telegramm Iswolskis vom 16. Oktober wichtig. Danach äußerte Poincaré die Befürchtung, der Inhalt der Geheimverträge zwischen Bulgarien und den anderen Balkanstaaten könne an die Öffentlichkeit gelangen. „Wenn“, so heißt es weiter, „das Londoner Kabinett mit diesen Verträgen aus irgendeiner anderen Quelle bekannt gemacht wird, kann das ihm Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit Rußlands und Frankreichs, die ihren Inhalt kannten, einflößen und die Verständigung zwischen den drei Mächten erschweren.“ Und Iswolski selbst fügt noch hinzu, „daß einige hiesige Zeitungen bereits anzudeuten beginnen, daß Rußland in der gegenwärtigen Krise ein doppeltes Spiel spielt“ [513]. Es galt demnach, sich nicht ertappen zu lassen und dadurch die englische Regierung stutzig zu machen. Sasonow befolgt denn auch den Rat Poincarés und beauftragt am 31. Oktober seinen Botschafter, in London genauere Angaben über die Abmachungen zwischen Serbien und Bulgarien zu machen. Das „doppelte Spiel“ wird dabei aber doch noch insofern aufrechterhalten, als Rußlands Rolle gewissermaßen als passiv hingestellt werden soll, indem behauptet wird, es habe erst nachträglich den Wortlaut kennengelernt und sich

aller Entgegnungen enthalten, um nicht „die weitere Entwicklung der Politik der beiden Länder in einem unerwünschten Sinne zu beeinflussen“[1]).

Doch verfolgen wir nun die Entwicklung der Dinge in Paris weiter! Der allerneueste Vermittlungsvorschlag Poincarés, den Iswolski am 15. Oktober weitergab, lautete:

„1. Die Mächte werden sich unverzüglich miteinander ins Einvernehmen setzen, um zu gelegener Zeit der Hohen Pforte und den Balkanstaaten ihre Vermittlung anzubieten. 2. Wenn die Vermittlung Erfolg hat, wird in kürzester Frist eine internationale Konferenz zusammentreten, zur Prüfung und Ausführung der in der europäischen Türkei einzuführenden Reformen. 3. Wenn die Vermittlung scheitert, wird die Konferenz trotzdem zusammentreten, um bei Beendigung der Feindseligkeiten die Maßnahmen zu ergreifen, die die Sorge um den allgemeinen Frieden und das Interesse Europas fordern werden. 4. Die Mächte kommen außerdem noch dahin überein, nichts gegen die Souveränität Seiner Majestät des Sultans und gegen die Integrität des türkischen Reiches zu unternehmen [507].“

Die Antwort Rußlands fiel kennzeichnend genug aus. Sasonow stimmt am 16. Oktober dem 1. und 2. Punkt zu, findet aber die Einberufung einer Konferenz nicht ratsam, da eine solche „während des Krieges nicht auf die erforderliche Autorität rechnen könne“ [511]. Ferner rät er, die Bestätigung der Souveränität des Sultans „vorläufig“ wegzulassen. Die Absicht, die er hiermit verfolgt, ist klar. Er muß zuerst den Erfolg der Balkanabenteuers abwarten und verhüten, daß den Angreifern auf die Türkei durch frühzeitiges Eingreifen der Großmächte die Früchte eines etwaigen Sieges geschmälert werden. Poincaré seinerseits aber richtet seinen Argwohn viel mehr gegen Wien; er befürchtet nach einer Depesche Iswolskis, gleichfalls vom 16. Oktober, die dortige Regierung könne den Versuch machen, der bestimmten Zusage eines gemeinsamen Vorgehens mit den anderen Kabinetten auszuweichen. Gerade aus diesem Grunde kann er den Einwänden von seiten Petersburgs nicht restlos zustimmen. Am 17. Oktober meldet Iswolski, Poincaré sei zwar bereit, den dritten Punkt abzuändern, bestehe aber auf dem vierten, „weil nur so seiner Überzeugung nach die Handlungsfreiheit Österreichs eingeschränkt werden könne“ [515]. Auf diese Weise spielen die geheimen Absichten überall in die diplomatische Aktion hinein und verhindern die Verständigung. Auf der einen Seite tritt das Streben, die Balkanstaaten

---

1) Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 560.

zu unterstützen, immer unverhüllter zutage. Auf der anderen besteht das Hauptbemühen darin, irgendwelche Gewinne für die Donaumonarchie im Keim zu unterbinden.

Die beiden Richtungen, die zunächst einander entgegengesetzt zu sein scheinen, fangen jedoch bald an, sich mehr und mehr zu nähern. Sie brauchten auch nur so lange in Widerspruch zu einander zu bleiben, als der Ausgang des Kampfes gegen die Pforte noch unentschieden war. Poincaré war in bezug auf ihn pessimistischer gestimmt, während man in Petersburg die Dinge sicher hoffnungsvoller ansah.

Auch Iswolski selbst hat anfangs, genau wie der französische Ministerpräsident, nicht allzuviel Gutes erwartet. Er erteilte daher der eigenen Regierung Ratschläge, die eine Verhütung der etwaigen Niederlage der Balkanvölker im Auge hatten. Am 22. Oktober drahtet er:

„Wenn ich die verschiedenen Zufälle, die eintreten könnten, bedenke und bei der Möglichkeit eines entscheidenden türkischen Sieges verweile, kann ich nicht umhin, mich dessen zu entsinnen, daß Bulgarien während der Verhandlungen über die nicht zustande gekommene Militärkonvention darauf hinwies, daß die Mobilmachung des kaukasischen Militärbezirkes eine der Formen der russischen Hilfe sein könnte. Mir scheint, man muß jetzt schon voraussehen, daß die Verhältnisse uns zu diesem verhältnismäßig ungefährlichen und gleichzeitig wirksamen Mittel des Druckes auf die Türkei veranlassen können. Indem ich den durchaus vertraulichen Charakter meiner Gespräche mit Poincaré ausnutzte, erwähnte ich unter anderem auch diese Möglichkeit, wobei ich peinlich darauf bedacht war, meinen Worten eine rein persönliche Schattierung zu geben. Im ersten Augenblicke erschreckte ihn dieser Gedanke offensichtlich, und er entgegnete mir, daß die genannte Maßnahme Österreich zu einem parallelen Hervortreten bewegen und zugleich in England eine starke Reaktion gegen Rußland hervorrufen und die Triple-Entente auseinanderbringen könnte. Ich antwortete, daß Österreich im Falle einer ernsten Niederlage der slawischen Staaten wohl kaum nach einem Anlaß zur Einmischung suchen und sich wahrscheinlich gegenüber Komplikationen an unserer asiatischen Grenze ruhig verhalten werde. Deutschland freut sich immer über derartige Verwicklungen. Was England anbetrifft, so wird es seinem Interesse entsprechen, als Vermittler zwischen uns und der Türkei aufzutreten. Heute konnte ich mich davon überzeugen, daß Poincaré sich meinem Gedanken gegenüber ruhiger und sogar mit einigem Interesse verhält. Ich erlaube mir, es auszusprechen, daß es, wenn die Verhältnisse uns zum Entschlusse der Mobilmachung oder Zusammenziehung unserer kaukasischen Truppen veranlassen sollten, notwendig ist, Poincaré davon

rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit er seinerseits bei der Vorbereitung des Bodens in London mitwirken könnte [524].“

Diese Gedankengänge, die in jeder Hinsicht der bekannten Wesensart ihres Urhebers entsprechen, weil sie nicht vor der Möglichkeit zurückschrecken, die europäische Lage durch wenigstens teilweise Kriegsvorbereitungen Rußlands noch mehr zu gefährden, werden am folgenden Tage in einem Brief noch weiter ausgeführt. Auch hier wird ein entscheidender Sieg der Balkanstaaten als die „am wenigsten wahrscheinliche“ Eventualität bezeichnet und zugleich — im Hinblick auf einen möglichen Sieg der Türkei — betont, wie günstig es ist, dem Leiter der französischen Politik „die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit einer unter gewissen Umständen notwendigen aktiven Einmischung Rußlands beizubringen [526].“

Allein, die Pessimisten an der Seine sollten nicht recht behalten. Die Balkanstaaten schritten bekanntlich rasch von Erfolg zu Erfolg, und im Einklang hiermit verbesserte sich auch in Paris die Laune. Das kann Iswolski bereits am 28. Oktober feststellen, wo er von öffentlichen Erklärungen Poincarés über Frankreichs Bündnistreue zu Rußland telegraphiert und meldet, man bemerke „unter dem Eindruck der letzten Ereignisse und nach dem bekannten Satz, daß nur der Erfolg sich durchsetzt, einen ernsthaften Umschwung der Stimmung zugunsten der Balkanstaaten und des russischen Standpunktes“ [532].

Nun behebt sich auch gleich die oben erwähnte Meinungsdifferenz hinsichtlich des geplanten Auftretens der Mächte, und man einigt sich im Sinne eines kühneren diplomatischen Vorstoßes gegen Österreich, der sich zugleich mit den Interessen der Balkanstaaten deckt. Am 29. Oktober fordert Sasonow von Frankreich eine Initiative auf folgender Grundlage:

„1. Die Erklärung des völligen Desinteressements der Mächte an irgendwelchen Kompensationen als Grundlage für die Vermittlung zwischen den kriegführenden Parteien.

2. Radikale Reformen über die ganze europäische Türkei bis zur Linie von Adrianopel auf der Ihnen schon bekannten Grundlage, die erweitert werden könnte [534].“

Poincaré stimmt sofort zu. Das war eine Wendung, die ganz seinen Absichten entsprach, denn „die Erklärung des völligen Desinteressements“, von allen Kabinetten angenommen, mußte ja die Donaumonarchie jeglicher Möglichkeit berauben, eigene Vergrößerung anzustreben. Eine Depesche Iswolskis vom 30. Oktober berichtet, der französische Ministerpräsident habe sich gleich nach London gewandt, um die dortige Zustimmung einzuholen [537]. Österreich seinerseits weicht aus, weil es, wie Sasonow am 5. November drahtet, zwar von territorialen Kompensa-

tionen absieht, aber die Uneigennützigkeit nicht auch auf das wirtschaftliche Gebiet auszudehnen vermag. Es befürchtet vor allem die Ausdehnung Serbiens nach der Adria hin, die den Handelsinteressen der Donaumonarchie schlimme Einbuße tun könnte [549].

Nun nehmen die gegen Österreich gerichteten Anstrengungen der Pariser Politik immer schärfere Formen an. Am 4. November richtet Poincaré an den russischen Botschafter folgenden Brief:

„Wie ich Ihnen sagte, beschäftigt die rätselhafte Haltung Österreichs die französische Regierung nicht weniger als die Kaiserliche Regierung.

Im Einvernehmen mit dem Ministerrat halte ich es für klug, schon von jetzt ab eine allgemeine Richtlinie festzulegen für den Fall, daß Österreich territoriale Vergrößerungen vorzunehmen gewillt sein sollte. Sie haben mir gesagt, daß eine solche Eventualität in Ihren Abmachungen von Racconigi bereits vorgesehen sei und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, gegen jede territoriale Ausdehnung einer Großmacht auf dem Balkan zu sein. Die französische Regierung ist gleichfalls der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen jedem Wettstreit Tür und Tor öffnen würde. Ich möchte gern wissen, ob die Kaiserliche Regierung gleich uns jeder Annexion türkischen Gebiets durch eine Großmacht feindlich gegenübersteht, und ob sie geneigt wäre, mit Frankreich sowohl als mit England die Mittel zur Abwendung dieser Gefahr zu besprechen [554].“

Iswolski begreift sofort, was dieser Schritt bedeutete. In einem Begleitschreiben vom 7. November äußert er dazu:

„Ich komme nun auf den Vorschlag Poincarés hinsichtlich eines Mittels, österreichische Gebietseroberungen auf dem Balkan zu verhindern. Ich halte es vor allem für meine Pflicht, in Anbetracht immerhin möglicher Fehler bei der Übersetzung meines chiffrierten Telegramms, Ihnen anbei den genauen Text der Mitteilung zu senden, die mir H. Poincaré hierüber zugestellt hat. Ich habe Ihnen sodann ausführlich die Gründe telegraphiert, die es meiner Ansicht nach wünschenswert erscheinen lassen, daß wir diese Mitteilung ihrem Inhalt nach und schriftlich beantworten. Dieser Vorschlag wurde nach Besprechung der Frage im Ministerrat gemacht. Er enthält einen ganz neuen Gesichtspunkt Frankreichs in der Frage territorialer Vergrößerung Österreichs auf Kosten der Balkanhalbinsel. Bisher hat Frankreich uns nur erklärt, daß die lokalen, gewissermaßen rein balkanischen Ereignisse von seiner Seite nur diplomatische Schritte und keinerlei aktive Intervention veranlassen könnten; jetzt scheint es aber einzusehen, daß Gebietseroberungen Österreichs das allgemeine Gleichgewicht Europas und dadurch die eigenen Interessen Frankreichs in Frage ziehen würden.

Ich habe nicht verfehlt, H. Poincaré darauf aufmerksam zu machen, daß er durch seinen Vorschlag, gemeinsam mit uns und England die Mittel zur Verhütung derartiger Gebietseroberungen zu prüfen, auch bereits die Frage der praktischen Folgen des von ihm vorgeschlagenen Übereinkommens aufgeworfen habe. Aus seiner Antwort konnte ich schließen, daß er sich vollkommen klar darüber ist, Frankreich könne hierbei in militärische Operationen hineingezogen werden. Vorläufig schlägt er natürlich nur die Prüfung dieser Frage vor, aber H. Paléologue hat in einer Unterredung mit mir offen bekannt, daß die in Aussicht genommene Vereinbarung noch zu sonstigen aktiven Schritten führen könne. Er sagte mir unter anderem, daß er beim Überdenken verschiedener Eventualitäten seinen Chef auf den Präzedenzfall von 1832 hingewiesen hätte. Damals habe Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona besetzt und es erst nach der Räumung Ferraras durch die Österreicher wieder aufgegeben. All dies scheint mir unserer ernsthaftesten Aufmerksamkeit wert zu sein. Wir dürfen die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den neuen Standpunkt der französischen Regierung gegenüber der Möglichkeit einer Vergrößerung Österreich-Ungarns auf Kosten der Balkanhalbinsel festzulegen. Wir müssen den Boden für zukünftige gemeinsame Aktionen Rußlands, Frankreichs und Englands vorbereiten für den Fall, daß Österreich im Laufe der weiteren Ereignisse sich nicht mehr an seine jetzige Erklärung, es verzichte auf territoriale Kompensationen, halten sollte [554].“

Wir hören aus diesen Zeilen heraus, mit welchem Gefühl persönlichen Triumphes sie geschrieben sind. Jetzt war es gelungen, Frankreich ins Schlepptau der russischen Interessen zu nehmen, da es außer der diplomatischen Unterstützung versprach, im äußersten Ernstfall auch eine aktive Hilfe zu werden, d. h. es bestand die Aussicht, daß die französische Regierung gegebenenfalls Schritte tut, um gemeinsam mit dem Zarenreich eine Ausdehnung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel zu verhindern. Das ging allerdings ein gutes Stück über alles zwischen den beiden Mächten bisher Vereinbarte hinaus.

Auch in Petersburg verstand man die Wichtigkeit von Poincarés Erklärungen, wie die Antwort Sasonows vom 14. November hervorhebt. Man ermächtigte den Botschafter in Paris dazu, Poincaré schriftlich zu erwidern, „daß ebensowenig wie Frankreich auch Rußland gegenüber einer territorialen Vergrößerung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel teilnahmslos bleiben werde“, und mit Befriedigung wird festgestellt, „daß nach Ansicht der Regierung der Republik Frankreich bei einer derartigen Eventualität nicht uninteressiert bleiben könnte [566].“

Dabei sah man jedoch an der Newa die Dinge kühler an als an der Seine. In dem gleichen Schreiben Sasonows wird hervorgehoben, die Nachrichten, die man besitze, ließen „alle hoffen, daß Österreich wenigstens in diesem Augenblick wohl kaum nach territorialem Landgewinn strebt“ [566]. Zur selben Zeit wirkt Rußland auf Serbien beschwichtigend ein und teilt ihm nach einer Depesche des Außenministers vom 11. November mit, daß man sich „auf einen Krieg mit den Mächten des Dreibundes wegen der Frage des serbischen Hafens an der Adria“ [562] nicht einlassen werde. Die Petersburger Politik war jetzt so klar, wie zu Beginn des Balkanfeldzuges. Sie verhielt sich den siegreichen Schützlingen gegenüber etwa wie ein Vater, der seinen Söhnen zuruft: „Werdet glücklich, aber stört nicht meine Kreise!“ Nach wie vor sollte der Erfolg der Balkanländer auch für Rußland ein Erfolg werden, doch ohne Opfer des großen slawischen Vormundes. Darum befahl man in Belgrad Mäßigung. Und aus demselben Grunde hatte man kurz vorher Anstalten getroffen, um den Siegeslauf der Verbündeten vor Konstantinopel zum Stillstand zu bringen. Am 4. November unterrichtet Sasonow Iswolski von der dringenden Bitte des türkischen Botschafters um Vermittelung, damit die Einnahme von Konstantinopel verhindert wird und er befürwortet diese Bitte [546]. Am 6. November erklärt er, bei einer Besetzung der türkischen Hauptstadt durch die Verbündeten müsse auch Rußland seine Flotte dorthin senden [552]. Das brennende Interesse des Zarenreiches an den Meerengen spielte hier natürlich die entscheidende Rolle. Und man wollte die allgemeine Situation gerade jetzt aus den angeführten Erwägungen nicht komplizieren.

Bedenkt man diese Stellungnahme von Frankreichs Bundesgenossen, so erscheint das, was nunmehr in Paris geschah, noch als viel auffallender und belastender für das gewissenlose Treiben der beiden Gesinnungsgenossen, Iswolski und Poincaré.

Am 17. November meldet der russische Botschafter, ihm habe der französische Ministerpräsident erklärt, es sei ihm unmöglich, das Verhalten Frankreichs bei einem aktiven Eingreifen Österreichs genau festzulegen, falls ihm nicht vorher von der Kaiserlichen (russischen) Regierung Nachricht über deren eigene Absichten zugegangen sei. Dann heißt es wörtlich:

„Rußlands Sache ist es,“ sagte er (Poincaré), „in einer Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, bei der es der am meisten interessierte Teil ist. Frankreichs Aufgabe ist es, ihm seinen nachdrücklichsten Beistand zu leisten. Ergriffe die französische Regierung ihrerseits die Initiative, so liefe sie Gefahr, den Absichten ihres Verbündeten zuvorzukommen.“ Um ihn über den Grad unserer Mitwirkung nicht

im geringsten im Zweifel zu lassen, glaubte ich auf eine Stelle in den Instruktionen des H. Sasonow an den russischen Gesandten in Belgrad hinweisen zu müssen, wo gesagt ist, Frankreich und England hätten offen erklärt, daß sie keineswegs gesonnen seien, sich durch den Konflikt mit dem Dreibund entzweien zu lassen. „Im großen und ganzen", fügte Poincaré hinzu, „läuft alles auf die Erklärung hinaus: wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde." Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der fraglichen Angelegenheit kenne, antwortete Poincaré, nach seinen Informationen werde das Kabinett von London sich für den Augenblick darauf beschränken, Rußland seine volle diplomatische Unterstützung zu versprechen, was aber nötigenfalls eine nachdrücklichere Hilfe nicht ausschließen würde [567]."

Wir haben es hier mit einem Schriftstück von größter Bedeutung für die Vorgeschichte des Weltkrieges zu tun. Bekanntlich wird Deutschland zum Vorwurf gemacht, daß es nach dem Morde von Serajewo seinem Bundesgenossen Österreich freie Hand zum Vorgehen gegen Serbien, also zu einem, wie man in Berlin hoffte, lokalen Krieg ließ. Mehr als eineinhalb Jahre vorher hat der französische Ministerpräsident mit seinen Worten: „wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun", dem Zarenreich in viel umfassenderer Weise rückhaltlose Vollmacht erteilt, denn er hatte damals nicht einen Zusammenstoß in beschränktem Umfang, sondern den allgemeinen europäischen Konflikt im Auge. Von diesem Tage an konnte man in Petersburg sicher sein, daß man für ein Ringen um die Vorherrschaft auf dem Balkan sicher auf das Eingreifen des französischen Heeres zählen konnte. Das ist die ungeheure, nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung der oben wiedergegebenen Erklärung Poincarés. Es ändert nichts an dieser Tatsache, daß Iswolski am 18. November noch einen kleinen Nachtrag depeschierte, der dahin lautete, daß Frankreich dann losmarschieren werde, „wenn Deutschland Österreich mit Waffengewalt gegen Rußland unterstützt" [569], denn er hatte ja schon gleich zuerst hinzugefügt, daß er diese Haltung Deutschlands als bestimmt voraussetze. Die Hauptsache bleibt die Entschlossenheit zum Krieg, zum Weltkrieg, die für die Rechnung Poincaré somit schon im November 1912 als sicher dokumentiert ist, zu einer Zeit, in der sich Berlin mit allen Kräften bemühte, die Donaumonarchie von jeder den Frieden gefährdenden Handlung abzuhalten.

Wie stark diese Entschlossenheit zum Weltkrieg war, geht auch noch aus anderen Geschehnissen jener Tage hervor. Wie wir sahen, hielt Poincaré nach dem oben angeführten Telegramm auch eine nachdrücklichere Hilfe von seiten Englands nicht für ausgeschlossen. Hierfür hatte

er seine ganz bestimmten Gründe. Denn gerade damals fanden auf sein Betreiben hin Verhandlungen mit London statt, die den Zweck verfolgten, die intimen Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien auch schriftlich festzulegen. Am 22. und 23. November kam es zu dem Briefwechsel zwischen dem französischen Botschafter in London, Cambon, und dem britischen Außenminister Grey, der unter Hinweis auf die gemeinsamen militärischen Besprechungen ein diplomatisches Abkommen darstellte, das, wie wir wissen, bisher gefehlt hatte.

Parallel damit lief eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses zu Italien. Am 20. November meldet Iswolski, der italienische Botschafter in Paris, Tittoni, habe dem französischen Ministerpräsidenten gesagt, falls es wegen der Unverletzlichkeit Albaniens zum Kriege kommen sollte, „so würde Italien gezwungen sein, Österreich mit den Waffen zu unterstützen“ [573]. Nach einem Brief vom selben Tag war Poincaré „wie erstarrt“ unter dem Eindruck dieser Äußerung. Er erinnerte Tittoni an den russisch-italienischen Vertrag von Racconigi und an die französisch-italienische Konvention und behauptete, auf Grund der letzteren habe Frankreich das Recht, im Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die italienische Neutralität zu rechnen. Die Erwiderung, das Abkommen mit Österreich sei älteren Datums und verliere daher seine Gültigkeit nicht, bringt ihn ganz aus der Fassung, was ein neuer Beweis dafür ist, wie sehr ihn der Gedanke an einen allgemeinen Zusammenstoß erfüllt. Um Italien einzuschüchtern, versichert er Tittoni sofort, „daß Rußland durchaus mit einer bewaffneten Unterstützung Frankreichs rechnen könne, wenn es durch die Ereignisse in einen Krieg mit Österreich und Deutschland verwickelt werden sollte“ [574]. Hierauf regt er bei Iswolski an, „einen gegenseitigen Austausch genauer Informationen zwischen Rußland und Frankreich über die Verträge der beiden Mächte mit Italien“ [574] vorzunehmen, was der russische Botschafter nachdrücklichst befürwortet. „Die Rolle Italiens“, so schreibt Iswolski am 21. November, „in einem etwaigen allgemeinen europäischen Konflikt scheint mir von sehr großem Interesse für uns zu sein. Es ist geradezu ein vollkommener Unsinn, daß die beiden verbündeten Mächte sich gegenseitig ihre Verträge mit einem vermutlichen Feinde verheimlichen ... Die gestern von dem italienischen Botschafter gegebenen Erklärungen können, wenn sie von der italienischen Regierung bestätigt werden, sehr ernste Folgen in bezug auf die Verteilung der Truppen in der französischen Armee haben. Sie wissen, daß Frankreich seit 1902 das Kontingent seiner militärischen Streitkräfte an der italienischen Grenze außerordentlich verringert hat, wenn ich mich nicht irre, um zwei ganze Armeekorps. Falls es sich nun herausstellen

sollte, daß Frankreich nicht auf die Neutralität Italiens rechnen kann, würde dies den ganzen, gerade auf diese Neutralität gegründeten Feldzugsplan ändern. Diese Frage ist so wichtig, daß Poincaré, wie mir bekannt geworden ist, für heute früh einen außerordentlichen Ministerrat einberufen hat, um sie zu besprechen [575]."

Am 28. November stimmt Sasonow dem Vorschlag des Austausches zu, wünscht aber dabei folgendes Verfahren:

„Sie müssen dem Minister die Mitteilung unter vier Augen, mündlich und ohne Überreichung irgendeines Schriftstückes machen. Vor der Verlesung des Vertrages wollen Sie betonen, daß wir beschlossen haben, diese Mitteilung nur H. Poincaré persönlich zu machen; wir erwarten von ihm das Versprechen, daß er über diese Angelegenheit nicht nur dem französischen Ministerrat, sondern auch seinen nächsten Mitarbeitern gegenüber strengstes Stillschweigen bewahren werde.

Unter diesen Bedingungen könnten Sie H. Poincaré die hier beigefügte Abschrift des in Racconigi geschlossenen Vertrages vorlesen, und ich möchte Eure Hohe Exzellenz ergebenst bitten, mir durch den nächsten Kurier die Abschrift wieder zurückzusenden und mir gleichzeitig den aus dem Gedächtnis aufgezeichneten Wortlaut des von Ihnen gehörten französisch-italienischen Vertrages zukommen zu lassen [592]."
Nach diesem Rezept wird alsdann auch verfahren, wie Iswolski am 5. Dezember berichtet [606].

Alle die hier angeführten Maßnahmen lassen deutlich erkennen, daß gegen Ende des Jahres 1912 Poincaré und Iswolski der Ansicht waren, für ihre Kriegsbereitschaft sei jetzt der richtige Augenblick gekommen. Sie witterten Morgenluft. Nach einem Telegramm des russischen Gesandten in Sofia vom 25. November glaubten auch sonst die Chauvinisten nahe an der Erfüllung ihrer Wünsche zu sein. „Andererseits", so lesen wir hier, „bestärken meine Gespräche mit Vertretern der ‚Times' in mir die Überzeugung, daß in England überaus viele Leute jetzt gerade endgültige Verwicklungen in Europa erstreben, um es zu einem bewaffneten Zusammenstoß der Mächte der Triple-Entente mit Österreich und Deutschland kommen zu lassen, da sie die gegenwärtigen Verhältnisse für günstig für die Vernichtung der deutschen Flotte und des deutschen Handels halten [584]." So zogen sich von mehreren Seiten die Wolken über Europa immer enger zusammen.

Trotzdem wird man nicht mit der Behauptung fehlgehen, daß besonders in Paris auf die gefährlichste Weise an der Unterminierung des Friedens gearbeitet wurde. Wir konnten beobachten, daß Poincaré anfangs, als das Waffenglück im Balkankampf noch nicht entschieden war, auf die Stimmung des französischen Volkes als hemmendes Moment im

Sinne eines restlosen Zusammengehens mit Rußland hinwies. Iswolski stieß also hier wieder auf jenes Hindernis, das ihm seit Eröffnung seiner Tätigkeit immer im Wege gestanden war: die Stimmung des Volkes, die Abneigung vor allem der linken Kreise gegen ein Blutvergießen zugunsten der imperialistischen Ziele Rußlands auf dem Balkan. Nun aber fand er auch gegen diesen schwierigsten Gegner seiner geheimen Wünsche die willkommene Unterstützung.

Schon am 23. Oktober richtet er einen Brief an Sasonow, indem er zunächst feststellt, daß die französische Presse „allmählich ihren Ton gegenüber Rußland und hinsichtlich der Ereignisse auf der Balkanhalbinsel verändert, indem sie sich unablässig mehr und mehr zu Österreich und der Türkei neigt“. „Eine derartige Lage“, so heißt es weiter, „beschäftigt, wie ich mich überzeugen konnte, nicht nur mich, sondern auch den französischen Minister des Auswärtigen.“ Iswolski erinnert nun an die früheren Zahlungen, die mit Hilfe von Rouvier auf dem Wege über französische Banken in den Jahren 1908 und 1910 der französischen Presse zugeleitet wurden, und verlangt für die gegenwärtigen Zwecke eine Summe von 300000 Franken. Im Anschluß hieran erklärt er: „Ferner ist es sehr wesentlich, nichts zu unternehmen, ohne H. Poincaré davon zu unterrichten und ohne seine Zustimmung zu haben, denn nur unter dieser Bedingung kann man günstige Resultate erwarten. Die französischen Staatsmänner besitzen in Geschäften dieser Art eine große Gewohnheit. Meine Unterhaltung mit H. Poincaré hat mich überzeugt, daß er bereit ist, uns seine Hilfe in der vorliegenden Angelegenheit zu leisten und uns den geeignetsten Plan zur Verteilung der Subsidien mitzuteilen... Er sprach mir seine lebhafteste Dankbarkeit dafür aus, daß ich in aller Offenheit die vorliegende Frage mit ihm besprochen habe und fügte hinzu, er würde sich selbst an mich gewandt haben, um mich zu bitten, nichts ohne vorheriges Einvernehmen mit ihm zu unternehmen [527].“ Sasonow ist von dem Plan Iswolskis nicht unbedingt begeistert, aber er bespricht ihn mit dem russischen Ministerpräsidenten Kokowtzow, der, wenn auch nicht ohne Bedenken, den Kaiserlichen Kammerherrn Dawidow nach Paris entsendet, der die vorgeschlagene Aktion in die Wege leiten soll. Dawidow erhält von Kokowtzow ein Empfehlungsschreiben an Poincaré (vom 30. Oktober 1912), das in die Worte ausklingt: „Ich lege Wert darauf hinzuzufügen, daß ich mich, falls Sie ein unmittelbares Eingreifen von russischer Seite auf diesem Gebiet für unvermeidlich halten sollten, dieser Ihrer Ansicht, die Ihnen Ihre hohen Kenntnisse und Erfahrungen in diesen Dingen vorschreiben, fügen würde. [539].“ Dawidow telegraphiert am 11. November 1912 an Kokowtzow:

„Zusammenfassung meiner Unterredung mit Poincaré und dem Botschafter. Sie sind beide der Ansicht, man solle die Zahlungen an die Presse vertagen, halten es aber für wünschenswert, einen Kredit von 300 000 Franken zum sofortigen Eingreifen bereitzustellen, wenn dies in Zukunft stattfinden soll. Das ist vernünftig, und ich habe es zu Weitergabe an Eure Exzellenz angenommen. Auf unsere Bitte hin wird Poincaré morgen mit Lenoir den Plan zur eventuellen Organisation dieses Dienstes entwerfen. Poincaré bittet mich auch, Perchot zu empfangen und zu versuchen, ihn zu beruhigen, denn seine Kampagne in der radikalen Partei wird für Poincaré und das Bündnis unbequem [564].“

Somit hatte der russische Botschafter auch in dieser Hinsicht das Ziel seiner Sehnsucht endlich erreicht. Das Komplott gegen die öffentliche Meinung Frankreichs war diesmal gelungen, zweifellos weil dem fremden Diplomaten der politische Führer der Republik selbst zu Hilfe gekommen war, dessen Ratschlägen sich die Regierung des verbündeten Landes nicht verschließen konnte. Ein Fonds war bewilligt, der im geeigneten Augenblick dazu verwandt werden konnte, um die unbequemen Stimmen in der Presse mit jenen „klingenden Argumenten“ zu widerlegen, die Iswolski seit der Marokkokrise stets erneut — wenn freilich auch bisher vergeblich — verlangt hatte.

Schneller, als man es an der Newa erwartete, hielt man in Paris den geeigneten Augenblick für gekommen, um den Fonds anzubrechen.

Bereits in einem Brief vom 5. Dezember findet sich eine Stelle, die beweist, welchen Ärger dem russischen Botschafter die Kriegsgegner in Frankreich bereiten. „Bei der Beurteilung der in der augenblicklichen Krise von dem Kabinett Poincaré eingenommenen Stellung muß man im Auge behalten, daß gerade in der Partei, auf die das Kabinett sich stützt, eine sehr einflußreiche Gruppe sich befindet, die laut den ‚Frieden um jeden Preis‘ fordert. Diese Gruppe, mit H. Combes an der Spitze, hat eine große Anzahl Presseorgane zu ihrer Verfügung, die H. Poincaré wegen seiner bei verschiedenen Anlässen unternommenen Initiative einer strengen Kritik unterziehen. Soviel ich weiß, hört man eine derartige Kritik auch in den Wandelgängen der Kammer und des Senats, und die Regierung muß mit alledem ernstlich rechnen ... In einer kürzlichen Unterredung mit mir bemerkte er (Poincaré) unter anderem, daß die Stimmung in Frankreich eine sehr friedliche sei, und daß er dies immer im Auge behalten müsse. Um so mehr müssen wir ihm, wie mir scheint, seinen festen Entschluß, in loyalster Form nötigenfalls die Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, als Verdienst anrechnen. Während H. Combes und seine Freunde in den Wandelgängen des Parla-

ments überall verkünden, daß im entscheidenden Augenblick der Friede oder der Krieg nicht von der Regierung, sondern von ihnen abhängen werde, wird in Wirklichkeit, wenn, was Gott verhüten wolle, die Krise kommt, die Entscheidung von den drei starken Persönlichkeiten, die an der Spitze des Kabinetts stehen: Poincaré, Millerand und Delcassé, getroffen werden. Und es ist ein Glück für uns, daß wir gerade mit diesen Persönlichkeiten und nicht mit diesen oder jenen Gelegenheitspolitikern zu tun haben, wie sie einander im Laufe der letzten Jahre in der Regierung Frankreichs ablösten [608]."

Die „Combisten" also waren es, die man aufs Korn nehmen mußte, wenn die große Stunde schlug. Sie waren die verhaßten Anhänger des Friedens.

Ganz wenige Tage später sehen wir Iswolski davon überzeugt, daß die Krise, deren Verhütung er soeben so pathetisch erfleht hatte, tatsächlich ausbreche. Am 9. Dezember telegraphiert er zuerst von serbischen Befürchtungen hinsichtlich eines energischen Schrittes von seiten Österreichs, der in Belgrad erfolgen soll und dem sich eine Waffendrohung anschließen wird [613]. Gleich darauf sendet er eine zweite Branddepesche:

„Der französische Kriegsminister teilte Poincaré mit, daß nach seinen Nachrichten die militärischen Vorbereitungen Österreichs an der russischen Grenze die entsprechenden Vorbereitungen Rußlands bedeutend überträfen und daß das im Falle eines Krieges in unvorteilhafter Weise auf die militärische Lage Frankreichs einwirken müsse, da es Deutschland gestatten müsse, gegen Frankreich eine größere Truppenzahl aufzustellen. Millerand bittet Poincaré durch den französischen Militärattaché, die oben dargelegten Nachrichten überprüfen zu lassen, da sie sich auf den 21. November neuen Stils beziehen und vielleicht bereits veraltet sind. Poincaré telegraphiert darüber an Georges Louis [614]."

Am 11. Dezember drahtet Iswolski in sichtbar steigender Erregung:

„Ich fand heute Poincaré im höchsten Grade besorgt infolge der von allen Seiten und aus den ernstesten Quellen zu ihm gelangenden Nachrichten über intensive Kriegsvorbereitungen Österreichs und über dessen in allernächster Zeit bevorstehendes aktives Vorgehen gegen Serbien. Nach den genannten Nachrichten sind die ganze Kavallerie in Galizien und zwei Korps in Bosnien vollkommen mobilisiert, während in zehn Korps alle Bataillone auf eine Stärke von 700 Mann gebracht worden sind. Andererseits fährt man bei uns, soweit es dem französischen Generalstab bekannt ist, fort, sich dieser Lage gegenüber vollkommen ruhig zu verhalten, und gegen Österreich sind fast

gar keine Vorbereitungen getroffen worden. Das wird es Österreich gestatten, mit den Serben abzurechnen, bevor wir mit der Mobilmachung fertig geworden sind, und wird uns vor das Dilemma stellen, uns entweder mit der vollendeten Tatsache abzufinden oder einen Krieg unter sowohl für uns als auch für Frankreich höchst ungünstigen Bedingungen zu beginnen, da Deutschland wahrscheinlich den Nutzen daraus ziehen wird, sich sofort mit all seinen Streitkräften auf Frankreich zu stürzen. Bitte dringend um Weisungen [620]."

Und kurz nachher behauptet er sogar, Österreich wolle Serbien „in nächster Zukunft" [621] ein Ultimatum stellen, dessen Forderungen das letztere Land ablehnen müsse, da sie es zum Vasallen herabdrücken würden. Dann sei die Besetzung Belgrads beabsichtigt, und man werde in Wien auch vor einem Krieg mit Rußland nicht zurückschrecken.

Hand in Hand mit solchen Alarmnachrichten ging eine zunehmende Aktivität hinter den Kulissen. Die von Rußland zur Bearbeitung der Presse zur Verfügung gestellte Summe von 300 000 Franken sollte, wenn ihre Verwendung nötig erschien, in drei Raten zu je 100 000 Franken verbraucht werden. Dabei war ausgemacht, daß der französische Mittelsmann Lenoir, der das Geld an die glücklichen Empfänger zu verteilen hatte, hinsichtlich der zu beeinflussenden Persönlichkeiten seine Weisungen vom französischen Finanzminister Klotz erhalten sollte, daß er aber seine Ausgaben nur mit Zustimmung des russischen Botschafters und des Vertreters des russischen Finanzministeriums in Paris, Geheimrat Raffalowitsch, machen durfte. Nun kam dieser Lenoir am 3. Dezember zu Raffalowitsch und verlangte die erste Rate. Am 9. machte Klotz dringende Vorstellungen, warum die Summe, von der bereits 25 000 Franken ausgegeben seien, noch nicht eingetroffen sei, und am 12. Dezember stimmte Dawidow zu, zunächst wenigstens den schon verauslagten Betrag zu überweisen [635]. Am Tag darauf jedoch sandte Raffalowitsch ein Telegramm, das ganz der Aufregung entspricht, die aus Iswolskis eigenen Depeschen aus derselben Zeit hervorgeht:

„Der russische Botschafter in Paris ist sehr trübe gestimmt; er betrachtet die Lage als ernst und rechnet mit der Möglichkeit einer Besetzung der Hauptstadt Serbiens, wenn dieses sich weigert, den Vertrag guter Nachbarschaft, der der Vernichtung der politischen Freiheit des Königreichs gleichkommt, zu unterschreiben. Der russische Botschafter in Paris ist der Ansicht, man solle den Rest des Kredits von 75 000 Franken ohne weiteres Schachern dem Finanzminister zur Verfügung stellen.

Bitte telegraphieren Sie mir die Zustimmung Seiner Exzellenz. Ich benachrichtige Sie davon, daß Lenoir abwesend ist. Der russische Botschafter in Paris wünscht 30 000 Franken zur unmittelbaren Ver-

teilung, ohne daß jemand außer ihm selbst jemals irgendwelche Namen erfährt. Bitte telegraphieren Sie mir dringend und fügen Sie Ihren persönlichen Eindruck von der Lage hinzu [628]."

Also: die Zuspitzung der politischen Ereignisse, die in den Augen Iswolskis und Poincarés eingetreten war, hatte sofort die erste Attacke auf die öffentliche Meinung zur Folge, und neben Lenoir verlangte auch der russische Botschafter selbst zum Zwecke „unmittelbarer Verteilung" Geld. Wir werden gleich aus den Akten selbst die Bestätigung erhalten, worauf man ausging.

Am 14. Dezember meldet Iswolski:

„Der französische Botschafter telegraphiert aus Petersburg, man habe dem Obersten de la Guiche (dem französischen Militärattaché in Petersburg) auf seine Anfrage über unsere militärische Lage an der österreichischen Grenze im Generalstabe gesagt, daß Österreich an der russischen Grenze nur Defensivmaßregeln ergreife, daß man bei uns an einen österreichischen Angriff auf Rußland nicht glaube und einen Angriff Österreichs auf Serbien für höchst unwahrscheinlich halte, daß endlich selbst für den Fall des Angriffs auf Serbien Rußland nicht Krieg führen werde. Außerdem habe unser Kriegsminister de la Guiche gesagt, er sei fest davon überzeugt, daß der Friede erhalten bleibe, und gedenke am 23. Dezember neuen Stils nach Deutschland und Südfrankreich zu reisen. Poincaré und das gesamte Kabinett sind infolge dieser Nachrichten höchst bestürzt und aufgeregt, da man hier, wie ich schon telegraphierte, von dem kriegerischen Charakter der österreichischen Vorbereitungen überzeugt ist, und befürchtet, daß wir überrascht werden und der Angriff Deutschlands auf Frankreich erleichtert werde. Ich habe alles getan, um Poincaré zu beruhigen, und ihm auseinandergesetzt, daß schon vor zwei Monaten, gleich bei Beginn der Krise, bei uns ernste Maßregeln beschlossen worden seien, um unsere militärischen Kräfte an der österreichischen Grenze in möglichste Bereitschaft zu bringen, daß seither keine Entlassungen von den Fahnen stattgefunden hätten usw.

Ich erlaube mir jedoch zu bemerken, daß es sehr erwünscht wäre, die französische Regierung, die ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet, sowohl über die von uns ergriffenen Kriegsmaßnahmen als auch über unsere Ansichten von den etwa möglichen Ereignissen zu unterrichten, denn die jetzige Unkenntnis ruft hier zweifellos Nervosität hervor, die auch in das Publikum und in die Presse zu dringen beginnt, und es fällt mir immer schwerer, hier eine für uns günstige Stimmung zu erhalten. Ich bitte dringend um Weisungen zu ausführlichen Erörterungen mit Poincaré [630]."

Man war demnach in Paris tatsächlich zum Losschlagen bereit und entsetzte sich nur darüber, daß an der Newa nicht die gleiche Entschlossenheit zu herrschen schien. Und im engen Zusammenhang damit, daß man „ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet", schreibt Raffalowitsch am Tage darauf an seinen Chef, den russischen Ministerpräsidenten und Finanzminister Kokowtzow:

„Ich empfing den Besuch des H. Lenoir, der kam, um mich zu fragen, ob hinsichtlich der Presseorganisation, die Sie kennen und der wir beide, Eure Exzellenz und ich, mit gleichem Widerwillen gegenüberstehen, schon irgend etwas geschehen sei. Aber unser Gefühl muß angesichts der Bemerkungen des H. Poincaré und des H. Klotz, die Lenoir übermittelte, zurücktreten.

Es hat den Anschein, als ob Ihr französischer Kollege sich durch den von den Radikalsozialisten betriebenen Feldzug belästigt fühlt, der in folgender Erklärung besteht: Wir werden keinen Krieg dulden, dessen Ausgangspunkt orientalische Fragen, besonders die Beziehungen zwischen Serbien und Österreich bilden [633]."

Mit vollem Recht bezeichnet somit derselbe Raffalowitsch den Fonds, um den es sich hier handelt, etwas später als einen „Kriegsschatz" [649]. Er war direkt dafür ausgeworfen, die Stimmen in Frankreich, die sich gegen eine Teilnahme am großen Blutvergießen aussprachen, zum Schweigen zu bringen. Schon fing auch die heimliche Arbeit der Totengräber an zu wirken, denn am 17. Dezember kann Iswolski frohlockend depeschieren:

„Gestern sollte, nach einem Beschluß der sozialistischen Organisation ‚Confédération Générale du Travail' ein Generalstreik der französischen Arbeiter stattfinden, um gegen den Balkankrieg und die Möglichkeit, daß Frankreich darin verwickelt werden könnte, zu protestieren. Dieser Versuch ist in Paris wie in der Provinz vollkommen mißglückt. Nur in unbedeutender Anzahl haben die Arbeiter sich an dem Streik beteiligt, und es kam zu keinerlei Unruhen. Poincaré sagte mir, die Regierung habe im Vertrauen auf den in letzter Zeit stärker hervorgetretenen patriotischen Geist und um dem Auslande nicht Grund zu der Annahme zu geben, daß sie eine antimilitaristische Bewegung fürchte, nur unwesentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen; trotzdem sei z. B. in den staatlichen Werkstätten die Zahl der Streikenden geringer gewesen als die der Arbeiter, die gewöhnlich des Montags feiern. Mit einem Wort: der gestrige Tag hat wieder einmal bewiesen, daß die Antimilitaristen keinen Erfolg haben werden [636]."

Wahrhaftig, alles ging nach Wunsch. Der Sieg des panslawistischen Diplomaten an der Seine über seine innerpolitischen Feinde in Frank-

reich war vollständig. Nun fehlte nur noch eines: das Echo aus Petersburg. Darauf wartete man mit größter Ungeduld. Am 18. Dezember richtet Iswolski ein Schreiben an Sasonow, das diese Ungeduld in einwandfreier Weise widerspiegelt. Er beschwert sich darüber, daß er bis zur Stunde ohne Antwort auf seine Telegramme über die Rüstungen Österreichs ist, und fährt dann fort:

„Noch nicht lange ist es her, da neigte die französische Regierung ebenso wie die Presse dazu, uns der Aufreizung Serbiens zu verdächtigen, und man hörte allgemein die Äußerung, Frankreich habe keine Lust, wegen eines serbischen Hafens Krieg zu führen. (France ne veut pas faire la guerre pour un port Serbe.) Jetzt aber bemerkt man mit Erstaunen und mit unverhohlener Sorge unsere Teilnahmlosigkeit gegenüber der Mobilmachung Österreichs. Dahingehende Besorgnisse finden ihren Ausdruck nicht nur in den Unterhaltungen der französischen Minister mit mir und mit unserem Militärattaché, sondern sie dringen auch in das große Publikum und in die Zeitungen der verschiedensten Richtungen. Sie sind so lebhaft im französischen Generalstab, daß der Kriegsminister — wie ich in meinem Telegramm Nr. 445 berichtete — es für erforderlich erachtet hat, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken. Dieser zeigte mir Millerands Brief, den er einem eigens zu diesem Zweck zusammenberufenen Ministerrate vorgelegt hat. Das Telegramm von Georges Louis, das die Antwort unseres Generalstabs an den General de la Guiche enthielt, hat das Erstaunen der Franzosen keineswegs zerstreut. Man zeigte mir den Wortlaut des Telegramms. Danach wäre dem General de la Guiche gesagt worden, man betrachte nicht nur bei uns die Rüstungen Österreichs als eine reine Verteidigungsmaßregel, sondern Rußland würde selbst in dem ganz unwahrscheinlichen Fall eines Angriffs Österreichs gegen Serbien nicht losschlagen. Über diesen Bescheid waren Poincaré und alle Minister äußerst erstaunt.

Nach allen hier einlaufenden Nachrichten ist Österreich augenblicklich im Begriff, die volle Mobilmachung von zehn Armeekorps zu beenden. Ein Teil von diesen ist offenkundig gegen Rußland angesetzt. Diese Mobilmachung ist eine schwere Last für die ohnehin zerrütteten Finanzen Österreichs. Man kann daher täglich irgendeinen entscheidenden Schritt des österreichischen Kabinetts erwarten. Ein solcher könnte, wie man hier annimmt, eine Abwehr von seiten Rußlands nach sich ziehen, was seinerseits unvermeidlich und automatisch zunächst Deutschland und dann Frankreich in den Krieg hineinziehen würde. Die französische Regierung sieht dieser Möglichkeit mit vollkommener Ruhe, bewußt und mit der festen Entschlossenheit ent-

gegen, ihre Bündnispflichten zu erfüllen. Alle notwendigen Maßregeln sind von ihr ergriffen worden: die Mobilmachung an der Ostgrenze ist geprüft worden, das Kriegsmaterial liegt bereit usw. Und gerade in diesem Zeitpunkt nun scheint Frankreich sich einer ganz anderen Haltung seines Verbündeten gegenüber zu befinden, und das in Anbetracht einer Lage, an der dieser, sollte man meinen, am meisten interessiert sei. Man zieht hieraus die Schlußfolgerung, entweder lege man sich bei uns keine Rechenschaft ab über die kriegerischen Absichten Österreichs oder wir wollten aus irgendwelchen besonderen Gründen zur Zeit mit Frankreich nicht in Beratungen eintreten. Beide Annahmen sind für uns im höchsten Grade ungünstig, und trotz aller meiner Anstrengungen, ihnen entgegenzutreten, wird es mir immer schwieriger, hier eine für uns wünschenswerte Stimmung wachzuhalten."

Um jedoch diese Stimmung zu erhalten, heißt es zum Schluß, „tue ich gleichzeitig mein Möglichstes, die Presse zu beeinflussen. In dieser Beziehung sind zum Teil dank der rechtzeitig getroffenen nötigen Vorkehrungen bedeutende Ergebnisse erzielt worden. Wie Sie wissen, beteilige ich mich nicht unmittelbar an der Verteilung der Subsidien. Aber diese Verteilung, an der französische Minister sich beteiligen (der Minister des Äußern und der Finanzen), ist anscheinend durchaus zweckmäßig und hat bereits die nötige Wirkung gehabt. Meinerseits gebe ich mir ernsthaft Mühe, durch persönliche Einwirkung die bedeutendsten Pariser Zeitungen zu beeinflussen, wie den ‚Temps', das ‚Journal des Débats', das ‚Echo de Paris' usw. Im allgemeinen ist der Ton der Pariser Presse gegenwärtig nicht mit dem während der Krise von 1908—1909 zu vergleichen. Besonders bemerkenswert ist die Stellungnahme des ‚Temps', der sich vor vier Jahren durch seine krasse österreichfreundliche Gesinnung hervortat und in dessen Spalten jetzt H. Tardieu energisch die österreichische Politik bekämpft. Schon mehrmals haben sich Graf Berchthold und der österreichische Botschafter in Paris bei H. Poincaré darüber beklagt.

In meinen Unterredungen mit den französischen Journalisten suche ich hauptsächlich diesen beizubringen, daß, wenn trotz der von Rußland bekundeten äußerst vernünftigen und nachgiebigen Haltung die Rüstungen Österreichs und die Forderungen der österreichischen Diplomatie einen europäischen Konflikt heraufbeschwören sollten, der Krieg nicht wegen Sonderinteressen Serbiens oder Rußlands ausbrechen werde, sondern wegen des Versuches Österreichs und des hinter ihm stehenden Deutschlands, ihre Oberherrschaft in Europa und auf der Balkanhalbinsel zu errichten. Gott sei Dank, dringt dieser Gedanke

mehr und mehr in das Bewußtsein der französischen politischen, militärischen und gesellschaftlichen Kreise. In den letzten Tagen habe ich nicht mehr den Gedanken zu bekämpfen, daß Frankreich sich für fremde Interessen in den Krieg hineingezogen sehen könnte, sondern eher die Furcht, daß wir uns in einer Sache, die die Lage und das Prestige der ganzen Entente berühre, zu passiv verhielten [639]."

Hier haben wir wirklich eine ziemlich genaue Momentaufnahme der Vorgänge, die sich damals in Paris abspielten. Eine Ergänzung bringt noch eine Aufzeichnung des russischen Militärattachés in Paris, Ignatjew, vom selben Tag, die ein Gespräch mit dem französischen Kriegsminister Millerand folgendermaßen wiedergibt[1]):

Millerand: Was ist denn, Oberst, Ihrer Ansicht nach der Zweck der österreichischen Mobilmachung?

Ignatjew: Es ist schwer, dies im Voraus zu entscheiden, aber zweifellos tragen die österreichischen Vorbereitungen gegen Rußland vorläufig den Charakter einer Verteidigungsmaßnahme.

Millerand: Schön, Sie sehen aber mithin eine Besetzung Serbiens für sich nicht als eine unmittelbare Herausforderung zum Kriege an?

Ignatjew: Diese Frage kann ich nicht beantworten, aber ich weiß, daß wir keinen europäischen Krieg hervorzurufen und keine Maßnahmen zu ergreifen wünschen, die einen europäischen Brand entfachen können.

Millerand: Folglich werden Sie Serbien seinem Schicksal überlassen müssen. Das ist natürlich Ihre Sache, man muß aber nur wissen, daß dies nicht durch unsere Schuld geschieht: wir sind bereit, und das muß in Rechnung gestellt werden. Können Sie aber nicht wenigstens erklären, was man in Rußland überhaupt über den Balkan denkt?

Ignatjew: Die slawische Frage liegt uns nach wie vor am Herzen, die Geschichte hat uns jedoch selbstverständlich gelehrt, vor allem an unsere eigenen staatlichen Interessen zu denken und sie nicht abstrakten Ideen zum Opfer zu bringen.

Millerand: Aber Sie verstehen doch, Oberst, daß es sich hier nicht um Albanien, nicht um die Serben, nicht um Durazzo, sondern um die Vorherrschaft Österreichs auf der gesamten Balkanhalbinsel handelt?... Sie tun doch wohl irgend etwas auf militärischem Gebiete?!

Die Unterredung ist in zweifacher Hinsicht interessant. Zunächst ist sie ein neuer Beweis dafür, daß Frankreich schon im November 1912

---

[1]) E. Adamow, Iswestija vom 29. Juli 1924, Nr. 171.

„bereit“, zum Weltkrieg bereit war. Daneben aber zeigt sie noch etwas: Der russische Militärattaché war lange nicht so eifrig darauf bedacht, diese Bereitschaft auszunützen wie der russische Botschafter und mußte daher etwas wie einen Verweis von seiten des französischen Kriegsministers einstecken. Er kannte zweifellos die Stellungnahme der leitenden Kreise in seiner Heimat besser als Iswolski.

Denn dort sah man die Dinge im großen und ganzen viel ruhiger an. Man hielt in Petersburg nach wie vor an der Absicht fest, den Balkankrieg ohne eigene Opfer zum günstigen Abschluß zu bringen und durchschaute den Wert der Alarmnachrichten über Österreichs angebliche Pläne, die direkt und indirekt zum größten Teil aus Belgrad stammten und somit geschickte serbische Intrigen waren, um womöglich schon jetzt Europa in Brand zu stecken und auf diesem Umweg die Donaumonarchie der Vernichtung preiszugeben. Bereits am 10. Dezember erklärte Sasonow gerade im Hinblick auf die Behauptung des serbischen Gesandten, daß ein österreichischer Gewaltakt zu erwarten sei, um die wirtschaftliche und politische Unterwerfung Serbiens zu erreichen, Rußland sei bereit, Serbiens Emanzipationsbestrebungen diplomatisch zu unterstützen, aber es müsse dafür verlangen, daß man sich in Belgrad den Beschlüssen der Mächte Rußland, Frankreich und England unterwerfe. „Weder wir noch die uns befreundeten Mächte können zulassen, daß die Entscheidung bezüglich eines europäischen Krieges der serbischen Regierung überlassen bleibt [617].“

Das Drängen der Pariser Politiker zum bewaffneten allgemeinen Konflikt paßte demnach nicht in dieses Programm, ganz abgesehen davon, daß es auf der irrtümlichen Voraussehung österreichischer Angriffspläne beruhte. Daß man dabei trotzdem für den ernstesten Fall in aller Stille seine Maßnahmen traf und keineswegs so passiv war, wie die Herren Poincaré, Iswolski und Millerand voll Schrecken annahmen, können wir einer Depesche des russischen Außenministers entnehmen, die am 18. Dezember die stürmischen Anfragen endlich beantwortete und folgenden Wortlaut hatte:

„Die Vorstellung, als ob Rußland keine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung seiner Kampfbereitschaft getroffen habe, ist nicht richtig. Etwa 350000 Reservisten sind unter den Waffen zurückbehalten, etwa 80 Millionen Rubel sind für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres und der Ostseeflotte angewiesen, einige Truppenteile des Kiewer Militärbezirkes sind näher an die österreichische Grenze gebracht und eine ganze Reihe anderer Maßnahmen ist verwirklicht worden. — Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf den vertraulichen Charakter dieser Nach-

richt und die Erwünschtheit ihres Schutzes vor Indiskretionen in der Presse. Was die von General de la Guiche gehörte Äußerung anbelangt, ,daß Rußland selbst im Falle, daß Österreich Serbien überfallen sollte, nicht kämpfen werde', so kann eine derartige Äußerung wohl kaum von irgendeiner verantwortlichen Person getan worden sein, und sollte die Regierung wirklich Derartiges beschlossen haben, so würde Frankreich auf einem anderen Wege davon erfahren, als der es war, auf Grund dessen der französische Botschafter es für nötig erachtet hat, die Mitteilung an seine Regierung zu machen [640]."

Demnach stand das Zarenreich wie vom Anfang der Balkankrise an Gewehr bei Fuß da und lehnte es keineswegs im Prinzip ab, den großen Krieg zu führen. Aber es wollte damals eben diese letzte Eventualität womöglich vermeiden, weil es durch den Sieg der Balkanstaaten für den Augenblick einen genügend großen Gewinn in Gestalt der Ausdehnung seines Einflusses über die Südostecke Europas eingestrichen hatte. Dieser Gewinn mußte zunächst befestigt und durch internationale Abmachungen sanktioniert werden, und darum verlangte man von den Balkanstaaten eine gewisse Mäßigung. Auf der anderen Seite drängte man aus dem gleichen Grunde zur Konferenz der Großmächte, die die Ergebnisse der glücklich abgeschlossenen Kämpfe zu Buch bringen sollte.

Der Petersburger Standpunkt drang durch. Zwei Konferenzen wurden in London eröffnet — eine der Balkanstaaten und eine der Botschafter der Großmächte — und die Vertreter der Ententeländer erhielten genaue Weisungen zu einem gemeinsamen Eintreten für die russischen Forderungen. Damit war zugleich der Ausbruch des Weltkrieges für diesmal noch vertagt.

Die Schlüsse aber, die wir aus den angezogenen Dokumenten ziehen können, liegen auf der Hand. Die Entwicklung der Herbstmonate des Jahres 1912 bedeutete für Iswolski und seine Bestrebungen einen entscheidenden Schritt vorwärts. Frankreich hatte sich mit den Aspirationen Rußlands auf dem Balkan solidarisch erklärt. Seitdem wußte man an der Newa, daß man der bewaffneten Hilfe des Bundesgenossen sicher war, wenn man die Zeit für reif erklärte, um von der kleinen Aufgabe: der Zurückdrängung der Türkei aus Europa zur großen Aufgabe: der Zertrümmerung des österreichischen Bollwerks überzugehen. Die leitenden Männer in Paris waren sogar damals schon, wie wir sahen, vor dieser großen Aufgabe nicht zurückgeschreckt. Insofern schoß die von ihnen verfolgte Linie einstweilen über die Petersburger Linie hinaus. Doch eben nur einstweilen! Denn in der Stunde, wo das Zarenreich sich entschloß, nach der Sicherung der ersten Phase seines Vordringens die zweite

Phase herbeizuführen, traf sich die Petersburger Linie mit der von Iswolski und Poincaré, und dann gab es kaum mehr ein Halten. Unter diesem Gesichtspunkte waren die geschilderten Ereignisse für das zukünftige Schicksal Europas von grundlegender Bedeutung. Als Frankreich Marokko eroberte, blieb Rußland dabei, daß es nicht direkt berührt werde. Als aber Rußland seinerseits an die Verwirklichung großslawischer Aspirationen ging, da erklärte Frankreich, an dem Ausgange ebenfalls interessiert zu sein und hielt sich daher für verpflichtet, den äußersten Freundschaftsdienst in Aussicht zu stellen. Hierdurch erst wurde der Weltkrieg wirklich möglich; denn die eine der beiden Gruppen, in die Europa seit Jahren gespalten war, hatte nun ein gemeinsames positives Ziel, dessen Erreichung nur durch Gewalt zu bewerkstelligen war.

V

Die Fortdauer der Balkanwirren

In seinem Briefe vom 23. Oktober 1912, in dem Iswolski zu Beginn des ersten Balkankrieges „die verschiedenen Eventualitäten, die eintreten konnten“ in Erwägung zieht, nennt er als erste dieser Eventualitäten einen entscheidenden Sieg der Balkanstaaten und meint, sie wäre „in ihren Folgen am bedrohlichsten für den allgemeinen Frieden“. Denn „sie würde die Frage des Kampfes des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanentum sofort in ihrer ganzen historischen Größe in den Vordergrund rücken. In diesem Falle kann man kaum Hoffnung auf irgendwelche Palliativmittel setzen, und man muß sich auf einen großen, entscheidenden, allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten“ [526].

Wenn man bedenkt, daß die Möglichkeit, die hier ins Auge gefaßt wird, am Ende des ersten Balkankrieges tatsächlich eingetreten war — der Sieg der Verbündeten über die Türkei könnte nicht vollständiger sein —, so wird man unwillkürlich auf das Bekenntnis des russischen Botschafters in Paris zurückgreifen, um sein Verhalten zu Beginn des Jahres 1913 danach zu beurteilen. Er glaubte an den nahe bevorstehenden Kampf des Slawentums mit dem Germanentum und war von der Notwendigkeit überzeugt, sich auf den großen europäischen Krieg vorzubereiten. Finden wir in den Akten hierfür eine Bestätigung? Liefern sie uns den Beweis, daß der Mann, der schon seit 1911 nach der eben genannten äußersten Konsequenz ausblickte, nun überzeugt war, am Ziele zu sein? Wir wollen uns wie bisher an die schriftlichen Zeugnisse jener Zeit halten und uns durch sie selbst die Antwort auf diese Frage geben lassen. Zu diesem Zweck müssen wir zunächst noch etwas nach rückwärts greifen.

Die geheime Beeinflussung der Pariser Presse, die wir Poincaré und Iswolski Hand in Hand mit der Zuspitzung der politischen Ereignisse planen, vorbereiten und dann auch ins Werk setzen sehen, verlief nicht ganz nach Wunsch der in Petersburg bestimmenden Kreise. Mehrere Dokumente aus dem Dezember des Jahres 1912 beweisen uns, daß die Russen die Geschicklichkeit der französischen Staatsmänner in solchen „Geldgeschäften", die anfangs so rühmend hervorgehoben wurde, sehr bald am eigenen Leib etwas bitter verspüren mußten. Man hatte, wie erinnerlich, die Angelegenheit so geordnet, daß der für den geeigneten Augenblick zur Verfügung gestellte Betrag durch die Hände des Mittelsmannes Lenoir nach vorheriger Zustimmung des russischen Finanzsachverständigen Raffalowitsch und des russischen Botschafters an diejenigen Redakteure und Journalisten verteilt werden sollte, die Poincaré als geeignet für eine solche Art der Beeinflussung namhaft machte. Poincaré hatte dann die letzgenannte Aufgabe der Hauptsache nach seinem Freunde, dem damaligen Finanzminister Klotz übertragen. Wir konnten dann auch fesstellen, daß eine erste Rate von 100 000 Franken bereits in Angriff genommen worden war.

Nun verrät uns ein Brief des russischen Ministerpräsidenten Kokowtzow vom 16. Dezember 1912 an Sasonow die lebhaften Bedenken, die man an der Newa angesichts der Art empfand, wie die französischen Staatsmänner bei Verwendung der Fonds verfuhren. Das Schreiben hebt hervor, schon vor Auszahlung der eben erwähnten ersten Rate habe Klotz Raffalowitsch zu sich rufen lassen und ihm seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit folgendermaßen auseinandergesetzt: „Die Initiative zu dem Plan gebührt H. Iswolski, der mit H. Poincaré darüber gesprochen hat. H. Poincaré hat den Gedanken im gemeinsamen Interesse der beiden Länder angenommen. Es ist verabredet worden, daß wir die Verteilung leiten und Lenoir die Empfänger angeben sollen, weil wir in der Lage sind, sie zu kennen, während Sie es nicht sind. Wir legen Wert darauf, zu wissen, wer Geld erhält." [635]

Das deutliche Bestreben der Pariser Politiker, die ganze Sache selbständig in ihre Hand zu nehmen, das aus solchen Erklärungen hervorgeht, wird von Raffalowitsch in einem Brief an Iswolski vom 24. Dezember mit den Worten gekennzeichnet: „Euer Exzellenz haben bemerkt, daß die Leitung uns vollständig entgleitet." Dann aber folgt der Zusatz: „Sie haben mir gesagt, man solle nur die französische Regierung handeln lassen, sobald sie sich uns zur Verfügung gestellt habe." [648] Diese Äußerung erlaubt also den Schluß, daß der Botschafter die Haltung von Klotz billigte. Iswolski gibt das auch selbst zu, denn am 14. Februar 1913 verteidigt er seine Stellungnahme, indem er unter Hin-

weis auf das obengenannte Schreiben von Kokowtzow, dessen Inhalt ihn sehr beleidigt zu haben scheint, die einzelnen Umstände genauer ausführt:

„Tatsächlich konnte, wie mir schien, der Augenblick für eine Einwirkung auf die französische Presse nicht günstiger sein. Seit Beginn der Balkankrisis habe ich mir alle Mühe gegeben, unseren Standpunkt durch die einflußreichsten französischen Zeitungen unterstützen zu lassen. Sie werden zugeben müssen, daß ich in erheblichem Maße Erfolg gehabt habe. Aber in letzter Zeit setzte aus Anlaß der Präsidentenwahl in in einem gewissen Teil der französischen Presse ein Feldzug gegen die sogenannte übertriebene Unterordnung der französischen Außenpolitik unter die russischen Interessen ein, ein Feldzug, der hauptsächlich von Provinzblättern geführt wurde, auf die ich nicht unmittelbar einwirken konnte und die doch einen großen Einfluß auf die französische öffentliche Meinung haben. Ich sagte mir, die französische Regierung, in der Person des H. Klotz, wisse tatsächlich besser Bescheid als wir, welche Zeitungen man unterstützen müsse, und daraufhin erwog ich, daß eine ablehnende Antwort an H. Klotz nicht zweckmäßig sei. Ich gab diesem Gedanken als meiner persönlichen Überzeugung H. Raffalowitsch gegenüber Ausdruck.

Im Laufe meiner Unterredung mit H. Raffalowitsch erklärte ich diesem außerdem, ich hätte während der letzten Monate von Journalisten der allerverschiedensten Art Dienste erbitten müssen. Mit deren Unterstützung sei es mir gelungen, in die Zeitungen die notwendigen Nachrichten und Informationen gelangen zu lassen, und es würde mir sehr nützlich sein, zu meiner persönlichen Verfügung eine bestimmte Summe, zum Beispiel 30 000 Franken zu haben, um ihnen diese Dienste zu bezahlen. Ich hatte diesen Wunsch nur in ganz allgemeiner Form ausgesprochen. Daher war ich dann auch einigermaßen erstaunt, als ich erfuhr, H. Kokowtzow habe mir zu diesem Zwecke 25 000 Franken zur Verfügung gestellt. Ich habe diese Summe noch nicht angerührt, da ich nicht genau weiß, wie ich sie ausgeben soll. Da ich zu verstehen glaube, daß der Ministerpräsident mein Vorgehen in dieser Frage nicht vollkommen billigt, erkläre ich, daß ich keineswegs darauf bestehe, daß mir diese Summe zur Verfügung gestellt wird, und daß ich bereit bin, aus meinen persönlichen Mitteln einige Journalisten, die mir Dienste leisten, zu bezahlen [732].“

Obwohl der Verfasser dieser Zeilen somit für seine Person den Gekränkten spielt und lieber auf die von ihm besonders angeforderte Summe verzichtet, weil er das Gefühl hat, daß sie ihm nicht mit freudiger Hand gegeben wird, stellt er sich doch nach wie vor auf die Seite

von Klotz. Kurz darauf, am 26. Februar, berichtet Raffalowitsch an Kokowtzow über eine neue Unterredung mit dem französischen Finanzminister, die den Stand der Dinge noch klarer in Erscheinung treten läßt:

„Ich besuchte heute früh H. Klotz. Wir schnitten die Frage Lenoir an. Ich bin erneut der Überzeugung begegnet, daß die bei der Banque de France eingezahlten 100 000 Franken zur Verfügung des Ministerpräsidenten und des H. Klotz zum gemeinsamen Besten der beiden Länder stehen und eine erste Zahlung darstellen, der noch zwei weitere folgen sollen. Bis jetzt habe Lenoir etwa 40 000 Franken ausgegeben. Ich berichtigte und nannte ‚25 000 Franken'; denn ich weiß nichts von den anderen 15 000. Ich werde Lenoir, der wieder nach der Riviera gereist ist, nach seiner Rückkehr befragen; denn Lenoir weiß, daß wir benachrichtigt und befragt werden müssen, wenigstens der Form wegen. Der Finanzminister schien zu glauben, man würde uns nach Erschöpfung der 100 000 Franken die Liste der Empfänger geben und dann zur zweiten Teilzahlung übergehen.

Wir sehen uns also bei der Leitung über diese Unterstützungsgelder ausgeschaltet, die dazu dienen sollen, Gegenmanöver anderer Gruppen gegenüber den Zeitungen und Parlamentsredakteuren zu verhindern [745]."

Der letzte Absatz berührt in der Tat den Kern der gesamten Frage. Die Aktion hatte, wie wir wissen, den Zweck, jene Stimmen in Frankreich zum Schweigen zu bringen, die gegen ein zu weit führendes Zusammengehen mit Rußland waren, weil sie darin eine Bedrohung des Friedens erblickten. Diesen Zweck verfolgten auch die französischen Staatsmänner, aber sie verbanden damit noch einen anderen, innerpolitischen, der sich in ihren Augen mit dem erstgenannten deckte, nämlich die Bekämpfung ihrer eigenen Widersacher im radikalen Lager, und darum rissen sie die Handhabung der Angelegenheit mit solchem Eifer an sich. In Rußland verstand man derartige Gesichtspunkte nicht, weil man Frankreich nur außenpolitisch beurteilte, aber Iswolski war im Bilde und ging mit seinen Gesinnungsgenossen in Paris den gleichen Weg. Er wußte aus Erfahrung, wie eng in Frankreich die äußere Einstellung mit der inneren Konstellation zusammenhing, wie die eine durch die andere bedingt war, wie sehr der Sieg der sogenannten „gemäßigten", das heißt rechtsstehenden Elemente über die auf der Linken sich mit dem Triumph der russischen Weltmachtspläne deckte. Darum entsprach es in seinen Augen ganz den Interessen des Zarenreiches, wenn der Pressefonds, den die Behörden seiner Heimat bewilligt hatten, den Herren Klotz und Poincaré ungehindert zur Bearbeitung ihrer Gegner im eigenen Lande überlassen blieb.

Es gibt für dieses Ineinandergreifen des Ringens der französischen Rechten um die Macht und des russischen Strebens nach Verwirklichung der panslawistischen Träume ein klassisches Beispiel, das in den Akten neben der hier geschilderten allgemeinen Bestechungsaktion hergeht. Es verdient um so mehr unsere Beachtung, weil es von einer nicht unerheblichen historischen Bedeutung war, und wir müssen ihm daher genaue Aufmerksamkeit schenken. Wir meinen hiermit den inzwischen bekanntgewordenen „Fall Perchot".

Das erste, was wir aus den Papieren Iswolskis darüber erfahren, ist ein Telegramm vom 5. November 1912. Es lautet:

„Angesichts des Kampfes, den die Zeitung des H. Perchot, ‚Le Radical', gegen die Politik Poincarés und indirekt gegen Rußland eröffnet hat, halte ich es für meine Pflicht, noch einmal ernstlich Ihre Aufmerksamkeit auf die Angelegenheit, über die ich Ihnen unter Nr. 300 telegraphiert habe, zu lenken [548]."

Sechs Tage später folgt eine weitere Depesche:

„Ich erlaube mir wiederum, Ihr ernstestes Augenmerk auf den Fall Perchot zu richten. Die von ihm nicht nur in der Presse, sondern auch in Parlamentskreisen begonnene Kampagne nimmt von Tag zu Tag zu und macht Poincaré überaus besorgt, der inständig bittet, diesen Fall einem gerechten Schiedsgericht zu unterbreiten, da der gerichtliche Weg sich unfehlbar eine sehr lange Zeit hinziehen wird. Das prinzipielle Einverständnis mit einem Schiedsgericht würde genügen, um Perchot zu beruhigen. Poincaré sprach heute mit Dawidow darüber, der seinerseits Kokowtzow telegraphierte [561]."

Das hier erwähnte Telegramm von Dawidow liegt uns gleichfalls vor. Es ist auch vom 11. November, und wir haben seinen hauptsächlichen Inhalt schon im vorigen Kapitel wiedergegeben. Der letzte Satz gehört jedoch in diesen Zusammenhang. Der Direktor der russischen Kreditkanzlei drahtet:

„Poincaré bittet mich auch, Perchot zu empfangen und ihn zu beruhigen, denn seine Kampagne in der radikalen Partei wird für Poincaré und das Bündnis unbequem [564]."

Am 21. November greift dann Iswolski die Sache nochmals in einem Brief an Sasonow auf, der den mahnenden Passus enthält:

„Vergessen Sie nicht, daß Poincaré gegen sehr einflußreiche Elemente seiner eigenen Partei zu kämpfen hat, die Rußland sehr feindlich gesinnt sind und offen predigen, daß Frankreich keinesfalls durch die Balkanangelegenheit in einen Krieg hineingezogen werden dürfe. Von diesem Gesichtspunkt aus bedaure ich außerordentlich, daß bis

jetzt nichts in der Sache Perchot geschehen ist, die für Poincaré dauernd eine Quelle ernster Sorge ist [575].“

An den wenigen Belegen läßt sich immerhin genug erkennen. Perchot war Besitzer und Herausgeber des Blattes „Le Radical“, dessen Bedeutung darin lag, daß es in der Kammer stark gelesen wurde. Die Zeitung führte einen heftigen Kampf gegen den Ministerpräsidenten, und zwar aus den bereits angeführten Gründen: Sie erklärte seine Politik für friedensgefährlich, und diese Wahrheit war, wie wir bereits feststellen konnten, Poincaré und Iswolski äußerst unangenehm. Nun sollte Perchot „beruhigt“, das heißt gleich den anderen Vertretern der extremen Linkspresse mit Geld bekehrt werden. Da es sich bei ihm um einen besonders hitzigen Gegner handelte, wurde auch ein außergewöhnliches Verfahren vorgeschlagen. Darauf deuten die dunklen Worte in der zweiten Depesche des russischen Botschafters hin, wonach der gerichtliche Weg zu lange dauert und daher ein gerechtes Schiedsgericht in Anwendung gebracht werden soll. Daß es sich um einen großen Bestechungsplan handelte, zeigt uns ein neues Telegramm Iswolskis vom 3. Januar 1913.

„Poincaré bat mich, Ihre Aufmerksamkeit nochmals auf den Fall Perchot, der ihn noch immer sehr besorgt macht, zu lenken. Er sagt, daß die Kombination mit den russischen Banken, die im Briefe Perchots an W. V. Kokowtzow erwähnt wird, gegenwärtig dem Finanzministerium zur Durchsicht vorliege, und daß er hoffe, Sie werden es nicht unterlassen, auf eine günstige Lösung hinzuwirken. Wie mir aus durchaus vertrauenswürdiger Quelle bekannt wurde, ist es für Poincaré von großer Wichtigkeit, daß der Fall bis zum 4. Januar alten Stils, das heißt bis zur Präsidentenwahl, erledigt wird, denn Perchot kann sehr ernstlich auf diese Wahl einwirken. Ich bin der Ansicht, daß es für uns sehr erwünscht wäre, der Kandidatur Poincarés diese Unterstützung zu gewähren [662].“

In diesem Stadium beginnt also der „Fall Perchot“ eine hochpolitische Bedeutung anzunehmen. Denn er wird direkt mit der Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik in Zusammenhang gebracht und zugleich die Erledigung des Falles als äußerst wichtig hervorgehoben, damit diese Wahl zustande kommen kann.

Es ist im Anschluß hieran sehr interessant, zu beobachten, mit welcher Unruhe Iswolski in den ersten Wochen des Jahres 1913 die innerpolitischen Ereignisse in Frankreich verfolgt und wie seine gespannte Aufmerksamkeit darauf gerichtet ist, ob sein großer Gesinnungsgenosse Poincaré wirklich zum ersten Mann der Republik gemacht wird oder nicht. Am 17. Januar sollte die Entscheidung hierüber fallen. Am

12. Januar meldet ein Telegramm an Sasonow den unerwarteten Rücktritt des Kriegsministers Millerand, der als das Ergebnis „einer politischen Intrige der Radikalsozialisten gegen die Präsidentschaftskandidatur Poincarés“ [674] hingestellt wird. Am 16. Januar schreibt der Botschafter in einem Zustand höchster Erregung: „Morgen findet die Präsidentenwahl statt. Wenn — was Gott verhüten möge! — Poincaré unterliegen sollte, so wird dies für uns eine Katastrophe sein, denn eine Ära Combes usw. wird beginnen [686].“ Die Ära Combes hätte, wie wir wissen, den Anhängern des Friedens die Macht gebracht. Daß Iswolski mit heißer Leidenschaft statt dessen eine Ära Poincaré herbeisehnte, können wir nach unsern bisherigen Feststellungen nur allzu gut verstehen. Denn sie bedeutete natürlich eine Fortsetzung des 1912 eingeschlagenen Weges. Verschwand der französische Politiker, der den russischen Aspirationen so vollkommene Zugeständnisse gemacht hatte, dann wurden alle Erfolge Iswolskis wieder zunichte. Hier deckten sich die Interessen des russischen Botschafters vollkommen mit denen des ehrgeizigen Lothringers, und darum unterstützte der erstere den letzteren bei seinem Kampf um die höchste Stellung, indem er ihm mit seinem russischen Geld helfen wollte. Das soeben wiedergegebene Telegramm vom 3. Januar spricht dies ja ganz offen aus.

Gelang es nun, auf diese Weise die Präsidentenwahl durch einen Rubelzuschuß zu Poincarés Gunsten zu beeinflussen? Eine Petersburger Antwort auf die dringlichen Anfragen aus Paris liegt uns einstweilen noch nicht vor. Sie muß aber rechtzeitig eingetroffen und so abgefaßt gewesen sein, daß sie den schlimmen Widersacher Perchot in der Tat für den kritischen Moment „beruhigte“. Denn am 20. Januar drahtet Iswolski:

„Wie mir mitgeteilt wird, liegt in Sachen Perchots von seiten des Ministeriums der Finanzen eine neue Verzögerung oder sogar eine Ablehnung vor. Da die Franzosen der Meinung sind, daß ihnen unsere grundsätzliche Zustimmung bereits mitgeteilt wurde, so wird ihnen eine derartige Wendung ganz unerklärlich sein [689].“

Somit war man an der Seine vor dem 20. Januar, also gerade in den Tagen der Präsidentenwahl, davon überzeugt, daß das Geld zu erwarten sei, und Poincaré konnte seine Befürchtungen, Perchot seinen Haß einstellen. Tatsächlich ging ja auch alles nach Wunsch: Der 17. Januar endete mit einem Siege Poincarés — und des russischen Botschafters, der hinter den Kulissen mit „klingenden Argumenten“ nachgeholfen hatte. Wenn wir ihn am 22. Januar nochmals in Petersburg mahnen sehen [693], die Angelegenheit endlich ins reine zu bringen, so beweist das nur seine Angst, daß die Perchot rechtzeitig gegebenen Verspre-

chungen nachträglich nicht eingelöst werden könnten. Jedenfalls schweigen von da an die Papiere über den Fall, und wir sind daher zu der Annahme berechtigt, daß die in Aussicht gestellten Summen auch wirklich gezahlt wurden.

Der Dienst, den Iswolski dem neuen Präsidenten geleistet hatte, war zweifellos groß. Aber wir werden gleich sehen, daß auch die Gegenleistung keineswegs gering zu veranschlagen ist.

Am 20. Januar depeschiert Sewastopulo als Geschäftsträger der russischen Vertretung in Paris für den gerade damals kranken Botschafter, Poincaré sei über die zahlreichen Glückwunschtelegramme aus Rußland „tief gerührt" und habe erklärt, seine Wahl bedeute an sich schon die Billigung eines engen Einvernehmens mit dem Zarenreich [690]. Am 22. Januar erklärt der neue französische Außenminister Jonnart [694], er werde die Politik seines Vorgängers, also Poincarés, fortsetzen. Am 25. bekennt sich derselbe Jonnart als alten überzeugten Anhänger des französisch-russischen Bündnisses, der „stets bereit sein werde, die politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Interessen Rußlands in vollem Umfang zu unterstützen" [695]. Am 28. Januar hat der inzwischen wieder genesene Iswolski mit dem Nachfolger Poincarés im Quai d'Orsay seine erste Unterredung, und bei dieser Gelegenheit stellt sich heraus, daß dieser Nachfolger tatsächlich ganz von dem bisher bestimmenden Geist erfüllt war. Angesichts des Umstandes, daß damals in der Türkei die Jungtürken ans Ruder gekommen waren, die sich weigerten, Adrianopel an Bulgarien herauszugeben, wie es in London verlangt wurde, und daß Rußland energische Zwangsmaßnahmen gegen die Pforte erwog, die natürlich im Hinblick auf die allgemeine gespannte Lage zu weiteren Verwicklungen hätten führen müssen, äußert Jonnart: „Frankreich ist bereit, alle seine Verpflichtungen Rußland gegenüber zu erfüllen, aber die französische Regierung hat mit dem Parlament und der öffentlichen Meinung zu rechnen, denen in jedem Augenblick die Ursachen, die Frankreich in einen Krieg hineinziehen könnten, völlig klar sein müssen [699]." Das ist eine Wiederholung der bekannten Töne aus dem vorhergehenden Jahr, und alsbald erfahren wir auch, von wem sie eingegeben waren. Am 29. Januar lesen wir in einem Telegramm Iswolskis:

„Ich hatte soeben eine lange Unterredung mit Poincaré. Er erklärte mir, in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik würde es ihm durchaus möglich sein, unmittelbar auf die auswärtige Politik Frankreichs einzuwirken. Er werde nicht verfehlen, diese Gelegenheit auszunutzen, um im Laufe seines Septenats die Stetigkeit der auf einem engen Bündnis mit Rußland beruhenden Politik zu sichern.

Dabei drückte er mir die Hoffnung aus, daß er mich auch fernerhin öfters sehen werde, und bat mich, ich möchte mich in allen Fällen, wo mir dies wünschenswert erscheint, unmittelbar an ihn wenden. Über die laufenden Angelegenheiten hat er mir ungefähr dieselben Erklärungen gegeben wie gestern Jonnart. Seinen Worten nach ist es für die französische Regierung von größter Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung im voraus auf die Teilnahme an einem Krieg vorzubereiten, der wegen der Balkanfrage ausbrechen könnte. Dies ist der Grund, weswegen uns die französische Regierung bittet, keine einseitigen Handlungen zu unternehmen, die einen derartigen Krieg ohne vorherige Verständigung mit Frankreich hervorrufen könnten [705]."

Also hieß nach wie vor die Losung in Paris: Grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Krieg, sobald Rußland losschlägt, aber rechtzeitige Benachrichtigung, damit die öffentliche Meinung Frankreichs für das Unternehmen gewonnen werden kann. In einem Brief vom darauffolgenden Tag werden die Aussprüche des Außenministers und des Präsidenten der Republik noch ausführlicher, und zwar mit „phonographischer Treue" wiedergegeben:

„Was die Erklärungen anbetrifft, die mir zuerst von H. Jonnart und sodann von H. Poincaré gemacht worden sind, so stimmen sie, wie Sie aus meinen Telegrammen ersehen konnten, dem Wesen nach durchaus überein und sind zweifellos nicht der Ausdruck einer zufälligen Meinung, sondern eine genaue Auseinandersetzung des Standpunktes, den sich die französische Regierung in ihrer Gesamtheit zu eigen gemacht hat. Aus meinen langen Unterredungen mit den beiden Staatsmännern bin ich zu folgenden Schlüssen gekommen: die französische Regierung ist fest entschlossen, ihre Bündnisverpflichtungen uns gegenüber in vollem Umfange zu erfüllen und gibt vollkommen bewußt und kaltblütig die Möglichkeit zu, daß sich für sie als Endergebnis der gegenwärtigen Verwicklungen die Notwendigkeit ergeben könnte, an einem allgemeinen Kriege teilzunehmen. Der Zeitpunkt, zu dem Frankreich genötigt sein wird, das Schwert zu ziehen, ist durch das französisch-russische Militärabkommen genau festgesetzt, und in dieser Beziehung sind auf seiten der französischen Minister keinerlei Zweifel oder Schwankungen vorhanden. Andererseits muß jedoch die französische Regierung notwendigerweise der Stimmung des Parlaments und der öffentlichen Meinung Rechnung tragen; für diese sind die auf der Balkanhalbinsel vor sich gehenden Ereignisse bis zu einem gewissen Grade fremd und berühren nur mittelbar die Lebensinteressen Frankreichs. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und angesichts

des bestehenden Systems von Bündnissen und Abkommen kann jedes vereinzelte Vorgehen dieser oder jener Macht in den Balkanangelegenheiten sehr schnell zum allgemeinen europäischen Kriege führen. Die französische Regierung begreift vollkommen und erkennt die besondere Lage der russischen Regierung an, die sich unter der Einwirkung des Nationalgefühls und allmächtiger geschichtlicher Überlieferungen befindet; die französische Regierung ist keineswegs bestrebt, Rußland seiner Handlungsfreiheit zu berauben oder seine moralischen Verpflichtungen den Balkanstaaten gegenüber in Zweifel zu ziehen. Rußland ist daher von seiten Frankreichs nicht nur Waffenhilfe in dem vom französisch-russischen Abkommen festgesetzten Falle, sondern auch die entschiedenste und tatkräftigste Unterstützung aller Maßnahmen zugesichert, die die russische Regierung zugunsten der erwähnten Staaten unternehmen wird. Aber gerade damit Frankreich in jedem Augenblicke Rußland im vollsten Maße seine Freundes- und Bundeshilfe erweisen könne, bittet uns die französische Regierung inständig, keinerlei einseitige Handlungen ohne einen vorhergehenden Meinungsaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung kann die französische Regierung die öffentliche Meinung Frankreichs mit Erfolg auf die Notwendigkeit einer Teilnahme am Kriege vorbereiten.“

Unter solchen Umständen ist es leicht begreiflich, wenn Iswolski mit der neuen Ordnung der Dinge an der Seine im höchsten Grade einverstanden war. Das eben erwähnte Schreiben zählt die Vorteile dieser neuen Ordnung auf:

„Die Wahl H. Poincarés auf den höchsten Posten der Republik bedeutet einen entschiedenen Sieg der gemäßigten politischen Kreise über den äußersten Radikalismus, der sich Rußland und dem französisch-russischen Bündnisse gegenüber stets feindselig gezeigt hat. Die Tatkraft, Entschlossenheit und Geschlossenheit des Charakters von H. Poincaré bürgen dafür, daß er sich in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik nicht wie H. Fallières mit einer rein passiven und, wenn man sich so ausdrücken darf, dekorativen Rolle begnügen, sondern mit allen Mitteln und stündlich die französische Politik, hauptsächlich die auswärtige, beeinflussen wird. Sowohl der Wortlaut der Verfassung als auch der durch die Praxis ausgearbeitete Staatsmechanismus gibt dem Einflusse des Präsidenten der Republik einen weit größeren Spielraum, als man gewöhnlich annimmt: wenn er auch nicht ein Kabinett an der Regierung belassen kann, das in der Minderheit verblieben ist, so hängt es doch stets von ihm ab, diesen oder jenen Bestand des neuen Kabinetts zu bestimmen und einen von seinem

Standpunkte aus durchaus zuverlässigen Außenminister zu wählen. Wir sind daher für die Dauer seiner bevorstehenden siebenjährigen Amtszeit durchaus davor sicher, daß an die Spitze der französischen Regierung oder der diplomatischen Verwaltung Personen in der Art der Herren Caillaux, Cruppi, Monis usw. gelangen könnten. Außerdem hängt es von seinem Ermessen ab, persönlich den Vorsitz im Ministerrat zu führen, dem, wie Ihnen bekannt ist, in den Zeiten ernster auswärtiger Verwicklungen ausnahmslos alle Einzelheiten der laufenden diplomatischen Verhandlungen zur Beratung unterbreitet werden [711]."

In der Tat, es hatte sich gelohnt, die Wahl Poincarés durch Beschwichtigung seiner innerpolitischen Gegner mit Geld zu fördern: Jetzt durfte man hoffen, daß der einmal eingeschlagene Kurs des entschlossenen Zusammengehens der französischen Regierung mit dem Zarenreich bis in die äußersten Konsequenzen hinein auf sieben Jahre hinaus gesichert war. Das allein schon mußte vom Standpunkt des russischen Diplomaten in Paris als ein nicht hoch genug einzuschätzender Gewinn angesehen werden.

Doch damit noch nicht genug! Man behielt nicht nur den Kurs bei, sondern traf außerdem noch wichtige Anstalten, um das Tempo in ganz erheblicher Weise zu beschleunigen. Zunächst wurde dem Pariser Vertreter des Zaren — wohl sicher als unmittelbare Erkenntlichkeit für seine so gefälligen Dienste — eine große persönliche Genugtuung zuteil: Am 17. Februar ist er in der Lage, nach Hause zu melden, „die französische Regierung habe beschlossen, Georges Louis aus verschiedenen Gründen, besonders aber wegen seiner Kränklichkeit, abzuberufen" [734]. Auf diese Weise fand demnach das uns bekannte Intrigenspiel gegen den Botschafter der Republik in Petersburg endlich seine Lösung im Sinne Iswolskis.

Im Hinblick auf die politischen Ereignisse aber war das Entscheidende nicht so sehr die Abberufung von Louis, sondern die Ernennung des Nachfolgers. Die Wahl fiel nämlich auf niemand anderen als den bekannten Gegner Deutschlands, Delcassé. Wenn man bedenkt, daß die Nachricht seiner Entsendung nach Petersburg von den Pariser Blättern am selben Tage gebracht wurde, wo die Botschaft des neuen Präsidenten aus Anlaß von Poincarés Einzug ins Elysee in der Presse erschien, so versteht man, welchen Eindruck sie in den damaligen aufgeregten Zeiten machen mußte. Der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, schreibt unter Hinweis auf die eben hervorgehobene Tatsache[1]:

[1]) Belgische Aktenstücke, S. 116.

„War dies Zusammentreffen beabsichtigt? Wie es scheint: ja; und auf jeden Fall wurde es sehr bemerkt und übte einen deprimierenden Einfluß auf die Börse aus.“ Weiter unten stellt er fest: „... viele Politiker hätten diese Wahl gefürchtet aus Angst, sie könnte den Anschein einer deutschfeindlichen Kundgebung haben. Muß man die Wahl des neuen Botschafters in Petersburg in diesem Sinne auslegen? Ich glaube es nicht; indessen bin ich der Ansicht, daß Herr Poincaré als Lothringer sich darin gefiel, vom ersten Tage seines hohen Amtes an sein Bestreben zu bekunden, sich fest zu zeigen und die Fahne des Vaterlandes hochzuhalten. In den bewegten Zeiten, in denen sich Europa befindet, liegt hier die Gefahr, die die Anwesenheit des Herrn Poincaré im Elysee bietet. Sind doch unter seinem Ministerium die militaristischen und etwas chauvinistischen Instinkte des französischen Volkes erwacht. In diesem Umschwung war seine Hand erkennbar.“

Hätte der Verfasser dieser Zeilen eine Ahnung davon gehabt, was sich zu gleicher Zeit hinter den Kulissen abspielte, so wären seine ernsten Sorgen sicher noch erheblich gewachsen, und er hätte die Frage, ob es sich um eine deutschfeindliche Kundgebung handelte, ohne Zaudern rundweg bejaht. Denn die Akten verraten uns, daß Delcassé sein Land nicht in gewöhnlicher Weise bei dem verbündeten Staate vertreten sollte, sondern daß ihm eine ganz bestimmte Mission aufgetragen wurde, für die das Wort „deutschfeindlich“ allerdings noch eine recht milde Bezeichnung ist.

In seinem bereits angeführten Telegramm vom 17. Februar schreibt Iswolski in bezug auf Delcassé:

„Gleichzeitig hat Jonnart mich gebeten, Ihnen die Bitte um Bewerkstelligung der Allerhöchsten Genehmigung zur Ernennung des H. Delcassé zum Botschafter in Petersburg zu übermitteln. Dabei erklärte mir der Minister das folgende: die französische Regierung ist zu dieser Wahl vorwiegend durch den Umstand bestimmt worden, daß H. Delcassé in den Augen der französischen Kreise und der öffentlichen Meinung bei der gegenwärtigen, außerordentlich ernsten internationalen Lage, die die Anwendung des franko-russischen Bündnisses hervorrufen kann, als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses gilt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es sehr wichtig, daß H. Delcassé bei seiner Ernennung zum Botschafter sein Deputiertenmandat behalten kann. Das gesetzliche Hindernis hierzu, das sich aus der Bestimmung ergibt, daß Deputierte nur mit zeitweiligen Aufträgen betraut werden dürfen, hat rein formalen Charakter und kann durch periodische Erneuerung des Dekrets seitens des Präsidenten beseitigt werden, wofür einige

Präzedenzfälle vorliegen. Ich meinerseits erlaube mir zu äußern, daß H. Delcassé, dessen politische Vergangenheit Ihnen gut bekannt ist, dem Gedanken einer allerengsten Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich ganz und gar ergeben ist und als einer der einflußreichsten hiesigen Parlamentarier, falls die kritische Minute kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne einer Beseitigung irgendwelchen Schwankens bei der stets verschiedenen Strömungen ausgesetzten Regierung spielen kann. Mir ist bekannt, daß man hier wünscht, die Ernennung Delcassés könnte möglichst bald vor sich gehen [734]."

Besonders aus den Erwägungen Iswolskis geht hervor, daß der neue Vertreter Frankreichs in Petersburg neben Poincaré als zweiter für die jederzeitige Kriegsbereitschaft der Republik bürgen sollte. Ein Brief vom 13. März verrät uns dann noch ein wenig mehr; hier heißt es:

„Wie Ihnen bekannt, ist H. Delcassé nicht nur in Fragen der Außenpolitik besonders kompetent, sondern auch in allem, was die Heeres- und insbesondere die Flottenangelegenheit betrifft. Laut Kenntnis unseres Militärattachés ist ihm ganz speziell der Auftrag erteilt, unsere Militärverwaltung von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Anzahl unserer strategischen Wege zu vermehren ist, um dadurch das Zusammenziehen unserer Armee an der Westgrenze zu beschleunigen. H. Delcassé ist in dieser Angelegenheit so bewandert und mit den Ansichten des französischen Generalstabes so bekannt, daß er diese Frage mit unseren Militärbehörden völlig selbständig erörtern kann. Dabei ist er bevollmächtigt, Rußland alle hierzu vielleicht erforderlichen Geldmittel in Form von entsprechenden Eisenbahnanleihen anzubieten [762]."

Die Aufschlüsse, die dieses Schreiben enthält, sind für das tiefere Verständnis der Vorgänge jener Zeit von großem Wert. Bevor wir noch weiter auf sie eingehen, müssen wir zunächst die Ereignisse, die sich ungefähr gleichzeitig in Frankreich abspielten, etwas genauer beobachten.

Schon ganz an der Oberfläche läßt sich feststellen, daß seit der Rückkehr Poincarés sehr viel Gewicht auf die Belebung der russisch-französischen Waffenbrüderschaft gelegt wurde. Im September 1912 war, wie bereits vorübergehend angedeutet, der spätere Höchstkommandierende der Armee des Zarenreiches, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, auf Besuch anwesend, um den Manövern um Nancy, also in nächster Nähe der Grenze nach Elsaß-Lothringen hin, beizuwohnen. Er schilderte dann in einem begeisterten Telegramm an Nikolaus II. seine Eindrücke. Zu Beginn des Jahres 1913 begab sich der russische Kriegsminister, General Suchomlinow, auf allerhöchsten Wunsch nach Paris [657]. Am

12. Januar wurde er von Poincaré empfangen und hatte unter anderem mit dem Chef des französischen Generalstabes ein langes Gespräch [673]. Wenige Wochen später schlossen sich dann noch Unterredungen mit englischen Marinesachverständigen an. Am 27. Februar berichtet Iswolski über eine Audienz bei dem neuen Präsidenten der Republik, dem er im Auftrag des Zaren den Orden des Heiligen Andreas überreicht hat und der ihm bei dieser Gelegenheit folgende vertrauliche Mitteilungen über das Verhältnis zu Großbritannien macht:

„England ist Frankreich gegenüber durch keinerlei bestimmte politische Verpflichtungen gebunden, jedoch gestatten der Ton und die Art der Versicherungen, die die französische Regierung vom Londoner Kabinett erhält, der französischen Regierung, darauf zu rechnen, daß Frankreich bei der gegenwärtigen politischen Lage im Falle eines Konfliktes mit Deutschland von England mit Waffenhilfe unterstützt werden wird. Die Pläne eines französisch-englischen Zusammenwirkens zur See sind bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet worden. Der erste Lord der englischen Admiralität, Herr Winston Churchill, der sich gegenwärtig in Südfrankreich aufhält, wird in diesen Tagen Toulon besuchen und bei seiner Durchreise durch Paris eine Beratung mit dem französischen Marinestab haben [747].“

Es herrschte somit eine rege Tätigkeit, um für den Fall, daß „die kritische Minute kommt“, in jeder Hinsicht gerüstet zu sein. Außerdem aber tat die französische Regierung noch einen Schritt, der auf dem Gebiete der militärischen Fragen von einschneidender Bedeutung war: sie entschloß sich zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich. Nach außen hin wurde als Grund hierfür die kurz zuvor vorgenommene Vergrößerung des deutschen Heeres angeführt, die sich aber, nebenbei bemerkt, ganz allmählich vollziehen sollte. Auffallen muß jedoch, daß sofort nach Bekanntwerden der deutschen Maßnahmen das Gesetz für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit fertig hervorgezogen wurde. Jedenfalls benutzte man den Presselärm über die in Berlin getroffenen Bestimmungen als willkommenen Vorwand, um eigene Pläne im richtigen Augenblick rasch zu verwirklichen. Ein Brief Iswolskis vom 27. Februar enthält die in dieser Hinsicht charakteristische Stelle, „daß die deutsche Regierung wiederum und ganz genau so wie zur Zeit des Zwischenfalls von Agadir den heftigsten Anstoß zum Aufschwung des Nationalgefühls und des militärischen Empfindens in Frankreich gegeben hat“. Wenn es in dem gleichen Schriftstück weiter unten heißt: „Von seiten maßgebender Personen wird sogar die Ansicht geäußert, Deutschland sei gezwungen, die militärisch-politische Schwächung des Dreibundes infolge der Ab-

lenkung eines bedeutenden Teiles der österreichischen Armee von unseren (den russischen) Grenzen durch die Balkanstaaten in Rechnung zu stellen“ [748], so wird damit unzweideutig zugegeben, daß man sich in Berlin nur anschickte, eine durch die letzten Ereignisse neu entstandene Lücke in der Verteidigung der Mittelmächte auszufüllen und demnach keine wirkliche Notwendigkeit für eine Gegenmaßnahme französischerseits vorlag. Tatsächlich verlieh die Einführung der dreijährigen Dienstzeit der französisch-russischen Armee eine ganz gewaltige zahlenmäßige Überlegenheit über die vereinigte deutsche und österreichische[1]). Das wußte man natürlich nicht nur genau, sondern gerade das bezweckte man, aber man verstand es wie so oft, geschickt der Öffentlichkeit einzureden, daß es sich um eine Tat der Notwehr handelte.

Auch in dieser Angelegenheit nahm Poincaré die Führung in die Hand. Als gewandter politischer Regisseur verfuhr er dabei nach Iswolskis Schilderung vom 13. März folgendermaßen:

„Die auf Anregung des Ministeriums Poincaré erlassene Verfügung vom 20. Januar 1912, die den Bestand sowie die Art und Weise der Einberufung des Obersten Kriegsrats bestimmt, gibt dem Präsidenten der Republik erstmalig das Recht, den Kriegsrat unter seinem Vorsitze einzuberufen, wann er es für nötig befindet. In diesen Fällen nimmt der Ministerpräsident an den Sitzungen des Obersten Kriegsrats teil. Nachdem der Kriegsrat in den ersten Tagen des März den Gesetzentwurf über die allgemeine dreijährige Dienstpflicht ohne Vorrechte geprüft und angenommen hatte, beschloß der Präsident der Republik das ihm neugewährte Recht vor Einbringung des Gesetzentwurfes in das Parlament auszunutzen und berief den Obersten Kriegsrat zum 4. März nach dem Elysée. — Er hörte die Meinung eines jeden Generals einzeln an, wodurch die Frage der Landesverteidigung allseitig beleuchtet wurde. — Am Abend erschien die offizielle Mitteilung, der Kriegsrat habe es im Interesse der Landesverteidigung für unbedingt notwendig erachtet, die zahlenmäßige Stärke der Armee zu erhöhen; er habe die verschiedenen Mittel zur Erzielung dieses Ergebnisses, als da sind: die Ausdehnung der Dienstzeit über die bestehende Frist hinaus, die monatlichen Einberufungen der Reservisten, die siebenundzwanzigmonatige oder dreißigmonatige Dienstzeit, geprüft und habe sie einstimmig für ungenügend befunden; ebenso einstimmig habe er sich für die dreijährige Dienstpflicht ausgesprochen, die für alle unbedingt gleichartig sein müsse und niemand irgendwelche

[1]) Montgelas, Leitfaden, S. 81 ff.

Vorrechte gewähren dürfe. Am anderen Morgen nahm der Ministerrat den endgültigen Wortlaut des Gesetzentwurfes an und beschloß am selben Tage, ihn in die Deputiertenkammer einzubringen und aus diesem Anlaß die Vertrauensfrage zu stellen. Ich habe die Ehre, den Wortlaut dieses Gesetzentwurfes sowie die Begründung in der Anlage beizufügen."

Auf solche Weise wurde die Annahme des Gesetzes nach Möglichkeit beschleunigt und die große Aktion zu einer nationalen Angelegenheit aufgebauscht. Denn der russische Berichterstatter fährt fort:

„Das gänzlich ungewöhnliche Hervortreten des Präsidenten der Republik, als des Oberhauptes der Armee, in einer für Frankreich so wichtigen Frage hat angesichts der ständig wachsenden Volkstümlichkeit H. Poincarés und seiner vollständigen Übereinstimmung mit der Regierung, die ruhig und fest das nationale Ziel verfolgt, den stärksten Eindruck auf alle Klassen des französischen Volkes gemacht [760]."

Die Bedeutung der wichtigen Neuerung für Frankreich selbst wird später noch zu berühren sein. In dem augenblicklichen Zusammenhang muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß sie auch ihre direkte Beziehung zu der Entsendung Delcassés nach Rußland hatte. Am 20. März richtet nämlich der Präsident der Republik ein Schreiben an den Zaren, in dem er den neuen französischen Botschafter empfiehlt und im Anschluß daran erklärt:

„Als ich andererseits das Glück hatte, im vorigen Jahre von Eurer Majestät in Peterhof empfangen zu werden, lenkte ich Eure Hohe Aufmerksamkeit auf den Nutzen, den nach Ansicht unserer Generalstäbe die Beschleunigung des Baues gewisser Eisenbahnen an der Westgrenze des Reiches bringen würde.

Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Streitkräfte zu machen beabsichtigt, bewirkt, daß entsprechende Maßnahmen, über deren Notwendigkeit sich die Generalstäbe beider verbündeten Parteien geeinigt haben, gegenwärtig besonders dringlich sind. H. Delcassé wird Eure Majestät und seine Regierung auf dem laufenden über diese wichtigen Fragen sowie über alle anderen Fragen halten, die die Betätigung des Bündnisses betreffen und uns gestatten können, die Aufrechterhaltung des Friedens mit größerer Zuversicht zu betreiben [776]."

Mit der „großen militärischen Anstrengung, die die französische Regierung ... beabsichtigt", ist natürlich die Einführung der dreijährigen Dienstzeit gemeint. Sie sollte nun auch Rußland anspornen, seinerseits „entsprechende Maßnahmen" zu treffen, und es war die Aufgabe

Delcassés, deren Durchführung zu erreichen. Welcher Art die angedeuteten Maßnahmen waren, ist nach den uns zur Verfügung stehenden Belegen nicht schwer zu erraten. In dem oben genannten Handschreiben wird erwähnt, daß sich „die Generalstäbe beider verbündeten Parteien“ über ihre Notwendigkeit geeinigt haben. Wie wir aus dem Protokoll vom 14. Juli 1912 wissen [368], verlangten damals die Vertreter Frankreichs einen Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes nach der Westgrenze hin. Ferner lasen wir in dem Brief Iswolskis vom 13. März [762], Delcassé solle gerade diesen Ausbau mit den Petersburger Militärkreisen erörtern. Außerdem sei er ermächtigt, die erforderlichen Geldmittel in Form von Eisenbahnanleihen anzubieten. Das gehörte somit zur Mission, die der neue Botschafter der Republik im Zarenreich zu erfüllen hatte.

Das Angeführte vermögen wir mit Sicherheit den Schriftstücken Iswolskis aus jener Zeit zu entnehmen. Andeutungen in späteren Quellen lassen uns aber darauf schließen, daß damit Delcassés Auftrag noch nicht erschöpft war. Die militärischen Rüstungsverstärkungen waren so sehr auf den kommenden Kampf Frankreichs und Rußlands gegen die Mittelmächte abgestellt, daß man Hand in Hand damit dazu überging, die beiderseitigen Kriegsziele bereits festzulegen. Im Herbst des Jahres 1914 [1]), also nach Ausbruch der europäischen Katastrophe, sandte Iswolski seiner Regierung aus Bordeaux, dem damaligen Sitz der französischen Regierung, mehrere Telegramme, in denen er auf Grund von Gesprächen mit Delcassé die Frage behandelt, was die zwei verbündeten Mächte durch den Weltkrieg anstreben sollen. Er nennt am 13. Oktober für Frankreichs Rechnung die Rückerstattung Elsaß-Lothringens, einige koloniale Forderungen und als Hauptsache, „daß das deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Preußens soviel wie möglich geschwächt wird“. In einer weiteren Depesche vom gleichen Tage lesen wir: „Hierbei berief sich Delcassé auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und bat inständigst, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs dieselben geblieben sind, mit Ausnahme des notwendigen Wunsches, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten.“

Durch die wiedergegebenen Worte ist der Beweis erbracht, daß die Mission Delcassés eine kriegerische Mission im wahren Sinne des Wortes war. Er sollte den mit der Republik befreundeten Staat nicht nur zu großen militärischen Anstrengungen bewegen, sondern zugleich

---

[1]) Stieve, Iswolski im Weltkrieg, Dokument 224 ff.

den Lohn für alle Mühen vereinbaren, der selbstverständlich nur mit den Waffen errungen werden konnte. Wenn man nun an die zu Anfang dieses Kapitels zitierten Worte Iswolskis über den durch einen glücklich beendeten Balkankrieg unvermeidlich werdenden Kampf des Slawentums mit dem Germanentum denkt, so gelangt man im Hinblick auf die hier aneinandergereihten Tatsachen zu dem Ergebnis, daß jene Worte nicht nur die zufällige Meinung eines Diplomaten darstellen, sondern daß die in ihnen zum Ausdruck gelangte Überzeugung zugleich die Richtschnur für das Handeln Iswolskis und seines Gesinnungsgenossen Poincaré abgab. In der Tat, wenn es nach dem Willen der beiden Männer gegangen wäre, so hätte Europa schon damals nahe am Abgrund gestanden. Sogar Englands Mitwirkung für die Abrechnung mit den Mittelmächten hielt der Präsident der Republik, wie wir oben erfuhren, für den Zeitpunkt, den wir behandeln, bereits für sicher. Ein solcher Glaube mußte natürlich den Tatendrang der beiden für den Frieden so gefährlichen Männer in Paris noch erheblich vermehren.

Unwillkürlich legen wir uns hier die Frage vor: warum kam es damals nicht schon zum Äußersten? Warum ging die Prophezeiung Iswolskis nicht in Erfüllung? Warum gelang den heimlichen Kriegstreibern nicht die Vollendung des begonnenen Werkes? Die Antwort lautet sehr klar: Die Weltgeschichte machte ihnen zunächst noch einen Strich durch die Rechnung. Der entscheidende Sieg der Balkanstaaten, den wir als die Vorbedingung für den großen allgemeinen Zusammenstoß anführen hörten, erlitt eine Unterbrechung und schien alsbald auf bedenkliche Weise in Frage gestellt.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Regierung der Jungtürken in Konstantinopel sich bei den Verhandlungen in London weigerte, Adrianopel abzutreten. Infolgedessen kam es am 3. Februar zum zweiten Balkankrieg. Die neuen Siege der Verbündeten über den Halbmond bildeten allerdings ein beschleunigendes Moment für die eben geschilderten dunklen Bestrebungen. Aber sie trugen zugleich einen für die Sieger selbst verhängnisvollen Keim in sich, der allmählich zum retardierenden Faktor im Hinblick auf diese Bestrebungen wurde: die Balkanstaaten gerieten mehr und mehr wegen der großen Beute, die ihnen zufiel, untereinander in Streit.

Über die Rückwirkung der soeben ganz kurz skizzierten Entwicklung auf die Pariser Atmosphäre geben uns die Akten mancherlei interessante Aufschlüsse.

Untersuchen wir zunächst die Monate, während deren alles noch nach Wunsch ging! Das Jahr 1913 beginnt mit der Fortsetzung der scharfen

Stellungnahme Poincarés gegen Österreich-Ungarn. In London wurde über die Abgrenzung des neu zu schaffenden Staates Albanien verhandelt, und dabei verlangt die Donaumonarchie die Einverleibung Skutaris in dieses Land. Am 2. Januar drahtet nun Iswolski, man habe im Quai d'Orsay erfahren, daß Rußland hiermit einverstanden sei, könne das jedoch nicht billigen: „Poincaré sagte mir, er sei über diese Nachricht einigermaßen erstaunt und müsse den Eindruck befürchten, den weitere Zugeständnisse an Österreich nicht nur in Frankreich machen würden [658].“ Am 6. Januar bestätigt der russische Botschafter diese Haltung Sasonow gegenüber nochmals: „Aus dem Gespräch mit Poincaré gewann ich den Eindruck, daß er Ihren Entschluß bedauert, in Verhandlung über die albanische Frage zu treten, bevor Österreich begonnen hat, zu demobilisieren, und daß er sehr wenig Neigung hat, Österreich weitere Zugeständnisse zu machen [666].“ Das Mißtrauen gegen Wien war in Paris zweifellos noch größer als in Petersburg; man erwartete noch immer ein plötzliches Vorgehen der Donaumonarchie gegen Serbien. Am 22. Januar meldet Sewastopulo, Paléologue, der damalige Direktor am Quai d'Orsay, habe aus äußerst geheimer, aber durchaus zuverlässiger Quelle erfahren, daß auch Serbien einen Sonderschritt Österreichs fürchte [692]. Am 2. Februar trifft aus Petersburg die Nachricht ein, Kaiser Franz Joseph beabsichtige, den Prinzen Gottlieb zu Hohenlohe mit einem Handschreiben „zur Klarlegung jener Grundsätze“ zum Zaren zu senden, „von denen sich die österreichische Politik in der gegenwärtigen Krise lenken läßt“ [719]. Trotz dieses deutlichen Versuches von seiten des Habsburger Hauses, die Atmosphäre zu reinigen, äußert Jonnart am 10. Februar abermals ernste Befürchtungen hinsichtlich der Pläne Wiens [726]. Sogar als Nachrichten von österreichischen Truppenentlassungen in Galizien und von einem Telegramm Erzherzog Ferdinands an Nikolaus II., das alle kriegerischen Absichten in Abrede stellte, eintrafen, blieb man an der Seine nach wie vor skeptisch [749, 752].

Die Belagerung Skutaris durch Montenegro brachte dann in der Tat eine neue Verschärfung der Lage, denn sie richtete ihre Spitze offenkundig gegen die Habsburger Monarchie, die ja eine Zuteilung der Stadt an Albanien gefordert hatte. Sofort äußerte die französische Regierung die bekannte Sorge wegen eines selbständigen Vorgehens von Wien [774]. Um diese zu verhindern, erwogen die Entente-Kabinette alsbald eine Flottendemonstration in den Gewässern von Montenegro. Dabei wurde von Rußland die Entsendung englischer und französischer Schiffe vorgeschlagen [785], weil man sich selbst nicht beteiligen wollte, um Montenegro nicht zu verletzen; der gleiche Grund bewog den Nachfolger Jonnarts im französischen Außenministerium, Herrn Pichon, auch

für Rechnung seines Landes eine Mitwirkung nur unter der Bedingung zuzugestehen, daß es „dazu von Rußland besondere Vollmacht erhielte“ [812]. Durch diese Haltung des Zarenreiches und der Republik heimlich in seinem Vorhaben bestärkt, ließ sich der König von Montenegro, auch als dann die Flottendemonstration wirklich zustande kam, nicht daran hindern, Skutari am 22. April zu nehmen. Seine Tat war ein offener Hohn auf den Willen der Donaumonarchie und wurde auch allgemein so empfunden. Da sogar die Forderung der Londoner Botschafterkonferenz, Skutari den Mächten zu übergeben, erfolglos blieb, traf man am Ballplatz tatsächlich Anstalten, um die moralische Schlappe auszuwetzen. Nach einer Depesche Iswolskis vom 25. April erklärte der österreichische Botschafter Pichon „im Namen seiner Regierung, daß man nach Ansicht des Wiener Kabinetts gegenwärtig zu gemeinsamen Zwangsmaßregeln gegen Montenegro schreiten müsse; sollten diese oder jene Mächte sich von der allgemeinen Handlung ausschließen, so würde Österreich zum alleinigen Vorgehen gezwungen sein“ [852]. Getreu der bisher angewandten Methode hatte Pichon schon vorher im Einklang mit Sasonow den Standpunkt vertreten, man solle auf Montenegro einen gemeinsamen Druck ausüben, um es zur Räumung von Skutari zu bewegen und dabei dem König Nikolaus zur Erleichterung dieses Schrittes finanzielle Hilfe zuzusagen. Doch auch diesmal, angesichts der äußersten Gefahr, erwidert Sasonow (am 26. April), es sei Rußland „gefühlsmäßig unmöglich, an Zwangsmaßnahmen gegen Montenegro teilzunehmen oder selbst Frankreich zu ermächtigen, in seinem Namen zu handeln“ [855]. Daraufhin lehnte Pichon am 28. April ebenfalls wieder seine Mitwirkung ab, indem er sich auf die öffentliche Meinung Frankreichs berief, die aktive Handlungen der Republik ohne gemeinsames Vorgehen mit dem Zarenreich nicht zulasse. Zugleich fügt er jedoch hinzu, da auch England ablehnen werde, entstehe natürlich die Gefahr, daß man Österreich freie Hand gebe [857]. Am Tage darauf rechnet er schon mit dem Eintreten der Möglichkeit eines einseitigen Schrittes der Donaumonarchie, die von Deutschland und Italien unterstützt werden würde, und er betont, die französische Regierung müsse wissen, wie sich Rußland in diesem Falle verhalten werde [859].

Aber der Außenminister irrte sich insofern, als Österreich-Ungarn von seinen Bundesgenossen auf dem Wege, den es einschlug, *nicht* bestärkt, sondern nachdrücklich gewarnt wurde. Am 1. Mai meldet Iswolski:

„Pichon sagte mir heute, daß nach allen Nachrichten, die er habe, die italienische Regierung aufs nachdrücklichste auf Österreich einwirke, um es von einem aktiven Vorgehen gegen Montenegro abzuhalten.

Sollte sich das Wiener Kabinett trotzdem zu einem solchen Vorgehen entschließen, so werde Italien nicht daran teilnehmen, sondern nur einige Punkte an der albanischen Küste, vermutlich Vallona und Durazzo, besetzen. Dies sei dem Kabinett von Wien bekannt und werde natürlich auf dasselbe eine mäßigende Wirkung ausüben. Pichon hat außerdem Grund zu glauben, daß das römische Kabinett der österreichischen Regierung noch einmal vertraulich mitgeteilt hat, Italien werde sich, wenn einseitige aktive Handlungen Österreichs dieses in einen Krieg verwickeln sollten, durch den Bündnisvertrag nicht für verpflichtet halten, Österreich zu unterstützen, sondern werde beiseite stehen. Diese letzte Nachricht wird unter anderem auch aus streng geheimer Quelle bestätigt, die ich Ihnen zu nennen bereits Gelegenheit hatte [864]."

Die „streng geheime Quelle", die in jenen Wochen in Iswolskis Papieren immer wieder erwähnt wird, versetzte Frankreich in die Lage, über wichtige Vorgänge innerhalb des Dreibundes Aufschlüsse zu erhalten, und auf Grund solcher Aufschlüsse schildert der russische Botschafter am 8. Mai in einem Brief ausführlich die in obigem Telegramm kurz berührten Ereignisse:

„Sobald davon die Rede war, daß Österreich allein gegen Montenegro vorgehen werde, hat das römische Kabinett die energischsten und ernstesten Anstrengungen gemacht, um das Wiener Kabinett von einem derartigen Schritte zurückzuhalten. Als aber die österreichisch-ungarische Regierung in London erklärte, sie sei fest entschlossen, mit Gewalt, gemeinsam mit den übrigen Mächten, im Falle ihrer Weigerung jedoch allein die Räumung Skutaris zu erzwingen, hat die italienische Regierung geantwortet, sie werde sich an einem derartigen Vorgehen gegen Montenegro nicht beteiligen, aber ihrerseits in Albanien zur Tat schreiten. Infolge dieser Erklärung haben zwischen Österreich, Italien und Deutschland lebhafte Verhandlungen stattgefunden, die sogar einen Augenblick lang einen recht scharfen Charakter annahmen. Das Wiener Kabinett hat mit allen Mitteln versucht, eine italienische Landung in Albanien zu verhindern, und zu diesem Zwecke den Vorschlag gemacht, Italien zu helfen, irgendeine Insel im Ägäischen Meere, zum Beispiel Rhodos, zu erwerben. Erst nachdem Italien sich unbedingt entschlossen gezeigt hatte, im Falle eines österreichischen Vorgehens gegen Montenegro eine Parallelaktion in Albanien zu unternehmen, entschloß sich das Wiener Kabinett zu einem Abkommen mit Italien auf dieser Grundlage, wobei sich Deutschland, dem vor allem an der Erhaltung des engen Einvernehmens zwischen den Dreibundmächten gelegen war, sehr warm für ein derartiges Abkommen einsetzte [876]."

Es war demnach dem Eingreifen Deutschlands und Italiens zu

danken, daß Österreich abermals auf die angekündigte Aktion verzichtete und geduldig wartete, bis der König von Montenegro, gelockt durch die ihm von Frankreich und Rußland in Aussicht gestellte finanzielle Hilfe und gewisse territoriale Zugeständnisse [868], Skutari endlich am 3. Mai den Mächten zur Verfügung stellte, die es dann am 14. besetzten.

Die Haltung Frankreichs in der ganzen Angelegenheit wird gleichfalls in dem soeben genannten Schreiben Iswolskis berührt. Hier hören wir Pichon sagen:

„... die Rolle der französischen Regierung hat immer und unverändert darin bestanden, dem Bundesgenossen Frankreichs die allerloyalste und nachdrücklichste Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wenn das Pariser Kabinett es ablehnte, sich an irgendwelchen Zwangsmaßnahmen gegen Montenegro ohne Rußland oder wenigstens ohne dessen Auftrag zu beteiligen, so ist dies nicht nur auf den Druck der öffentlichen Meinung, sondern vor allem auf die Befürchtung zurückzuführen, sich in einen, wenn auch nur scheinbaren, Gegensatz zu Rußland zu setzen [876].“

Daß dieses Verfahren im Sinne der Erhaltung des Friedens keine günstige Wirkung ausübte, haben wir an der Hand der Tatsachen genau verfolgen können.

Noch bedenklicher war das Auftreten der offiziellen Pariser Kreise in einer anderen Frage, die in den ersten Monaten des Jahres 1913 Europa nah an den Rand des allgemeinen Krieges führte. Wir meinen damit den Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien.

Am 2. Januar telegraphiert Iswolski an Benckendorff über ein Gespräch zwischen Poincaré und dem rumänischen Minister Take Jonescu, der sich zu jener Zeit in Paris aufhielt. Danach erklärte der letztere, „daß die rumänische Regierung, wenn Bulgarien sich weigere, den Wünschen Rumäniens in bezug auf Abtretung Silistrias und Verbesserung der Dobrudschagrenze entgegenzukommen, nicht zu halben Maßregeln greifen werde, wie etwa Besetzung Silistrias als Pfand oder dergleichen. Sie werde mobilisieren und den Krieg erklären“. Er verlangte daher einen Druck von seiten der Ententemächte auf Bulgarien, um es nachgiebig zu machen. Auf die sehr charakteristische Frage Poincarés, „welche Stellung Rumänien einnehmen werde, wenn die jetzige Krise zu einem allgemeinen Kriege führe“, antwortete er, „daß trotz der in Rumänien wachsenden Sympathien für Rußland bei den jetzigen Umständen und kraft bestehender Verpflichtungen im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Österreich und Rußland nebst den Balkan-

staaten, Rumänien nicht neutral bleiben könne und genötigt sein werde, Österreich bewaffnete Hilfe zu leisten“ [659].

Hier hakt nun Poincaré sofort ein, indem er Rußland den Vorschlag macht, den von Take Jonescu gewünschten Druck auf Bulgarien nur dann erfolgen zu lassen, wenn Rumänien der Entente seinerseits positive Garantien dafür gebe, daß es bei einem „allgemeinen Krieg“ neutral bleibe. Wie wir gleich feststellen werden, konnte man in Petersburg auf eine derartige Anregung nicht eingehen, weil man Bulgarien gegenüber nicht frei war. In Paris, wo man davon noch nichts wußte, arbeitet man in der geschilderten Richtung weiter, muß aber nach einem Telegramm von Sewastopulo an Sasonow, vom 15. Januar [677], erfahren, daß Rumänien sich inzwischen wahrscheinlich an Italien gewandt habe. Am Tage darauf depeschiert der gleiche Sewastopulo, Paléologue wisse — wiederum aus jener geheimen Quelle — von den allerinnigsten Beziehungen zwischen Bukarest und Wien, so daß es nach seiner Ansicht „nun für die Hoffnung auf Losreißung Rumäniens vom Dreibund zu spät sei“ [680]. Eine neue Bitte des rumänischen Gesandten Lahovari um diplomatische Hilfe von seiten des Dreiverbandes wird daher im Quai d’Orsay sehr kühl aufgenommen [685]. Umsonst winkt kurz nachher Take Jonescu mit dem Projekte eines großen Bundes aller Balkanstaaten, einschließlich der Türkei, der für lange Dauer den Frieden und die Vorherrschaft des russischen Einflusses auf dem Balkan sichern soll [688]. Man zeigt von nun ab Rumänien in Paris die kalte Schulter, da man es nicht von den Mittelmächten abspenstig machen kann.

Unterdessen spitzt sich der Gegensatz dieses Landes zu Bulgarien immer mehr zu. Eine Depesche Sasonows vom 28. Januar spricht die Befürchtung aus, „daß Rumänien mit einem Ultimatum oder aktiv gegen Bulgarien vorgehen könnte“ [700], was die allerbedenklichsten Folgen nach sich ziehen würde, die durchaus abgewandt werden müßten. Der russische Außenminister wünscht daher eine nachdrückliche Einwirkung der Ententemächte auf beide einander gegenüberstehenden Teile. Die sichtliche Erregung der russischen Regierung steht in seltsamem Gegensatz zu der gelassenen Stellungnahme Frankreichs, die wir soeben kennzeichnen konnten. Aber die Erklärung hierfür gibt uns ein Telegramm Sasonows vom 29. Januar an Benckendorff, das auch nach Paris ging:

„Teilen Sie ganz vertraulich Grey folgendes mit: Als sich seinerzeit herausstellte, daß zwischen Österreich und Rumänien eine Kriegskonvention bestand, kamen Rußland und Bulgarien 1902 zu einer Verständigung, kraft deren gegen die Verpflichtung Bulgariens, für den Fall des Krieges mit einer der Mächte des Dreibundes Hilfe zu leisten,

wir unsererseits Bulgarien die Integrität seines Territoriums garantierten. Diese Vereinbarung hat bisher völlig zu unserem Vorteil Bulgarien gebunden. Es wurde von uns nur das verlangt, was wir auf Grund politischer und psychologischer Erwägungen nicht hatten verweigern können, auch wenn keine Vereinbarung vorhanden gewesen wäre. Jetzt aber, da Rumänien eine drohende Haltung angenommen hat, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, durch unseren Gesandten in Bukarest freundschaftlich zu warnen, was Sie ebenfalls Grey sehr vertraulich mitteilen können. Unsererseits wäre sehr erwünscht, wenn die Kabinette von Paris und London auch auf Bukarest einwirken wollten [706].“

Die hier angeführten, für Rußlands politische Freunde überraschenden Tatsachen erklären uns mit einem Schlag die Situation. Das Zarenreich war Bulgarien gegenüber durch das Abkommen vom Jahre 1902[1]) verpflichtet, ihm beizuspringen, wenn es angegriffen wurde. Machte also Rumänien seine Drohung wahr, so wurde Rußland mit in den Krieg verwickelt. Da sich nun ein solches Unternehmen unter den damals herrschenden Umständen mit den Interessen der slawischen Großmacht keineswegs vertrug — denn was hätte sie davon gehabt, um Bulgariens willen jetzt das Schwert zu ziehen — traf man Anstalten, um das Inkrafttreten des genannten Vertrages zu verhindern. Man bat England und Frankreich um diplomatische Unterstützung. Daneben ließ man nach einem anderen Telegramm Sasonows vom 29. Januar durch den russischen Vertreter in Bukarest dem dortigen Außenminister „dringlich, freundschaftlich und ernst raten“, seine Regierung „möge in ihren Forderungen weise Beschränkung beobachten“, da es Rußland unmöglich sein werde, „die gewaltsame Abtrennung eines Teiles des bulgarischen Territoriums zuzulassen“ [707].

Es ist ganz klar, daß Rumänien bei seiner bisher so entschlossenen Stellungnahme diese Drohung ebenso hätte ignorieren können, wie Montenegro es im Hinblick auf Skutari den österreichischen Warnungen gegenüber tat. Dann aber wäre in diesem Fall eine unheilvolle Ausbreitung des Balkanbrandes nicht mehr hintanzuhalten gewesen. Wie ernst die Situation war, erkannte der französische Außenminister sofort, als ihm Iswolski von der bulgarisch-russischen Konvention Mitteilung machte. Nach einer Depesche vom 30. Januar war er „äußerst aufgeregt“ und unterstrich besonders die Tatsache, daß die Republik nichts von der russischen Verpflichtung Bulgarien gegenüber gewußt habe. Auf die Erwiderung Iswolskis, „ein Zurücktreten von dieser Verpflichtung bedeute den vollen Zusammenbruch der russischen Stellung

[1]) Vgl. Beilagen S. 217 ff.

im nahen Osten, und niemand in Europa habe vom Beginn der gegenwärtigen Krise an daran zweifeln können, daß Rußland keine territoriale Schädigung der von ihm geschaffenen Balkanstaaten dulden würde", entgegnet Jonnart: ein Vorgehen des Zarenreiches zum Schutze Bulgariens könne „um Silistrias willen" zum allgemeinen Kriege führen [708].

Der russische Botschafter war mit solchen Vorwürfen offenbar unzufrieden und begab sich zu Poincaré, mit dem er die Angelegenheit besprach. Wir wissen leider nicht, wie diese Unterredung ausfiel, aber eine Depesche, die sogar der über die Stellungnahme Jonnarts vorausging (sie trägt die Nummer 40, wie aus Sasonows Antwort hervorgeht, während jene mit Nr. 41 versehen ist), muß sehr befriedigend ausgefallen sein, denn das Echo aus Petersburg, das heißt die Rückäußerung Sasonows, lautet:

„Ihr Telegramm Nr. 40 erhalten. Wollen Sie gütigst die erste günstige Gelegenheit benutzen, um Poincaré das Gefühl der lebhaftesten Genugtuung auszusprechen, mit der wir von seiner im Gespräch mit Ihnen geäußerten Absicht gehört haben, die französische Politik auch in Zukunft im Sinne einer Übereinstimmung dieser mit der unseren zu beeinflussen. Da wir selbst überzeugte Freunde eines Einvernehmens mit Frankreich sind, so wünschen wir aufrichtig, in ständigem Verkehr mit den Leitern seiner Politik über alle Fragen, die beide Verbündeten interessieren, zu stehen und haben nicht die Absicht, irgendwelche Schritte zu unternehmen, die eine Anwendung der Bündnispflichten veranlassen könnten ohne vorhergehende Vereinbarung mit dem Pariser Kabinett. Die Sympathie und Hochachtung, die Poincaré persönlich sich in Rußland zu erwerben gewußt hat, haben ihren klaren Ausdruck in der Genugtuung gefunden, mit der die russische öffentliche Meinung seine Wahl zum Präsidenten der Republik aufgenommen hat. Wir sind fest überzeugt, daß die Hoffnungen, die man hier im Sinne einer weiteren Befestigung der franco-russischen Freundschaft auf ihn setzt, vollkommene Rechtfertigung finden werden und begrüßen von diesem Standpunkt aus die Erklärungen, die er Ihnen gegenüber abgegeben hat, ganz besonders [712]."

Also: während Jonnart angesichts der Möglichkeit schlimmster europäischer Verwicklungen im Augenblick der ersten Bestürzung zurückzuckte, verhieß Poincaré eine Beeinflussung der französischen Politik im Sinne einer Übereinstimmung mit der russischen, und das bedeutete hinsichtlich des bulgarisch-rumänischen Konfliktes das eventuelle bewaffnete Eingreifen. Nur wird wie vorher schon öfters verlangt, man solle in Petersburg „die Anwendung der Bündnispflichten nicht

ohne vorhergehende Vereinbarung mit dem Pariser Kabinett veranlassen". Im Grunde handelt es sich hier ja nur um eine Wiederholung der längst bekannten Stellungnahme Poincarés, aber ihre Anwendung auf einen ganz aktuellen Fall zeigt immerhin besonders deutlich, daß sie keineswegs rein theoretisch gemeint war.

Auch bei der im Vorstehenden beschriebenen Krise wurde die gewaltsame Lösung durch Zurückweichen der zum Dreibund gehörenden Partei vermieden. Am 2. Februar verkündet eine Drahtnachricht Sasonows, die Vorstellungen in Bukarest hätten eine „wohltätige Wirkung" auf die rumänische Regierung ausgeübt, „die offenbar zum Nachgeben neigt und verspricht, alles daranzusetzen, um den Zwiespalt mit Bulgarien friedlich zu lösen" [720]. Damit trat für die erste Phase der Entwicklung, von der wir zunächst sprechen, eine Entspannung ein.

Die beiden hier angeführten Beispiele — das Verhalten gegenüber Österreich und das gegenüber Rumänien — beweisen jedenfalls, daß die Kühnheit auf diplomatischem Gebiet zu Anfang des Jahres 1913 ganz den von uns klargelegten militärischen Maßnahmen entsprach. Man sah in Paris der bekannten letzten Eventualität ruhig ins Auge. Denselben Eindruck erweckte auch das Auftreten Frankreichs auf der Botschafterkonferenz in London; hierfür besitzen wir ein Zeugnis aus der Feder des russischen Botschafters Benckendorff, der in einem Bericht vom 25. Februar schreibt[1]:

„Ich fange mit Frankreich an. Wenn man sich darüber einig war (ich komme darauf zurück), daß die englische Unterstützung nur rein diplomatischer Natur sein sollte, ohne Präjudiz für das, was schließlich dabei herauskommen würde, so ist jedenfalls von seiten Frankreichs ein Vorbehalt dieser Art nicht formuliert worden. Dies ist so wenig der Fall gewesen, man darf sich darüber nicht täuschen, daß, wie klug und maßvoll, obwohl niemals rätselhaft, H. Cambon sich in den Sitzungen verhalten hat, er sich in Wirklichkeit durchaus nach mir gerichtet hat, und zwar mehr als nach seinen eigenen Eingebungen. Im Gegenteil, wenn ich seine Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Überzeugung gleichkommt, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, welche, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde. Jedenfalls hat mir nichts gezeigt, daß Frankreich aktiv dazu beiträgt,

[1]) Auswärtiges Amt, Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges S. 156 ff.

in dem Sinne eines Kompromisses zu arbeiten. Nun, das Kompromiß — ist der Frieden; jenseits des Kompromisses liegt der Krieg.“

Und weiter unten:

„Die Lage, so wie ich sie beobachten konnte, scheint mir so zu liegen, daß alle Mächte aufrichtig daran arbeiten, den Frieden zu erhalten. Aber von allen ist es Frankreich, das den Krieg mit der verhältnismäßig größten Ruhe aufnehmen würde.

Frankreich hat sich, um einen bekannten Ausspruch zu gebrauchen, ‚wieder aufgerichtet‘. Es hat, sei es mit Recht oder Unrecht, vollständiges Vertrauen zu seinem Heere; der alte gärende Groll ist wieder aufgetaucht, und Frankreich könnte sehr wohl annehmen, daß die Umstände heute günstiger sind, als sie es später jemals sein würden. Ich möchte diesen Bericht nicht dadurch verlängern, daß ich untersuche, ob dies wahr ist. Aber Frankreich könnte von seinem Standpunkt aus in der Abschätzung der Lage wohl recht haben.“

Die Papiere Iswolskis bestätigen ein solches Urteil im Übermaß. Sie berechtigen uns darüber hinaus noch zu der Ansicht, daß der Kurs Poincarés direkt auf den baldigen bewaffneten Zusammenstoß eingestellt war.

Nun aber hoben wir bereits oben hervor, daß durch den Gang der Ereignisse auf dem Balkan zwangsläufig eine gewisse Wendung eintrat, die sich in hemmender Weise geltend machte. Schon der zweite Balkankrieg beschwor mit der Zeit vor allem für Rußland schwere Sorgen herauf. Das unersättliche Machtverlangen vor allem Bulgariens schlug eine unerwünschte Richtung ein. Es brachte nämlich sehr bald wieder eine Bedrohung der türkischen Hauptstadt Konstantinopel mit sich.

Am 28. März telegraphiert der russische Gesandte in Sofia, ein Durchbruch des bulgarischen Heeres durch die Tschataldschalinie sei zu befürchten, und knüpft hieran folgende Erwägungen:

„Sein Erfolg wäre der Einzug bulgarischer Truppen in Konstantinopel. Ist man bei uns auf jeden Fall bereit, mit der Möglichkeit zu rechnen, unsere Flotte und genügend Landungstruppen auf das erste Zeichen dorthin zu schicken? Ich erlaube mir nochmals die von mir während des Krieges wiederholt geäußerte Überzeugung auszusprechen, daß nur die tatsächliche und von uns anschaulich in die Tat umgesetzte Drohung mit der Besetzung Konstantinopels und des Bosporus im äußersten Falle imstande ist, entweder Österreich zu verhindern, sich auf der Balkanhalbinsel auszudehnen, oder England zu veranlassen, mit uns einen formellen und festen Vertrag für den Fall eines Zusam-

menstoßes zwischen den Großmächten zu schließen. Die Ovationen in der Duma haben hier sowohl auf die Bulgaren als auch auf das diplomatische Korps den größten Eindruck gemacht. Es gewinnt hier die Überzeugung Wurzel, daß die Kaiserliche Regierung unter gewissen Umständen nicht imstande sein wird, Neutralität zu bewahren. Ich bitte um Weisungen [795]."

Im Hinblick auf solche Ratschläge ist es von Bedeutung, daß uns ein Bericht Sasonows vom 8. Dezember 1913 verrät [1157], man habe tatsächlich im Zarenreich schon vorher sehr ernsthaft eine Landung in Konstantinopel ins Auge gefaßt, dann aber infolge der unüberwindlichen militärtechnischen Schwierigkeiten darauf verzichten müssen. Infolgedessen setzte man nun alle Bemühungen daran, um den zweiten Balkankrieg zu beendigen.

Schon drei Wochen vor der Bedrohung Konstantinopels hatte nach einem Telegramm Iswolskis vom 2. März der türkische Botschafter in London dem englischen Außenminister erklärt, „daß die ottomanische Regierung die Vermittlung der Mächte zwecks Herbeiführung des Friedens annimmt" [750]. Die Balkanstaaten waren ihrerseits auf diese Vermittlung nur hinhaltend eingegangen. Eine Depesche Sasonows vom 5. März unterrichtet uns von der bulgarischen Forderung der Grenzlinie Enos—Ergede—Midia. Griechenland antwortete ausweichend. Serbien verlangte vor allem eine Kriegsentschädigung [754]. Aus Telegrammen vom 8. und 10. [755, 758] März geht dann hervor, daß die Vermittlungsaktion bereits wieder aussichtslos erschien. Daraufhin erfolgt von englischer Seite die Anregung, auf die Verbündeten dadurch einen Druck auszuüben, daß die Großmächte ihnen die finanzielle Hilfe verweigern [759, 768]. Der französische Außenminister stimmt dem zu, Sasonow jedoch nur bedingt [768]. Erst die Bedrohung Konstantinopels bewegt ihn dann, das Friedenswerk mit voller Energie, ja sogar mit größter Hast zu betreiben. Am 27. März drahtet er, „im Hinblick auf den Fall von Adrianopel und bei der ernsten Gefahr einer Fortsetzung der militärischen Operationen sei es erwünscht, daß die Türkei ohne Zeitverlust ihre Zustimmung zu der von Bulgarien genannten Grenzlinie gebe" [789]. Hinsichtlich der Kriegsentschädigung für die Balkanstaaten wird der Ausweg gefunden, eine besondere Konferenz mit deren Festsetzung zu betrauen [801]. Daß auch dieses Zugeständnis auf die Furcht Rußlands vor einem bulgarischen Vordringen nach der Hauptstadt der Pforte zurückzuführen ist, zeigt uns ein Telegramm Sasonows vom 31. März an Benckendorff, in dem es heißt:

„Die Notwendigkeit, den Grundsatz der Kriegsentschädigung anzuerkennen, wird durch den großen Ernst der Lage begründet, falls

die Bulgaren in Konstantinopel einmarschieren sollten. In diesem Falle würde es schwer sein, sie ohne Zwangsmaßnahmen zum Verlassen des Gestades am Marmara-Meer zu veranlassen. Außerdem wären bei einem Zutritt der Bulgaren zu diesem Meer das Schicksal Konstantinopels und die Freiheit der Schiffahrt durch die Meerengen so wenig gesichert, daß es für uns unbedingt nötig wäre, reale Garantien zu besitzen, ohne die die Freiheit unseres Ausfuhrhandels auf dem Schwarzen Meere von dem Ermessen Bulgariens abhängen würde. Dementsprechend könnte die ganze Richtung, die die Balkankrise bisher genommen hat, sich wesentlich ändern, wobei natürlich die Möglichkeit äußerst ernster Verwicklungen nicht ausgeschlossen wäre[1]) [807]."

Schließlich unterzeichneten die Kriegführenden am 16. April einen Waffenstillstand, und dadurch war die akute Gefahr für das Zarenreich beschworen.

Die Finanzkonferenz, die wir gerade beschließen sahen, sollte in Paris zusammentreten. Damit fiel sie also in den Bereich der Tätigkeit Iswolskis, und durch ihn erfahren wir denn auch Einzelheiten über sie, die nicht nur spezielles, sondern darüber hinaus allgemeines Interesse haben. In einem Schreiben vom 22. Mai — wenige Tage vor der Eröffnung, die er voraussichtlich am 27. Mai erwartet — untersucht er den Zweck und die Aussichten der bevorstehenden Beratungen. Gleich anfangs spricht er sich gegen die „auf Initiative Deutschlands getroffene Entscheidung" aus, „den Delegierten der Kriegführenden nur eine beratende Stimme zu überlassen" [890]. Ein Telegramm von ihm vom 24. Mai [893] meldet dann den gleichfalls bestehenden, allerdings nur halben Widerspruch Greys gegen diese Maßnahme, und Sasonow depeschiert am 24. Mai, falls die deutsche Ansicht durchdringe, so könne eben der ganzen Finanzkommission der Mächte nur ein beratender, kein beschließender Charakter zugebilligt werden [892]. So versuchte man von der ersten Stunde an, einen für die Schützlinge des Zarenreiches ungünstigen Verlauf der Verhandlungen unmöglich zu machen. Das genannte Schriftstück enthält aber noch andere Bedenken des Absenders. Er fürchtet, „die Stellung der russischen Delegierten werde zweifellos sehr schwierig sein", da sie als Sachwalter der Balkanstaaten „in hohem Grade isoliert" dastehen würden. Im Anschluß hieran schildert er eingehend, daß in Frankreich starke Strömungen, besonders unter den Finanzkreisen, an der Türkei interessiert seien und daher für diese eintreten würden. In gewohnter Art laufen dann die Klagen auf einen

---

[1]) Vgl. auch: Affaires Balkaniques II, Nr. 193 und 220.

Vorschlag zu umfassender Bestechung der französischen Presse durch die Balkanstaaten hinaus [890].

Wichtig für den größeren Zusammenhang ist jedenfalls die von Iswolski ausgesprochene Erwartung eines Gegensatzes zwischen Paris und Petersburg in der Frage der finanziellen Behandlung des ottomanischen Reiches, und es wird sich bald zeigen, daß sich damit schon jene zweite für den Kurs Poincarés weniger günstige Phase der Balkanwirren ankündigte, von der wir eben sprachen.

Um ihre Rückwirkung auf die Haltung der französischen Regierung richtig beurteilen zu können, müssen wir uns zuerst wieder an die äußeren Vorgänge erinnern. Die verbündeten Angreifer auf die Pforte gerieten bekanntlich wegen der von ihnen gemeinsam errafften Kriegsbeute untereinander in Streit. Erste Anzeichen der Uneinigkeit zwischen den Waffenbrüdern melden sich bereits früh an. Ein Telegramm Sasonows vom 6. April unterrichtet uns davon, daß der russische Außenminister bereits damals Griechenland vor „verderblichen Schritten gegen Bulgarien“ warnen muß [823], und am gleichen Tage wird Benckendorff beauftragt, die Aufmerksamkeit Greys darauf zu lenken, „daß die Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien sich gefährlich zugespitzt haben“ [824]. Der Konflikt der beiden zuletzt erwähnten Länder ist am 11. Mai so stark, daß Frankreich gebeten wird, in Sofia und Belgrad zu erklären, es werde Kredite nur gewähren, wenn man sich dort zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens verstehen werde [878]. Zur Beseitigung des bulgarisch-griechischen Zwistes wird von Petersburg aus der Vorschlag eines Schiedsgerichtes durch die Ententeländer gemacht, den aber die französische Regierung, wie Iswolski am 26. Mai depeschiert, nicht befürworten zu können glaubt [898], während Rußland wiederum den Gegenvorschlag eines Schiedsspruches aller Großmächte ablehnt [900].

Die provozierende Haltung Bulgariens nimmt unterdessen immer mehr zu. Eine Drahtnachricht Iswolskis vom 3. Juni besagt, daß man in Sofia Bukarester Anerbietungen von Waffenhilfe ausgeschlagen habe, weil man auch Rumänien keine Zugeständnisse machen wollte [905]. Kurz darauf tat Rußland Schritte, um seinerseits den drohenden Zusammenstoß zu verhüten. Nikolaus II. erinnert in einem persönlichen Telegramm an die Könige von Bulgarien und Serbien an die früher übernommene Verpflichtung, dem Zarenreich die Entscheidung ihrer Meinungsverschiedenheiten zu übertragen [909]. Die Antworten lauten befriedigend, und somit kann Sasonow am 13. Juni mitteilen, die russische Regierung lade die Ministerpräsidenten der Balkanstaaten

nach Petersburg ein, „wo alle strittigen Fragen und die Mittel zu ihrer Lösung einer Prüfung unterzogen werden und eine bestimmte Richtung erhalten sollen“ [913]. Damit scheint ein glücklicher Ausweg gefunden, und Sasonow trifft bereits Vorbereitungen für die in Aussicht genommenen Verhandlungen [931], als plötzlich Bulgarien aus Furcht vor allgemeiner Umklammerung durch seine Widersacher am 29. Juni losschlägt und somit den dritten Balkankrieg entfesselt. Nun wenden sich auch Rumänien und die Türkei gegen das isolierte Land, das der überlegenen Macht der zahlreichen Feinde rasch unterliegt.

Mit einem Schlage war die Lage wesentlich verändert. Der Balkanbund war gesprengt und das Zusammengehen der Völker in der Südostecke Europas unter russischer Obhut empfindlich gestört. An der Newa hielt man angesichts dieser peinlichen Wendung der Dinge das alte Übereinkommen mit dem ungehorsamen Bulgarien zum Schutz seines Territoriums für ungültig und versuchte nur zu retten, was noch zu retten war, indem man alle Hebel in Bewegung setzt, um dem Blutvergießen unter den Verbündeten ein rasches Ende zu bereiten.

Eine besondere Schwierigkeit entstand dadurch, daß es der Pforte gelang, das lange so heftig umstrittene Adrianopel wiederzubesetzen. Da tauchte in Rußland abermals der Gedanke auf, die Meerengenfrage durch einen Handstreich im eigenen Interesse zu lösen. Angesichts der oben erwähnten militärtechnischen Hindernisse für einen direkten Vorstoß nach dem Bosporus und den Dardanellen faßte man das Einschlagen des Weges durch Kleinasien ins Auge. Darauf deutet zunächst das Anschneiden der armenischen Frage hin. Nach einem Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel vom 11. Juli verlangte man, wohl um einen Vorwand für die Aktion zu gewinnen, von der Türkei in Armenien Reformen, die nicht darauf gerichtet waren, „den Verfall des ottomanischen Reiches zu verhindern“ [951]. Noch klarer weist ein Telegramm Iswolskis vom 25. Juli in diese Richtung, denn dort lesen wir: „Was die Möglichkeit eines einseitigen Vorgehens unsererseits gegen die Türkei anbelangt, so wäre sie nach Ansicht Pichons mit den ernstesten Gefahren für den europäischen Frieden verknüpft: sie werde notwendigerweise Gegenmaßnahmen sowohl von seiten Österreichs zur Folge haben, das die Lage zu einem Druck auf Serbien ausnützen werde, als auch von seiten Deutschlands, das auf seine Rolle eines Beschützers der Türkei nicht verzichte und daher die Ereignisse in Kleinasien kaum ruhig hinnehmen werde.“ Und weiter unten heißt es: „Mehr als alles andere, fürchtet Pichon eigenwillige Handlungen unsererseits in Armenien, da dies der Anlaß zum Zusammenbruch des türkischen Reiches sein und die Frage

einer Aufteilung der asiatischen Türkei aufrollen könnte, worauf Europa nicht vorbereitet sei [970].“

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und Petersburg in diesem Punkte nimmt ziemlich scharfe Formen an. Iswolski erwidert nach einer zweiten Depesche vom 25. Juli dem französischen Außenminister, „seine Antwort könnte in Petersburg einen sehr peinlichen Eindruck erwecken, besonders in einem Zeitpunkt, wo die Würde und die geschichtlichen Überlieferungen Rußlands auf dem Spiele ständen.“ Er hält es sogar für nicht unmöglich, daß Deutschland eine entgegengesetzte Haltung einehmen werde, um „den Traum Kaiser Wilhelms, die Zerstörung des Dreiverbandes, zu verwirklichen“ [971]. Am nächsten Tage ist Pichon zwar etwas nachgiebiger, ist aber, wohl um den Eindruck des Widerspruchs gegen die russischen Pläne von sich auf Deutschland abzuschieben, geneigt zu einer Anfrage in Berlin. Im übrigen erklärt er, „ein Vorgehen in der europäischen Türkei entweder unmittelbar gegen Konstantinopel oder durch eine Landung an irgendeinem Punkt der Küste des Schwarzen Meeres vorzuziehen“. Wußte er, daß dies aus den genannten Gründen so gut wie unmöglich war und riet er deshalb dazu? Eines ist klar: Frankreich war damals gegen Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei, weil es deren Untergang nicht wollte, und es stellte sich die seltsame Situation heraus, daß sich zu gleicher Zeit Österreich und Rußland auf diplomatischem Gebiet näherkamen, weil beide Mächte in einer akuten Angelegenheit, wie es in der eben angeführten Depesche heißt, „dasselbe Ziel verfolgten, nämlich den Zusammenbruch Bulgariens zu verhindern“. Eine Meldung Iswolskis vom 28. Juli bringt dann noch weitere die augenblickliche Konstellation beleuchtende Einzelheiten:

„Pichon las mir ein Telegramm aus Berlin vor, in dem J. Cambon folgendes mitteilt:

1. Jagow hat die österreichische Regierung gefragt, wie sie sich zu einem etwaigen alleinstehenden Vorgehen Rußlands gegen die Türkei stellen würde. Es wurde ihm geantwortet, Österreich werde ein solches nicht verhindern, behalte sich aber das Recht vor, entsprechende Maßnahmen zum Schutze Bulgariens zu ergreifen. J. Cambon fügt hinzu, es handle sich offenbar um den Sandschak.

2. Auf dieselbe von London aus gestellte Frage hat Jagow geantwortet, Deutschland würde gegen ein Vorgehen Rußlands keinen Einspruch erheben, vorausgesetzt, daß dieses sich nur auf die europäische Türkei erstrecken und zeitlich begrenzt sein werde, und daß die Mächte durch Rußland vorher davon benachrichtigt würden [977].“

Die wahren Gründe für die Stellungnahme Frankreichs werden wir sogleich erkennen. Sie liegen genau in der Richtung, die schon in dem früher angeführten Brief Iswolskis über die Aussichten der Finanzkonferenz in Paris zur Festsetzung der Kriegsentschädigung für die Balkanstaaten angeführt werden. Dort hieß es, daß mächtige französische Bankkreise aufs äußerste an Geschäften mit der Pforte interessiert seien. Nun verraten uns in vollem Einklang hiermit die Akten eine immerhin erstaunliche Tatsache: Während Rußland eine drohende Haltung gegen das Ottomanische Reich einnimmt und mit Nachdruck verlangt, daß man zur Erzielung eines Nachgebens in Konstantinopel bezüglich Adrianopels der Türkei wenigstens jede finanzielle Unterstützung versagen solle, finden an der Seine Verhandlungen mit türkischen Vertretern statt, die gerade eine solche finanzielle Unterstützung bezwecken. Die erste Andeutung hierfür bringt ein Telegramm Sasonows vom 1. August, das Nachrichten von „nicht offizieller" Hilfe Pariser Bankkreise erwähnt und im Anschluß hieran erklärt:

„Es wäre erwünscht, die ernsteste Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf zu lenken, daß eine so grundlegende Unstimmigkeit zwischen uns und der uns verbündeten Macht über eine Angelegenheit, die mit ernsten Verwicklungen droht, unzulässig ist [981]."

Es handelte sich in Kürze um Besprechungen über türkische Eisenbahnlinien, die an französische Kapitalisten abgetreten werden sollten, und um Zahlungen der Tabakregie an die Pforte.

Eine weitere Depesche von Sasonow vom 4. August beginnt mit den Worten: „Die Nachricht, daß demnächst von Frankreich die Verträge mit der Türkei unterzeichnet werden sollen, macht auf uns einen sehr peinlichen Eindruck.

Unserer Meinung nach wäre es an der Zeit, daß Sie hierüber mit Pichon freundschaftlich, aber ernstlich sprechen. Es wird uns in letzter Zeit immer schwieriger, auf die Fragen und Zweifel der Vertreter von Presse und Gesellschaft zu antworten: diese vermerken die ständige Unstimmigkeit zwischen uns und unserem Verbündeten in Fragen, die für uns weit wesentlicher sind als für ihn [987]."

Der Zwist besteht weiter und bringt Iswolski in große Verlegenheit. Wie ein Notschrei klingt es, wenn er am 9. August drahtet:

„Ich nutze jede Gelegenheit aus, um Pichon darauf vorzubereiten, daß in nächster Zukunft Zwangsmaßregeln gegen die Türkei zur Durchsetzung der Räumung Adrianopels unsererseits unvermeidlich seien. Ich gestatte mir die dringende Bitte, mich möglichst rechtzeitig davon zu benachrichtigen, welche Art Zwangsmaßnahmen wir zu ergreifen beabsichtigen. Alle hiesigen Gesellschaftskreise, und besonders die so

sehr einflußreichen Finanzkreise, sind dieser langdauernden Krise äußerst überdrüssig, und jede neue Verwicklung würde hier äußerst wenig volkstümlich sein. Die Presse aller Schattierungen spricht sich fortgesetzt gegen jede Revision des Vertrages von Bukarest aus und erinnert daran, daß wir uns selbst gegen die Angliederung Adrianopels an Bulgarien ausgesprochen und erklärt haben, die an dem Bruderkrieg Schuldigen würden die Verantwortung hierfür zu tragen haben. Da die französische Regierung in äußerstem Maße von der öffentlichen Meinung abhängig ist, muß man alles dies berücksichtigen [998]."

Die Antwort Sasonows lautet am 11. August, das Zarenreich bemühe sich, „in betreff des Druckes auf die Türkei wegen der Räumung Adrianopels, dem Wunsche Frankreichs und der übrigen Mächte entsprechend, die Notwendigkeit eines aktiven Eingreifens zu umgehen", verlangt aber — im Einklang mit dem bisherigen Standpunkt —, Frankreich und England sollten „offen erklären, der Türkei werde, solange sie Adrianopel nicht geräumt habe, jedes finanzielle Geschäft verweigert werden" [1000]. Pichons Ausflüchte wegen der Zahlungen der Tabakregie, die darauf hinausliefen, daß die Republik in diesem Falle keine ausschlaggebende Stimme gehabt habe, werden am 12. August vom russischen Botschafter als „auf einem unbegreiflichen Irrtum" beruhend bezeichnet [1001].

Wieder und wieder versucht Iswolski den Gegensatz nach dem Wunsche seiner Regierung zu überwinden, aber er hat dabei, wie uns eine Depesche vom 12. August zeigt, kein Glück:

„Die hiesige Stimmung in der Adrianopel-Frage macht mir immer mehr Sorge. In meinen Gesprächen mit den Ministern, Politikern und Journalisten erkläre ich auf das bestimmteste, daß diese Frage unsere historischen Überlieferungen berühre und daß, wenn wir in einem solchen Augenblick bei dem verbündeten Frankreich nicht ausreichende Unterstützung und Sympathie fänden, der Einfluß auf die Zukunft des Bündnisses der schlimmste sein könne. Die Regierung versteht es offenbar und versichert, daß wir voll auf unseren Bundesgenossen rechnen könnten, zugleich verbirgt man mir aber nicht, daß alle Schichten der Bevölkerung durch die zu lange dauernde Krise übermüdet seien, daß die Finanzkreise nach Beruhigung dürsteten, und daß es sehr wohl möglich sei, bei neuen Verwicklungen würde die öffentliche Meinung nicht hinter der Regierung stehen [1002]."

Zu allem Unglück lief parallel mit dieser Divergenz noch eine zweite, die die innere Krise im Lager der Entente noch vertiefte, nämlich die Meinungsverschiedenheit zwischen Republik und Zarenreich in der sogenannten Kawalla-Frage. Griechenland und Bulgarien verlang-

ten beide Kawalla für sich. Rußland stellte sich schon am 12. Juli auf den Standpunkt, daß es die griechischen Ansprüche, „die auch auf seiten Österreichs und seiner Verbündeten Widerspruch begegnen“ würden, nicht gutheißen könne [955]. Am 1. August unterrichtet Sasonow Benckendorff davon, daß man in Athen, wenn auch wider Willen, zum Nachgeben bereit sei [982]. Da meldet am 3. August der russische Gesandte in Athen, Demidow, sein französischer Kollege habe geäußert, nach Ansicht seiner Regierung müsse Kawalla an Griechenland fallen [985]. Hierauf entwickelt der russische Außenminister am 4. August die Gesichtspunkte, auf Grund deren er darauf besteht, „daß Kawalla den Bulgaren verbleibt“. Sie sind zum Teil für die nächste Zukunft nicht unwichtig und sollen daher wiedergegeben werden:

„1. Dieser Hafen, der wirtschaftlich für Griechenland, das bereits Saloniki und den Golf von Orfano erhalten hat, durchaus nicht notwendig ist, ist für Bulgarien als einziger Hafen am Ägäischen Meer, der ausgebaut werden kann, unentbehrlich. Den Bulgaren ist von den Mächten bereits die Insel Thasos versprochen worden, deren Besitz die Notwendigkeit des Besitzes von Kawalla voraussetzt, da sonst die Nachbarschaft des Hafens und der Insel notwendig zu Reibungen führen muß.

2. Wir sind zur maritimen Stärkung Griechenlands, deren Ausnutzung den Mächten des Dreiverbandes erwünscht ist, geneigt, wünschen aber durchaus nicht, ein übermäßiges Streben Griechenlands in der Richtung nach den Dardanellen hin zu fördern, und meinen, daß Kawalla und Thasos in bulgarischen Händen die nützliche Rolle einer Schutzwand dagegen spielen könnten.

3. Die Absicht Österreichs, Kawalla den Bulgaren zu geben, würde uns in eine schiefe Lage bringen, wenn diese gerechte Forderung nicht von uns unterstützt würde. Auch erklärt dies in den Augen Griechenlands unsere Haltung, die keineswegs durch Mißgunst veranlaßt ist.“

Sasonow kann aus den genannten Gründen den Standpunkt Frankreichs nicht verstehen und beauftragt seinen Botschafter, Pichon zu bekehren. „Weisen Sie auf den üblen Eindruck hin, den es auf unsere öffentliche Meinung macht, daß wir in dieser Frage wie in der der Finanzierung der Türkei im Gegensatz nicht zu unseren gewöhnlichen Gegnern, sondern zu Frankreich stehen [986].“ Doch auch hier bleiben die Vorstellungen Iswolskis vergebens, und schließlich dringt der Pariser Standpunkt tatsächlich durch: Kawalla kommt an Griechenland. Zum zweiten Male sah also Rußland seine Wünsche infolge des Einspruches gerade der ihm verbündeten Macht durchkreuzt.

Wenn wir die in kurzer Zusammenfassung geschilderten Vorgänge ihrem Inhalt nach überdenken, so werden wir uns unwillkürlich die Frage vorlegen: Wie konnte es zu einem solchen Zwiespalt kommen? Ansätze zu einer Erklärung der Ursachen begegneten uns hinsichtlich des französischen Verhaltens zur Türkei in mehreren Schriftstücken Iswolskis. Es ist jedoch von besonderem Wert, daß uns einige Briefe aus der Feder des gleichen Diplomaten vorliegen, die zum Teil in der Form von Verteidigungsschriften für seine eigenen Mißerfolge die gesamte politische Einstellung Frankreichs in jenen Tagen behandeln und uns in ziemlich lückenloser Weise die nötigen Aufschlüsse erteilen. Werfen wir also einen Blick auf seine Betrachtungen! Was Kawalla anbelangt, schreibt Iswolski am 12. August:

„Für den Entschluß, die Pläne ihres Bundesgenossen zu durchkreuzen, hat die (französische) Regierung einen schwerer wiegenden Grund haben müssen. Meiner Ansicht nach ist dieser in dem Umstande zu suchen, daß es sich nicht um eine reine Balkanfrage, sondern um eine Mittelmeerfrage handelte, der hier grundlegende Bedeutung beigelegt wurde. Sie wissen sowohl durch mich als auch durch unseren Geschäftsträger in Rom, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sich in letzter Zeit infolge der Haltung der italienischen Regierung in der Frage der Ägäischen Inseln ernstlich zugespitzt haben. Pichon äußerte mir gegenüber seinen stärksten Argwohn, Italien verfolge das heimliche Ziel, eine oder mehrere dieser Inseln (die es im Tripoliskrieg besetzt hatte) zu behalten. Man ist hier der Ansicht, daß ein derartiger Erwerb das Gleichgewicht im östlichen Teil des Mittelmeeres stören werde, und Pichon hat mir mehrmals nacheinander und in entschiedenster Form erklärt, daß weder Frankreich noch England dies zulassen könne, und daß die französische Regierung die Absicht habe, sich einem derartigen Plan ‚mit allen Mitteln‘ — mit anderen Worten: sogar durch einen Krieg — zu widersetzen. H. Pichon hat Grund gehabt, anzunehmen, daß Marquis di San Giuliano bei seiner Anwesenheit in Kiel Kaiser Wilhelm überredet hat, die Vereinbarungen des Dreibundes dahin abzuändern, daß Italien eine oder mehrere Inseln im Ägäischen Meer zugesichert werden; das Vorgehen der italienischen Regierung gegen Griechenland in der Kawalla-Frage wurde hier mit diesen Plänen und Ränken in Zusammenhang gebracht, und es ist daher einem besonders heftigen Widerstand begegnet. Sie kennen natürlich in allen Einzelheiten den hartnäckigen Kampf zwischen dem französischen und dem italienischen Botschafter während der Londoner Botschafterkonferenz, ein Kampf, der nur durch einen aufrichtigen Meinungsaustausch zwischen Pichon und Tittoni beigelegt wurde,

worüber ich Ihnen telegraphiert habe. H. Pichon hat dem italienischen Botschafter den Standpunkt der italienischen Regierung hinsichtlich des Gleichgewichts im Mittelmeer mit Nachdruck dargelegt und ihn gefragt, ob in dieser Beziehung in den Abmachungen des Dreibundes irgendeine Veränderung eingetreten sei. Ihnen ist bereits bekannt, daß H. Tittoni im Namen seiner Regierung geantwortet hat, die erwähnten Abmachungen blieben unverändert, und Italien habe die Absicht, das mit Frankreich geschlossene Abkommen nach wie vor durchaus loyal zu erfüllen. Diese Erklärung hat Pichon zum großen Teil beruhigt, und seit dieser Zeit macht sich in der bisher zwischen der französischen und der italienischen Presse geführten scharfen Fehde eine Abschwächung bemerkbar. Trotzdem hat mir H. Pichon heute gesagt, er sei immer noch nicht von der Aufrichtigkeit der italienischen Regierung ganz überzeugt, und die heute auf der Londoner Botschafterkonferenz über die Inseln angenommene Entschließung könne weiteren Versuchen Italiens, Rhodos und Stampalia zu behalten, Vorschub leisten [1006]."

Diese Erwägungen enthalten zweifellos durchaus richtige Gesichtspunkte und bedürfen keiner weiteren Ergänzungen. Das Mittelmeer war ein Gebiet, auf dem sich die französischen und russischen Interessen nicht deckten, und darum führte der dritte Balkankrieg mit seinem Hader um die Beute notwendigerweise zu einer Reibung.

Weniger erschöpfend sind in demselben Brief die Ausführungen zur Adrianopel-Frage. Sie wiederholen eigentlich nur, was wir bereits gehört haben, indem gesagt wird:

„In meinen Telegrammen habe ich Ihnen meine Befürchtungen und Sorgen ausgesprochen, die mir die Adrianopel-Frage macht. Nach einer elf Monate dauernden Krise, die die schädlichsten Folgen für den europäischen Wirtschaftsmarkt gehabt hat, ist man hier wie überall sehr müde; die Finanzkreise verlangen laut nach Ruhe und fordern Beschlüsse, die auf die Zahlungsfähigkeit der Türkei Rücksicht nehmen. Türkenfreundliche Neigungen machen sich hier übrigens nicht nur in der Geschäftswelt bemerkbar; wie Ihnen bekannt ist, sind auch die ‚Bureaus' des Außenministeriums in hohem Grade davon angesteckt. Djavid-Bei, der sich hier aufhält, steht in ständiger Fühlung mit der hiesigen Presse und versichert ungeachtet der kärglichen türkischen Finanzen, er verfüge über bedeutende Geldmittel, um Journalisten zu beeinflussen. Unter diesen Umständen und bei der überaus großen Abhängigkeit der französischen Regierung von der öffentlichen Meinung muß man befürchten, daß wir auch hinsichtlich Adrianopels nicht auf die genügende Unterstützung in Paris rechnen können und daß, wenn ein oder zwei Mächte, z. B. Deutschland und England, sich für

die Anerkennung der vollendeten Tatsache aussprechen, man sich hier mehr oder weniger offen diesem Standpunkt anschließen wird. In einigen bedeutenden Zeitungen wird bereits daran erinnert, daß wir selbst uns beim Ausbruch der Krise gegen die Überlassung Adrianopels an Bulgarien ausgesprochen und vor Beginn des zweiten Balkankrieges erklärt hätten, die Urheber, d. h. in diesem Falle die Bulgaren, müßten die Verantwortung für ihre Handlungen tragen. Infolge des oben Dargelegten machte ich alle Anstrengungen, sowohl den französischen Ministern als auch der Presse auseinanderzusetzen, daß, wenn Frankreich uns in dieser Frage, die unsere Würde und unsere geschichtlichen Überlieferungen berühre, nicht hinreichend unterstützen werde, das die schädlichste Rückwirkung auf die Zukunft des französisch-russischen Bündnisses ausüben könne. Wie ich Ihnen telegraphiert habe, erklärt mir Pichon ganz bestimmt, daß wir hinsichtlich Adrianopels auf die vollste Unterstützung des verbündeten Frankreich rechnen könnten, aber gleichzeitig verheimlicht er mir nicht, daß er selbst eine entgegengesetzte Stimmung von seiten der französischen öffentlichen Meinung befürchtet, und daß er insbesondere kein praktisches Mittel sieht, die Räumung auf friedlichem Wege zu erreichen [1006].“

Hier hätte sich Iswolski kürzer fassen können, wenn er einfach zugegeben hätte, daß man in Frankreich mit Rußlands Absichten nicht einverstanden war, weil die völlige Auflösung des Ottomanischen Reiches, die ein Unternehmen gegen dessen kleinasiatischen Teil mit sich geführt hätte, für die Republik ein Verlust unersetzlicher finanzieller Werte gewesen wäre. Sicher wußte man sich in Paris bei der Abneigung gegen die diesbezüglichen Pläne des Zarenreiches mit England einig, das sich, wie mehrere Äußerungen Greys aus jener Zeit erkennen lassen, mit großem Nachdruck für die Erhaltung der asiatischen Türkei einsetzte.

Aber es kommt noch ein weiteres Moment hinzu, das die Haltung der leitenden Pariser Kreise erst in das richtige Licht rückt und das, obwohl von Iswolski verschwiegen, im großen Zusammenhang der von uns zu betrachtenden Gesamtentwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Wir haben mehrmals hervorgehoben, daß im Laufe des Jahres 1913 die kriegerischen Bestrebungen in Paris, die zu Beginn dieses Jahres mit solcher Intensität einsetzten, durch die Fortdauer der Balkanwirren und deren Folgen eine gewisse Unterbrechung erfuhren. Erinnern wir uns nur daran: Zu Beginn ist sich die französische Regierung vollauf dessen bewußt, daß die Lage ihr Land in den Krieg treiben kann, und sie faßt diese Möglichkeit mit Kaltblütigkeit ins Auge. Ihr Verhalten auf der Londoner Konferenz ist derart,

daß Benckendorff in dem oben teilweise zitierten Schreiben vom 25. Februar sogar davon spricht, es könne der Krieg aus Interessen ausbrechen, „die mehr französisch als russisch sind“. Und nun, zum Schluß, erweckt der geplante Vorstoß Rußlands durch die asiatische Türkei sichtliche Abneigung. Genügen da wirklich die finanziellen Interessen der Republik als Erklärung? Nein, auch hier müssen wir, wie im Falle Kawallas, nach tieferen Ursachen forschen, und wir werden sie leicht entdecken, wenn wir alle Faktoren in Rechnung ziehen.

Nach dem Sieg der Balkanstaaten Ende 1912 erwartete man an der Seine, wie wir sahen, ein Eingreifen Österreich-Ungarns gegen Serbien. Das versprach einen allgemeineuropäischen Krieg, in den vor allem auch Deutschland verwickelt werden mußte, und ein solcher Krieg war nach dem Wunsche von Männern vom Schlage Poincarés. Er verdiente die Bezeichnung Benckendorffs, nämlich mehr im französischen als im russischen Interesse. Ganz anders verhält es sich in der Zeit, die wir eben genauer untersucht haben: Wäre der Vormarsch des Zarenreiches durch Kleinasien zur Gewinnung der Dardanellen ins Werk gesetzt worden, dann wäre der große Zusammenstoß vermieden worden. Wir konnten feststellen, daß vor allem England sicher die stärkste Unzufriedenheit gezeigt hätte. Dann hätte Rußland sein eigentliches Ziel, die Meerengen, erreicht, ohne daß zugleich Frankreich seine Revanchegelüste an dem germanischen Nachbarn hätte zu stillen vermögen, und überdies wäre zwischen London und Petersburg eine Kluft entstanden, die die Entente gesprengt hätte. Das waren die Erwägungen, die Frankreichs Verhalten letzten Endes bestimmten. Für diejenigen Kräfte an der Seine, die, wie Poincaré, die Vernichtung des Erbfeindes Deutschland auf ihre Fahne geschrieben hatten, war eben der Gesamtkampf zwischen Entente und Mittelmächten der einzig gangbare Weg, und deshalb mußte es ihnen mißfallen, wenn der slawische Bundesgenosse sein imperialistisches Problem auf eine Weise anpackte, die diesen Gesamtkampf umging. Deshalb hörten wir Poincaré wiederholt erklären, Frankreich werde seine Verpflichtungen erfüllen, wenn Deutschland in den Krieg mit einbezogen werde. Und deshalb machte sich immer in Paris eine gewisse Nervosität bemerkbar, wenn es Aussichten zu einem „eigenmächtigen“ Vorgehen Rußlands gab. Nur unter der Bedingung eines allgemeinen Zusammenstoßes hatte der Waffengang für die Republik einen verlockenden Sinn.

Zog man nun in Petersburg aus den eben gemachten Erfahrungen seine Lehren? Man trachtete nach den Meerengen, darüber kann im Hinblick auf die Vorgänge des Jahres 1913 nicht mehr der geringste

Zweifel bestehen. Man hatte zuerst den direkten Weg nach dem Bosporus ins Auge gefaßt und ihn verwerfen müssen, weil er praktisch ungangbar war. Dann wollte man den Umweg über Kleinasien einschlagen. Hier aber riefen dem Zarenreich gerade seine Verbündeten ein Halt entgegen. War es nun nicht logisch und notwendig, daß man sich jetzt nach einem dritten Weg umsah und dabei den entdeckte, auf dem man gewiß sein konnte, nicht nur keinen Widerstand, sondern, wie so unzweideutig versichert war, die tatkräftigste Hilfe zum mindesten von seiten Frankreichs zu finden?

Auch hier wollen wir wieder jeden voreiligen Schluß vermeiden und uns nur an die Dokumente halten. Das nächste Kapitel wird uns die Antwort geben.

VI

Dem Weltkrieg entgegen

In einem seiner Briefe, in denen Iswolski die politische Stellungnahme der französischen Regierung während des dritten Balkankrieges zu erklären versucht, zieht er, um seinen Außenminister Sasonow zu beruhigen, gewissermaßen die Bilanz aus den politischen Vorgängen der letzten Monate unter dem Gesichtswinkel der besonderen russischen Interessen. Diese Betrachtungen sind schon deshalb beachtenswert, weil sie uns nochmals beweisen, wie sehr der Angriffskrieg gegen die europäische Türkei ein Unternehmen im Sinne der Bestrebungen des Zarenreiches war. Außerdem führen sie uns in die Lage ein, die mit der allmählichen Beendigung der Wirren in der Südostecke unseres Kontinentes geschaffen war.

Iswolski versteht nicht, warum man in Petersburg mit dem Frieden von Bukarest, der das Siegel auf die herbeigeführte gewaltsame Umwälzung setzte, nicht zufrieden ist und nachträglich eine Revision dieser Abmachungen wünscht. „Es will mir im Gegenteil scheinen," so erklärt er in seinem Schreiben vom 14. August 1913, „daß sich die Ereignisse für uns äußerst vorteilhaft und günstig gestaltet haben. So betrübend der zweite Balkankrieg in rein menschlicher und gefühlsmäßiger Hinsicht auch ist, so hat er uns doch der sehr schwierigen Verpflichtung überhoben, die Aufteilung Mazedoniens unter die Verbündeten auf uns zu nehmen. Diese Aufgabe war völlig unlösbar und hätte uns mit einem Schlage mit allen Balkanstaaten verfeindet. Ich habe in meinem Leben viel und lang mit Balkanpolitikern gesprochen und war stets davon überzeugt, daß eine friedliche Aufteilung unmöglich ist. Worin die Wünsche der Bulgaren bestanden, ersieht man sehr klar aus der beigefügten Karte, welche kurz vor Beginn des zweiten Balkankrieges von Bulgarien offiziell herausgegeben wurde. Es ist bemerkenswert, daß auf dieser Albanien bis zum Ägäischen Meer reicht,

was deutlich die österreichische Beihilfe enthüllt. In seinen Unterredungen mit mir hat Danew ganz ähnliche Forderungen gestellt, und den hiesigen Pressevertretern und Politikern hat er ganz offen erklärt, daß, wenn Rußland Bulgarien nicht helfen sollte, diese Forderungen durchzusetzen, sie mit Hilfe Österreichs verwirklicht würden; von diesem seien bestimmte Versprechungen hierüber gemacht worden. Ich meine, man darf nicht daran zweifeln, daß Bulgarien von Beginn der Krise an in enger Verbindung mit Wien gestanden hat. Wenn Österreich sich in seinen Berechnungen nicht getäuscht hätte und Bulgarien siegreich aus dem zweiten Kriege hervorgegangen wäre, so wäre dies meiner Ansicht nach für uns äußerst gefährlich und nachteilig gewesen, denn, wie die Karte zeigt, wäre ein Großbulgarien natürlich keine Stütze des Gleichgewichts auf dem Balkan gewesen, sondern hätte nur weitergehende bulgarische Pläne in der Richtung auf Konstantinopel gezeitigt, und Bulgarien wäre wahrscheinlich ein Glied eines gegen uns gerichteten österreichisch-bulgarischen Blocks geworden."

Nach diesen sehr charakteristischen einleitenden Bemerkungen, die uns schon klar genug verraten, daß der russische Botschafter in Paris wie immer in erster Linie den Gegensatz zur Donaumonarchie im Auge behielt, fährt er noch deutlicher fort:

„Ich habe es als Ihr politisches Meisterstück betrachtet — und denke auch heute noch so —, daß Sie Rumänien von Österreich getrennt haben. Davon träumte ich stets, konnte dies aber nicht erreichen oder verstand es nicht. Infolge der rumänischen Einmischung sind die österreichisch-bulgarischen Pläne gescheitert, und ich sehe nicht ein, warum wir das besonders bedauern sollten. Wenn die Rede darauf kommen sollte, Bulgarien aufzuteilen, so müßten wir uns dem natürlich widersetzen. In Wirklichkeit hat Bulgarien infolge der verräterischen Umtriebe von Danew und Genossen einen verhältnismäßig unbedeutenden Verlust erlitten. Nicht seinen tatsächlichen Lebensinteressen, sondern nur seinen übermäßigen Wünschen ist ein Schlag versetzt worden. Ich meine, daß hierbei die Kawalla-Frage nur eine untergeordnete Rolle spielt. Man sagt, dem Bukarester Frieden sei keine lange Dauer beschieden und er werde zu einem neuen Kriege wegen Mazedonien führen; wenn sich aber die bulgarischen Pläne verwirklicht hätten, so hätte dies gleichfalls in einigen Jahren unvermeidlich zu Revancheversuchen von seiten Serbiens und Griechenlands geführt. Darauf zu rechnen, daß wir uns die Dankbarkeit Bulgariens sichern und unseren Einfluß in Sofia erhalten, wenn wir Kawalla den Bulgaren zurückgeben, erscheint mir kaum einsichtsvoll zu sein. Man muß

den Bulgaren klarmachen, daß, wenn sie Kawalla und alles übrige verloren haben, dies hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die bulgarischen Machthaber nicht auf die uneigennützigen Ratschläge Rußlands, sondern auf die verhängnisvollen Einflüsterungen Österreichs gehört haben. Ich bin überzeugt, daß diese einfache Wahrheit von dem klugen bulgarischen Volk leicht begriffen werden wird und daß in seinen Augen nicht Rußland, sondern Ferdinand und seine Ratgeber leiden werden, was für uns völlig gleichgültig ist.

Was die Frage einer Revision des Bukarester Vertrages anbetrifft, so können wir uns auch hier über den Ausgang der Angelegenheit nur freuen. Der Vertrag schädigt nicht die Interessen Rußlands, sondern Österreichs, das mit allen Mitteln, unter anderem auch durch die Entfachung des Bruderkrieges, versucht hat, Serbien zu schwächen, als Ergebnis aber ein mächtig gewordenes, moralisch und physisch erstarktes serbisches Reich erhalten hat. Auf einer Revision bestehen, bedeutet, Österreich Veranlassung und Möglichkeit geben, dies Ergebnis anzufechten und, vielleicht, alles Verlorene wiederzugewinnen. Im jetzigen Augenblick ist Österreich moralisch und politisch gänzlich alleinstehend, und sogar Deutschland wendet sich von der unmöglichen österreichischen Politik ab. Sollten wir denn wirklich in einem derartigen Augenblick Österreich helfen und dadurch mit einem Male alle von mir erzielten Erfolge vernichten? Unser gemeinsames Vorgehen mit Österreich auf dem Balkan hat uns niemals Glück gebracht; ich weiß das aus eigener, bitterer Erfahrung [1010]."

Im großen ganzen muß man zugeben, daß die Situation hier richtig gekennzeichnet wird. Rußland hatte durch den Ausgang der Balkankriege große Vorteile eingeheimst, und die Stellung Österreich-Ungarns erschien vor allem deshalb wesentlich gefährdet, weil dieser Staat, wie Iswolski mit haßerfüllter Ironie bemerkt, in seiner unmittelbaren Nachbarschaft „ein mächtig gewordenes, moralisch und physisch erstarktes serbisches Reich erhalten" hatte, das, nach weiterer Ausdehnung drängend, diese Aspirationen nur auf dem Boden der Donaumonarchie selbst befriedigen konnte. Die letzten Worte der angeführten Stelle aus dem Briefe vom 14. August mit dem Hinweis auf die „eigene bittere Erfahrung" Iswolskis zur Zeit der bosnischen Krise enthalten zugleich eine versteckte Warnung an Sasonow, der, wie erinnerlich, im Falle Bulgarien mehrfach mit Wien zusammengegangen war.

Die Hauptsache für die weitere Entwicklung bleibt: Rußland hatte durch den Gesamtverlauf der Balkankriege ungeachtet aller zuletzt entstandenen Schwierigkeiten eine gewaltige Erweiterung seiner Machtsphäre durchgesetzt. Das letzte Ziel seiner Sehnsucht aber, die Ge-

winnung der Meerengen, hatte es trotz mehrerer Versuche in dieser Richtung nicht zu erreichen vermocht. Das ist, wenn man die in Petersburg verfolgte Politik dieser Jahre bedenkt, der entscheidende Punkt, den Iswolski in seinem Schreiben zwar streift, aber nicht gebührend hervorhebt. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Was ergab sich aus der eben angeführten grundlegenden Tatsache für die weitere Stellungnahme Rußlands? Leistete man nun Verzicht oder sann man vielleicht auf andere Mittel, um doch noch die Dardanellen in seine Hand zu bekommen? Welche von beiden Richtungen schlug man an der Newa ein, die negative oder die positive?

Versuchen wir zunächst festzustellen, was wir aus den Vorgängen in Paris, die sich in jener Zeit abspielten, entnehmen können.

Das erste, was wir festzustellen vermögen, ist, daß noch vor dem Ausbruch des dritten Balkankrieges in Frankreich wieder die nachdrücklichste Arbeit für Einführung der dreijährigen Dienstzeit einsetzt. Am 12. Juni 1913[1]) meldet der belgische Gesandte in Paris, die französische Regierung rechne bestimmt damit, daß die Kammer ihre Zustimmung geben werde[1]).

Ziemlich gleichzeitig verlangt der Finanzminister Klotz die Auszahlung der zweiten Rate von 100 000 Franken aus dem für die Bearbeitung der Presse zur Verfügung gestellten Geheimfonds. Nach einem Brief Kokowtzows vom 17. Juni an Sasonow weist er dabei „auf die Möglichkeit eines Feldzuges gegen das neue Militärgesetz“ hin. Damit ist der Zusammenhang beider Aktionen aufgedeckt und wir können abermals beobachten, wie die französische Regierung darauf ausgeht, die russischen Geldmittel für ihre Zwecke zu verwenden, da sie der Ansicht ist, daß zugleich russische Interessen gefördert werden. Kokowtzow billigt, wie früher, diese Ansicht nicht, sondern beklagt sich darüber, daß die genannte Summe „für die Bedürfnisse der französischen und nicht der russischen Regierung“ ausgegeben werde, und er frägt deshalb Sasonow nach seiner Ansicht [920]. Sasonow seinerseits forscht am 1. Juli nach der Meinung des Botschafters in Paris [941]. Am 7. Juli kann er dem russischen Ministerpräsidenten mitteilen: „Nach der Ansicht des Hofmeisters Iswolski erscheint das Verlangen des H. Klotz unter der Bedingung annehmbar, daß die aus den obigen Fonds unterstützte Presse in erster Linie für unsere Interessen z. B. in den Balkanfragen eintritt und außerdem der Politik des französischen Kabinettes und der Durchführung des französischen Gesetzes über die dreijährige militärische Dienstpflicht ihren Beistand leiht.

[1]) Belgische Aktenstücke, S. 124.

Wenn unsere Bedingungen beachtet würden, würde ich es meinerseits für möglich halten, den Wünschen des H. Klotz entsprechend jetzt 100 000 Franken für die französische Presse zu bewilligen. In solchem Falle müßte Geheimrat Raffalowitsch H. Lenoir gegenüber die Bedingungen bekräftigen, unter denen sich die erwähnte Ausgabe vollzieht [948].“

Nun geht Kokowtzow am 15. Juli auf den Vorschlag ein und läßt 100 000 Franken auf das Konto Lenoir überweisen [956]. H. Klotz ist jedoch über die von russischer Seite gestellte Forderung einer „offiziösen Unterstützung in den Balkanangelegenheiten“ nach einem Schreiben von Raffalowitsch vom 16. Juli sehr ungehalten [958], und zwölf Tage später meldet derselbe Raffalowitsch sogar, es seien schon 80 000 Franken von der soeben erst zur Verfügung gestellten zweiten Rate ausgegeben, so daß an eine Erfüllung der von Petersburg genannten Bedingungen eigentlich gar nicht mehr zu denken war [979].

Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit war, wie wir wissen, eine der Maßnahmen aus dem Beginn des Jahres 1913, die darauf abzielten, die französisch-russische Militärmacht ganz erheblich zu steigern. Unbeirrt durch Unstimmigkeiten auf diplomatischem Gebiet wirkte sie sich jetzt aus, und es ist lehrreich zu hören, was der oben bereits angeführte belgische Beobachter, Baron Guillaume, über ihre mutmaßlichen Folgen sagt: „Es steht also nunmehr fest,“ so schreibt er an seine Regierung, „daß in die französische Gesetzgebung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, die das Land wahrscheinlich nicht lange ertragen kann. Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung so schwer, die Ausgaben, die es mit sich bringt, werden so ungeheuer sein, daß das Land bald protestieren wird, und Frankreich wird sich dann vor die Frage gestellt sehen: entweder dem zu entsagen, was es nicht wird ertragen können, oder in kürzester Zeit Krieg zu führen. Für die, die das Volk in diese Lage gebracht haben, wird es eine schwere Verantwortung sein. Man folgt ihnen in einer Art von Kopflosigkeit, von interessantem, aber beklagenswertem Wahnsinn ... Die Propaganda zugunsten des Gesetzes für die dreijährige Dienstzeit, durch die ein Wiedererstehen des Chauvinismus herbeigeführt werden soll, war ausgezeichnet vorbereitet und durchgeführt; sie fing damit an, die Wahl des Herrn Poincaré zum Präsidenten der Republik zu fördern; sie setzt heute ihr Werk fort, ohne sich um die Gefahren zu kümmern, die sie hervorruft; das Unbehagen im Lande ist groß.“

Zweifellos im Zusammenhang mit der endgültigen Einführung der gewaltigen Verstärkung des französischen Heeres steht der Abschluß

von Delcassés Verhandlungen über militärische Fragen in Petersburg. Schon die zeitliche Übereinstimmung deutet darauf hin.

Am 27. Juni richtet Kokowtzow in seiner Eigenschaft als russischer Finanzminister ein Schreiben an Sasonow, das mit folgender Mitteilung beginnt:

„Der Vorsitzende der Kammer der Pariser Börsenmakler, H. de Verneuil, hat mir anläßlich seiner Anwesenheit in Petersburg mitgeteilt, er sei beauftragt, uns den Standpunkt der französischen Regierung hinsichtlich der Emission russischer Staatsanleihen, staatlich garantierter Anleihen, in Frankreich bekanntzugeben. Diesen hat er mir folgendermaßen erklärt:

Ich bin ermächtigt, Ihnen zu sagen, daß die französische Regierung bereit ist, der russischen zu gestatten, jedes Jahr auf dem Pariser Markte 400—500 Millionen Franken in Form einer Staatsanleihe oder einer vom Staat garantierten Anleihe aufzunehmen, um ein Eisenbahnbauprogramm im ganzen Reiche zu verwirklichen, und zwar unter zwei Bedingungen:

1. daß der Bau der strategischen Linien, die gemeinsam mit dem französischen Generalstab geplant worden sind, sofort in Angriff genommen wird;

2. daß die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres bedeutend vergrößert wird [936].“

Wie erinnerlich, hatte Delcassé den Auftrag, den Bau der vom französischen Generalstab gewünschten strategischen Eisenbahnen nach der russischen Westgrenze durchzusetzen und dafür die pekuniäre Hilfe Frankreichs anzubieten. Nun wird auch noch eine erhebliche Vermehrung des russischen Heeres verlangt. Die obige Erklärung des Pariser Börsenmaklers enthält den Entwurf zu einer Abmachung, den man inzwischen vereinbart hatte. Kokowtzow ist über die Aussicht auf die genannten bedeutenden Summen sehr zufrieden und meint auch, das Netz der strategischen Eisenbahnen an der Westgrenze könne ohne Verzögerung fertiggestellt werden. Er hält jedoch noch gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Besteuerung der Anleihen für wünschenswert.

Sasonow beauftragt Iswolski am 30. Juni, die Äußerungen de Verneuils von der französischen Regierung offiziell bestätigen zu lassen [938]. Iswolski gibt in einer Note vom 2. Juli den Wunsch an das Quai d'Orsay weiter, und am 24. August erfolgt die Bestätigung durch die französische Botschaft in Petersburg an die Adresse Sasonows, der seinerseits wiederum am Tage darauf Kokowtzow unterrichtet [1030].

Am 6. September antwortet der letztere dem Außenminister mit einigen Gegenvorschlägen. Hinsichtlich der militärischen Forderungen führt er dabei aus: „Um der Möglichkeit von irgendwelchen Mißverständnissen für die Zukunft vorzubeugen, kann ich nicht umhin, Eure Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß an und für sich der Vorschlag der französischen Regierung, der von recht schweren materiellen Bedingungen abhängig gemacht wird, für uns drückend sein würde, wenn nicht z. B. der Wunsch der französischen Regierung nach einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee schon früher der Umgestaltung unserer Streitkräfte zugrunde gelegt worden und von irgendwelchen Finanzoperationen auf dem Pariser Markte vollständig unabhängig wäre. Ebenso möchte ich bemerken, daß auch der Vorschlag der französischen Regierung über den Bau strategischer Eisenbahnen in Rußland keineswegs so verstanden werden kann, daß die einen oder anderen Linien, die militärischen Zwecken dienen, gebaut werden müssen, sondern nur so, daß hinsichtlich unseres Eisenbahnnetzes Maßnahmen getroffen werden möchten, die unseren neuen Verkehrsbedürfnissen entsprechen, und zwar im Zusammenhang mit der veränderten Verteilung unserer Armee und zwecks Anpassung der technischen Ausrüstung der Bahnen an die veränderten Verkehrsbedingungen überhaupt. Maßnahmen dieser letzten Art werden von uns in sehr bedeutendem Ausmaße durchgeführt, und in das Budget der Eisenbahnverwaltung werden beständig Kredite aufgenommen, die für den Ausbau unserer Eisenbahnen in strategischer Hinsicht bestimmt sind; im besonderen weist der Haushaltplan des Jahres 1914 eine sehr erhebliche Summe der Vermehrung unseres rollenden Materials für den Fall der allgemeinen Mobilmachung zu.

Was die einzelnen Eisenbahnlinien und im besonderen die Bahnen von bedeutender Länge namentlich in den westlichen Bezirken Rußlands anbelangt, so sind mir in dieser Hinsicht weder vom Kriegsministerium noch vom Chef des Hauptstabes irgendwelche konkrete Vorschläge gemacht worden. In meiner Unterredung, die ich mit dem Chef des französischen Generalstabes, General Joffre, hatte, der unlängst hier war, habe ich ihm eingehend auseinandergesetzt, daß die Interessen unserer Verteidigung in hohem Maße durch die Maßnahmen auf dem Gebiete unseres Eisenbahnwesens gewährleistet werden, die in der letzten Zeit ausgeführt wurden oder deren Ausführung in nächster Zeit bevorsteht. Ich habe hierbei keinerlei grundsätzliche Einwände von seiten des Generals Joffre gehört und persönlich den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung keinerlei bestimmte Ansprüche in dieser Hinsicht uns gegenüber vorzubringen beabsichtigt [1043].“

Kokowtzow versucht also insofern etwas Wasser in den französischen Wein zu gießen, indem er das französische Geld nicht nur für rein strategische Eisenbahnen anrechnen will, sondern daneben zur allgemeinen Hebung des Verkehrs. Die weiteren Forderungen, die er aufstellt, sind finanzieller Natur.

Das russische Auswärtige Amt trägt jedoch Bedenken, die Einwände Kokowtzows nach Paris weiterzugeben. Kanzleidirektor Schilling schreibt am 15. September an den damals auf einer Erholungsreise befindlichen Sasonow:

„Wenn wir uns den vorjährigen Schritt Poincarés Ihnen gegenüber, seinen Brief an den Kaiser und das spätere Verlangen Delcassés vergegenwärtigen, so kann man kaum annehmen, daß sich die Franzosen mit der von W. N. Kokowtzow vorgeschlagenen Antwort begnügen werden.

Bis jetzt haben wir noch nicht das Protokoll der Beratungen zwischen dem General Gilinski und dem General Joffre erhalten, und deshalb wissen wir immer noch nicht, so sonderbar dies auch ist, was über die Eisenbahnen zwischen den beiden Generalstabschefs in diesem Jahre vereinbart worden ist. Von den Linien, von denen im vorigen Jahr die Rede war, hat unser Generalstabschef, wie Ihnen erinnerlich sein wird, zwei der von den Franzosen vorgeschlagenen als wünschenswert anerkannt und nur die dritte, die baltische, abgelehnt. Vor der Rückkehr Gilinskis (Mitte September) wird es uns schwer möglich sein, diese Frage zu erörtern. Nachher müssen wir, meiner Ansicht nach nach Klärung dieses Punktes, diese Angelegenheit in einer Konferenz des Finanzministers, des Außenministers, des Kriegsministers und des Verkehrsministers beraten und dann den Franzosen eine bestimmte Antwort geben, ob wir ihre Bedingungen annehmen oder nicht. In Verhandlungen mit Bundesgenossen dagegen mit Worten zu spielen, indem wir ihnen mitteilen, daß wir ihre Bedingungen annähmen, ihnen jedoch einen ganz anderen Sinn beilegen als sie selbst, erscheint mir äußerst gefährlich für unsere gegenseitigen Beziehungen zu sein, da so nur Mißtrauen uns gegenüber erzeugt wird [1048].“

Schilling schlägt daher eine vorläufige, etwas unbestimmt gehaltene Antwort an die französische Regierung vor, die von Kokowtzows Einwänden nichts erwähnt. Aus dem Protokoll über die Konferenz des französischen und russischen Generalstabschefs vom August 1913 wissen wir übrigens, daß Joffre diesmal noch gewisse Eisenbahnlinien verlangte, „die das östliche Rußland mit der Warschauer Gegend verbinden“, um so die raschere Konzentration des russischen Heeres gegen Deutschland zu ermöglichen [1040].

Das nächste, was wir über die Anleihenfrage erfahren, vermittelt uns ein neuer Brief von Schilling an Sasonow vom 1. Oktober, der die Nachricht enthält, der französische Geschäftsträger Doulcet habe den Rat erteilt, Rußland solle mit seiner Antwort lieber warten, da der vorläufige Bescheid „die französische Regierung sowieso nicht befriedigen würde“ [1071]. Die Ängstlichkeit des Außenministeriums erregt jedoch den deutlichen Groll Kokowtzows, der am 4. Oktober im Eisenbahnwagen auf der Station Poltawa einige Zeilen an Sasonow richtet, die an temperamentvoller Offenherzigkeit nichts zu wünschen übriglassen. Er beruft sich für seine Handhabung der Angelegenheit auf „genaue Anweisungen von Seiner Majestät“ und erklärt: „Wir können ja nicht vorher sagen, ob wir den Bau dieser oder jener Linie auf dem Wege der Gesetzgebung durchführen oder Privatunternehmer finden werden, die sich zum Bau der Bahn gerade da bereit erklären werden, wo es den Franzosen genehm ist. Ich habe daher Seine Majestät um die Genehmigung gebeten, unserer Antwort eine so dehnbare Form zu geben, daß wir später nicht in der Patsche sitzen. Mein Standpunkt ist als ganz richtig anerkannt worden, und es will mir scheinen, daß ein kleiner redaktioneller Zusatz in dieser Hinsicht vollkommen genügen würde. Daher würde ich Sie bitten, in der zu Kiew aufgesetzten Antwort da, wo von den durchgreifenden Maßnahmen unserer Regierung zum Ausbau und zur Vervollkommnung unseres Eisenbahnnetzes die Rede ist, ungefähr folgenden Satz hinzuzufügen:

„Zu den Maßnahmen dieser Art gehören bedeutungsvolle Arbeiten zur Legung eines zweiten Geleises, wo dies notwendig ist, ferner der Ausbau von Knotenpunkten und der Bau neuer Linien von bedeutender Länge, die unter anderem auch wichtige strategische Aufgaben zu erfüllen haben werden, um die Zusammenziehung unserer Armee in der Richtung nach der Westgrenze zu erleichtern [1074].“

Am Schluß des Briefes wird noch behauptet, H. Doulcet verstehe überhaupt nichts und man brauche seinen Worten keine größere Bedeutung beizumessen.

Nach einer Depesche Neratows vom 11. Oktober wird Kokowtzows Wunsch erfüllt, und die französische Botschaft in Petersburg erhält eine etwas „dehnbare“ Antwort [1086].

Im November kommt dann der russische Ministerpräsident und Finanzminister selbst nach Paris, um die Angelegenheit in direkten Verhandlungen ihrem Abschluß näherzubringen. In einem überaus wortreichen Bericht an den Zaren vom 13. Dezember schildert er neben manchen anderen Dingen auch seine Besprechungen über die Eisen-

bahnanleihen und äußert sich überaus befriedigt über die von ihm erzielten Ergebnisse. Das Interessante an seinen Auslassungen sind die Argumente, mit denen er die Franzosen für seinen oben erwähnten Gegenvorschlag eines allgemeinen Ausbaues des russischen Verkehrsnetzes zu gewinnen sucht. Hierüber lesen wir:

„Ich habe deshalb der französischen Regierung vorgeschlagen, ihre auf die strategischen Eisenbahnlinien gerichtete Sorge durch eine allgemeinere Formel zu ersetzen, und zwar durch die Anerkennung der Notwendigkeit, das russische Eisenbahnnetz sowohl entsprechend den wirtschaftlichen als auch den strategischen Bedürfnissen des Staates zu verstärken, zu verbessern und weiter auszubauen. Ich habe hierbei zur Unterstützung dieser Formel zwei Gruppen von Beweismitteln angeführt: 1. Ganz unabhängig von unserem Meinungsaustausch über neue Anleihen gibt die russische Regierung zur Zeit große Mittel für ihr Eisenbahnnetz aus, indem z. B. im Budget des Jahres 1914 mehr als 66 Millionen Rubel allein zum Ankaufe des rollenden Materials und unter anderem auch von sogenanntem Reservematerial für den Mobilmachungsfall angefordert werden; 2. ein Staat, der die Friedenspräsenzstärke seiner Armee um 366 000 Mann zu erhöhen beschließt, bei einer Erhöhung des Rekrutenkontingents durch eine jährliche Einstellung von fast 100 000 Rekruten, und zu diesem Zwecke eine einmalige Ausgabe von mehr als 500 Millionen Rubel und jährlich mindestens 100 Millionen Rubel außer den schon jetzt verausgabten Summen bewilligt, ein solcher Staat muß natürlich gleichzeitig auch an sein Eisenbahnwesen denken. Wenn er dieses Gebiet bei der Verstärkung seiner Armee nicht beachten und seine Eisenbahnen nicht entsprechend entwickeln würde, so wären alle Pläne zur Verstärkung seiner Armee zwecklos. Eine verstärkte Armee kann nur durch ein entsprechend entwickeltes Eisenbahnnetz zusammengezogen und nach ihrem Bestimmungsort befördert werden. Meine Gründe wurden von der anderen Seite, wie mir scheint, als durchaus überzeugend anerkannt, und die von mir vorgeschlagene Formel hat zu keinen Einwendungen Anlaß gegeben [1169].“

Trotz dieser verlockenden Ausmalung der russischen Heeresvergrößerung drang jedoch zuletzt der Standpunkt Kokowtzows nicht restlos durch. Ein Telegramm Sasonows vom 16. Dezember teilt nämlich den endgültigen Vorschlag des französischen Außenministeriums zu dem Protokoll über die beiderseitigen Beratungen mit, und dessen Hauptpunkte lauten:

„1. Die Kaiserliche Regierung darf jährlich im Laufe von 5 aufeinanderfolgenden Jahren auf dem Pariser Markte eine Höchstsumme von

500 Millionen aufnehmen in Form von Staatsanleihen oder staatlich garantierten Anleihen zur Durchführung eines Eisenbahnbauprogramms.

2. Die Eisenbahnbauten, deren Notwendigkeit von dem französischen und dem russischen Generalstabschef während ihrer Beratungen im August 1913 anerkannt worden ist, werden sobald als möglich begonnen werden, damit sie innerhalb von 4 Jahren beendet sind; die Ausgaben werden, je nach Belieben der Kaiserlichen Regierung, entweder aus den Mitteln der Anleihen oder aus dem Überschuß des russischen Budgets bestritten werden [1177]."

Danach ist die Bestimmung über die Eisenbahnen jedenfalls nicht so weit gefaßt, wie der russische Staatsmann es wollte, und die gleiche Depesche erwähnt denn auch, er habe zu Punkt 2 noch Bedenken, wolle diese aber, um Verzögerungen zu vermeiden, zurückstellen.

Am 30. Dezember teilt der damalige französische Außenminister Doumergue Iswolski mit, „daß alle Einwendungen von seiten des französischen Parlamentes gegen die Eisenbahnanleihe endgültig behoben seien und daß die erwähnte Anleihe zu jeder Rußland genehmen Zeit erfolgen könne" [1191]. Damit war also auch diese Angelegenheit zu einem glücklichen Abschluß gebracht.

Im Hinblick auf die allgemeine politische Entwicklung ergibt sich aus der umfassenden Finanzierung der strategischen russischen Eisenbahnbauten, die wir trotz der Abwehrversuche Kokowtzows zur Tatsache werden sahen, eine zunehmende Abhängigkeit des Zarenreiches von dem verbündeten Frankreich, die sich gerade auf ein Gebiet erstreckte, das für die gesamte Einstellung der Politik von größter Bedeutung war. Wir konnten im Laufe des vorigen Kapitels beobachten, daß die führenden Männer der Republik es nicht gerne sahen, wenn das Zarenreich in Verfolgung seiner Ziele hinsichtlich der Meerengen selbständige Bahnen einschlug, weil dann die Gefahr bestand, daß auf diese Weise der slawische Bundesgenosse seine Zwecke erreichte, ohne bei der Verwirklichung der spezifisch französischen Bestrebungen, die sich in erster Linie gegen Deutschland richteten, mitzuwirken. Die von Delcassé eingeleiteten Abmachungen sollten dazu beitragen, dies zu verhüten, indem sie die russischen Kriegsvorbereitungen in eine Richtung zwangen, die in Paris genehm war, nämlich in die Richtung gegen die Mittelmächte. Darum stellen sie neben der Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, die nach dem Urteil des belgischen Gesandten durch die Wucht der dem französischen Volk auferlegten Last zur kriegerischen Entladung drängte, eine neue Vergiftung der Atmosphäre dar. Die Tendenz zum Zusammenstoß mit Deutschland-

Österreich, unter Betonung des ersteren Landes, wurde durch den Charakter der Eisenbahnanleihen in verstärktem Maße auch nach Rußland hineingetragen.

Die hierin liegende erhöhte Gefahr für den Frieden wurde jedoch erst dann akut, wenn in Petersburg diese Tendenz zum Weltkrieg, wie wir sie kurz nennen dürfen, zum bewußten Willen erwachte, d. h. wenn die russische Politik absichtlich jene Bahn beschritt, auf die die Anstrengungen von Männern wie Poincaré, Delcassé und Iswolski sie zu locken versuchten. Gibt es nun Anzeichen dafür, daß dies geschah? Holen wir uns, wie immer, den Bescheid aus den Dokumenten!

Das diplomatische Zusammenarbeiten zwischen Paris und Petersburg in der Zeit nach den Balkankriegen geht in erster Linie auf eines aus: die Balkanvölker in möglichst weitgehendem Maße in die Hand zu bekommen. Das sicherste Mittel hierzu war die finanzielle Beeinflussung, denn die durch den langen Kampf erschöpften Länder brauchten zu ihrer Erholung vor allem Geld. Hier konnte Frankreich, der Bankier der ganzen Welt, die besten Dienste leisten. Wir erfahren denn auch, daß die sämtlich in Frage kommenden Staaten der Reihe nach in Paris um finanzielle Hilfe anklopfen.

Zeitlich nahezu als erster erscheint Montenegro auf dem Plan. Die Regierung in Cettinje bittet Anfang Oktober 1913 inständig um die Auszahlung des in Aussicht gestellten Vorschusses auf eine Anleihe, indem sie zugleich versichert, daß sie wie früher „voll und ganz zum Dreiverband" neige. Da der König von Montenegro zu jener Zeit aber gewisser Beziehungen zu Wien verdächtig ist, zeigt Frankreich die kalte Schulter [1077]. Erst im Dezember, als Rußland für ein Darlehen von 40 Millionen Franken eintritt [1172], erklärt der französische Außenminister, er sei bereit, die genannte Summe unter besonders günstigen Bedingungen zu bewilligen [1190].

Über eine Anleihe für Rumänien wird gleichfalls im Oktober verhandelt. Aber zum großen Leidwesen von Iswolskis Vertreter kommt sie nicht zustande, wahrscheinlich, weil die französischen Banken nicht den vollen Betrag gewähren wollen. Am 6. Oktober telegraphiert der russische Geschäftsträger, der an der Seine weilende rumänische Finanzminister habe seine Besprechungen kurz vor dem Abschluß plötzlich abgebrochen und statt dessen mit der Disconto-Gesellschaft in Berlin abgeschlossen [1076). In einem Brief vom 9. Oktober wird der Fall dann genauer behandelt. Dabei wird einerseits hervorgehoben, die französische Regierung, „die während einer Reihe von Jahren die Notierung neuer rumänischer Anleihen an der Pariser Börse abgelehnt hatte,

solange Rumänien sich noch in politischer Beziehung zu Österreich und dem Dreibund hingezogen fühlt", habe nunmehr „infolge der in den letzten Monaten entstandenen neuen politischen Lage ihre ursprüngliche Haltung geändert". Andererseits wird das Scheitern des Geschäftes lebhaft beklagt und berichtet, daß die Schuld hieran von den einen den Banken, von den anderen dem „eigenmächtigen" Direktor der Kreditkanzlei in die Schuhe geschoben werde [1082].

Etwas wechselnd ist das Verhältnis zu Griechenland, für das wir Frankreich im Falle Kawalla so eifrig eintreten sahen. Im September trat zwischen Paris und Athen eine ziemlich starke Verstimmung ein, weil der König der Hellenen es gewagt hatte, in Potsdam auf einer Rundreise durch die europäischen Großstaaten eine sehr deutschfreundliche Rede zu halten. Er wurde daher nach einem Briefe Sewastopulos vom 25. September in Paris recht kühl behandelt. Bevölkerung und Regierung der Republik bewiesen ihm deutlich die Mißbilligung seiner Haltung, und die Begrüßungsrede Poincarés, die hauptsächlich aus einem Rückblick auf die „unwandelbare Freundschaft Frankreichs zu Griechenland" bestand, wird von der Presse „als wohlverdiente Lehre vollständig gebilligt" [1052]. Zu Beginn des Jahres 1914 aber tritt wieder eine Wendung zum Besseren ein; denn eine Depesche Iswolskis vom 13. Januar meldet, daß Venizelos bei seinem Besuch in Paris eine Anleihe versprochen worden sei, die sich nach einem weiteren Drahtbericht vom 28. Januar auf 500 Millionen Franken belaufen soll [1245].

Nur ganz kurz sei darauf hingewiesen, daß sich sowohl Frankreich wie Rußland auch bemühen, in der Türkei einen möglichst ausgedehnten finanziellen Einfluß zu gewinnen. Bei Frankreich waren diese Bestrebungen bekanntlich alt, und wir sind ihnen bereits mehrfach begegnet. Der Unwille des Zarenreiches über die pekuniäre Unterstützung der Pforte durch die Republik flammt noch öfters auf. Schließlich aber erklärt man in Paris, man habe Anzeichen für eine Neigung der Jungtürken, „sich den Mächten der Entente zu nähern", und müsse diese Neigung unterstützen, indem man die Geldnot des Ottomanischen Reiches lindere [1242]. Der türkische Unterhändler Djavid-Bei wirbt um eine Anleihe und beteuert, um sie zu erreichen, „den Umschwung der Stimmung in den leitenden Kreisen" seines Landes [1247]. Als Gerüchte auftauchen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika dem „kranken Mann" am Goldenen Horn mit Dollarbeträgen unter die Arme greifen wollen, tritt auch der russische Geschäftsträger in Konstantinopel, Gulkewitsch, dafür ein, das russische Veto gegen eine Pariser Anleihe der Türkei aufzuheben [1252]. Kurz darauf beginnen russischerseits eben-

falls Maßnahmen zu geschäftlichen Unternehmungen im Bereich der Pforte. Gulkewitsch erteilt am 7. Februar aus Konstantinopel den Rat, ein selbständiges russisches Institut zu gründen, „das", wie er sich ausdrückt, „durch Ausführung finanzieller und wirtschaftlicher Operationen unseren politischen Zielen dienen und den Boden für eine Festigung unseres Einflusses in den uns angrenzenden Gebieten Kleinasiens schaffen könnte" [1260]. Im Einklang mit solchen Plänen wird von Petersburg aus etwas später der Eintritt eines russischen Delegierten in den Rat der Ottomanischen Schuldenverwaltung betrieben [1277].

Die bisher erwähnten Beispiele waren jedoch, an ihrer Bedeutung gemessen, nur solche zweiten Grades. Viel intensiver gestalten sich die Bemühungen sowohl Rußlands wie Frankreichs um die zwei noch ausstehenden Balkanländer: Serbien und Bulgarien.

Serbien erscheint so recht als das Lieblingskind der beiden Großmächte. Schon am 16. August 1913 verkündet ein Telegramm Iswolskis, eine französische Finanzgruppe habe die Absicht, Serbien „gleich jetzt nicht einen Vorschuß, sondern eine Anleihe von 100 Millionen Franken zu gewähren" [1016], um ihm einstweilen beizuspringen, bis eine größere Anleihe zustande kommen könne. Einige Wochen später kommt es dann zu einem ernstlichen österreichisch-serbischen Zwischenfall, da Serbien jenseits der in London festgesetzten Grenze Albaniens einige Orte besetzt, weil es angeblich albanischen Übergriffen vorbeugen wollte. Rußland findet diese Maßnahme berechtigt, hofft aber, man werde sich in Belgrad vernünftig zeigen [1059]. Als Italien und Österreich gemeinsame Vorstellungen der Mächte in Belgrad zwecks Einhaltung der Londoner Beschlüsse anregen, wird dies in Petersburg abgelehnt, denn Serbiens Vorgehen sei dadurch veranlaßt, „daß es sich gegen die Angriffe eines Staates verteidigen müsse, dessen Neutralität von den Mächten garantiert worden ist"; diese müßten also vielmehr Serbien gegen Albanien gewisse Sicherheiten geben [1066]. Da man aber in Wien auf dem Protest verharrt, rät Frankreich nach einer Depesche Iswolskis vom 18. Oktober dem serbischen Gesandten in Paris, Wesnitsch, sein Land solle „gleich jetzt mit der Räumung des in Albanien besetzten Gebietes beginnen". „Um Serbien einen solchen Schritt zu erleichtern, hat die französische Regierung sich grundsätzlich entschlossen, die serbische Anleihe nicht mehr zurückzuhalten. Sie sucht nach einer Formel, die es ihr ermöglichen könnte, die Anleihe abzuschließen trotz ihrer Entschließung, bis zur Beendigung der Arbeiten der Finanzkommission Anleihen der Balkanstaaten nicht zuzulassen. Pichon möchte bei dieser Gelegenheit auch zu einer Lösung der serbischen Eisenbahnfrage durch Loskauf oder durch Internationalisierung kommen [1093]."

Die deutliche Bevorzugung wird vor allem dann klar, wenn man bedenkt, daß Frankreichs finanzielle Lage zu jener Zeit nach den Worten Kokowtzows keineswegs überaus günstig war.

Was nun die am Ende des Telegramms erwähnte Frage der Eisenbahnen anbelangt, so drohte auch hier ein Konfliktsstoff zwischen Serbien und Österreich. Ein Brief Iswolskis vom 23. Oktober belehrt uns, daß es sich um die Eisenbahnen „in dem von Serbien neu erworbenen Teile Mazedoniens“ handelt. Österreich, so erfahren wir weiter, strebt danach, „die Freiheit seiner Handelsbeziehungen mit dem Hafen von Saloniki sicherzustellen“, und wünscht zu diesem Zweck, daß die betreffenden Verkehrslinien „in den Händen der Gesellschaft bleiben, die sie augenblicklich in Besitz hat, und deren Aktien bekanntlich zum größten Teil von Österreichern aufgekauft worden sind“ [1101]. Um nun einen eventuellen Zwist abzubiegen und im voraus der Angelegenheit eine für Serbien günstige Lösung zu geben, schlägt der französische Außenminister Pichon vor, die strittigen Eisenbahnen zu internationalisieren. In Wien geht man, wie aus Iswolskis Schreiben vom 6. Dezember zu schließen ist, bereitwillig auf den Gedanken ein, was in Paris „große Genugtuung“ hervorruft. Der wachsame russische Botschafter äußert allerdings die Befürchtung, „daß man in diesem gegenüber Frankreich freundschaftlichen Vorgehen den Beginn einer Reihe von Manövern zu erblicken hat, die den Endzweck verfolgen, österreichischen Werten den Pariser Geldmarkt zu öffnen“. Er findet es außerdem äußerst unerwünscht, „wenn man die Franzosen bei der Lösung von Fragen, die für Serbien und Griechenland so wichtig sind, mit den Österreichern allein ließe“, und meint, man müsse auch russische Vertreter in die Finanzorganisationen aufnehmen lassen, „in denen die geplante Internationalisierung zum Ausdruck kommen könnte“, denn das wäre „ein Mittel zur Beaufsichtigung und zur Einwirkung auf die französischen Finanzleute“ [1155].

Alle diese Vorgänge beweisen uns nur, wie sehr man sowohl in Frankreich wie in Rußland darauf bedacht war, seinen finanziellen und damit zugleich seinen politischen Einfluß in Serbien möglichst zu erhöhen. Die Gewährung der Anleihe wird tatsächlich nach Kräften beschleunigt. Sie soll nach einem Telegramm Iswolskis vom 18. November gleich nach der ersten Rate der großen russischen Eisenbahnanleihe aufgelegt werden [1125]. Und am 4. Januar 1914 meldet ein Drahtbericht, sie solle am 12. Januar in der Höhe von 250 Millionen Franken emittiert werden [1209].

In die diplomatische Vorgeschichte dieser Geldoperation gibt uns ein Bericht Sasonows an den Zaren über eine im Herbst des Jahres

1913 vom russischen Außenminister unternommene Reise einen interessanten Einblick. Hier lesen wir unter dem 6. November:

„Mein Aufenthalt in Paris fiel zusammen mit der neuen Verschärfung der österreichisch-serbischen Beziehungen infolge der Besetzung mehrerer strategischer Punkte auf albanischem Gebiet durch serbische Truppen. In der Befürchtung, Österreich-Ungarn könnte der Versuchung erliegen, sich auf diesem Gebiet einen leichten diplomatischen Erfolg zu verschaffen, haben wir, Pichon und ich, dem serbischen Gesandten den Rat gegeben, er solle seine Regierung benachrichtigen, daß es vorzuziehen wäre, gegebenenfalls den freundschaftlichen Vorstellungen Rußlands und Frankreichs nachzugeben, als erst die Drohungen Österreichs abzuwarten. H. Wesnitsch teilte vollkommen diesen Standpunkt und telegraphierte in diesem Sinne sofort nach Belgrad, aber das Wiener Kabinett ließ der serbischen Regierung nicht Zeit, die beabsichtigten Maßregeln zu ergreifen, und sandte schon am folgenden Tage ein sehr schroffes Ultimatum.

Ich war Zeuge der rückhaltlosen Mißbilligung, die dieser Schritt Österreichs bei der französischen Regierung und im französischen Volke fand, und ich habe den für Serbien günstigen Moment benutzt, Pichon zu überreden, diesem Lande für die von ihm bewiesene Klugheit sich erkenntlich zu zeigen. Ich deutete an, daß Frankreich selbst an einer Erstarkung Serbiens Interesse habe, denn im Falle schwerer internationaler Konflikte würde dieses notgedrungen auf seiten Frankreichs stehen, da es naturgemäß ein Feind des bedeutendsten Verbündeten Deutschlands sei. H. Pichon versprach mir, er wolle seinen Einfluß daransetzen, daß die serbische Anleihe bald an der Pariser Börse zustande käme [1114].“

Hier wird also die pekuniäre Unterstützung Serbiens deshalb empfohlen, weil dieses Land in einem Krieg gegen die Mittelmächte auf seiten Frankreichs und Rußlands kämpfen wird. Nach dem, was wir bereits wissen, wundert es uns nicht, daß ein derartiges Argument auf den französischen Außenminister sofort den erwünschten Eindruck macht, denn die Stellungnahme der politischen Leitung in Paris zu einem allgemeinen Zusammenstoß kennen wir ja. Wohl aber erscheint es im ersten Augenblick erstaunlich, daß der russische Außenminister solche Gedankengänge vertritt. Hatte sich seit dem Herbste des Jahres 1912, als Frankreich um Serbiens willen zum Losschlagen geradezu drängte und in Petersburg im Gegensatz hierzu die ruhige Besinnung die Oberhand behielt, vielleicht auch im Zarenreich eine Meinungsänderung vollzogen? Begann man dort ebenfalls dem bedrohlichen Hang zum Weltkrieg Zugeständnisse zu machen?

So manche andere Aktenzeugnisse gerade in bezug auf Serbien machen dies mehr als wahrscheinlich. Wir wollen nur zwei solche Zeugnisse anführen, die bereits seit ziemlich langer Zeit bekannt sind.

Das eine ist eine Stelle aus einem Brief Sasonows vom 6. Mai 1913 an den russischen Gesandten in Belgrad. Sie lautet:

„Serbien hat erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen. Zur Erreichung seines Zieles muß es noch einen furchtbaren Kampf aushalten, bei dem seine ganze Existenz in Frage gestellt ist... Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiet des heutigen Österreich-Ungarn und nicht dort, wohin es jetzt strebt und wo auf seinem Wege die Bulgaren stehen. Unter diesen Umständen ist es im Lebensinteresse Serbiens, einerseits die Bundesgenossenschaft mit Bulgarien zu erhalten und andererseits sich in zäher und geduldiger Arbeit in den erforderlichen Grad der Bereitschaft für den in Zukunft unausweichlichen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und zum Verderben seiner Feinde, die schon deutliche Zeichen der Zersetzung aufweisen[1]."

Und eine Woche später depeschierte der serbische Gesandte in Petersburg an seine Regierung: „Wiederum sagte mir Sasonow, daß wir für künftige Zeiten arbeiten müssen, da wir viel Land von Österreich-Ungarn bekommen werden. Ich entgegnete ihm, daß wir Monastir (Bitolin) gern den Bulgaren geben werden, wenn wir Bosnien und andere Länder Österreichs bekommen"[2].

Angesichts solcher Stimmen erhalten allerdings die oben angeführten Worte des russischen Außenministers, daß Serbien an einem Krieg gegen die Mittelmächte teilnehmen werde, ein noch weit schwereres Gewicht. Denn nun sind wir zu dem Schluß berechtigt, daß Rußland den Hauptsieger in den Balkankriegen direkt gegen die Donaumonarchie anzusetzen gedachte, daß es also ganz bestimmte Pläne in der Richtung auf einen allgemeinen Waffengang hatte.

Wie kam das und wodurch ist das zu erklären? Eine kurze Untersuchung von Rußlands Verhältnis zu Bulgarien in den Monaten nach dem Bukarester Frieden wird uns weitere Aufschlüsse vermitteln.

So viel Freude Serbien dem Zarenreich bereitete, so viel Sorge verursachte ihm Bulgarien. In Sofia konnte man nach dem unglücklichen Ausgang des dritten Balkankrieges das Gefühl tiefer Enttäuschung nicht überwinden, daß das Scheitern der anfangs so hochfliegenden

---

[1]) „Deutschland schuldig", S. 99.
[2]) Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 129.

Träume ausgelöst hatte. Der Groll über den Rückschlag, den man erlitten hatte, wendete sich zum Teil gegen den großen slawischen Bruder, dem man vorwarf, daß er den Verbündeten von 1902 in der Stunde der Not verlassen habe. Aus einem Brief Iswolskis vom 6. November 1913, der über eine „eingehende und offenherzige Aussprache“ mit dem bulgarischen Außenminister Gennadijew berichtet, geht hervor, daß damals in den leitenden politischen Kreisen die Neigung bestand, sich nach der Seite der Mittelmächte hin umzuorientieren. Obwohl Gennadijew dies in Abrede stellt und den Standpunkt vertritt, sein Land müsse sich zunächst erholen und später „als Vorhut Rußlands“ diesem helfen, „Konstantinopel und die Meerengen zu erobern“, trifft doch bald ein Ereignis ein, das Petersburg in große Unruhe versetzt.

In dem erwähnten Schreiben Iswolskis heißt es am Schluß, „im gegenwärtigen Augenblick“ sei „für jede bulgarische Regierung die dringlichste und wesentlichste Frage die Geldfrage, mit anderen Worten: der Abschluß einer Anleihe.“ „In dieser Frage müssen wir“, erklärt der Diplomat, „meiner Ansicht nach sehr vorsichtig sein und den Abschluß weder beschleunigen noch zu sehr verzögern. Jeder Widerstand von unserer Seite würde sofort in Sofia bekanntwerden und könne dort nur die Erregung der Geister gegen Rußland steigern. Andererseits wird sich diese Angelegenheit von selbst unvermeidlich in die Länge ziehen, denn ausländische Anleihen können hier überhaupt erst nach der Ausgabe der großen französischen Anleihe (1 oder 1½ Milliarden Franken), die das Budget zu seinem Ausgleich braucht, zustande kommen und die Sonderanleihen der Balkanstaaten nicht vor Beendigung der Arbeiten der internationalen Finanzkommission. Somit kann die große bulgarische Anleihe hier in jedem Falle nicht vor Neujahr abgeschlossen werden; augenblicklich kann nur von einem Aufschub der Rückzahlung jener Vorschüsse die Rede sein, die von den Bankiers gegen Schatzanweisungen gegeben worden sind, und dem hinderlich zu sein, dürften wir kaum Grund haben [1116].“ Die bekannte Taktik, die Balkanstaaten durch geschicktes Operieren mit pekuniären Versprechungen als treue Vasallen zu erhalten, versagte aber in diesem Fall. Am 20. November depeschiert Sasonow über neue Anzeichen dafür, „daß das jetzige Kabinett in Sofia offiziell zwar den Wunsch zu haben vorgibt, sich das Vertrauen Rußlands zu erhalten, in Wirklichkeit aber einen planmäßigen Verleumdungsfeldzug gegen uns führt und gleichzeitig möglichst enge politische Beziehungen zu Österreich anzuknüpfen bemüht ist“ [1131]. Es wird daher, um der Regierung Rodoslawow zu schaden, anempfohlen, daß die Franzosen wäh-

rend seiner Amtsdauer Bulgarien keine Anleihe gewähren, um die Rußland abgeneigten Männer in Sofia dadurch unpopulär zu machen. Als Antwort hierauf drahtet Iswolski am 25. November, Pichon habe ihm gesagt, über eine bulgarische Anleihe „seien Verhandlungen noch nicht einmal eingeleitet worden“, wenn sie aber spruchreif werde, „so sei es selbstverständlich, daß die französische Regierung erst nach vorherigem Meinungsaustausch mit uns (Rußland) und nachdem sie unsere völlige Zustimmung erhalten habe, die Ermächtigung hierzu geben werde“ [1137].

Da trifft im Frühjahr des Jahres 1914 plötzlich die Nachricht ein, daß „in Berlin Verhandlungen über eine bulgarische Anleihe von etwa 250 Millionen Franken geführt werden“, und der russische Gesandte in Sofia, Sawinski, der dies am 22. April meldet, fügt hinzu: „Es ist eine Frage von Tod und Leben für das Kabinett Rodoslawow, binnen einem Monat die Anleihe zu erhalten, und deshalb hat es allen Bedingungen der Berliner Banken, obgleich sie schwer waren, zugestimmt [1321].“ Nun beginnt sofort hinter den Kulissen ein eifriges Intrigenspiel, um womöglich in letzter Stunde das zu verhindern, was man zweifellos als großes Unheil ansah. Zwei Tage später drahtet derselbe Sawinski, er bemühe sich zusammen mit dem französischen Gesandten, dem Könige von Bulgarien und der öffentlichen Meinung „das Verderbliche der Finanzpolitik des jetzigen Ministeriums in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zu beweisen“. Nach seiner Meinung müssen „alle Anstrengungen daran gesetzt werden, um die Pläne Radoslawows und Tontschews zu zerstören“ [1323]. Sofort greift Frankreich helfend ein, indem der Außenminister Doumergue den französischen Banken „den kategorischen Befehl“ gibt, „Bulgarien keine Unterstützung unter der Form einer in Deutschland aufgelegten bulgarischen Anleihe zur Verfügung zu stellen“ [1324]. Kurz darauf bemüht man sich von französischer und russischer Seite, Bulgarien zu einem Anleiheabschluß mit Frankreich zu bewegen [1327]. Man verbindet also damit den Plan auf diesem Wege zugleich das unliebsame Ministerium Radoslawow aus dem Sattel zu heben. Am 12. Mai telegraphiert Sawinski, er habe in Sofia Dobrowitsch darauf aufmerksam gemacht, „daß in dem Augenblick, in dem der König sich entschließen würde, die jetzige Regierung zu beseitigen, Frankreich bei wohlwollender Haltung Rußlands Bulgarien entweder eine Anleihe unter günstigeren Bedingungen oder doch wenigstens einen Vorschuß vor Abschluß der Anleihe gewähren werde“ [1334]. Am darauffolgenden Tag empfiehlt der gleiche russische Diplomat, ganz erfüllt von dem Wunsche, „der Erstarkung des hiesigen österreichisch-deutschen Einflusses vorzubeugen“, nach Füh-

lungnahme mit seinem französischen Kollegen und den Vertretern der französischen Banken, als „letztes Mittel“:

„Wir könnten zur Kenntnis des Königs bringen, daß Rußland, das zwar der jetzigen Regierung nicht traut, aber nach wie vor um Bulgarien und seine politische und finanzielle Unabhängigkeit besorgt ist, ihm jetzt folgenden Vorschlag macht: Frankreich wird veranlaßt werden, den für das Land notwendigen Vorschuß, ungefähr 100 Millionen, dem Könige persönlich vorzustrecken, ohne die schweren Bedingungen zu stellen, über die jetzt in Berlin beraten wird. Gleichzeitig muß man erklären, daß bis zum Abschlusse einer Anleihe Frankreich auf die Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine und Rußland auf 45 Millionen Schatzscheine für militärische Lieferungen verzichtet [1335].“

Am 18. Mai gibt Iswolski den Bescheid:

„Nach Ansicht der französischen Regierung liegt es ebensosehr im französischen wie im russischen Interesse, nicht zu gestatten, daß Bulgarien unter den finanziellen und daraufhin den politischen Einfluß Deutschlands und Österreichs gerät. Deshalb ist sie bereit, die von unserem Gesandten in Sofia vorgeschlagenen Pläne anzunehmen. Man gibt zu, es könne durch die Bildung eines Koalitionskabinetts Malinow—Gennadijew ein Kompromiß gefunden werden. Die sofortige Gewährung eines Vorschusses schließe die Möglichkeit einer an einem anderen Orte geschlossenen Anleihe aus. Man könne dann die Gewährung der Anleihe von dem Wechsel der politischen Ereignisse abhängig machen. Wenn Rußland hiermit einverstanden ist und sein Veto zurückzieht, glaubt die französische Regierung, die französischen Banken bestimmen zu können, Bulgarien einen Vorschuß von 80 bis 90 Millionen Franken zu gewähren und außerdem nicht auf Zahlung der 75 Millionen Schatzbons zu bestehen. Die Anleihe könnte gegen Ende des Jahres erfolgen [1341].“

Nach einer weiteren Depesche aus Paris vom 22. Mai ist die französische Regierung auf erneutes Drängen von Sawinski auch bereit, wegen eines Vorschusses von 90 Millionen Franken mit den Banken zu reden [1345]. Dies aber stößt auf Schwierigkeiten [1347], und durch die Hartnäckigkeit der französischen Finanzleute tritt eine verhängnisvolle Verzögerung ein [1347]. Während man noch darum kämpft, zu einem Ergebnis zu gelangen, regt das Quai d’Orsay an, vom bulgarischen König aus diplomatischen Gründen zunächst nicht die Entlassung des Ministeriums Radoslawow zu fordern und befürwortet nach einem Telegramm Iswolskis vom 30. Mai folgende sehr charakteristische Mitteilung an ihn durch den Mund des russischen Gesandten in Sofia:

„Eure Majestät wissen, daß die bulgarische Regierung unter Berufung auf private Nachrichten es nicht für nötig erachtet hat, sich an die französische Regierung zu wenden, um zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse Bulgariens den Pariser Markt in Anspruch zu nehmen. Die bulgarische Regierung hat sich an die deutschen Banken gewandt und ein Abkommen unter für Bulgarien sehr drückenden Bedingungen steht vor dem Abschluß. Ein derartiges Abkommen droht, für eine ziemlich lange Zeit die wirtschaftliche und sogar bis zu einem gewissen Grade die politische Unabhängigkeit des Landes zu beeinträchtigen. Die russische und französische Regierung, von dem Wunsche beseelt, Bulgarien den Beweis ihrer uneigennützigen Freundschaft zu geben, haben sich an die Pariser und Petersburger Banken gewandt, um zu untersuchen, ob sich nicht der bulgarischen Regierung die für ihre augenblicklichen Bedürfnisse nötigen Mittel zur Verfügung stellen ließen, bis etwa in einigen Monaten günstigere Verhältnisse gestatteten, eine endgültige Anleihe abzuschließen. Die russischen und französischen Banken haben sich in ihrer Antwort auf diese Aufforderung bereit erklärt, sofort etwa 60 Millionen Franken vorzuschießen. Außerdem stimmen sie zu, daß die Zurückzahlung der Schatzbons bis zum Abschluß der Anleihe hinausgeschoben wird. Ich bin beauftragt worden, Eurer Majestät diese Mitteilung zu machen, die das Interesse beweist, das Rußland und Frankreich an Bulgarien nehmen. Meine Regierung hofft, Eure Majestät werden die Bedeutung dieses Schrittes zu schätzen wissen [1353].“

Gleich nachher depeschiert der russische Botschafter, daß man in Paris hoffe, gerade diese Erklärung werde dem König die Möglichkeit geben, „einen Wechsel des Ministeriums vorzubereiten“, und eine solche Ansicht wird noch des näheren begründet:

„Solange wir uns auf einen Vorschuß beschränken und die Anleihe nicht abgeschlossen wird, werden Rußland und Frankreich die Möglichkeit haben, in maßgebender Weise auf die Leitung der bulgarischen Politik einzuwirken. Was das schließliche Verlangen nach einer Verpflichtung des Königs, ein anderes Kabinett zu ernennen, anbetrifft, so würden wir dies später formulieren können, wenn Bulgarien nach Empfang eines bedeutenden Vorschusses nicht mehr die Möglichkeit haben wird, sich, finanziell gesprochen, zu befreien, und nur dann, wenn der König bis zum Ende des Jahres, d. h. bis zum Abschlusse der Anleihe nicht die günstige Gelegenheit gefunden haben sollte, die Regierung anderen Ministern zu übertragen. Margerie fügt hinzu, ein rücksichtsloseres Vorgehen in diesem Augenblick würde den König beleidigen und einen entgegengesetzten Erfolg herbeiführen

[1354]." So also sah die „uneigennützige" Freundschaft aus, die man Bulgarien anzubieten gedachte!

Sawinski, der gewissermaßen im Mittelpunkt des Treffens steht und dem es deshalb in erster Linie auf rasches Handeln ankommt, ist von den Finessen des Quai d'Orsay nicht gerade entzückt. Er erklärt sich in einer Drahtanwort vom 2. Juni gegen den Pariser Vorschlag und verlangt statt dessen mit Ungestüm einen Bescheid, ob die französischen Banken zahlen wollen [1355]. Zwei Tage später gibt er schon die Hoffnung auf, daß es gelingen wird, die Unterzeichnung der Anleihe in Berlin zu verhindern und bereitet eine Propaganda vor, um die bulgarische Sobranje zur Ablehnung zu bewegen. Auch hierfür erbittet er französische Unterstützung [1357].

Inzwischen geraten die Verhandlungen der Bulgaren in der deutschen Hauptstadt ins Stocken [1359, 1360] und werden sogar eine Zeitlang abgebrochen. Sofort wachsen die Hoffnungen Sawinskis auf einen möglichen Sturz des Kabinettes Radoslawow, und er rät zu einer großmütigen Geste Rußlands, um Bulgarien „den Weg endgültiger Annäherung" an das Zarenreich zu ermöglichen [1362]. Am 11. Juni freilich erfährt er, „daß auf das Drängen Tarnowskis und Berchtolds hin die Verhandlungen in Berlin unter dem Druck der deutschen Regierung auf die Banken wieder aufgenommen worden sind" [1364]. Nun drängt er abermals auf die Herbeiführung einer Zusage der Pariser Banken, die endlich am 19. Juni in einer Depesche Iswolskis in der Form erfolgt, daß sich eine Gruppe von Finanzleuten bereit findet, sofort eine bulgarische Anleihe von 200 Millionen Franken zu gewähren [1368]. Das letzte, was wir aus den Akten entnehmen konnten, ist eine von Sawinski am 30. Juni gemeldete Äußerung Radoslawows, „daß nach der Ermordung des Erzherzogs (von Österreich) wenig Aussicht vorhanden sei, die Anleihe in Berlin abzuschließen" [1373]. Außerdem wird noch die Beteiligung der russischen Staatsbank an dem Darlehen für notwendig erachtet, damit Rußland nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß es ihm nur daran liegt, die Verhandlungen in Berlin zum Scheitern zu bringen, ohne selbst etwas hergeben zu wollen.

Das Wichtige für unseren Zusammenhang ist die einwandfreie Feststellung, daß in Petersburg und Paris in den hier behandelten Monaten mit größtem Nachdruck, ja sogar mit Leidenschaft um Bulgarien gerungen wird. Diese Erscheinung läßt sich nicht allein dadurch erklären, daß man befürchtet, einen früher ergebenen Anhänger zu verlieren. Es mußten vielmehr größere Dinge auf dem Spiel stehen,

und wir werden sogleich sehen, daß diese Vermutung durchaus richtig ist.

Der Forschungsarbeit über die Vorgeschichte des Weltkrieges steht hinsichtlich der Petersburger Politik einstweilen noch verhältnismäßig wenig Material zur Verfügung, das direkte Aufschlüsse über die letzten Absichten vermittelt, die man in der russischen Hauptstadt verfolgte. Trotzdem liegen uns bereits einzelne überaus bedeutungsvolle Schriftstücke vor, aus denen wir — allerdings in größeren zeitlichen Abständen — erfahren, was man an der Newa dachte. In erster Linie kommen hier die verschiedenen Berichte Sasonows an den Zaren in Betracht, auf die wir bereits mehrfach hinweisen konnten. Man darf in bezug auf sie freilich nicht vergessen, daß sie auf den Empfänger abgestimmt sind. Nikolaus II. war ein weicher Charakter, der sich einerseits zu tatkräftigen Entschlüssen nur schwer hinreißen ließ, während er andererseits einer geschickten psychologischen Bearbeitung leichter unterlag, als das bei einer festen, selbstbewußten und kühl überlegenden Natur der Fall ist. Wenn sein Außenminister an ihn schreibt, so fühlt man immer zwischen den Zeilen, wie er bestrebt ist, den Herrscher vorsichtig durch möglichst umfassende Argumentierung auf den Weg zu schieben, den er selbst als richtig erkannt hat. Er bringt dem Zaren die als notwendig erscheinende Einsicht gewissermaßen dosenweise und eingehüllt in schmackhafte Betrachtungen bei, um ihn nicht zu erschrecken, sondern schonend zu überzeugen.

Hinsichtlich der Probleme, die uns nun beschäftigen, gibt es einen Bericht, der nicht nur in dem eben angedeuteten Sinne sehr kennzeichnend ist, sondern uns zugleich einen ungewöhnlich tiefen Einblick in Sasonows eigene Gedanken gewährt. Er trägt das Datum des 6. Dezember 1913 und behandelt die Frage, welche Haltung das russische Außenministerium „den neuen politischen Verhältnissen gegenüber", wie sie sich durch die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel gestaltet haben, einnehmen soll.

Zunächst wird ganz allgemein „die Möglichkeit einer endgültigen Auflösung des Ottomanischen Kaiserreiches" erwogen, dessen Zusammenbruch zwar schon seit zwei Jahrhunderten erwartet werde, das aber doch so geschwächt sei, daß es „einen entscheidenden Schlag, der von außen kommt, nicht mehr abwehren könne". Im Anschluß hieran heißt es dann: „Die Zweifel an der Dauer und Lebensfähigkeit der Türkei lassen für uns die historische Frage der Meerengen und der Bedeutung ihres Wertes für uns in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wieder aufleben." Darauf folgt die Frage: „Dürfen wir es zulassen, daß ein anderer Staat die Durchfahrt durch die Meerengen ganz in seine Ge-

walt bekommt?“ Und die Antwort lautet: „Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Die Meerengen einem mächtigen Staat zu überlassen, wäre gleichbedeutend damit, die ganze wirtschaftliche Entwicklung des südlichen Rußlands diesem Staat zu unterwerfen.“ Diese Tatsache wird mit Angaben des Finanzministeriums belegt, aus denen hervorgeht, daß die vorübergehende Sperrung der Meerengen im Jahre 1912 die russische Ausfuhr um 100 Millionen Rubel geschädigt hat. Zu der wirtschaftlichen Bedeutung gesellt sich die politische: „Derjenige Staat, der die Meerengen in Besitz hat, wird nicht nur den Schlüssel zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer in der Hand haben, er wird gleicherweise den für die Durchdringung Kleinasiens und die Oberherrschaft über die Balkanländer besitzen.“ Dieser Feststellung ist geschickterweise die Form einer Warnung im Hinblick auf die Absichten anderer Länder gegeben. Sie kann aber auch vom Standpunkte Rußlands aus als Lockung aufgefaßt werden. Denn das Zarenreich, das schon auf dem Schwarzen Meer eine ansehnliche Flotte gebaut hatte, verriet dadurch den Drang nach dem Mittelmeer, und wie es mit dem Wunsch nach der Durchdringung Kleinasiens und der Oberherrschaft über die Balkanländer bestellt war, wissen wir zur Genüge.

Nun berührt Sasonow in seiner Darstellung zum erstenmal die Bedeutung Bulgariens für Rußland:

„Zu Beginn des Balkankrieges gab es eine Zeit, in der Bulgarien Erfolge hatte und seine ehrgeizigen Heerführer die Absicht zeigten, Konstantinopel zu nehmen und die bulgarische Oberherrschaft über die Balkanländer aufzurichten. Die maßlosen Ansprüche Bulgariens einigten dessen jüngste Verbündete und Rumänien, und der Krieg endete mit einer bulgarischen Niederlage. Schwerlich aber wird man annehmen können, daß Bulgarien mit einem derartigen Ausgang sich zufrieden geben wird. Ist es nicht wahrscheinlicher, daß es die Gelegenheit suchen wird, wiederzuerlangen, was ihm genommen wurde? Der alte Traum einer Hegemonie und der Eroberung der Meerengen kann aufs neue lebendig werden. Das Glück ist wankelmütig, und die Türkei unfähig, aus den Lehren des Schicksals zu lernen. Kein Mensch kann Tag und Stunde angeben, wann Bulgarien sich in einem wilden Angriff, zu dem die Bulgaren fähig sind, auf die Türkei stürzen wird. Dies könnte ein letzter und verderbenbringender Schlag für das Ottomanische Kaiserreich sein.“

Wir wollen diese Stelle vorläufig im Gedächtnis behalten und den Faden von Sasonows Erwägungen nicht unterbrechen. Der russische Außenminister geht nach der langen und bedeutsamen Einleitung von

den Aspirationen Bulgariens endlich unverhüllt zu den eigenen russischen Absichten über. Er gemahnt an die Neugründung der Schwarzmeerflotte durch den „verewigten Kaiser Alexander III. und an die Eröffnung der Schiffahrt mit Handelsdampfern auf dem Schwarzen Meere". „Beide Unternehmungen sind verbunden mit dem Gedanken an die Macht Rußlands und die Möglichkeit, unsere Interessen an den Meerengen sicherzustellen." Dann läßt er sich zu folgenden Eingeständnissen hinreißen:

„Hunderte von Millionen sind für diese Unternehmung ausgegeben worden sowie für den Unterhalt des Heeres im Militärbezirk Odessa, das gemeinsam mit unserer Flotte operieren soll. Bekanntlich wurde schon 1895 aus Anlaß der armenischen Metzeleien die Frage der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch unsere Truppen mit Wissen und Willen Englands, unseres damals gefährlichsten Rivalen, erwogen. Wir mußten auf diesen Plan verzichten im Hinblick auf die ungenügenden Transportmittel und die Mangelhaftigkeit der Mobilisierung zu Lande.

Achtzehn Jahre sind seitdem verflossen. Wir geben immer noch Hunderte von Millionen aus und sind unserem Ziele noch immer nicht um einen Schritt nähergekommen. Man baut Kriegsschiffe und gibt alljährlich große Summen für die Unterhaltung der Handelsflotte her. Und dennoch, wenn der Augenblick kommt, in dem es erwünscht sein könnte, zu einer bedeutungsvollen, irgendwie gearteten Landungsoperation zu schreiten, scheut die Regierung davor zurück, weil deren Durchführung fast ganz unmöglich ist.

Als es sich im vergangenen Jahre um einen etwaigen Vorstoß unserer Heere auf Konstantinopel handelte, wurde es klar, daß wir innerhalb von zwei Monaten in kleinen Transporten nur zwei Armeekorps übersetzen könnten und daß die Mobilmachungsvorarbeiten für die Transportschiffe wie diejenigen für die Bewegungen des Landheeres eine so lange Zeit in Anspruch nehmen würden, daß die Operation für niemand ein überraschender Schlag hätte bleiben können. Mit anderen Worten: das genannte Unternehmen schien ganz einfach unausführbar, ganz abgesehen davon, daß die numerische Stärke eines solchen Landungsheeres nicht im richtigen Verhältnis zu den Aufgaben gestanden haben würde, die es erfüllen sollte."

Gestützt auf solche Erfahrungen muß Rußland umfassende Vorbereitungen treffen, die einen Vorstoß auf Konstantinopel, sobald er notwendig wird, auch möglich machen. Vor allem werden 4 Maßnahmen vorgeschlagen:

„1. Die Mobilisierung eines Landungsarmeekorps von numerisch ausreichender Stärke zu beschleunigen;

2. die notwendigen Verbindungswege für eine Mobilisierung instand zu setzen;

3. die Schwarzmeerflotte in einer Weise zu vergrößern, daß sie der ottomanischen Flotte überlegen und fähig ist, in Verbindung mit dem Heere die Meerengen zu bezwingen, um die vorübergehende oder, wenn notwendig, dauernde Besetzung durchzuführen;

4. unsere Transportmittel im richtigen Verhältnis zu dem Umfang unserer Landungsoperation zu vermehren."

In den Betrachtungen, die hierauf folgen, kommt sehr stark die Absicht eines Einflusses auf Kleinasien zum Ausdruck. Hin und wieder wird in der Schilderung der aggressiven Arbeiten, die empfohlen werden, haltgemacht und die Versicherung eingestreut, daß eine Bewahrung des Status quo für Rußland das beste wäre. Aber das verringert nicht den starken Eindruck, daß man sich die Eroberung der Dardanellen sehr genau, bis in alle Einzelheiten überlegt hat, und wenn wir an die Vorgänge des Jahres 1913 denken, so kann uns das auch nicht wundern, ja es ist im Grunde im Vergleich zu dem, was uns die Dokumente bereits erzählt haben, nichts, was als eigentlich neu bezeichnet werden kann.

Der letzte Teil des Schreibens aber enthält einige Abschnitte, die weit über das bisherige Bild von Sasonows Politik hinausführen und eine grundlegende Erklärung für seine Ansichten in jener Zeit vermitteln. Sie lauten:

„Ferner muß ich wiederholen, daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärtskommen kann. Diese Verwicklungen würden uns, nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu urteilen, im Bunde mit Frankreich und möglicherweise, aber nicht ganz sicher, auch mit England finden oder mindestens gegenüber einer wohlwollenden Neutralität des letzteren. Im Falle von europäischen Verwicklungen würden wir auf dem Balkan auf Serbien und vielleicht auch auf Rumänien zählen können. Hierin liegt klar die Aufgabe unserer Diplomatie, die darin besteht, günstige Vorbedingungen zu einer möglichst innigen Annäherung an Rumänien zu schaffen. Dieses Unternehmen muß ebenso ununterbrochen wie vorsichtig und vorurteilsfrei vor sich gehen. Die Stellung Rumäniens unter den Balkanländern erinnert in vieler Beziehung an die Italiens in Europa. Diese beiden Mächte haben Größenwahnsinn, und da sie nicht Gewalt genug besitzen, ihre Pläne offen zu verwirklichen, so sind sie gezwungen, sich mit einer Zweckmäßigkeitspolitik zu begnügen, indem sie immer

beobachten, auf welcher Seite die Macht liegt, um sich auf diese Seite zu schlagen.

Bei einer vorläufigen Abwägung der Kräfte würde es ebenso gefährlich gewesen sein, auf so zaudernde Elemente im voraus zu rechnen, wie es wenig verständig wäre, sie ganz außer Betracht zu lassen.

Zwei Faktoren spielen bei der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage auf dem Balkan eine Hauptrolle. Der erste ist Österreich-Ungarn, wo die Nationalitätenbewegung zusehends wächst, hervorgerufen durch den Erfolg der Serben und der Rumänen und durch den Eindruck, den diese Erfolge auf ihre Landsleute innerhalb der Grenzen der habsburgischen Monarchie gemacht hat. Der zweite liegt in der Unmöglichkeit für Bulgarien, sich bei den schmerzlichen Folgen des Bukarester Friedens zu beruhigen.

Diese beiden Staaten können sich entweder zu einem gemeinsamen Ziel, der Umänderung der Karte des Balkans, zusammenfinden oder sie treffen sich in feindlichen Lagern, wenn Bulgarien Hoffnung haben kann, Mazedonien auf andere Weise an sich zu bringen. Wie schwer es auch sein mag, Serbien und Bulgarien einander zu nähern, so können alle beide doch nur fortfahren, ihrem nationalen Ideal zuzustreben, wenn sie sich miteinander verbinden. Als Feinde werden beide Staaten sich wechselseitig paralysieren. Serbien kann sein hohes Ideal der Vereinigung des ganzen Serbenvolkes nur verwirklichen, wenn Bulgarien sich dem nicht widersetzt, ja ihm sogar hilft um den Preis der Herausgabe des verlorenen Mazedoniens. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die eine oder andere Hypothese nur Wirklichkeit werden kann, wenn auch Rußland zu dieser Zeit für sich selbst der Realisierung seiner historischen Ziele zustrebt und mit diesen Staaten gemeinsam handelt. Denn für sich allein sind die Balkanstaaten unfehlbar Konflikten untereinander verfallen, die nur durch die Gegenwart Rußlands, als tatkräftiger und leitender Macht, vermieden werden können [1157]."

Diese Äußerungen sind ein Bekenntnis von ungeheurer Tragweite. Das Schwergewicht liegt auf dem ersten Satz mit der Erklärung, „daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärtskommen kann". Die weiteren Überlegungen entwerfen dann gewissermaßen das Programm für diesen Weg. Die Stelle ist deshalb so entscheidend, weil sie die Bekehrung Sasonows zum Gedanken des Weltkrieges dokumentiert. Demnach hat sich also Ende 1913 beim russischen Außenminister hinsichtlich der Erreichung der spezifisch russsichen Ziele jene verhängnisvolle Schwenkung vollzogen, die Poincaré für die Rechnung Frankreichs schon Ende 1912 resolut vorgenommen hatte, als er

zum Losschlagen gegen Österreich-Deutschland bereit war. Die Geneigtheit der politischen Leitung der französischen Republik zum Weltkrieg fand jetzt ein Echo in der Überzeugung des maßgebenden russischen Politikers, daß auch sein Land nur auf jener Bahn vorwärtskommen könne, die der gallische Bundesgenosse als die richtige für sich erkannt hatte. Für Europa war diese Tatsache das eigentliche und entscheidende Verhängnis. Denn in dem Augenblick, wo die Großmacht im Westen und die Großmacht im Osten mit ihrem geheimen politischen Willen zum Angriff gegen die hemmende Mitte des Kontinents drängten, war der Weltkrieg im Grunde unvermeidlich, und es blieb nur eine Frage der Zeit, wann er zum Ausbruch kam.

Warum Sasonow die geschilderte Wandlung durchmachte, geht aus den bisher behandelten Ereignissen hervor. Man hat hin und wieder mit einem gewissen Erstaunen festgestellt, daß dieser Mann, der im Rufe eines Deutschfreundes stand, schließlich, wie man glaubte, von den Militärs umgestimmt worden sei. Das ist nicht richtig: er hat sich einzig und allein von der Gewalt der Realitäten überreden lassen, mit der er als Leiter der russischen Politik sich auseinandersetzen mußte. Letzten Endes machte er ungefähr dieselbe Entwicklung wie Iswolski während seiner Zeit als Außenminister durch. Dieser hatte zuerst versucht die Meerengenfrage auf diplomatischem Wege zu lösen und war dann, als dies nicht gelang, zu dem übergegangen, was wir in unserem ersten Kapitel die große Lösung nannten, die der eben wiedergegebene Brief Sasonows in mustergültiger Weise schildert. Der Nachfolger Iswolskis strebte im Zusammenhang mit den Balkankriegen anfangs die Lösung durch einen militärischen Handstreich an, der sich, wie wir von ihm selbst hören, als technisch undurchführbar herausstellte. Und der Plan eines Vorstoßes über Kleinasien scheiterte an dem Einspruch Englands und der dadurch ausgelösten Abneigung Frankreichs, also an einer Wiederholung der Erfahrungen, die Iswolski 1909 auf seiner Reise durch Paris und London machen mußte. Da blieb nur „der Weg über die europäischen Verwicklungen“ übrig, den Sasonow dem Zaren in seinem Schreiben vom 6. Dezember 1913 verblüffend klar in allen Einzelheiten entwickelt [1157]. Frankreich wird als ganz sicherer Faktor gebucht. Serbien ist die Rolle des Sturmbockes gegen Österreich-Ungarn zugedacht, und Bulgarien ist deshalb von so hohem Wert, weil es durch einen Übergang zur Donaumonarchie die „große Lösung“ beträchtlich erschwert, während es als Freund Serbiens ein bedeutendes Plus in der Rechnung des russischen Außenministers darstellt. Nun verstehen wir die finanziellen Operationen, die wir oben besprochen haben, durch diesen politischen Hintergrund erst ganz. Auch sie waren Glieder jener Kette, die

um die Mittelmächte immer enger geschmiedet wurde, bis die Stunde nahte, wo man sie zum Ersticken zuziehen konnte.

In der Tat! Gegen das Ende des Jahres 1913 ist der Weltkrieg in den Köpfen der entscheidenden Politiker unseres Weltteiles geboren worden. Alles, was sich noch weiterhin abspielt, ist nur eine Reihe von neuen Beweisen hierfür.

Die Türkei hatte die Absicht, um ihren Wiederaufbau auf militärischem Gebiet durchzuführen, den deutschen General Liman von Sanders zum Höchstkommandierenden über ihre Landtruppen zu machen. Sofort setzte von russischer Seite ein energischer Protest ein. Am 26. November 1913 depeschiert Iswolski, der französische Außenminister Pichon teile die Ansicht Sasonows, „daß es unzulässig sei, deutschen Offizieren den Befehl über die Truppen in Konstantinopel zu übertragen ... Frankreich könne es nicht zulassen, daß Deutsche in Smyrna und Beirut befehligten“ [1140]. Am 3. Dezember berichtet ein Telegramm von einer „von Grey vorgeschlagenen gleichlautenden Mitteilung Rußlands, Englands und Frankreichs an die Pforte in Sachen der deutschen Offiziere“ [1148]. Die drei Ententemächte hatten sich somit in dieser Angelegenheit zusammengefunden, wobei jedoch einer Drahtmeldung Benckendorffs vom 9. Dezember entnommen werden kann, daß man in London immerhin zur Vorsicht mahnte, „um eine Sackgasse zu vermeiden und der deutschen Regierung einen Rückzug zu ermöglichen“ [1158]. Allerdings erschien eine allzu scharfe Stellungnahme Großbritanniens auch deshalb nicht geraten, weil die türkische Flotte von einem englischen Admiral kommandiert wurde und Deutschland also darauf hinweisen konnte, daß hier ein paralleler Fall zu dem des Liman von Sanders vorlag. In Frankreich befürchtet man wieder russische Aktionen, die „zur Auflösung der asiatischen Türkei führen könnten“ [1179], versichert aber trotzdem, „daß die Regierung der Republik fest entschlossen ist, allen Schritten der Kaiserlichen Regierung... sich anzuschließen“ [1192]. Der französische Botschafter in Konstantinopel, Bompard, erteilt sogar den Rat, ein russisches Panzerschiff in den Bosporus einlaufen zu lassen und dann zu erklären, „es würde nur nach einer Änderung des Vertrages des Generals Liman und seiner Offiziere abdampfen“ [1198]. Am entschlossensten zur Tat zeigt sich wieder Poincaré, aus dessen Worten Iswolski am 5. Januar schließen kann, daß Frankreich „die ruhige Entschlossenheit“ besitzt, „sich unter den obwaltenden Umständen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit uns (mit Rußland) auferlegt“ [1212]. 10 Tage später hören wir nochmals, der Präsident der Republik habe in einem Gespräch mit dem russischen Botschafter mehrmals wiederholt: „Wir werden Sie natürlich unterstützen

[1227].“ Der Konflikt wird schließlich durch das Nachgeben Deutschlands und der Türkei beigelegt.

Was uns an dem ganzen Vorgang besonders interessieren muß, ist der Umstand, daß in Rußland am 31. Dezember 1913 unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Kokowtzow und der Anwesenheit Sasonows eine geheime Sonderkonferenz stattfindet, auf der im Hinblick auf den Fall Liman von Sanders die Möglichkeiten eines Zwangsverfahrens gegen die Türkei erwogen werden und daß bei dieser Gelegenheit der Außenminister des Zarenreiches besonders unterstreicht, „daß die Nötigungsmaßnahmen gegen die Türkei nur im engsten Zusammengehen mit England und Frankreich beabsichtigt waren[1])“. Er deutet also auch hier ein Festhalten an der oben erwähnten „großen Lösung“ an, während Kokowtzow energisch gegen den Krieg spricht.

Am 8. Februar 1914 tagt dann, diesmal unter dem Vorsitz von Sasonow selbst, eine neue Konferenz mit den Spitzen des russischen Heeres und der Marine, in der auf Grund des Berichtes an den Zaren vom 6. Dezember 1913 die Vorbereitungen zu einer Eroberung der Meerengen erörtert werden. Aus dem Protokoll über die Beratungen wollen wir bloß zwei Stellen hervorheben, die unsere bisherigen Angaben abermals bestätigen. Hier lesen wir nämlich:

„Auf die Frage, ob wir ... auf eine Unterstützung Serbiens rechnen könnten, antwortet S. D. Sasonow, daß man nicht annehmen könnte, daß unsere Operationen gegen die Meerengen ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden, und daß anzunehmen wäre, daß unter solchen Umständen Serbien alle seine Kräfte gegen Österreich-Ungarn richten würde.“

Und weiter unten:

„Unter Berufung auf die Äußerungen des Außenministers über die allgemeine Situation, in der eine Entscheidung der Meerengenfrage erwartet werden könnte, gibt der Chef des Generalstabs seinerseits der Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf um Konstantinopel kaum ohne einen allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre[2]).“

Die militärische Leitung Rußlands schließt sich demnach der bedrohlichen Stellungnahme Sasonows an und beschließt, seiner Anregung folgend, eine Reihe von Maßnahmen, die Rußland in den Stand setzen sollen, im geeigneten Augenblick nach Konstantinopel vorzustoßen.

---

[1]) Siehe Beilagen S. 234.
[2]) Siehe Beilagen S. 247.

Beachtenswert ist ferner, daß der Zar das Protokoll der Konferenz mit der Bemerkung versieht: „Ich billige durchaus die Beschlüsse der Konferenz.“ Auch er hat sich somit zu dem Standpunkt des Außenministers bekehrt.

Andere Zeugnisse weisen darauf hin, daß man in Petersburg im Einklang mit der von Sasonow eingeschlagenen Richtung ganz bedeutend die Aktivität erhöht: Die Reformen in Armenien werden von der Türkei verlangt und durchgesetzt, und bei der Gründung der Bank von Saloniki wird verlangt, dem Vertreter des Zarenreiches solle die „überwiegende, wenn nicht völlige Selbständigkeit in der Abteilung Armenien zugestanden werden“. Ferner strebt man danach, in Kleinasien seinen Einfluß durch Konzessionen zu Bahnbauten immer weiter vorzuschieben. Daneben werden die rein militärischen Rüstungen nach Kräften beschleunigt. Am 8. Januar 1914 bittet Kokowtzow nach einem Telegramm Sasonows die französische Regierung, die erste Rate der Eisenbahnanleihe auf 600 Millionen zu erhöhen [1217], und eine besonders geheime Depesche des gleichen Tages begründet diesen Antrag mit der Notwendigkeit, „einen Teil der Bestellungen für das Artillerieressort den französischen Werken zu übergeben, da die russischen Werke nicht imstande sind, sie zur festgesetzten Frist auszuführen“ [1218].

Für die Entschlossenheit der russischen Politik, den Weg über europäische Verwicklungen im Sinne der eigenen Interessen zu ebnen, spricht aber vor allem ein Vorgang in diesen Monaten, dessen wahrer Inhalt nur im Zusammenhang mit unseren bisher gemachten Feststellungen verstanden werden kann: nämlich die intimere Annäherung Rußlands an England.

In seinem Bericht an den Zaren hebt Sasonow hervor, daß ein allgemeiner Zusammenstoß Rußland „im Bunde mit Frankreich und möglicherweise, aber nicht ganz sicher, auch mit England finden“ werde. In der geheimen Sonderkonferenz vom 31. Dezember 1913 führt er aus: „In Wirklichkeit würde Deutschland ein Auftreten Rußlands, das nur die Unterstützung von Frankreich allein hätte, nicht sonderlich gefährlich erscheinen. Beide Staaten wären wohl kaum imstande, Deutschland einen tödlichen Schlag zu versetzen, auch nicht im Falle militärischer Erfolge, die sich nie voraussagen lassen. Ein Kampf unter Beteiligung von England dagegen könnte für Deutschland verhängnisvoll werden, das sich ganz klar über die Gefahr ist, bei einem englischen Eingreifen binnen sechs Wochen einer völligen sozialen inneren Katastrophe entgegengeführt zu werden. England ist für Deutschland gefährlich, und in diesem Bewußtsein ist die Ursache des Hasses zu finden, den die Deutschen gegenüber der wachsenden Macht Großbritanniens

empfinden. In Verbindung mit den bezeichneten Umständen müßte die Kaiserliche Regierung, bevor sie entschiedene Schritte unternimmt, sich die Unterstützung des Londoner Kabinetts sichern, dessen aktive Teilnahme nach Ansicht des Ministers nicht gesichert erscheint."

Wir brauchen nicht erst darauf hinzuweisen, wie genau diese Feststellung mit unseren bisherigen Beobachtungen übereinstimmt und wie restlos sie die Behauptung bestätigt, daß England ein letztes Hindernis auf dem Marsche nach Konstantinopel war. Nun sollte Abhilfe geschaffen und dadurch der Vorbereitung zur „großen Lösung" der letzte und zugleich wichtigste Stein eingefügt werden.

Während früher das Werben um Großbritannien immer von Paris ausging, erfolgte nun der entscheidende Schritt von Petersburg aus, allerdings unter Benutzung der Pariser Brücke. Ein Brief Iswolskis vom 18. März 1914 teilt mit, daß der Nachfolger Delcassés als französischer Botschafter an der Newa, Herr Paléologue, gesagt habe, „Seiner Majestät (Nikolaus II.) sei es in der gnädigen Unterredung, deren ihn Seine Majestät nach der Überreichung seiner Beglaubigungsschreiben würdigte, unter anderem genehm gewesen, die Frage der Rolle Englands im Dreiverbande zu berühren sowie auch den Umstand, daß es wünschenswert sei, das Londoner Kabinett zum Bewußtsein der Notwendigkeit der Übernahme genauerer und mehr bindender Verpflichtungen gegenüber Rußland zu bringen [1297]."

Der Wunsch des Zaren war natürlich ganz im Sinne des russischen Diplomaten, der sich seit Jahren um die Vervollkommnung der Entente bemüht hatte, und er beeilt sich, in dem erwähnten Brief zu betonen, daß „die englisch-französischen Beziehungen gegenwärtig durch zwei Dokumente bestimmt werden, und zwar durch das Militär- und Marineabkommen (die Abmachungen der beiderseitigen General- und Admiralstäbe) und durch das politische Abkommen" (Schriftwechsel Grey-Cambon). Nach einigen Erörterungen über diese Vereinbarungen berichtet der Botschafter am Schluß:

„Ich benutzte meine letzten Zusammenkünfte mit H. Doumergue und dem Präsidenten der Republik, um die Frage der russisch-englischen Beziehungen anzuschneiden. Sowohl der eine als auch der andere waren vollkommen genau darüber unterrichtet, was Seine Majestät H. Paléologue gegenüber zu äußern geruht hat. H. Doumergue sagte mir, er sei durchaus mit dem Gedanken einverstanden, daß es nach der jüngsten Erfahrung während der Balkankrise sowie in Anbetracht der geschlossenen und einheitlichen Handlungen der Dreibundmächte sehr wünschenswert sei, England zur Übernahme bestimmterer Ver-

pflichtungen uns gegenüber zu bewegen. Er fügte hinzu, die bevorstehende Ankunft Sir Edward Greys, der den König Georg hierher begleitet, werde ihm Gelegenheit geben, diese Frage persönlich in den Unterredungen mit dem englischen Minister anzuschneiden. H. Poincaré äußerte sich im selben Sinne und verlieh seiner Absicht Ausdruck, die Aufmerksamkeit König Georgs auf dieselbe Frage zu lenken. Die Ankunft des englischen Königspaares ist auf den 8./21. April angesetzt. Sollten Sie daher der Ansicht sein, daß die Herren Doumergue und Poincaré in dieser Beziehung einen nützlichen Einfluß auf das Londoner Kabinett ausüben könnten, so würde ich Sie darum bitten, mich rechtzeitig mit Weisungen zu versehen, wie Sie diese Frage auffassen. Mir persönlich scheint es, daß die bevorstehenden Besprechungen zwischen den Leitern der französischen und der englischen auswärtigen Politik eine sehr günstige Gelegenheit zur Feststellung dessen abgeben könnten, inwieweit das Londoner Kabinett bereit wäre, den Weg einer näheren Vereinbarung mit Rußland zu beschreiten, daß jedoch die Frage der Form und des Inhalts einer derartigen Vereinbarung unmittelbar zwischen uns und den Engländern besprochen werden muß [1297].“

Das von Doumergue und Iswolski vorgeschlagene Verfahren wird in allen Einzelheiten angewandt. Am 2. April antwortet Sasonow, er teile die Ansicht, „daß es nicht unnütz wäre, wenn die Herren Poincaré und Doumergue die persönliche Zusammenkunft mit König Georg und seinen Ministern ausnutzten und ihnen gegenüber vertraulich darauf hinwiesen, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein glückliches Ereignis begrüßt werden würde, das für alle drei Beteiligten des jetzigen Dreiverbandes in gleicher Weise wünschenswert sei“ [1309]. Am 9. April erwidert Iswolski:

„H. Doumergue bestätigte mir aufs bestimmteste seine Absicht, sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Sir Edward Grey dahin auszusprechen, daß eine derartige Vereinbarung wünschenswert wäre. Seiner Meinung nach wird es ihm sehr leicht fallen, überzeugende Gründe für diesen Gedanken zu finden, denn es sei offenbar, daß, da einmal Frankreich besondere Militär- und Marineabkommen mit Rußland und England besitze, dieses System in Einklang gebracht und ergänzt werden müsse durch ein entsprechendes Abkommen zwischen Rußland und England. H. Doumergue ist der Ansicht, das russisch-englische Abkommen müsse die Form einer Marinekonvention annehmen, und hierbei würden vielleicht technische Beratungen zwischen allen drei Admiralstäben erforderlich sein [1312].“

Das brennende Interesse, das der Zar an der Angelegenheit nimmt,

wird durch ein Geheimtelegramm Paléologues an Doumergue noch besonders hervorgehoben, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Aus privater und zuverlässiger Quelle (die Worte ‚aus privater Quelle‘ sind mit Blaustift zweimal unterstrichen) ist mir bekannt, daß die Beratung des Kaisers mit seinem Außenminister vor der Abfahrt in die Krim voll und ganz der Frage des englisch-russischen Bündnisses gewidmet war. (An der Seite ein Fragezeichen mit gewöhnlichem Bleistift.) Bei der Erörterung des mehr oder weniger nahe drohenden Zusammenstoßes zwischen Rußland und Deutschland sah Seine Majestät auch die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei voraus. In diesem Falle wird die ottomanische Regierung die Meerengen schließen. Rußland würde sich zu dieser für seinen Handel und sein Ansehen so abträglichen Maßnahme nicht gleichgültig verhalten können.

‚Um die Meerengen zu öffnen,‘ soll Seine Majestät geäußert haben, ‚würde ich zur Gewalt greifen [1318].‘“

Die Stellungnahme des Monarchen beweist nochmals, wie restlos er sich den Standpunkt seines Außenministers zu eigen gemacht hatte.

Ein Schreiben Iswolskis vom 29. April schildert dann die Verhandlungen zwischen Grey und den Leitern der französischen Politik anläßlich des englischen Königsbesuches in Paris. Sie verliefen wider Erwarten besonders günstig:

„Nach beendeter Erörterung der verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen der laufenden Politik ging H. Doumergue zur Frage der russisch-englischen Beziehungen über und setzte Sir Edward Grey die zwischen ihm und mir vereinbarten Wünsche auseinander. Zugunsten eines näheren russisch-englischen Abkommens führte er hierbei hauptsächlich zwei Gründe ins Feld: 1. die Bemühungen Deutschlands, uns vom Dreiverbande abzulenken, der eine unzuverlässige und schwache politische Kombination sein soll und 2. die Möglichkeit, durch den Abschluß einer Marinekonvention zwischen uns und England einen Teil der englischen Seestreitkräfte nicht nur für ein tatkräftiges Vorgehen in der Ost- und Nordsee, sondern auch im Mittelmeere frei zu bekommen. (H. Doumergue wies unter anderem Sir Edward Grey darauf hin, daß wir nach zwei Jahren über ein starkes Dreadnoughtgeschwader in der Ostsee verfügen werden.) — Sir Edward Grey erwiderte H. Doumergue, er persönlich sympathisiere durchaus mit den von ihm geäußerten Gedanken und sei vollkommen bereit, mit Rußland ein Abkommen zu treffen in der Art der zwischen England und Frankreich bestehenden Abkommen. Er verhehlte jedoch H. Doumergue gegenüber nicht, daß nicht nur in der Regierungspartei, sondern

sogar unter den Mitgliedern des Kabinetts Personen vorhanden seien, die gegen Rußland voreingenommen und einer weiteren Annäherung an Rußland wenig geneigt seien. Trotzdem gab er der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, H. Asquith und die übrigen Regierungsmitglieder zur Annahme seines Standpunktes zu bewegen, und schlug folgendes Verfahren vor: zuerst könnten beide Kabinette — das Londoner und Pariser — nach gegenseitiger Vereinbarung dem Petersburger Kabinett alle zwischen England und Frankreich bestehenden Abkommen mitteilen, und zwar: 1. die durch die General- und Marinestäbe ausgearbeiteten Konventionen zu Lande und zu Wasser, die, wie Ihnen bereits bekannt ist, einen sozusagen bedingten Charakter haben und 2. das politische Abkommen, das die Form eines Briefaustausches zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter in London hat. In diesen Briefen heißt es, daß, wenn England und Frank reich im Verlaufe der Ereignisse sich zu einem gemeinsamen aktiven Eingreifen entschließen sollten, sie die erwähnten Konventionen ‚in Betracht ziehen würden'. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung könnte das Londoner und das Pariser Kabinett bei uns anfragen, wie wir uns zu dem in ihr berührten Gegenstande verhielten, was seinerseits uns Anlaß geben könnte, in einen Meinungsaustausch mit England über den Abschluß eines entsprechenden russisch-englischen Abkommens zu treten. Nach dem Gedanken Sir Edward Greys könnte zwischen uns und England nur eine Marinekonvention und keine Konvention zu Lande abgeschlossen werden, da alle Landstreitkräfte Englands bereits im voraus verteilt seien und offenbar nicht mit den russischen zusammenwirken könnten. Sir Edward Grey fügte hinzu, er werde gleich nach seiner Rückkehr nach London den obenerwähnten Plan H. Asquith und seinen übrigen Kollegen zur Prüfung unterbreiten. Auf die Frage H. Doumergues, ob er nicht der Ansicht sei, daß es wünschenswert wäre, den Abkommen zwischen Rußland und England nicht die Form von Parallelabkommen, sondern die eines einheitlichen Abkommens zu drei zu verleihen, antwortete Sir Edward Grey, er persönlich schließe diese Möglichkeit nicht aus, jedoch könne hiervon erst später im Zusammenhange mit der technischen Ausarbeitung des in Aussicht genommenen russisch-englischen Abkommens die Rede sein.

Alle drei Personen, die an der Beratung teilgenommen hatten — die Herren Doumergue, Cambon und de Margerie — sagten mir, sie wären erstaunt gewesen über die von Sir Edward Grey klar und bestimmt ausgedrückte Bereitwilligkeit, den Weg einer engeren Annäherung an Rußland zu beschreiten. Ihrer Überzeugung nach haben die von ihm gemachten Vorbehalte bezüglich H. Asquiths und der übrigen

Kabinettsmitglieder nur einen formellen Charakter. Wenn er nicht im voraus von ihrem Einverständnis überzeugt gewesen wäre, so hätte er nicht solch konkrete Vorschläge gemacht.

Aus dem oben Dargelegten kann man, wie mir scheint, den Schluß ziehen, daß die in Ihrem Briefe vom 20. März berührte Frage in die richtige Bahn gebracht worden ist. Die Herren Poincaré und Doumergue versprachen mir, daß H. Cambon aufs aufmerksamste die Ausführung des von Sir E. Grey in Aussicht genommenen Plans verfolgen werde. Meinerseits machte ich unseren Botschafter in London, den Grafen Benckendorff, während seines hiesigen Aufenthaltes mit allen Einzelheiten der Angelegenheit bekannt. Er ist gleichfalls der Ansicht, es sei aller Grund vorhanden, auf eine weitere günstige Entwicklung der Angelegenheit zu rechnen [1327].“

Dem überaus aufschlußreichen Schriftstück sind die Abschriften der zwischen Grey und Cambon im November 1912 ausgetauschten Briefe beigefügt.

Am 12. Mai meldet der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, über eine Unterredung mit dem englischen Außenminister:

„Grey sprach bei dieser Gelegenheit mit einer Wärme, die ihm für gewöhnlich nicht eigen ist und die bewies, daß er seine Folgerungen aus einem festgegründeten Urteile zieht. Die Absicht, die ihn leitete, als er mich zu sich bat, um mir eine solche Mitteilung zu machen, ist völlig klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung an Frankreich ankündigen. Diese Absicht trat für mich noch deutlicher in die Erscheinung, als er ohne weiteren Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt habe, unterrichtet worden sei. Er sagte mir, es sei ihm in Paris, fern von seinen Kollegen, unmöglich gewesen, mehr als seine persönliche Zustimmung zu dem Plane auszusprechen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der russischen Regierung von allen zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen Mitteilung machen sollten. Heute könne er mir sagen, daß er gleich nach seiner Rückkehr nach London mit dem Premierminister hierüber gesprochen habe; dieser pflichte seiner Ansicht bei und habe keine Einwendungen gegen den in Aussicht genommenen Plan zu erheben; die ganze Angelegenheit sei aber naturgemäß zu wichtig, um ohne Zustimmung des Ministerrates entschieden werden zu können [1333].“

Nach einem Telegramm von Doumergue an Paléologue vom 15. Mai erfolgt nun die Bekanntgabe der englisch-französischen Abmachungen

an die russischen Diplomaten, und am Tag darauf verkündet Benckendorff, der englische Ministerrat habe die Stellungnahme Greys in dieser Angelegenheit gebilligt. Ferner depeschiert er, wie sich der britische Außenminister die Durchführung des begonnenen Werkes denkt:

„Nach Ermächtigung durch seine Regierung würde mir Cambon von den ausgetauschten Noten Kenntnis geben, während gleichzeitig Sir Edward seinerseits mir diese zur Mitteilung an die russische Regierung bekanntgeben würde. Ebenso wie die einen Kriegsfall betreffenden Abmachungen mit Frankreich in erster Linie das Zusammenwirken der Armeen zum Gegenstand hätten, erfordere nach Sir Edwards Ansicht die Natur der Dinge, daß sich die eventuellen Abmachungen mit Rußland auf die Marine bezögen. Die Verhandlungen wären infolgedessen zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe zu führen. Die Verhandlungen mit Frankreich hätten seinerzeit in London stattgefunden, und die französischen Militär- und Marineattachés in London seien nach Paris gefahren, um sich die jeweilig notwendig werdenden Instruktionen zu holen. Schließlich habe sich Prinz Ludwig von Battenberg ganz inoffiziell nach Paris begeben, um die Abmachungen zu paraphieren.

Cambon meinte, daß es sich nach erfolgter Mitteilung des Schriftwechsels darum handeln würde, das weitere Verfahren zu bestimmen. Er sagte mir, daß nach der Ansicht Sir Edward Greys die Dinge sich genau so abspielen könnten wie mit Frankreich, d. h. daß unser Marineattaché in London ermächtigt werden würde, in Verhandlungen mit dem englischen Admiralstab zu treten, nachdem er sich in Petersburg Instruktionen geholt hätte; denn selbst wiederholte Reisen des Marineattachés könnten in der Öffentlichkeit keineswegs auffallen, während die Ankunft höherer russischer Marineoffiziere in London sicherlich bekannt werden würde und zu unerwünschten Kommentaren Anlaß geben könnte [1339].“

Ein Brief Benckendorffs vom 18. Mai, der sehr optimistisch gehalten ist, gibt den Rat, kein formelles Bündnis mit Großbritannien anzustreben, da eine derartige Festlegung für jedes englische Kabinett aus innerpolitischen Gründen schwer sei. Außerdem lehre die Vergangenheit, daß dies auch nicht nötig sei:

„Wenn man auf die verschiedenen Phasen der Entente zurückblickt, wird sich nicht leugnen lassen, daß England in bedrohlichen Augenblicken niemals gezögert hat, sich auf Frankreichs Seite zu stellen; dasselbe gilt für Rußland jedesmal, wenn die englischen und russischen

Interessen zugleich betroffen wurden, und dies trotz der Schwierigkeit, die Politik beider Länder in allen täglich auftauchenden Fragen auszugleichen und trotz der Gründe, auf die einzugehen hier zu weit führen würde und wegen deren die Entente zwischen Rußland und England nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat wie zwischen Frankreich und England [1342]."

Aus einem weiteren Schreiben Benckendorffs vom 23. Mai können wir entnehmen, daß am Tage vorher eine Besprechung zwischen Grey, Cambon und dem russischen Botschafter stattgefunden hatte, in der der englische Staatssekretär bestätigte, „daß der englische Ministerrat die Antwort gebilligt hat, die er (Grey) in seinem eigenen Namen Doumergue in Paris gegeben habe" [1348]. Im Anschluß hieran wird als nächste Aktion in Aussicht genommen, „den russischen Militärattaché in London zu ermächtigen, sich mit dem englischen Admiralstabe in Verbindung zu setzen". Demgemäß wird dann auch verfahren, denn am 28. Mai schreibt Sasonow an Benckendorff:

„Die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, ohne Aufschub die Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und England zu beginnen, das die gemeinsamen Operationen unserer Seestreitkräfte im Falle einer gemeinsamen militärischen Aktion betrifft, ist von unserer Seite mit dem Gefühle größter Befriedigung entgegengenommen worden. Abgesehen davon, daß eine derartige Vereinbarung vom speziell militärischen Standpunkte aus zu wünschen ist, legen wir ihr in allgemeinpolitischer Hinsicht eine besonders große Bedeutung bei. Im Abschluß einer derartigen Vereinbarung erblicken wir einen wichtigen Schritt, um England dem franko-russischen Bündnisse enger anzuschließen, und ein wirksames Mittel, um die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen Englands und Rußlands zu festigen, was, wie wir überzeugt sind, alle englische und russische Interessen betreffenden Fragen günstig beeinflussen wird. Ich habe die Aufmerksamkeit sowohl unseres Marineministeriums als auch besonders unseres Marineattachés in London vor allem darauf gelenkt, wie groß die politische Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen ist, die letzterer mit dem englischen Admiralstabe zu führen haben wird. Der von der englischen Regierung gemachte Vorschlag bezüglich der Form, in der die Vereinbarung abzuschließen ist, wird von uns als durchaus zweckmäßig anerkannt, und Kapitän Wolkow ist beauftragt, mit der englischen Regierung in Verhandlung zu treten. Die Prinzipien, die bei den bevorstehenden Verhandlungen in Betracht gezogen werden sollen, sind Gegenstand einer Beratung gewesen, die am 13./26. Mai beim Chef des Admiralstabes stattgefunden hat [1352]."

Eine Beilage setzt den Empfänger des Briefes von den Ergebnissen dieser Beratung zum Chef des Admiralstabes in Kenntnis und nimmt vor allem die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens zwischen der englischen und der russischen Flotte einerseits in der Nord- und Ostsee, andererseits im Mittelmeer in Aussicht. Nach einem Brief Benckendorffs vom 11. Juni [1363] ist der russische Marineattaché in London, Kapitän Wolkow, aus Petersburg, wo er die nötigen Instruktionen erhalten hatte, in die englische Hauptstadt zurückgekehrt, und Grey hat den Chef der britischen Admiralität sofort benachrichtigt. Damit nehmen also die eigentlichen technischen Verhandlungen zur Vorbereitung der Marinekonvention ihren Anfang.

Von russischer Seite wird mit bemerkenswertem Nachdruck zur Beschleunigung gedrängt. Am 15. Juni teilt Sasonow seinem Botschafter an der Themse mit:

„Im jetzigen Zeitpunkte scheint es mir notwendig, die in Aussicht genommene Marinekonvention so schnell wie möglich abzuschließen. Es ist wichtig, den Abschluß dieser Vereinbarung nicht hinauszuschieben, und Seine Majestät hat geruht, sich gestern dem englischen Botschafter gegenüber in meinem Beisein in diesem Sinne auszusprechen. Zum Schlusse will ich erwähnen, daß Sir George Buchanan gestern vom Kaiser in spezieller Audienz empfangen worden ist, um einen eigenhändigen Brief König Georgs zu übergeben. Dieser Brief ist in sehr freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt und drückt die Hoffnung Seiner Majestät aus, daß die Beziehungen Rußlands und Englands wegen der persischen Fragen keine Trübung erleiden werden [1370].“

Die Akten, die die einzelnen Phasen der Vorgeschichte des beabsichtigten Vertrages wohl ziemlich lückenlos offenbaren, schweigen sich darüber aus, ob er zuletzt wirklich noch fertiggestellt und unterzeichnet worden ist. Wahrscheinlich wurden diese Formalitäten durch den Ausbruch des Weltkrieges dann überflüssig gemacht. Der Historiker der unmittelbaren Vorkriegszeit kann sich ja auch vollkommen mit der Tatsache begnügen, daß Sasonow bei der Verfolgung seiner neuen Bahn in London großer Bereitwilligkeit begegnete.

Dabei ist es lehrreich, zu beobachten, daß man in Petersburg schlauerweise darauf bedacht war, das Inselreich über die eigentlichen Ziele, die man anstrebte, im unklaren zu lassen, weil man hier, wie wir immer wieder sahen, der englischen Zustimmung keineswegs sicher sein konnte. In der Anlage zu Sasonows Brief vom 28. Mai heißt es kennzeichnend genug im Hinblick auf die technischen Verhandlungen über die Marinekonvention:

„Sollte im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer die Rede auf die Meerengen kommen (Bosporus und Dardanellen), so wären die politischen Fragen nicht zu berühren, sondern nur zeitweilige Operationen in den Meerengen als eine unserer strategischen Maßnahmen im Kriegsfalle ins Auge zu fassen.“

Das, worauf es dem Zarenreich eigentlich ankam, mußte also verschleiert werden, um Großbritannien nicht stutzig zu machen. Auf der anderen Seite drängte man aber stark nach einem Zusammenarbeiten mit der britischen Flotte im Mittelmeer, wie aus dem unmittelbar vorhergehenden Absatz des gleichen Schriftstückes zu entnehmen ist:

„Die Lage im Mittelmeer berührt auch unsere Interessen sehr wesentlich, da, falls die österreichisch-italienischen Streitkräfte in diesem Meer die Oberhand haben, ein Angriff der österreichischen Flotte im Schwarzen Meer möglich wird, was für uns einen gefährlichen Schlag bedeuten würde. Von unserem Standpunkt aus ist es daher höchst wichtig, daß ein sicheres Übergewicht der Streitkräfte der Entente über die österreichisch-italienische Flotte im Mittelmeer hergestellt wird. Da die österreichisch-italienischen Seestreitkräfte den französischen überlegen sind, so ist es wünschenswert, daß England durch Belassung der notwendigen Zahl von Schiffen im Mittelmeer das Übergewicht der Ententemächte wenigstens so lange sicherstellt, als die Entwicklung unserer eigenen Flotte uns nicht gestattet, diese Aufgabe zu übernehmen. Erwünscht wäre auch die Zustimmung Englands dazu, daß unsere Schiffe die englischen Häfen im östlichen Mittelmeere als Basis benutzen können, ähnlich wie die französische Marinekonvention uns gestattet, uns im westlichen Mittelmeer auf die französischen Häfen zu stützen [1352].“

Es paßt demnach ganz in die Konsequenzen der von uns bloßgelegten Gedankengänge der russischen Politik aus jener Zeit, wenn sich feststellen läßt, daß man seit dem Ausgang des Jahres 1913 der Stellungnahme Italiens wieder die größte Aufmerksamkeit zuwendet. Das letzte, was wir über das Verhältnis dieses Landes zur Entente aus unseren Urkunden erfahren haben, waren die Nachrichten über eine ziemlich ernste Verstimmung zwischen Paris und Rom wegen der Inselfrage.

Allerdings konnte dann der Bericht Sasonows an den Zaren vom 6. November 1913 über die Reise nach Paris und Berlin einen Umschwung melden, denn hier lesen wir:

„Über die neue Wendung in den französisch-italienischen Beziehungen machte mir H. Poincaré eine streng vertrauliche Mitteilung,

die besondere Beachtung verdient. Es scheint, daß nach einer gewissen, im vergangenen Jahre fühlbar gewesenen Entfremdung zwischen den beiden lateinischen Nachbarstaaten in Italien wiederum der Wunsch nach einer Annäherung an die mächtige Republik zutage tritt. Der französische Außenminister schiebt diese Frontwendung einerseits auf das zunehmende Mißtrauen Italiens gegen seinen österreichischen Bundesgenossen, dessen Interessen im Adriatischen Meer den italienischen zuwiderlaufen, andererseits auf den Eindruck, den in Rom die neuerliche Annäherung zwischen Frankreich und Spanien hervorgerufen hat. Diese hat durch die Anwesenheit eines englischen Kriegsschiffes bei der französischen Flottenrevue zu Carthagena eine besondere Bedeutung erlangt.

Die französische Regierung hat, wie Pichon sagte, diesen Stimmungsumschlag in Italien begrüßt und ist bereit, ihrerseits gemeinsam mit der italienischen Diplomatie die Mittelmeerfragen zu prüfen, um bei günstigem Ergebnis ein Abkommen in dieser Hinsicht zu treffen. In der damit zusammenhängenden Frage über das zukünftige Schicksal der Inseln im Ägäischen Meer ist Frankreich mit England einig und wird nicht zugeben, daß irgendeine der Großmächte auch nur von einer einzigen der Inseln Besitz ergreift [1114].“

Aber am 18. November spricht ein Brief [1126] des russischen Geschäftsträgers in Rom erneut von einer Krise in den Beziehungen zwischen Frankreich und Italien, und am 20. November berichtet Iswolski zu dem gleichen Thema:

„H. Pichon verhehlte mir nicht, daß der französische Botschafter beim Quirinal, H. Barrère, der dieser Tage hier angekommen ist, von ihm eigens zu dem Zweck herbeigerufen wurde, um mit ihm die zwischen Frankreich und Italien geschaffene Lage zu besprechen und Frankreichs weitere Politik gegenüber seinem lateinischen Nachbarn festzulegen. Man erwog, wie ich weiß, am Quai d’Orsay ernstlich die Frage, ob nicht der Augenblick gekommen sei, von Italien mit Nachdruck eine Antwort zu fordern: ob die Bestimmungen des Dreibundvertrages in seiner neuesten Fassung mit den zwischen Frankreich und Italien bestehenden Sonderabmachungen vereinbar seien. Ich habe Grund zu der Annahme, daß H. Barrère, der die jähe Schwenkung Italiens zum Dreibund hin nicht in Abrede stellt (er weist unter anderem darauf hin, daß in letzter Zeit die Anhänger einer Freundschaft mit Frankreich sämtlich, bis auf einen einzigen, aus der Consulta entfernt und durch Personen ersetzt worden sind, die Deutschland und Österreich ergeben sind), trotzdem auf die französische Regierung beruhigend einwirkt. Barrère prophezeit den baldigen Sturz

des augenblicklichen italienischen Kabinetts und seine Ersetzung durch eine Regierung, die weniger geneigt sein werde, sich dem Einfluß Berlins und Wiens zu fügen [1132]."

Man befürchtete demnach ein neues Abschwenken Roms zu den Mittelmächten, und es entspinnt sich nun eine eifrige Diskussion über diese Frage. Krupenski, der Botschafter des Zarenreiches in Rom, widerspricht am 26. November 1913 den pessimistischen Anschauungen Pichons, indem er vor allem unterstreicht, sowohl der Marquis di San Giuliano wie auch der Ministerpräsident Giolitti hätten ihm selbst aufs bestimmteste versichert, der Dreibundvertrag „sei ohne jede Veränderung erneuert worden; nicht ein Komma habe man darin verändert, und alle gegenteiligen Gerüchte seien durchaus unbegründet" [1141]. Hiergegen wendet sich wieder Iswolski in einem Brief vom 4. Dezember, indem er sich auf die schon mehrfach genannte „geheime Quelle" beruft, aus der man in Paris seine Kenntnisse über die inneren Verhältnisse des Dreibundes schöpft [1152]. Am 1. Januar 1914 verrät uns dann ein neues Schreiben des Botschafters in Paris, um welche Quelle es sich hierbei handelt. Es heißt dort:

„Das hiesige Außenministerium, das über den Schlüssel zur italienischen Chiffre verfügt, hat die Möglichkeit, nicht nur von den an den italienischen Botschafter in Paris gerichteten Telegrammen Kenntnis zu nehmen, sondern auch von denjenigen, die Rom mit seinen Botschaftern in Berlin und Wien austauscht [1197]."

Gestützt auf ein solches Verfahren kontrollierte also der Quai d'Orsay den Rivalen im Mittelmeer, und Iswolski fügt hinzu, die falsche Information, die Krupenski im Quirinal erhalten habe, „beweise nur die große Unaufrichtigkeit und Lügenhaftigkeit der italienischen Diplomatie" [1197].

Kurz nachher spielt die Inselfrage wieder eine größere Rolle. Am 5. Januar drahtet Iswolski, Poincaré sei überzeugt, Italien suche auf alle mögliche Art und Weise nach einem Vorwand, den Dodekanes nicht zu räumen [1213]. Am 13. Januar aber meldet ein anderes Telegramm, der griechische Minister Venizelos habe von einem Besuch in Rom die Mitteilung mitgebracht, Italien beabsichtige nicht nur, keine der Inseln des Dodekanes, sondern auch keinen einzigen Felsen zu behalten, werde jedoch gewisse Kompensationen fordern. Es sei vielmehr zur teilweisen Abgabe an die Türkei und an Griechenland bereit [1225]. Hierüber wird dann zwischen den Kabinetten verhandelt, wobei durch die Uneinigkeit der Mächte eine starke Verzögerung eintritt. Der genaue Verlauf der Meinungsverschiedenheiten ist für uns von untergeordneter Bedeutung. Im Hinblick auf die großen Linien der Politik verdient

jedoch noch ein Brief Krupenskis vom 21. April 1914 Beachtung, der eine deutliche Klärung des italienisch-französischen Verhältnisses erkennen läßt. Hier wird nämlich ausgeführt, der italienische Außenminister San Giuliano tue, „von dem Wunsche beseelt, die vertraulichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien wiederherzustellen, ... alles in seinen Kräften Stehende, um dieses Ziel zu erreichen“ [1320].

Während so in London und in Rom mit Nachdruck daran gearbeitet wird, in der von Sasonow eingeschlagenen Richtung auf den Weltkrieg möglichst günstige Bedingungen für das Gelingen der russischen Pläne zu schaffen, beobachtet Iswolski in Paris mit größter Spannung und nicht ohne lebhafte Sorgen die innerpolitischen Vorgänge, die sich inzwischen in Frankreich abspielten. Angesichts der jüngsten Schwenkung, die die Petersburger Politik vorgenommen hatte, war es ja besonders wichtig, daß Frankreich der absolut sichere Generalnenner in der ganzen Rechnung des Zarenreiches im Hinblick auf den allgemeinen Zusammenstoß blieb.

In den letzten Monaten des Jahres 1913 begannen die Radikalen und Radikalsozialisten sich zu neuer Aktivität aufzuraffen. Auf einem im Oktober zu Paris abgehaltenen Kongreß erhoben die meisten der anwesenden Redner bittere Klagen über den Verfall der Disziplin in den eigenen Reihen, und Camille Pelletan regt ein Wahlbündnis mit den Vereinigten Sozialisten an, um die Rechte gemeinsam bekämpfen zu können. In das Programm war auch als ein besonderer Punkt „die Abänderung der dreijährigen Dienstzeit“ aufgenommen. Das Ministerium Barthou wurde der reaktionären Gesinnung beschuldigt und dem Präsidenten der Republik vorgeworfen, er versuche eine persönliche Politik zu führen, die dem Prestige der parlamentarischen Einrichtungen gefährlich sei. Dies war das erste Sturmzeichen der Linken.

Am 2. Dezember kam es zum Sturz des Kabinetts Barthou. Caillaux führte die Opposition und kritisierte die Haltung der Regierung in der damals geplanten französischen Anleihe [1153]. Ein Brief Iswolskis vom 4. Dezember zeigt uns, daß diese Anleihe mit der Durchführung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit zusammenhing und daß der russische Botschafter die Wiederkehr des von ihm so besonders gehaßten „Combismus“ befürchtete. Tatsächlich wurde ein weit linksstehendes Ministerium unter Doumergue eingesetzt, der auch die Außenpolitik übernahm, während Caillaux die Finanzen anvertraut wurden. Es erwies sich jedoch in der Praxis in keiner Weise so schlimm, wie Iswolski vermutet hatte. Schon beim Amtsantritt erklärte der neue Ministerpräsident feierlich, er werde das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit „befolgen und gewissenhaft durchführen“ und nach außen hin die „enge und herzliche

Zusammenarbeit mit Rußland fortsetzen [1180]." Der Diplomat des Zarenreiches äußert sich denn auch gleich recht zufrieden, indem er meint, die neuen Männer hätten, „unvermutet zur Macht gelangt, mit einemmal auf die meisten ihrer radikalen Forderungen ... verzichten müssen", und er stellt im Anschluß daran fest, daß sie in den Rußland interessierenden Fragen genau die Politik ihrer Vorgänger weiter verfolgen [1181]. Jetzt zeigte sich eben mit voller Klarheit, wie nachhaltig der Einfluß Poincarés die Entwicklung der Dinge in Frankreich bestimmte. Nachdem er diese Entwicklung mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit auf das von ihm gewünschte Geleise geschoben hatte, gab es auch für seine Gegner kaum mehr ein Zurück. Das Wohlgefallen Iswolskis bleibt infolgedessen auch fernerhin bestehen. Am 1. Januar 1914 stellt er in einem Brief an Sasonow fest: „Während der paar Wochen, die die neue Regierung im Amte ist, hat es sich, wie mir scheint, zur Genüge herausgestellt, daß das Kabinett der Herren Doumergue und Caillaux, wie schädlich es auch vom Standpunkte der französischen Innenpolitik ist, bis jetzt unsererseits, soweit es sich um unsere unmittelbaren Interessen handelt, keinerlei Vorwürfe verdient [1198]."

Die hinter den Kulissen leitende Hand Poincarés macht sich dann auch bemerkbar, als am Anfang des Jahres 1914 Delcassé nach Beendigung seiner Aufträge aus Petersburg zurückgerufen wurde und durch einen anderen Botschafter ersetzt werden sollte. Eine Depesche Iswolskis vom 8. Januar nennt Paléologue als Nachfolger und hebt ausdrücklich hervor, diese Wahl sei „auf die persönliche Initiative des Präsidenten der Republik" erfolgt, der mit dem genannten Politiker „von der Schulbank her durch innige Freundschaft verbunden" sei [1216]. Man konnte demnach sicher sein, daß der neue Vertreter Frankreichs an der Newa den bisher eingeschlagenen Kurs in keiner Weise ändern würde.

Wenn somit der innere Umschwung in Frankreich keine außenpolitischen Folgen nach sich zog und die Kreise der Iswolski, Sasonow und Poincaré nicht störte, gab es doch kurze Augenblicke, die uns anmuten, als solle noch einmal die unvermeidliche Fahrt in den Abgrund des Weltkrieges aufgehalten und unterbrochen werden. Am 12. Februar wendet sich der russische Botschafter in Paris an seinen Außenminister in einer ihn „sehr beunruhigenden persönlichen Angelegenheit". Er hat gerüchtweise erfahren, daß er abberufen und durch Kokowtzow ersetzt werden soll. Unter Hinweis auf seine bedrängte finanzielle Lage appelliert er an die „alte Freundschaft" seines Vorgesetzten und bittet um rasche Benachrichtigung [1267]. Kurz darauf, angesichts der in Frankreich bevorstehenden Neuwahlen, stellt ein Brief aus der Feder

des gleichen Mannes den Sieg der Linken in Aussicht und knüpft daran die Erwägung, ob dann nicht Poincaré werde zurücktreten müssen [1291]. Die gefährlichsten Persönlichkeiten in der Welt der großen Politik scheinen somit bedroht zu sein, und es läßt sich nach allem, was wir über ihre Tätigkeit feststellen konnten, leicht ausdenken, welch günstige Folgen der Rücktritt des einen oder des anderen, oder gar beider, für die Erhaltung des Friedens gehabt hätte. Aber das unerbittliche Schicksal wollte es anders: Am 25. Februar dankt Iswolski Sasonow für die beruhigende Mitteilung, daß „der Schlag diesmal an ihm vorübergegangen sei“ und er auf seinem Posten bleiben dürfe [1274]. Am 17. März tötet die Frau Caillaux' den Herausgeber der Zeitung „Figaro“, Calmette, und dadurch wird nicht nur ihr eigener Gemahl zum Rücktritt gezwungen, sondern die Agitation der Rechten gegen die linksstehenden Kreise bekommt zugleich neuen Wind in die Segel [1296]. Die Neuwahlen enden zwar mit einem bedeutenden Sieg der extrem-radikalen Parteien, andererseits aber zeigt es sich, daß sich die französische Nation mit Entschiedenheit für das Programm der gemäßigten Republikaner, darunter auch für die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit, ausgesprochen hat. Am 21. Mai hofft Iswolski, es werde sich Poincaré die Möglichkeit bieten, „durch eine kühne Ausnützung seiner verfassungsmäßigen Rechte die Innenpolitik Frankreichs in gemäßigtere Bahnen zu lenken“ [1344]. Am 3. Juni kündigt er ein Kabinett Viviani an und hebt lobend hervor, dieser Mann sei „ein Radikaler vom Typus Briands, Millerands und anderer ehemaliger Doktrinärer, die durch die Regierungserfahrung belehrt und gegenwärtig gemäßigte und praktisch denkende Staatsmänner sind“ [1356]. Nun, der Typus Millerand ist uns aus dem Jahre 1912 und den Aufzeichnungen des russischen Militärattachés Ignatiew gut bekannt. Er entsprach allerdings ganz den Wünschen des russischen Diplomaten. Am 17. Juni telegraphiert er denn auch vollauf zufrieden:

„In der gestern in der Kammer verlesenen Erklärung sagte Viviani, eine der höchsten Aufgaben der Regierung werde die Fortsetzung der Außenpolitik sein, die Frankreich schon seit so vielen Jahren befolge und die Entwicklung eines durch die Erfahrung und Sympathie der beiden Völker geheiligten Bündnisses, des Bündnisses zweier Völker, die dem Frieden ergeben seien, sowie die Entente mit dem mächtigen Nachbarn. Bezüglich der drei Jahre erklärte der Außenminister, die Regierung werde dies Gesetz genau und loyal anwenden. Im Laufe der Debatten sagte der Minister, er würde, falls er im Herbst 1915 noch im Amte sein würde, keinesfalls die Dienstzeit der jetzt unter den Fahnen befindlichen Jahresklasse herabsetzen. Trotz der energischen

Widersprüche der Sozialisten erhielt die Regierung eine gewaltige Mehrheit und ihre Stellung ist anscheinend durchaus fest [1367]."

So waren alle Gefahren, die der Durchführung der nunmehr gemeinsamen Ziele der russischen und französischen Politik drohten, glücklich beseitigt worden. Wie wir, gestützt auf die Dokumente, bereits hervorheben mußten, war das künftige Schicksal Europas letzten Endes besiegelt. Die beiden Großmächte mit positiven Aspirationen, die slawische im Osten und die gallische im Westen, waren sich in dem einen, entscheidenden Punkte einig, daß die Verwirklichung dieser Aspirationen nur durch Überwindung des beiderseitigen Hindernisses zu vollziehen war, das die Mittelgruppe Deutschland-Österreich darstellte. Und diese Mittelgruppe war zur selben Stunde von einem durchaus geschlossenen Netz feindlicher Absichten umgeben, in dem sie sich, ohne es selbst zu ahnen, jeden Augenblick verstricken konnte, sobald sie den lauernden Gegnern den Vorwand zur Realisierung ihrer geheimen Bestrebungen lieferte. Das ist das Bild der Gesamtlage, das sich am Ende des Juni 1914 aus den Akten ergibt.

VII.

Schlußbetrachtungen

Am 28. Juni hallten die Schüsse von Serajewo in die von kriegerischen Tendenzen vergiftete Atmosphäre unseres Weltteiles. Mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers beginnt das unmittelbare Vorspiel der Katastrophe von 1914, das nicht mehr in den Rahmen unserer Darstellung gehört. Die Einzelheiten dieses Vorspieles sind bereits durch zahlreiche überaus wertvolle Arbeiten[1]) bloßgelegt. Beachtenswert erscheint, daß in den Papieren Iswolskis seit Anfang Juli auch heute noch eine große Lücke klafft. Hat hier schon früh eine vorsichtig säubernde Hand eingegriffen? Wir wissen das nicht mit Bestimmtheit, aber wir sind angesichts des plötzlichen Versagens der Dokumente zu der eben gestellten Frage berechtigt.

Hinsichtlich der Vorgeschichte des Attentates auf Erzherzog Franz Ferdinand hat die Forschung bisher ergeben, daß es vom Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes, Oberst Dimitriewitsch, vorbereitet und veranlaßt wurde. Nach Angaben des österreichischen Historikers Mandl (Neues Acht-Uhr-Blatt, Wien, 27. u. 28. Juli 1924) arbeitete dieser Mann im Einvernehmen mit dem russischen Militärattaché in Belgrad, Artamanow. Sollte sich die letztere Behauptung bestätigen, so würde damit der Beweis erbracht sein, daß es sich um einen Anschlag Rußlands auf die Donaumonarchie handelte und daß damit ein wichtiger Teil des uns bekannten Programmes von Sasonow für die „große Lösung“ der Meerengenfrage zur Durchführung gelangte, wobei immerhin dahingestellt sein mag, ob die militärischen Kreise nicht etwas früher zur Tat schritten, als die politischen wollten. Aber wie dem auch sei, die Schreckenstat wurde allgemein als furchtbare Provokation der Habsburger Monarchie empfunden, was sogar das englische Blaubuch über die Entstehung des Weltkrieges zugibt.

---

[1]) Aus der Fülle der Literatur hebe ich nur einige Schriften hervor: B. W. von Bülow, Die ersten Stundenschläge des Weltkrieges; Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage; Romberg, Die Fälschungen des russischen Orangebuches; Morhardt, Les Preuves; A. Fabre-Luce, La Victoire; Gunther Frantz, Rußlands Eintritt in den Weltkrieg.

Wir wollen uns nun lediglich darauf beschränken, kurz zusammenzustellen, was unmittelbar vor den letzten Krisentagen nach den vorliegenden Zeugnissen zwischen Paris und Petersburg vorging, um gewissermaßen die Probe auf das Exempel unserer bisherigen Ergebnisse zu machen und zu untersuchen, ob die einschlägigen Geschehnisse unseren Beobachtungen über die Zeit seit 1911 entsprechen oder nicht.

Vom 20. bis 23. Juli weilte der Präsident der französischen Republik zusammen mit dem neuen Ministerpräsidenten Viviani in Rußland, um dort dem Zaren einen zweiten Besuch abzustatten. Die Reise war längst geplant, denn bereits am 5. Januar 1914 wird sie von Iswolski in einer Depesche angekündigt. Über den äußeren Verlauf des Besuches sind wir durch die Aufzeichnungen von Poincaré[1]) und Paléologue[2]) unterrichtet, die immerhin einige Schlüsse auf die inneren Hergänge erlauben. Wir wollen zunächst ganz kurz zusammenstellen, was sich aus den beiden erwähnten Darstellungen ergibt:

Nach dem, was bisher vorgefallen ist, erscheint es nicht verwunderlich, wenn der Zar anläßlich des Frühstücks in Peterhof am 20. Juli, das noch vor der Ankunft Poincarés stattfand, zu Paléologue sagte: „... es gibt eine Frage, die mich vor allem beschäftigt: unsere Entente mit England. Wir müssen es veranlassen, in unsere Alliance einzutreten[2])."

Nach der Ankunft von Poincarés Kreuzer „La France" besteigt der Präsident die Yacht des Zaren „Alexandria", und es kommt zur ersten Unterredung zwischen beiden, wobei nach Poincaré[1]) „nur reichlich allgemeine Erwägungen, und ich bin sogar gezwungen, hinzuzufügen, reichlich banale, über die Notwendigkeit der Erhaltung unserer Alliance angestellt wurden". Paléologue schreibt[2]) jedoch: „Auf dem Backbord sitzend, begannen der Kaiser und der Präsident sofort eine Unterhaltung, oder besser gesagt, eine Konferenz; denn man kann sehen, daß sie von Geschäften sprechen, daß sie sich gegenseitig fragen, daß sie diskutieren. Wie es sich gehört, dirigiert Poincaré den Dialog. Bald spricht er allein. Der Kaiser stimmt nur zu; aber seine ganze Physiognomie beweist, daß er aufrichtig billigt, daß er Einverständnis und Sympathie fühlt." Ganz gleichgültig scheint also das Gespräch, das geführt wurde, nicht gewesen zu sein. Am Abend des 20. Juli fand dann um einhalb acht Uhr ein Galadiner statt, bei dem der Zar Poincaré wieder zuhört, „mit einer ernsten, gelehrigen Aufmerksamkeit"[2]). Der Präsident hatte also jedenfalls viel zu sagen.

---

[1]) R. Poincaré, Les Origines de la Guerre. La Revue de la Semaine illustrée Nr. 10 vom 11. III. 1921, S. 135 ff.

[2]) M. Paléologue, La Russie des Tsars pendant la grande guerre. Revue des Deux Mondes vom 15. I. 1921, S. 232 ff.

Am 21. Juli vormittags suchte der Kaiser Poincaré im Palais des Peterhofs auf und verweilte beinahe eine Stunde bei ihm. Nach Poincarés eigener Schilderung wurden nur einzelne Fragen besprochen, keineswegs die Möglichkeit eines Krieges[1]). Ganz allgemein wird jedoch weiter vorne[1]) zugegeben, daß der Präsident in seinen Unterredungen mit dem Zaren sich bemühte, die damals herrschenden Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Rußland (wegen Persien) zu beseitigen. Um eineinhalb Uhr besichtigt Poincaré Petersburg[2]). Um drei Uhr empfängt der Präsident die Delegierten der französischen Kolonie. Um vier Uhr sprechen im Winterpalais die Diplomaten bei ihm vor. Die Gespräche mit den einzelnen Vertretern der fremden Länder sind sehr charakteristisch:

Mit dem deutschen Botschafter, Grafen Pourtalès, wird kein Wort über Politik gesprochen[2]). Die Besprechung mit dem japanischen Botschafter, Baron Motono, kennzeichnet Paléologue mit folgenden Worten: „Mit einigen Sätzen wurde das Prinzip des Anschlusses an die Tripleentente formuliert und gegenseitig gebilligt." Dem Engländer Buchanan versicherte Poincaré, „daß der Kaiser entschlossen ist, sich möglichst versöhnlich hinsichtlich der persischen Angelegenheit zu zeigen und er dringt darauf, daß die englische Regierung endlich die Notwendigkeit einer Umwandlung der Tripleentente in eine Triplealliance begreift". Hierauf folgt bei Paléologue[2]) die sehr interessante Schilderung der Unterredung zwischen Poincaré und dem Botschafter von Österreich-Ungarn, dem Grafen Szapary: „Nach einigen Worten des Bedauerns über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand fragt der Präsident Szapary: ‚Haben Sie Nachrichten von Serbien?' ‚Die gerichtliche Untersuchung nimmt ihren Lauf', antwortet kühl Szapary. Poincaré erwidert: ‚Die Ergebnisse dieser Untersuchung können nicht umhin, mich zu beunruhigen, Herr Botschafter; denn ich erinnere mich zwei früherer Untersuchungen, die Ihre Beziehungen zu Serbien nicht gebessert haben... Sie erinnern sich, Herr Botschafter... die Angelegenheit Friedjung und die Angelegenheit Prochaska.' Szapary entgegnet trocken: ‚Wir können nicht dulden, Herr Präsident, daß eine fremde Regierung auf ihrem Territorium Attentate gegen unsere Souveränität vorbereiten läßt.' Im versöhnlichsten Ton bemüht sich Poincaré, ihm auseinanderzusetzen, daß bei der jetzigen geistigen Verfassung Europas alle Regierungen ihre Vorsicht verdoppeln müssen. ‚Mit ein wenig gutem Willen läßt sich diese serbische Angelegenheit leicht regeln. Aber leicht wird sie sich auch gefährlich entwickeln. Serbien hat sehr warme Freunde im

[1]) Poincaré, l. c. S. 136 ff.
[2]) Paléologue, l. c. S. 230 ff.

russischen Volk. Und Rußland hat einen Alliierten, Frankreich. Welche Verwicklungen sind da zu befürchten!'" Im Saale nebenan warten die anderen ausländischen Vertreter, die Poincaré bloß durch einen Händedruck begrüßt. „Nur vor dem serbischen Minister, Spalaikowitsch, bleibt er stehen, den er mit zwei oder drei Sätzen der Sympathie tröstet[1]).“

Wir erhalten hier doch allerhand Aufschlüsse, die auf das Auftreten Poincarés ein Licht werfen. Auf der einen Seite beobachten wir sein Streben, Japan für die Entente zu gewinnen, und seine Ungeduld, mit der er versucht, England an das französisch-russische Bündnis zu fesseln. Hier begegnen wir somit der Fortsetzung seiner bisher mit eiserner Konsequenz durchgeführten Arbeit an der Isolierung und Umzingelung der Mittelmächte. Auf der anderen Seite sehen wir die seltsame Stellungnahme des Präsidenten zu der akuten Frage des Tages, zu dem Konflikt zwischen Österreich und Serbien wegen der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, seine offene Drohung an den Vertreter Österreich-Ungarns und seine Sympathiekundgebung für den Serben. Poincaré selbst berichtet darüber nicht, Paléologue plaudert also aus der Schule und verrät uns, in welchem Sinne Poincaré in Petersburg angesichts der äußerst gefährlichen Krise wirkte.

Aber Paléologue erzählt noch mehr. Poincaré behauptet in seinen Schilderungen, während seiner Anwesenheit in Rußland habe niemand an die Möglichkeit eines Krieges gedacht. Man vergleiche damit die Worte, mit denen die Großfürstinnen Anastasia und Melitza, die beiden Montenegrinerinnen, den französischen Botschafter auf dem Diner begrüßten, das Nikolai-Nikolajewitsch am 22. Juli zu Ehren Poincarés gab. Sie riefen ihm begeistert zu: „Wissen Sie auch, daß wir historische Tage erleben, heilige Tage! ... Morgen bei der Truppenschau werden die Kapellen nur den Marche Lorraine und Sambre et Meuse spielen ... Ich habe heute von meinem Vater ein Telegramm in vereinbarter Chiffre erhalten; er kündigt mir an, daß wir vor Ende des Monats Krieg haben werden. ... Welcher Held, mein Vater! ... Er ist der Ilias würdig! ... Warten Sie, betrachten Sie diese Bonbonniere, die mich niemals verläßt; sie enthält Erde aus Lothringen, ja, Erde aus Lothringen, die ich jenseits der Grenze mitgenommen habe, als ich vor zwei Jahren mit meinem Gemahl in Frankreich war. Und dann betrachten Sie noch dort den Ehrentisch; er ist bedeckt mit Disteln und ich wollte nicht, daß dort andere Blumen sein sollten. Nun gut! Es sind Disteln aus Lothringen. Ich habe einige Stengel auf dem annektierten Territorium gepflückt, ich habe sie hierher mitgebracht und die Samen in

---

[1]) Paléologue, l. c. S. 236 ff.

meinem Garten säen lassen ... Melitza, sprich noch mit dem Botschafter; sage ihm alles, was dieser Tag für uns bedeutet, während ich den Kaiser empfangen werde ...‘ Während des Essens sitze ich links von der Großfürstin Anastasia. Und der Dithyrambus wird fortgesetzt, unterbrochen von Prophezeiungen: ‚Der Krieg wird ausbrechen ... es wird von Österreich nichts übrigbleiben ... Sie werden Elsaß-Lothringen zurücknehmen ... Unsere Heere werden sich in Berlin vereinigen ... Deutschland wird vernichtet sein ...‘ Dann plötzlich: ‚Ich muß mich mäßigen, denn der Kaiser sieht mich an.‘“

Die Worte, die hier wiedergegeben werden, zeigen, welche Stimmung in jenen Tagen in Rußland herrschte. Es ist richtig, daß am 23. Juli, bei der großen Truppenschau, die zu Ehren Poincarés in Krasnoje-Selo abgehalten wurde, die Infanterie unter den Klängen des Marche de Sambre et Meuse und Marche Lorraine vorbeidefilierte. Das Lehrreichste bleibt das Telegramm des König Nikolaus, von dem die Großfürstin spricht, und das schon am 22. Juli mit Sicherheit den Krieg voraussagte, obwohl damals Österreichs Ultimatum an Serbien noch nicht überreicht und noch nicht bekannt war. Wie gut aber Poincaré die kampfesfreudige Stimmung auszunützen wußte, beweist sein Abschiedstoast am 23. Juli, der in den Satz ausklang: „Die beiden Länder haben das gleiche Ideal eines Friedens in Kraft, Ehre und Würde[1])!“ und Paléologue fügt hinzu: „Die letzten Worte, die zu hören man wirklich nötig hatte, entfesselten einen Sturm des Beifalls. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, die Großfürstin Anastasia, der Großfürst Nikolai Michailowitsch warfen mir flammende Blicke zu.“

Diese Szene verdient deshalb hervorgehoben zu werden, weil sie mit großer Anschaulichkeit zeigt, wie Poincaré von den Anhängern des Krieges als Gesinnungsgenosse verstanden wurde, wenn er in kluger Berücksichtigung der ängstlichen Vorsicht des Zaren angeblich vom Frieden sprach. Den Zaren zu beeinflussen und mutig zu machen, war zweifellos eine Hauptaufgabe seines Besuches, der sich der Präsident bis zur letzten Minute seiner Anwesenheit mit Energie und Ausdauer widmete. Denn noch unmittelbar vor der Abfahrt hatte er mit dem Monarchen auf der Kommandobrücke der „La France“ ein Gespräch unter vier Augen, dessen Inhalt uns bis heute nicht bekannt ist, dessen Zweck wir aber ahnen können, denn Nikolaus II. hat selbst nach dem Matin vom 26. August 1915, ungefähr ein Jahr später, zu Jean Cruppi gesagt: „Ich halte mir immer im Geiste die kraftvolle Sprache gegenwärtig, die der Präsident der Republik im Augenblick, als er Rußland verließ, mir gegenüber führte.“

[1]) Paléologue, l. c. S. 243.

Nach all diesen Einzelheiten ist nicht anzunehmen, daß die geheimen Besprechungen des Leiters der französischen Politik mit den führenden Männern Rußlands so gar keinen Bezug auf die augenblickliche Lage nahmen, wie Poincaré uns einreden möchte. Wir hatten bisher eine indirekte Andeutung dafür, daß diese Besprechungen in der Tat nicht so harmlos gewesen sein konnten, denn im englischen Blaubuch fehlt im Text des Telegrammes 6, vom 24. Juli aus der Feder des britischen Botschafters in Petersburg, Buchanan, wie aus der Inhaltsangabe im Register hervorgeht, eine Zusammenfassung der Resultate von Poincarés Besuch. Wir sind jedoch in der Lage, das wohl absichtlich ausgelassene Stück hier wiederzugeben. Es lautet in deutscher Übersetzung:

„Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und französischer Botschafter sagten mir vertraulich, Ergebnis des Besuchs des Präsidenten der französischen Republik sei gewesen, die folgenden Punkte festzulegen:

1. Vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten über die verschiedenen Fragen, denen die Mächte gegenüberstehen, was die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und Gleichgewichts der Kräfte in Europa, und besonders im Osten, anlangt.

2. Entschluß, in Wien Schritte zu unternehmen, um ein Verlangen nach Aufklärung oder irgendwelche Aufforderung zu verhindern, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen, das dieses berechtigterweise als einen Angriff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit ansehen könnte.

3. Feierliche Bestätigung der durch das Bündnis den beiden Ländern auferlegten Verpflichtungen."

Man muß bedenken, daß solche Abmachungen vor Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien getroffen wurden. Angesichts dieser Tatsache gewinnt die in Punkt 3 angeführte „feierliche Bestätigung der durch das Bündnis den beiden Ländern auferlegten Verpflichtungen" eine besondere Bedeutung. Läßt sie uns doch unwiderleglich klar erkennen, daß man sich genau im Einklang mit der von uns bisher festgestellten Haltung der französischen und der russischen Regierung gegenseitige Waffenhilfe zusicherte, bevor ein solcher Schritt durch den Gang der Ereignisse noch irgendwie berechtigt war. Hier trafen sich der französische und der russische Kriegswille im entscheidenden Augenblick, und das Zarenreich wußte von diesem Augenblick an, daß es die Armee seines Verbündeten hinter sich hatte, wenn es in dem akuten österreichisch-serbischen Konflikt zur Anwendung von

Gewalt übergehen wollte. Die Blankovollmacht für den Weltkrieg, die zuerst 1912 von Poincaré erteilt worden war, wurde also jetzt wiederholt.

Danach ergibt sich alles weitere beinahe zwangsläufig, und wir können hier darauf verzichten, die bekannten Daten und Ereignisse der Reihe nach aufzuzählen. Der Konflikt zwischen Österreich und Serbien war für Rußland und Frankreich ein günstiger Anlaß zur Verwirklichung ihrer Pläne. Gelang es, den lokalen Streit allgemein zu machen, so mußte Deutschland mit hineingezogen werden, wie Poincaré es wünschte. Und das wurde denn auch durch die russische Mobilmachung vom 30. Juli erreicht. Auf der anderen Seite vermied man die Berührung englischer Interessen, die bei der direkten Lösung der Meerengenfrage bekanntlich immer zu Bedenken Anlaß gab. Behält man alles, was vorher geschehen war, im Auge, so begreift man erst ganz, warum bei der Katastrophe sich an der Newa und an der Seine das ereignen mußte, was sich tatsächlich ereignete.

Man hat sich bisher vielleicht zu sehr darauf beschränkt, die Krise als solche, gewissermaßen herausgehoben aus dem Fluß des historischen Werdens, unter die Lupe zu nehmen und damit ein Verfahren angewandt, das den Historiker nicht vollauf befriedigen kann. Ein so gewaltiger Prozeß in der Geschichte der Menschheit, wie der Weltkrieg, darf, wenn man seine Ursachen entdecken will, nicht nur an der Explosion selbst studiert werden. Es ist vielmehr eine genaue Durchforschung jener Elemente nötig, die in die Explosion verwickelt und an ihr beteiligt waren. Erst nach Erledigung dieser Arbeit ist vom Standpunkte der Geschichtswissenschaft ein definitives Urteil möglich.

Unter diesem Gesichtspunkt versuchte unsere Untersuchung, einen Beitrag zur Erforschung des Wesens der bestimmenden Kräfte in Frankreich und Rußland zu bringen. Sie hat in ganz kurzen Worten zu folgendem Ergebnis geführt: Iswolski betrieb bereits seit 1911 den Weltkrieg. Poincaré gesellte sich ihm im Herbste des Jahres 1912 zu. Und seit Ende 1913 erblickte auch Sasonow in europäischen Verwicklungen den Weg, der Rußland an die Meerengen führen sollte. Für die große Frage nach der Schuld an dem furchtbaren Unglück, das 1914 über Europa hereingebrochen ist, dürften diese Feststellungen immerhin von Wert sein.

Beilagen

Russisch-Bulgarische Konvention vom Mai 1902

Entwurf

1

Vorliegendes Übereinkommen verfolgt keine aggressiven Ziele, sondern ist nur als Gegenaktion zu der zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien abgeschlossenen Militärkonvention gedacht.

2

Angesichts des im Artikel 1 Gesagten faßt das vorliegende Übereinkommen nur eine Aktion gegen Österreich-Ungarn und Rumänien ins Auge und darf weder gegen die Türkei noch gegen einen anderen Balkanstaat gerichtet werden.

3

Rußland wird mit allen seinen Kräften für die Erhaltung und Unantastbarkeit des bulgarischen Territoriums eintreten.

4

Im Falle, daß Bulgarien oder Rußland oder diese beiden Staaten zusammen von Österreich-Ungarn oder Rumänien oder von diesen beiden Staaten oder vom Dreibund angegriffen werden sollten, sind die vertragschließenden Staaten verpflichtet, alle ihre Kräfte und Mittel für den Kampf mit den Angreifern einzusetzen, ohne irgendwelche Opfer zu scheuen, um einen vollständigen Erfolg zu erzielen.

5

Wenn Bulgarien nur von Rumänien bedroht werden sollte, werden bulgarische Streitkräfte gegen Rumänien aufgeboten werden. In Anbe-

tracht aber der Rumänien von Österreich-Ungarn versprochenen moralischen und sogar bewaffneten Unterstützung verpflichtet sich Rußland, Bulgarien diplomatische Unterstützung zu gewähren; wenn aber Österreich dazu übergehen sollte, Rumänien aktiven Beistand zu leisten, so wird auch Rußland Bulgarien mit den zur Niederwerfung Österreichs genügenden Kräften zu Hilfe eilen.

Wenn Österreich-Ungarn und Rumänien oder der Dreibund, ohne den Krieg gegen Bulgarien zu beginnen, Rußland angreifen sollten, so ist auch Bulgarien verpflichtet, seine Streitkräfte zu mobilisieren, sie nach einem auszuarbeitenden Plan zu konzentrieren und, wenn Rußland es verlangen sollte, den Angriff gegen die österreichisch-rumänischen Truppen zu beginnen.

6

Im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Bulgarien einerseits und Rumänien und Österreich-Ungarn oder dem Dreibund andererseits wahrt Bulgarien strengste Neutralität der Türkei gegenüber und wendet die äußerste Vorsicht im Verkehr mit ihr an, um nicht durch einen Konflikt mit dieser Macht Komplikationen in der allgemeinen Lage hervorzurufen.

In Anbetracht des Gesagten konzentriert Bulgarien seine Armee an der Donau zur Aktion gegen Rumänien nach einem auszuarbeitenden Plan, in dem es zur Beobachtung der Grenze und Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe im Land einen kleinen Teil seiner Kräfte jenseits des Balkans zurückläßt.

7

Die Pläne für die Mobilisierung und Konzentrierung der bulgarischen Armee und ihrer Teile ebenso wie die Pläne für die Verteidigung und den Vormarsch gemäß der vom russischen Generalstab gestellten Aufgaben und Ziele, müssen vorher unter Leitung des russischen Generalstabes zusammen mit dem bulgarischen Kriegsministerium ausgearbeitet werden; sie werden von Seiner Kaiserlichen Majestät, dem Kaiser von Rußland bestätigt und, wenn notwendig, später durchgesehen, verbessert und ergänzt werden.

8

Der Oberbefehl über die Streitkräfte Rußlands und Bulgariens während des Krieges und die Leitung der Operationen, sei es, daß die russische und bulgarische Armee zusammen oder getrennt, das heißt

auf verschiedenen Kriegsschauplätzen operieren, steht in jedem Fall dem russischen Höchstkommandierenden zu. Seine Zarische Hoheit der Fürst von Bulgarien behält die Rechte und den Titel eines Oberkommandierenden seiner Armee bei und wird diese persönlich befehligen. Wenn aber Seine Hoheit wünschen sollten, dieses Amt einer Persönlichkeit zu übertragen, so muß diese, wie auch der Chef des Stabes der Armee nach vorheriger Verständigung mit dem russischen Kriegsministerium und mit Billigung Seiner Majestät des Kaisers von Rußland erwählt werden.

Zur Erleichterung des Verkehrs mit dem russischen Hauptquartier wird dem Hauptquartier des Oberkommandierenden der bulgarischen Armee ein General der russischen Armee und diesem ein Stabsoffizier zugeteilt. Dem Kommandeur eines jeden Korps oder jeder besonderen Abteilung der bulgarischen Armee wird ein russischer Stabsoffizier attachiert. Alle diese Personen haben bei der Entscheidung von Fragen operativen Charakters eine beratende Stimme.

Dem Hauptquartier des russischen Oberkommandierenden wird ein von Seiner Zarischen Hoheit, dem Fürsten von Bulgarien ernannter bulgarischer General oder Stabsoffizier zugeteilt.

9

Die Kampf- und Transportschiffe der russischen Flotte haben während der kriegerischen Ereignisse das Recht, alle bulgarischen Häfen zu benutzen, sich in ihnen mit Verpflegungsgegenständen aller Art zu versehen und Maßnahmen zu ihrer Sperrung und Verteidigung zu ergreifen.

Die bulgarische Kriegs- und Handelsflotte wird der Verfügung des Oberbefehlshabers der russischen Flotte völlig unterstellt; dieser entscheidet alle — gemeinsamen oder getrennten — Aufgaben, die er für nötig erachtet, nach eigenem Ermessen.

10

Vorliegendes Übereinkommen tritt sofort nach seiner Unterzeichnung in Kraft und ist ein Staatsgeheimnis von besonderer Wichtigkeit.

(gez.) Generalmajor Shilinskij

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen
Geheimarchiven. S. 11 ff.

Russisch-Bulgarische Militärkonvention

Entwurf des Vertrages Dezember 1909

Sehr geheim

Die Kaiserlich Russische Regierung und die Zarisch Bulgarische Regierung haben es in beiderseitigem Interesse für gut gehalten, folgenden Geheimvertrag abzuschließen.

Artikel 1

Im Falle eines gleichzeitigen bewaffneten Zusammenstoßes Rußlands mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien oder mit Österreich-Ungarn und Rumänien, ebenso im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes Rußlands mit der Türkei — ungeachtet dessen, wer die Initiative zu diesen Zusammenstößen ergriffen haben sollte — verpflichtet sich Bulgarien, auf Verlangen der russischen Regierung seine gesamten Streitkräfte sofort zu mobilisieren, kriegerische Aktionen nach vorher ausgearbeiteten Plänen einzuleiten und sie nicht vor der vollständigen Erreichung der durch unten bezeichnete Pläne vorgesehenen Ziele einzustellen, in jedem Fall aber nicht eher, als bis die russische Regierung ihre Zustimmung dazu gegeben haben sollte.

Artikel 2

Wenn Österreich-Ungarn im Verein mit einer anderen Macht Bulgarien angreifen sollte, ohne von diesem herausgefordert worden zu sein, so verpflichtet sich Rußland, Bulgarien aktiven bewaffneten Beistand zu leisten.

Artikel 3

Wenn die Türkei gegen Bulgarien kriegerische Aktionen eröffnen sollte, ohne von diesem Staat provoziert zu sein, so verpflichtet sich Rußland, die nötige Anzahl von Truppen des kaukasischen Militärbezirks und, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, auch des Odessaer Militärbezirks zu mobilisieren, damit die Lage der bulgarischen Armee auf dem europäischen Kriegsschauplatz auf jede Weise erleichtert werde.

Indem sich Rußland die Freiheit weiterer Aktionen im Zusammenhang mit der Gestaltung der Lage vorbehält, übernimmt es auf jeden

Fall die Verpflichtung, Bulgarien aktiven bewaffneten Beistand zu leisten, wenn in einem Kriege Bulgariens mit der Türkei noch eine andere Macht sich gegen Bulgarien wenden sollte, die von Bulgarien ebenfalls nicht provoziert worden ist.

Artikel 4

Im Falle eines günstigen Ausgangs des bewaffneten Zusammenstoßes mit Österreich-Ungarn und Rumänien oder mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien verpflichtet sich Rußland, Bulgarien die größtmögliche Unterstützung zu gewähren, um die Vergrößerung des bulgarischen Territoriums um den zwischen dem Schwarzen Meer und dem rechten Ufer der unteren Donau liegenden Landstrich mit bulgarischer Bevölkerung zu erreichen. Außerdem verspricht Rußland, die Wünsche Bulgariens betreffs möglichster Regulierung der übrigen Grenzen des bulgarischen Zartums auf diplomatischem Wege aktiv zu unterstützen.

Außerdem erhält Bulgarien ein Anrecht auf einen Teil der Kontribution, der seiner Teilnahme an den Kriegsoperationen mit bewaffneten Kräften und seinen Ausgaben entspricht.

Artikel 5

In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahestehen, nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien die feierliche Verpflichtung, sowohl in diesem Falle als auch im Falle des Beitritts Rumäniens oder auch der Türkei zu der Koalition der obengenannten Mächte, die größten Anstrengungen zu machen, um jegliche Anlässe zu einer weiteren Ausdehnung des Konflikts zu beseitigen. Was dagegen die in Bundes- oder freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland stehenden Mächte betrifft, so wird die bulgarische Regierung diesen gegenüber eine entsprechend freundschaftliche Haltung einnehmen.

Artikel 6

Im Falle eines günstigen Ausgangs des bewaffneten Zusammenstoßes mit der Türkei verpflichtet sich Rußland, den Wünschen Bulgariens betreffs Vergrößerung des Territoriums des bulgarischen Zartums um die Landstriche mit überwiegend bulgarischer Bevölkerung, annähernd in den Grenzen, die durch den in San Stefano am 19. Februar

1878 zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossenen Präliminarvertrag festgelegt sind, die größtmöglichste Unterstützung zu gewähren.

Artikel 7

Wenn die Ergebnisse des Krieges in den Fällen, die in den Artikeln 1, 2 und 3 des vorliegenden Vertrages vorgesehen sind, nicht vollständig den gestellten Zielen entsprechen, übernimmt Rußland die Verpflichtung, sein möglichstes zu tun, um Bulgarien in seinen jetzigen Grenzen zu erhalten und eine Bulgarien eventuell auferlegte Kontribution nach Möglichkeit zu beschränken.

Artikel 8

Unmittelbar nach Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages werden der russische Kriegsminister und der bulgarische Kriegsminister oder eigens dazu ausgewählte Persönlichkeiten von den betreffenden Regierungen bevollmächtigt, die gemeinsamen Ziele der Streitkräfte beider Staaten auf den an Bulgarien grenzenden Kriegsschauplätzen zwecks Erreichung eines möglichst vollständigen und schnellen Erfolges festzustellen; mit der Zeit können diese Ziele, wenn die Umstände es notwendig machen sollten, Änderungen unterzogen werden, aber nur nach gegenseitiger Vereinbarung.

Die detaillierten Pläne der vorläufigen Kriegsvorbereitungen werden innerhalb der allgemein festgestellten Aufgaben von dem bulgarischen Kriegsministerium selbständig ausgearbeitet, aber mit unbedingter Beobachtung der Grundforderung, daß die Hauptmasse der bulgarischen Streitkräfte gegen den allgemeinen Feind verwendet wird. Im Interesse der Sache wird die bulgarische Regierung den russischen Militärattaché in Bulgarien über alle Vorbereitungsarbeiten und alle in den Einzelheiten vorgenommenen Änderungen stets auf dem laufenden halten.

Artikel 9

Nach Eröffnung der Feindseligkeiten geht die bulgarische Armee völlig selbständig vor, indem sie sich von den vorher verabredeten Zielen leiten läßt, von denen nur mit Einverständnis des russischen Oberbefehlshabers oder nur im Falle von höherer Gewalt abgewichen werden darf.

Wenn im Verlauf des Krieges der russische Oberbefehlshaber es für nötig halten sollte, die ursprünglich gestellten Ziele zu ändern, so ist die bulgarische Armee verpflichtet, den entsprechenden Direktiven nachzukommen.

Nur bei vollständiger Erfüllung dieser für den Erfolg des Krieges so notwendigen Forderung ist der vorliegende Vertrag mit allen seinen Folgen für Rußland verbindlich.

Artikel 10

Im Falle gemeinsamer Operation der russischen und bulgarischen Armee auf einem und demselben Kriegsschauplatz fällt das Oberkommando dem russischen Oberbefehlshaber zu; in allen übrigen Fällen steht bei gemeinsamen Operationen verschiedener Truppenabteilungen das Kommando dem Befehlshaber der dem Range nach höherstehenden militärischen Einheit zu (in der Reihenfolge Bataillon, Regiment, Brigade, Division, Korps und Heeresabteilung); bei Vereinigung der Truppeneinheiten desselben Ranges erhält der im Range höherstehende Kommandeur den Oberbefehl.

Artikel 11

Dem Stabe des Oberbefehlshabers der bulgarischen Armee wird ein eigens ernannter General oder Oberst aus dem russischen Generalstab als militärischer Hauptbevollmächtigter zugeteilt; er wird der einzige Vermittler für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Oberbefehlshabern sein. Die russische Regierung behält sich das Recht vor, auch in kleineren Kräfteeinheiten der bulgarischen Armee Militärbevollmächtigte zu unterhalten, die sämtlich unmittelbar dem Hauptbevollmächtigten unterstehen; bei der Entscheidung der verschiedenen strategischen oder anderen Fragen, in denen die gegenseitigen russisch-bulgarischen Interessen auf irgendeine Weise zusammenstoßen können, steht ihnen eine beratende Stimme zu. Der bulgarische Kommandeur entscheidet die Fragen selbständig nach eigenem Gutdünken; er hat indes nicht das Recht, eine schriftliche Motivierung zu verweigern, falls seine Entscheidung im Widerspruch mit der Meinung des russischen Militärbevollmächtigten stehen sollte.

In den wichtigsten Fällen steht die endgültige Entscheidung der betreffenden Frage prinzipiell dem russischen Oberbefehlshaber zu.

Der russische Hauptmilitärbevollmächtigte und die Militärbevollmächtigten sind von den betreffenden Stäben über alle Operationen, Pläne und Absichten vollständig unterrichtet zu halten.

Artikel 12

In der Frage der Ernennung des Höchstkommandierenden der bulgarischen Armee — falls Seine Zarische Hoheit, der Zar von Bul-

garien den Oberbefehl nicht selbst zu übernehmen wünschen sollte — sowie in der Frage der Wahl des Chefs des Stabes des Höchstkommandierenden verpflichtet sich die bulgarische Regierung, sich mit der russischen Regierung im voraus zu verständigen.

Artikel 13

Die verbündeten Truppen genießen die gleichen Rechte und allseitige Unterstützung von seiten der russischen und bulgarischen Militär- und Zivilbehörden, ohne daß hierbei ein Unterschied in bezug auf das Territorium gemacht wird, auf dem die Truppen operieren; diese Bedingung bezieht sich auf die Einquartierung, Requisitionen aller Art, das Sanitäts-, Post- und Telegraphenwesen u. a. m.

Außerdem übernimmt die bulgarische Regierung die Verpflichtung, den russischen Militär- und Marinebehörden alle vorhandenen See- und Hafenanlagen vollständig zur Verfügung zu stellen.

Artikel 14

Der vorliegende Vertrag gilt für die Dauer von fünf Jahren und von da ab, bis zum Ablauf eines Jahres gerechnet, vom Tage der Kündigung des Vertrages durch eine der vertragschließenden Parteien.

Artikel 15

Vorliegender Vertrag gilt als geheim; beide Regierungen verpflichten sich, alle von ihnen abhängenden Maßnahmen zu seiner Geheimhaltung zu treffen.

Artikel 16

Wenn der vorliegende Vertrag seine Gültigkeit verlieren sollte, so müssen die Originalexemplare vernichtet werden: das russische Exemplar in Gegenwart des bulgarischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Petersburg und das bulgarische Exemplar in Gegenwart des russischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Sofia oder in Gegenwart der Vertreter derselben.

Es versteht sich von selbst, daß beide Regierungen die moralische Verpflichtung übernehmen, den Inhalt des bezeichneten Vertrages auch nach dessen Vernichtung geheimzuhalten.

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen
Geheimarchiven. S. 27 ff.

Bulgarisch-Serbischer Vertrag vom Jahre 1912

Übersetzung

Seine Majestät Ferdinand I., Zar von Bulgarien, und Seine Majestät Peter I., König von Serbien, von dem Glauben an die Gemeinsamkeit der Interessen und der Gleichartigkeit der Schicksale ihrer Staaten und beider Brudervölker, der Bulgaren und Serben, durchdrungen und fest entschlossen, mit vereinten Kräften diese Interessen zu wahren und deren allseitige Entwicklung zu fördern, haben folgendes vereinbart:

Artikel I

Das Zartum Bulgarien und das Königreich Serbien garantieren einander gegenseitig die staatliche Unabhängigkeit und den Bestand ihres Staatsgebiets, indem sie sich verpflichten, unbedingt und ohne jede Einschränkung mit allen Kräften sich gegenseitig zu Hilfe zu eilen, wenn ein oder mehrere andere Staaten eines der beiden Länder angreifen sollten.

Artikel II

Beide vertragschließenden Seiten verpflichten sich, auch in dem Falle einander mit allen Kräften zu unterstützen, wenn irgendeine der Großmächte den Versuch machen sollte, irgendein auf dem Balkan liegendes und gegenwärtig unter türkischer Herrschaft befindliches Gebiet, wenn auch nur zeitweilig, an sich zu reißen, zu okkupieren oder mit Truppen zu besetzen, — falls auch nur einer der beiden Staaten dies als schädlich für seine Lebensinteressen oder als Anlaß zum Kriege (casus belli) betrachtet.

Artikel III

Beide vertragschließenden Seiten verpflichten sich, nur gemeinschaftlich und nach vorheriger Verständigung Frieden zu schließen.

Artikel IV

Zur vollständigsten und zweckmäßigsten Erfüllung des vorliegenden Vertrages wird eine Militärkonvention abgeschlossen werden, in welcher sowohl alles vorzusehen ist, was in bezug auf die militärische

Organisation, Dislozierung und Mobilisierung der Truppen und auf das Verhältnis der Oberkommandos in Friedenszeiten vereinbart werden muß, als auch alles, was über Kriegsvorbereitungen, Kriegszustand und erfolgreiche Kriegführung zu sagen ist. Die Militärkonvention gilt als integrierender Bestandteil des gegenwärtigen Vertrages. Zu ihrer Ausarbeitung wird spätestens 15 Tage nach Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages geschritten, und sie muß nach längstens zwei Monaten fertiggestellt sein.

Artikel V

Der vorliegende Vertrag und die erwähnte Militärkonvention bleiben vom Tage ihrer Unterzeichnung bis zum 31. Dezember 1920 einschließlich in Kraft. Sie können auch auf eine weitere Frist verlängert werden, aber nur nach ergänzender Verständigung, welche von beiden vertragschließenden Parteien bestätigt werden muß; wenn jedoch am Tage des Erlöschens des Vertrages und der Militärkonvention beide Parteien sich im Kriege oder in einem vom Krieg hervorgerufenen Zustande befinden, so bleibt der Vertrag und die Militärkonvention bis zum Abschluß des Friedens und der Liquidierung der durch den Krieg geschaffenen Lage in Kraft.

Artikel VI

Vorliegender Vertrag wird in zwei gleichen, in bulgarischer und serbischer Sprache abgefaßten Exemplaren unterzeichnet. Sie werden von den Herrschern und ihren Ministern für auswärtige Angelegenheiten unterzeichnet werden. Die ebenfalls in zwei Exemplaren in bulgarischer und serbischer Sprache abzufassende Militärkonvention wird von den Herrschern, ihren Ministern für auswärtige Angelegenheiten und den speziellen Militärbevollmächtigten unterzeichnet werden.

Artikel VII

Der vorliegende Vertrag und die Militärkonvention können publiziert und anderen Staaten mitgeteilt werden, jedoch nur nach vorheriger Verständigung beider vertragschließenden Seiten und nur gemeinsam und gleichzeitig.

Ebenso kann nur nach vorhergehender Verständigung ein anderer Staat in den Verband aufgenommen werden.

Verfaßt in Sofia am 29. Februar 1912

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen
Geheimarchiven. S. 31 ff.

Geheimanlage zu dem Bulgarisch-Serbischen Vertrag von 1912

Übersetzung aus dem Serbischen

I

Wenn in der Türkei innere Unruhen ausbrechen sollten, welche die staatlichen und nationalen Interessen beider vertragschließenden Parteien oder einer von ihnen bedrohen, und in dem Falle, daß infolge des Eintretens von inneren oder äußeren Schwierigkeiten in der Türkei der Status quo auf der Balkanhalbinsel erschüttert sein sollte, wendet sich die vertragschließende Partei, die als erste von der Notwendigkeit des bewaffneten Eingreifens überzeugt ist, in einem motivierten Vorschlag an die andere Partei, die ihrerseits verpflichtet ist, sofort in Meinungsaustausch zu treten und im Falle der Uneinigkeit mit der anderen verbündeten Partei letzterer ausführliche Antwort zu geben. Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres keine Hindernisse in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den verabredeten kriegerischen Operationen, wobei sie sich in allem vom Gefühl der Solidarität leiten lassen und die beiderseitigen Interessen wahren. Im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt; die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich. Falls Rußland seine Meinung nicht zu äußern wünschen und deshalb eine Verständigung zwischen den vertragschließenden Parteien nicht zustande kommen sollte, und falls dann die Partei, die sich für bewaffnete Einmischung entschieden hat, die Feindseligkeiten gegen die Türkei trotzdem allein eröffnen sollte, so ist die andere Partei verpflichtet, ihren Verbündeten gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren, sofort zu der in der Militärkonvention vorgesehenen Mobilisierung zu schreiten und mit allen Kräften dem Verbündeten zu Hilfe zu eilen, wenn eine dritte Macht auf die Seite der Türkei treten sollte.

II

Das gesamte durch die gemeinsamen Operationen in §§ 1 und 2 des Vertrages berührte und in § 1 dieser Geheimanlage erwähnte Gebiet, falls es erworben werden sollte, wird von gemeinsamen Behörden beider Verbündeten (condominium) verwaltet und sofort, keinesfalls aber später als drei Monate nach Wiederherstellung des Friedenszustandes, auf folgenden Grundlagen liquidiert:

Serbien erkennt die Rechte Bulgariens auf das Gebiet im Osten von Rhodope und dem Flusse Struma an und Bulgarien die Rechte Serbiens auf das Gebiet im Norden und Westen von Schar-Planina.

Was die zwischen Schar-Planina, Rhodope, dem Archipelag und dem See von Ochrida liegenden Gebiete betrifft, so wird mit diesen Gebieten, falls beide Seiten die Bildung eines gesonderten autonomen Gebietes aus diesem Territorium infolge allgemeiner serbischer und bulgarischer Nationalitätsinteressen oder aus anderen äußeren oder inneren Ursachen für unmöglich halten, auf Grund folgender Bestimmungen verfahren: Serbien verpflichtet sich, kein Land zu beanspruchen, das außerhalb der auf beiliegender Karte bezeichneten Linie liegt; diese beginnt an der türkisch-bulgarischen Grenze bei Golem Wrch. (nördlich von Kriwe Palanka) und setzt sich von dort ab wie folgt fort: in südwestlicher Richtung bis zum Ochridasee, über die Höhe Kitke zwischen den Dörfern Meteshew und Podrshikonj, über die Höhe im Osten des Dorfes Neraw und die Wasserscheide bis zur Höhe 1000 nördlich von Baschtewo (Gradatz-Planina), durch das Dorf Baschtewo zwischen den Dörfern Ljubentzy und Petralitze, durch die Höhe von Ostritzy 1000 (Lisatz-Planina) auf die Höhe 1050 zwischen den Dörfern Dratsch und Opile, durch das Dorf Talschimanzy und Shiwalewo, auf die Höhe 1050 und 1000, durch das Dorf Keschani, längs der Hauptwasserscheide von Gradischte Planina auf die Höhe Gorischte, über die Höhe 1023, längs der Wasserscheide zwischen Iwankowaz und Loginaz, durch Weterskog und Sopot zum Wardar, über den Wardar, längs der Bergketten zur Höhe 2550, dann auf die Berge von Perepol zu längs ihrer Wasserscheide zwischen den Dörfern Krape und Barbarasa, auf die Höhe 1200 zwischen den Dörfern Jakrenow und Dranowzu, auf die Höhe Tschesma zu (1254), längs der Wasserscheide von Baba-Planina und Kruschkatepesi zwischen den Dörfern Sopa und Zrske, auf dem Gipfel der Berge von Protaj östlich des Dorfes Belize zu, durch Breshana auf die Höhe 1200 (Ilinska-Planina) zu, längs der Wasserscheide über die Höhe 1330 auf die Höhe 1217 zu und zwischen den Dörfern Liwanischta und Gorenzy bis zum Ochridasee bei dem

Kloster Gubowzy. Bulgarien verpflichtet sich, diese Grenze anzunehmen, wenn Seine Kaiserliche Majestät der Zar, an den die Bitte gerichtet werden wird, oberster Schiedsrichter in dieser Frage zu sein, sich zugunsten der bezeichneten Linie aussprechen sollte. Es versteht sich von selbst, daß beide Parteien sich verpflichten, als endgültige Grenze diejenige Linie anzunehmen, welche Seine Kaiserliche Majestät der Zar in den oben genannten Grenzen als den Rechten und Interessen beider Seiten am besten entsprechend festzusetzen für gut erachten wird.

III

Eine Kopie des Vertrages mit dieser Geheimanlage und ebenso die Militärkonvention werden der Russischen Kaiserlichen Regierung gemeinsam von den vertragschließenden Parteien mit der Bitte überreicht werden, Kenntnis davon zu nehmen und den darin angegebenen Zielen gegenüber eine wohlwollende Haltung einzunehmen, alsdann den Kaiser zu bitten, Seine Kaiserliche Majestät möge geruhen, die durch diesen Vertrag sowohl Ihm als Seiner Regierung zugedachte Aufgabe anzunehmen und zu billigen.

IV

Jeder Streit, der bei der Auslegung und Erfüllung irgendeines Artikels dieses Vertrages, der Geheimanlage und der Militärkonvention entstehen sollte, wird der endgültigen Entscheidung Rußlands anheimgestellt, sobald die eine oder die andere Partei es für unmöglich erklären sollte, eine Einigung durch unmittelbare Verhandlungen zu erzielen.

V

Kein Artikel dieses Geheimvertrages darf ohne vorherige Verständigung zwischen beiden vertragschließenden Parteien und ohne Einverständnis Rußlands der Öffentlichkeit übergeben oder einer anderen Macht mitgeteilt werden.

Verfaßt in Belgrad am 29. Februar 1912

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. S. 32 ff.

Bulgarisch-Serbische Militärkonvention

Zu Nr. 29. Belgrad 1912

Sehr vertraulich

Den Leitsätzen (des II. Artikels) des Freundschafts- und Bündnisvertrages zwischen den Königreichen Serbien und Bulgarien entsprechend und um den Krieg erfolgreicher führen und die Ziele völlig erreichen zu können, die durch das Bündnis vorgesehen sind, werden folgende Bestimmungen bestätigt, die dieselbe bindende Kraft und Bedeutung haben wie die Bedingungen des Vertrages selbst.

Artikel I

Die Königreiche Serbien und Bulgarien verpflichten sich in den Fällen, die im Artikel I und II des Bündnisvertrages sowie auch im Artikel I der geheimen Anlage zum erwähnten Vertrage vorgesehen sind, sich gegenseitig zu Hilfe zu kommen, und zwar: Bulgarien mit einer Kriegsmacht von mindestens 200 000 Mann, Serbien mit einer solchen von 150 000 Mann, die für Kriegsoperationen an der Grenze und auch außerhalb des Gebietes des betreffenden Staates vorgebildet worden sind.

In die obenerwähnte Zahl dürfen weder Reservisten noch Ersatztruppenteile noch Reservisten des dritten serbischen Aufgebots noch bulgarischer Landsturm einbegriffen werden.

Die erwähnten Truppen müssen an der Grenze oder außerhalb des Gebietes des betreffenden Staates in der Richtung eintreffen, die durch die Erfordernisse und Aufgaben der Kriegsoperationen bedingt sein wird, und zwar hat dieses nicht später als innerhalb einer Frist von 21 Tagen vom Moment der Kriegserklärung oder der Benachrichtigung eines der Verbündeten zu geschehen, daß der Casus foederis eingetreten sei. Jeder der Verbündeten ist jedoch schon vor Ablauf der oben bezeichneten Frist verpflichtet, wenn solches dem Charakter der Kriegsoperationen entspricht und zum Erfolge des Krieges beitragen kann, einzelne Abteilungen seiner Truppen, entsprechend dem Fortschreiten der Mobilisierung und der Konzentrierung, auf den Kampfplatz zu führen und damit nicht später als am 7. Tage vom Moment der Kriegserklärung oder des Eintritts des Casus foederis an zu beginnen.

Artikel II

Falls Rumänien Bulgarien angreifen sollte, verpflichtet sich Serbien, Rumänien sofort den Krieg zu erklären und seine Truppen in einer Anzahl von nicht unter 100 000 Mann entweder an die mittlere Donau oder auf den Kriegsschauplatz in der Dobrudscha gegen Rumänien zu senden.

Falls die Türkei Bulgarien angreifen sollte, verpflichtet sich Serbien, in das Gebiet der Türkei einzufallen und von seinen mobilisierten Truppen nicht weniger als 100 000 Mann auf den Kriegsschauplatz am Wardar zu senden.

Falls Serbien sich zu dieser Zeit mit einer anderen Macht (allein oder gemeinsam mit Bulgarien) schon im Kriege befinden sollte, so ist es verpflichtet, alle verfügbaren Truppen gegen Rumänien oder die Türkei zu entsenden.

Artikel III

Falls Österreich-Ungarn Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, Österreich-Ungarn sofort den Krieg zu erklären und seine Truppen in Stärke von 200 000 Mann auf serbisches Gebiet zu entsenden und gemeinsam mit der serbischen Armee offensiv und defensiv gegen Österreich-Ungarn operieren zu lassen.

Diese Verpflichtungen seitens Bulgariens zugunsten Serbiens bleiben auch für den Fall in Kraft, daß Österreich-Ungarn, nach Vereinbarung mit der Türkei oder ohne eine solche, unter irgendeinem Vorwande seine Truppen in den Sandschak von Nowi-Bazar einrücken lassen und hierdurch Serbien nötigen sollte, entweder Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären oder seine Heere nach dem Sandschak zur Verteidigung seiner dortigen Interessen zu entsenden, wodurch Serbien einen Zusammenstoß mit Österreich-Ungarn hervorrufen würde.

Falls die Türkei Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, sofort in türkisches Gebiet einzudringen und aus dem Bestande der auf Grund des Artikels I der gegenwärtigen Konvention mobilisierten Truppen eine Armee von mindestens 100 000 Mann auf den Kriegsschauplatz des Wardar zu entsenden.

Wenn Rumänien Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, gegen die rumänische Armee aggressiv vorzugehen, sobald dieselbe die Donau überschritten haben und in serbisches Gebiet eingedrungen sein sollte. Falls Bulgarien in einem der in diesem Artikel vorgesehenen Fälle sich bereits allein oder in Gemeinschaft mit Serbien im Kriegszustande mit einer anderen Macht befinden sollte, so verpflichtet es sich, Serbien mit allen noch verfügbaren Truppen beizustehen.

Artikel IV

Falls Serbien und Bulgarien auf Grund vorhergehender Übereinkunft der Türkei den Krieg erklären sollten, so verpflichtet sich jeder der Verbündeten, falls keine anderen speziellen diesbezüglichen Vereinbarungen vorliegen sollten, aus dem Bestande der auf Grund des Artikels I dieser Konvention mobilisierten Truppen je eine Armee von mindestens 100 000 Mann auf den Kriegsschauplatz am Wardar zu senden.

Artikel V

Falls eine der vertragschließenden Parteien ohne vorhergehende Verständigung und Vereinbarung mit der anderen Partei einer dritten Macht den Krieg erklären sollte, so ist die andere Partei von den Verpflichtungen des Artikels I dieser Konvention entbunden; sie ist aber während des Krieges verpflichtet, ihrem Verbündeten gegenüber eine freundschaftliche Neutralität zu wahren und auch sofort ein Heer von mindestens 50 000 Mann zu mobilisieren, um ihrem Verbündeten eine möglichst große Bewegungsfreiheit zu schaffen.

Artikel VI

Während der Kriegsoperationen der Verbündeten darf keine der vertragschließenden Parteien ohne vorherige Benachrichtigung und Vereinbarung mit der anderen Partei einen 24 Stunden übersteigenden Waffenstillstand mit dem Gegner abschließen. — Die vertragschließenden Parteien dürfen Friedensverhandlungen nur führen oder einen Friedensvertrag nur abschließen, nachdem sie sich gemeinsam darüber verständigt haben.

Artikel VII

Während des Krieges führt der gesetzliche Kommandeur die Truppen jeder vertragschließenden Parteien; derselbe leitet auch ihre Operationen.

Wenn einzelne Abteilungen aus dem Bestande der Truppen der beiden vertragschließenden Parteien gegen das gleiche Objekt operieren, so übernimmt das gemeinsame Kommando: über Einheiten gleicher Stärke — der dem Range nach ältere Kommandeur; über Einheiten verschiedener Stärke — der seiner Stellung nach ältere Kommandeur.

Wenn eine oder mehrere besondere Armeen, die zum Bestande des Heeres einer der vertragschließenden Parteien gehören, zur Verfügung der anderen Partei gestellt werden, so behält der rechtmäßige

Heerführer das Kommando über dasselbe; derselbe ist jedoch bei allen strategischen Operationen dem Höchstkommandierenden desjenigen Vertragschließenden unterstellt, zu dessen Verfügung er sich befindet.

Im Falle gemeinsamer Kriegsoperationen gegen die Türkei wird das Oberkommando auf dem im Artikel IV dieser Konvention vorgesehenen Kriegsschauplatz am Wardar Serbien überlassen, falls seine Hauptkräfte auf diesem Kriegsschauplatz operieren und die Anzahl der bulgarischen Truppen übersteigen sollten.

Falls aber die serbische Hauptarmee Operationen auf dem Kriegsschauplatz des Wardar nicht vornehmen sollte oder ihre Kräfte den bulgarischen nachstehen sollten, so fällt das Oberkommando auf dem erwähnten Kriegsschauplatz dem bulgarischen Heerführer zu.

Artikel VIII

Falls die Heere beider vertragschließenden Parteien sich unter einem gemeinsamen Kommando befinden sollten, so sind alle Befehle und Verfügungen, die die strategischen und technischen Operationen betreffen, in beiden Sprachen — serbisch und bulgarisch — abzufassen.

Artikel IX, X, XI, XII, XIII

beziehen sich auf nebensächliche Verfügungen über Verproviantierung und Verpflegung der verbündeten Armeen, über den Transport von Verwundeten und Kranken, Bestattung der Toten usw., über Verteilung von Kriegstrophäen; über Ernennung von besonderen Delegierten bei den Stäben zwecks gegenseitiger Verständigung; über Reparatur der Verkehrswege; über verschiedene andere Fragen bleibt es den Chefs der Generalstäbe überlassen, später in weitere Verhandlungen zu treten.

Artikel XIV

Diese Konvention tritt in Kraft vom Moment ihrer Unterzeichnung und behält ihre Gültigkeit bis zum Ablauf des Freundschaftsbündnisvertrages, dem sie als integrierender Bestandteil beigefügt wird.

Belgrad-Sofia, den 29. August 1912

Die Konvention ist unterzeichnet:

König Peter	König Ferdinand
Milanowitsch	Geschow
General Putnik	General Fitschew

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. S. 35 ff.

Journal der Sonderkonferenz vom 31. Dezember 1913

Den Vorsitz führte: Der Vorsitzende des Ministerrates, Staatssekretär und Wirklicher Geheimrat Kokowtzow.

Es nahmen teil: der Kriegsminister, Generaladjutant Suchomlinow, der Marineminister, Generaladjutant Grigorowitsch, der Außenminister, Hofmeister Sasonow, der Chef des Generalstabs, General der Kavallerie Shilinski.

Zwecks Anfertigung des Journals der Konferenz waren die Beamten des 1. Departements des Außenministeriums: Kammerherr Staatsrat Bützow und Titulärrat Sukin anwesend.

Vor der Konferenz wurde deren Mitgliedern eine alleruntertänigste Denkschrift des Außenministers vom 23. Dezember 1913 überreicht. Gleichzeitig wurden die vom Außenministerium ausgearbeiteten Voraussetzungen mitgeteilt, die in den nachfolgenden, in der Konferenz zur Beratung stehenden Thesen enthalten sind.

1. Die Möglichkeit zugegeben, daß ein deutscher General irgendeinen Teil der außerhalb Konstantinopels, beispielsweise in Adrianopel befindlichen Truppen kommandiert, kann sich Rußland jedoch mit der Anwesenheit eines ausländischen Generals als Führer eines Truppenteils in Konstantinopel nicht einverstanden erklären.

2. Das Außenministerium muß in diesem Sinne die Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel weiterführen.

3. Da die letzten Nachrichten auf eine zweideutige Handlungsweise der deutschen Regierung in dieser Frage hinweisen, müssen gegenwärtig Entscheidungen getroffen werden für den Fall, daß es notwendig sein sollte, unsere Forderungen durch Nötigungsmaßnahmen zu unterstützen.

4. Die bezeichneten Nötigungsmaßnahmen durch uns könnten in der Besetzung irgendeines Punktes in Kleinasien, beispielsweise Trapezunts oder Bajasids, zum Ausdruck kommen mit der Erklärung, daß wir dort verbleiben würden bis zur Erfüllung unserer Forderungen.

5. Nachdem genau klargestellt sein wird, welche Nötigungsmaßnahmen wir würden anwenden können, muß diesbezüglich ein vertraulicher Meinungsaustausch mit der englischen und französischen Re-

gierung angebahnt werden, da es notwendig ist, sich für Nötigungsmaßnahmen erst zu entscheiden, nachdem wir uns vorher Klarheit darüber verschafft haben werden, ob wir auf entsprechende Schritte der beiden Mächte rechnen können.

6. In den Unterhandlungen mit den bezeichneten Regierungen muß seitens der drei Mächte die Notwendigkeit eines äußerst vorsichtigen und einmütigen Handelns festgelegt werden, um, wenn möglich, eine Verschärfung des Konflikts zu vermeiden, der einen europäischen Krieg zur Folge haben könnte. Gleichzeitig müssen von unserer Seite Anstrengungen gemacht werden, um Frankreich und England für die Notwendigkeit geneigt zu machen, das einmal begonnene Eintreten für die gemeinsamen Interessen zu Ende zu führen.

7. Sollte dieser Standpunkt von allen drei Mächten angenommen werden und die Unterhandlungen in Berlin nicht zu dem gewünschten Resultate führen, so muß man sich über eine gewisse Steigerung der Nötigungsmaßnahmen verständigen. Als solche können in Frage kommen:

a) ein konsequent durchgeführter finanzieller Boykott der Türkei;

b) sollte diese Methode nicht die gewünschten Resultate zeitigen und nicht die nötige Einwirkung erzeugen, wie dies in der Adrianopelfrage der Fall war, so könnten die drei Mächte ihre Vertreter in Konstantinopel abberufen;

c) gleichzeitig würden die Regierungen Rußlands, Frankreichs und Englands die Pforte von dem Termin zu der Erfüllung ihrer Forderungen in Kenntnis setzen, worauf mit der Verwirklichung der Nötigungsmaßnahmen begonnen werden könnte unter Hinweis darauf, daß sie erst nach Erfüllung der gestellten Forderungen eingestellt werden würden.

8. Sollten für die rechtzeitige Ergreifung von Nötigungsmaßnahmen unsererseits gewisse vorbereitende Maßnahmen militärischer Art, wie beispielsweise Truppenverstärkungen im Kaukasus, notwendig sein, so wäre es erwünscht, diese Maßnahmen möglichst geheimzuhalten. Vom politischen Standpunkte aus erscheint es jedoch notwendig, daß man nach der Androhung, falls eine solche notwendig werden sollte, unverzüglich darangehen könnte, sie in die Tat umzusetzen.

9. Die Resultate der Konferenz sind, gemäß dem dem Außenminister erteilten Allerhöchsten Befehl, Sr. Kaiserlichen Majestät zur geneigten Einsicht vorzulegen.

Nach Eröffnung der Sitzung wendet sich der Vorsitzende des Ministerrates unter Hinweis darauf, daß seit Überreichung der Alleruntertänigsten Denkschrift des Außenministers an die Konferenzteilnehmer acht Tage verflossen sind, an den Außenminister mit der Bitte

um Mitteilung der letzten, zu seiner Verfügung stehenden Unterlagen zu der zur Beratung in der Konferenz stehenden Frage.

Der Außenminister erklärte, daß die bei ihm in den letzten Tagen eingegangenen Nachrichten spärlich und widersprechend wären und teilte der Konferenz den Wortlaut eines Geheimtelegramms des russischen Gesandten in Konstantinopel vom 29. Dezember mit, in dem es heißt, daß General Liman den nächsthöheren türkischen Rang erhalten soll, daher das Kommando des 1. Armeekorps niederlegen und Inspektor der Kriegsschule und Chef der Militärmission bleiben werde. Indes stimmen diese anscheinend günstigen Mitteilungen nicht völlig überein mit dem Inhalt eines Telegramms vom 30. Dezember. In dem letzteren ist darauf verwiesen, daß der Rücktritt Limans vom Kommando des 1. Armeekorps noch keine vollendete Tatsache sei und veranlaßt, die Sachlage weniger optimistisch zu betrachten. Sollten die im ersten Telegramm mitgeteilten Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen, so könnte diese Konferenz als nicht so dringlich betrachtet werden, und die Beratungen über die Lage würden bloß akademischen Charakter tragen. Der Minister hält es jedoch für erwünscht, daß die Konferenz vorher die von ihm den Teilnehmern mitgeteilten Thesen durchberate.

Der Vorsitzende des Ministerrates gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Zweck dieser Konferenz eine Bestimmung der Position wäre, die die Kaiserliche Regierung bei jeder Wendung, die die Dinge nehmen könnten, einzunehmen hätte. Zur Prüfung der Voraussetzungen des Außenministeriums übergehend, weist Staatssekretär Kokowtzow auf die Notwendigkeit hin, sich zunächst darüber klar zu werden, welche Lösung der Frage über die deutsche Militärmission in der Türkei von Rußland als zulässig anerkannt werden könnte und wogegen wir unter allen Umständen Einspruch erheben müßten. Diese Grundaufgabe ist in Punkt 4 zum Ausdruck gebracht, der bei den weiteren Beratungen als Leitfaden dienen müsse. Der Vorsitzende des Ministerrates erklärt, daß der Standpunkt der Kaiserlichen Regierung zuerst während der Unterhandlungen in Berlin im Oktober 1913 festgelegt worden sei. Staatssekretär Kokowtzow glaubt, daß es das moralische Recht und die Pflicht der russischen Regierung wäre, von diesem Standpunkt nicht abzuweichen. Da der Inhalt der erwähnten Unterhandlungen dem Kriegs- und Marineminister, sowie dem Chef des Generalstabs nicht bekanntgeworden sein konnte, erachtet es Staatssekretär Kokowtzow für notwendig, die Konferenz mit den Einzelheiten der diesbezüglichen, im Alleruntertänigsten Bericht des Vorsitzenden des Ministerrats niedergelegten Verhandlungen bekanntzumachen. In den Unterredungen mit dem deutschen Kaiser und den Vertretern der deutschen Regierung hat

er erklärt, daß Rußland gegenüber der Ausübung der Kommandogewalt über einen Truppenteil in Konstantinopel durch einen ausländischen Offizier nicht gleichgültig bleiben könnte, da hierdurch für eine Macht eine bevorzugte Stellung in der Türkei geschaffen würde, wodurch die Richtung der ganzen Frage des nahen Ostens verändert würde. Auf die erste These zurückgreifend, erklärt der Vorsitzende des Ministerrates, daß er auch jetzt es für notwendig hält, auf den von ihm seinerzeit dem deutschen Kaiser gegenüber ausgesprochenen Ansichten zu verharren.

Der Außenminister teilt der Konferenz den Inhalt der neu eingetroffenen Geheimtelegramme mit. Im Zusamenhang mit dem möglichen Rücktritt des Generals Liman vom Kommando des 1. Armeekorps, worauf im Telegramm des Gesandten in Konstantinopel verwiesen wird, fragt der Minister an, wie man sich zu verhalten hätte zur Führung einer nicht in Konstantinopel selbst, sondern in Skutari liegenden Division durch einen deutschen Offizier, da eine solche Lösung der Frage nach Kenntnis der russischen Vertreter in Berlin und Konstantinopel früher bereits in Erwägung gezogen worden ist.

Der Vorsitzende des Ministerrates, der Kriegs- und Marineminister, sowie der Chef des Generalstabes, sprechen sich dahin aus, daß eine solche Wendung der Dinge unzulässig wäre. Auf die Bemerkung des Generals der Kavallerie, Shilinski, daß, wenn ein deutscher Offizier auch nur das Kommando über eine Division innehätte, Deutschland die Meerengen beherrschen würde, weist Staatssekretär Kokowtzow darauf hin, daß die Möglichkeit eines Kommandos deutscher Offiziere in den die Meerengen schützenden Forts nunmehr in Fortfall gekommen sei, und daß man jetzt als feststehend betrachten könne, daß das Kommando über diese Befestigungen jedenfalls türkischen Offizieren gehören wird. Der letzte Umstand veranlaßt den Marineminister zu der Bemerkung, daß unter dem Vorwande des Fehlens eines Kommandeurs für irgendeinen Truppenteil, sich dennoch ein deutscher Offizier als stellvertretender Kommandierender erweisen könnte.

Der Vorsitzende des Ministerrates verweist auf den Zusammenhang zwischen der Fassung der ersten These und den erhaltenen Nachrichten über die Möglichkeit einer Ernennung des Generals Sanders zum Inspektor der türkischen Armee und auf die Notwendigkeit, die Stellungnahme der Regierung zu einem solchen Ausgang festzulegen, zu welchem Zweck man zunächst die Bedeutung des Ausdrucks „Inspektion“ feststellen müsse.

Der Chef des Generalstabs bemerkte, daß es in der Türkei vier Inspektionen territorialen Charakters gebe, die dem Posten des Kommandierenden eines Militärbezirks entsprechen.

Der Vorsitzende des Ministerrates erklärt, daß, sollte dem General Sanders statt der allgemeinen Aufsicht über die türkische Armee eine Inspektion in territorialem Sinne übertragen werden, was dem Kommando über die Truppen eines Militärbezirks gleichkommt, eine solche Lösung für Rußland noch weniger annehmbar wäre als das Kommando über ein Armeekorps. Hierbei sei es nicht notwendig, im voraus zu bestimmen, ob wir gegen die Übertragung an einen deutschen General der territorialen Inspektion gleich wo oder nur in Konstantinopel selbst und den am Kaukasus angrenzenden Gebieten, d. h. den östlichen Bezirken Kleinasiens, Einspruch erheben würden. Der Vorsitzende des Ministerrates ist daher der Ansicht, daß die erste These infolge der neuen Umstände nach der Richtung ausgedehnt werden müßte, daß die dem General Sanders zu übertragende Inspektion nur dann für zulässig erachtet werden könne, wenn unter „Inspektion" die allgemeine Aufsicht über die Armee und nicht ein territoriales Kommando verstanden werden soll.

Diesem Gutachten schließen sich alle Teilnehmer der Konferenz an.

Nach Ansicht des Kriegsministers bilden alle zur Beratung stehenden Bedingungen für die Tätigkeit der deutschen Militärmission nur Teile der Frage. Was deren Kern betrifft, so darf es keinem Zweifel unterliegen, daß die Ankunft General Sanders nach Konstantinopel nicht eine Rückkehr zum System v. d. Goltz-Pascha und seinen Instruktionsaufgaben bedeute. Die früheren Instrukteure bildeten nach Kenntnis des Kriegsministeriums das schlechteste Element der deutschen Armee. Auch Waffen und Munition, mit denen Deutschland die Türkei vor dem Balkankriege versorgte, waren durchaus nicht von hoher Qualität. Nunmehr wird General Sanders von 40 Personen begleitet, die aus der Zahl der besten Offiziere des deutschen Heeres ausgewählt sind und noch weitere zirka 60 Mann von dieser Art werden angeworben. Nach Ansicht des Generaladjutanten Suchomlinow darf man sich nicht verhehlen, daß die gegenwärtige Militärmission ganz andere Aufgaben hat als die Tätigkeit v. d. Goltz-Paschas. Die Absichten Deutschlands, das die Organisation des türkischen Heeres energisch in die Hand nimmt, treten ihrerseits klar zutage. Die türkischen Truppen, deren Eigenschaften die deutsche Militärmission zu entwickeln haben wird, werden sich an unserer Kaukasusgrenze befinden und natürlicherweise gegen Rußland gerichtet sein. Der Kriegsminister hält es für gefährlich, Zeit zu verlieren, und für erwünscht, Maßnahmen zum Schutze gegen die bezeichnete, für Rußland ungünstige Änderung der Dinge zu treffen. Da nicht die Möglichkeit be-

steht, einerseits darauf zu rechnen, daß Deutschland freiwillig auf das begonnene Werk verzichtet, andererseits die aufgetauchten Hoffnungen auf ein feindseliges Verhalten zur deutschen Militärmission im türkischen Heere selbst angesichts der Massenentlassungen türkischer Offiziere sich als unbegründet erwiesen haben, möchte der Minister sich über die Möglichkeit unterrichten, auf die Türkei im Sinne einer Entfernung der Militärmission einzuwirken.

Der Außenminister gibt der Überzeugung Ausdruck, daß unsere, nicht durch Druck verstärkten Ratschläge in Konstantinopel erfolglos bleiben würden. Indem der Minister hierauf die Konferenz ersucht, zur Beratung von Mitteln zur Nötigung der Türkei überzugehen, teilt er mit, daß er in den Unterredungen mit dem französischen und englischen Gesandten in St. Petersburg eine gewisse Folgerichtigkeit in den etwaigen Schritten der Mächte des Dreiverbandes angedeutet hätte. Erstens erscheine es möglich, zu einem finanziellen Druck auf die Türkei zu greifen. Bei dem aufrichtigen Wunsch aller drei Mächte, ihn durchzuführen, könnte man die Erzielung eines wirklichen Resultates erhoffen, da die Türkei riesige Geldmittel brauchte, die in die Hunderte Millionen gingen, und kleine zufällige Zuwendungen in der Art des Darlehens des Bankhauses Perrier & Co. könnten für ihre zerrütteten Finanzen keine wesentliche Unterstützung bedeuten. Man muß jedoch im Auge behalten, daß die französische Regierung sich trotz ihres Wunsches nicht imstande erweisen könnte, einen finanziellen Boykott der Türkei unbeirrt durchzuführen, da sie nicht immer die Möglichkeit habe, in erwünschtem Sinne auf die französischen Finanzkreise einzuwirken. Zweitens müßte man für den Fall, daß die Maßnahmen finanziellen Charakters auf die Türkei nicht die gewünschte Einwirkung ausüben sollten, ein Programm ausarbeiten, in dem Methoden zur Ausübung eines unmittelbaren Druckes auf die Pforte vorzusehen wären. Wir unsererseits müssen klarstellen, welcher Art Maßnahmen Rußland in Vorschlag bringen könnte, zu welchem Zwecke das Außenministerium die jetzt zur Beratung in der Konferenz vorgelegten Voraussetzungen ausgearbeitet hätte.

Der Vorsitzende des Ministerrates bittet den Außenminister, vor Besprechung der bezeichneten Druckmittel zwei Dinge zu beleuchten, die für die Bestimmung der weiteren Handlungsweise von grundlegender Bedeutung seien und dem Staatssekretär Kokowtzow wie folgt erscheinen: 1. Die deutsche Regierung sucht nach einem Ausweg aus der durch die Forderungen Rußlands geschaffenen Lage. Hierbei verweist das Berliner Kabinett auf die Notwendigkeit für Rußland, im Interesse einer günstigen Lösung der Frage an Deutschland keine kategorischen

Erklärungen ultimativen Charakters zu richten, die Deutschland zwingen könnten, noch mehr auf seinem Standpunkt zu beharren, da man die Schwierigkeit der deutschen Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung im eigenen Lande berücksichtigen müßte. 2. Die Unterhandlungen mit dem Berliner Kabinett, die jetzt schon zirka zwei Monate dauern, müßten so lange fortgesetzt werden, bis die Kaiserliche Regierung die Überzeugung gewinnt, daß es unmöglich sei, auf diesem Wege zu dem angedeuteten Ziel zu gelangen.

Der Außenminister schließt sich den vom Staatssekretär Kokowtzow formulierten Thesen an und erklärt, daß er gleichzeitig in seinen Unterhandlungen mit dem deutschen Gesandten in St. Petersburg darauf hingewiesen habe, daß es für die russische Regierung unmöglich sei, die Entscheidung der Frage über die deutsche Militärmission in Konstantinopel lange hinauszuschieben.

Zu den Maßnahmen für eine weitere Einwirkung übergehend, erachtet Staatssekretär Kokowtzow es für notwendig, festzustellen, daß die in der 7. These vorgesehenen Schritte vom Außenministerium in engster Fühlung mit den übrigen Mächten des Dreiverbandes geplant seien. Bevor dieser oder jener Beschluß gefaßt wird, müsse die Kaiserliche Regierung wissen, in welchem Maße ihr die Unterstützung Frankreichs zuteil werden wird und ob man auf eine aktive Beteiligung Englands an der Einwirkung auf die Pforte rechnen könnte.

Der Außenminister bestätigt, daß er in der Tat die Druckmittel in der Voraussetzung einer Zusammenwirkung aller Mächte des Dreiverbands vorgesehen habe und weist darauf hin, daß es ungeklärt erscheint, wie weit England bereit wäre, energisch zu handeln. Was Frankreich anbetrifft, so kann die russische Regierung auf eine tatkräftige Unterstützung bis aufs äußerste rechnen. H. Delcassé hat den Minister im Namen des französischen Außenministers versichert, daß Frankreich so weit gehen würde, wie Rußland es wünscht.

Der Vorsitzende des Ministerrates glaubt, daß es notwendig wäre, unter Fortführung der Unterhandlungen in Berlin gleichzeitig den Grad der Beteiligung des Londoner Kabinetts an etwaigen Schritten der Mächte des Dreiverbandes klarzulegen. Staatssekretär Kokowtzow vermerkt die besondere Lage Englands in der Frage des deutschen Kommandos in Konstantinopel durch die Anwesenheit des englischen Admirals als Instrukteur in der türkischen Residenz. England hat bisher nach Ansicht des Vorsitzenden des Ministerrates keinerlei wesentliche Unterstützung den Bemühungen des Petersburger Kabinetts geliehen und eher noch Deutschland den Widerstand gegen den Einspruch Rußlands erleichtert durch die Tatsache der Anwesenheit des

Admirals Limpus in Konstantinopel. Deutschland hatte die Möglichkeit, bei den Unterhandlungen über die Abberufung des Generals Sanders aus Konstantinopel sich darauf zu berufen, daß die Zusammenziehung der Aufsicht über die türkische Flotte in den Händen des englischen Admirals die Befürchtungen keiner einzigen Macht hervorgerufen hätte. Als Graf Pourtalès das erwähnte Argument mit dem Admiral anführte, entgegnete ihm der Vorsitzende des Ministerrates, daß Rußland der Tatsache eines Kommandos über eine nahezu nicht vorhandene Flotte keine Bedeutung beimessen könne.

In Beantwortung der Erklärung des Staatssekretärs Kokowtzow, die vom Kriegsminister und Marineminister unterstützt wird und dahin geht, daß es erwünscht wäre, zunächst von England die Abberufung des Admirals zu erwirken, teilt der Außenminister mit, daß Sir Edward Grey sich schon früher hierzu bereit erklärt hätte und daß ein solcher Beschluß der großbritannischen Regierung jedenfalls wohl zu erreichen wäre, wenn dies zur Erleichterung einer Einwirkung in Berlin erwünscht sein sollte. Der Minister fürchtet jedoch einerseits, daß Admiral Limpus durch einen deutschen Chef ersetzt werden könnte und weist andererseits auf die in seinen Händen befindlichen Unterlagen hin, die zu der Annahme berechtigen, daß Deutschland nach Abberufung des englischen Admirals nichtsdestoweniger von der eingenommenen Position in der Frage der Militärmission nicht abweichen werde. Das Berliner Kabinett würde im Gegenteil sich der Abberufung des Admirals Limpus gegenüber ablehnend verhalten und hierin nur die Maßnahme einer realen Einwirkung erblicken, die Deutschlands Widerstand nur stärken würde.

Auf die angedeutete Folgerichtigkeit im Auftreten der Mächte des Dreiverbandes zurückkommend, glaubt der Minister, daß für den Fall, daß die Unterhandlungen in Berlin resultatlos verlaufen sollten, diese nach Konstantinopel verlegt werden müßten, wobei die Einwirkung der Mächte schon auf die Türkei übertragen werden müßte.

Der Vorsitzende des Ministerrates führt die in den vom Außenministerium ausgearbeiteten Punkten aufgeführten Druckmittel an, und zwar: finanzieller Boykott, Abberufung der diplomatischen Vertreter und militärische Maßnahmen, und bemerkt, daß die Türkei das unmittelbare Objekt dieser Einwirkungen sein sollte, daß jedoch der Endzweck die Aufhebung des Vertrages zwischen der Pforte und Deutschland wäre. Da auf diese Weise die Interessen Deutschlands berührt würden, wären diese Maßnahmen geeignet, dessen Einmischung hervorzurufen.

Der Außenminister lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Möglichkeit, durch energisches und gleichzeitig vorsichtiges, einmütiges Handeln der drei Mächte einen Erfolg zu erzielen, wobei dies nach Ansicht des Ministers durchaus nicht unbedingt einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben müßte. In Wirklichkeit würde Deutschland ein Auftreten Rußlands, das nur die Unterstützung von Frankreich allein hätte, nicht sonderlich gefährlich erscheinen. Beide Staaten wären wohl kaum imstande, Deutschland einen tödlichen Schlag zu versetzen, auch nicht im Falle militärischer Erfolge, die sich nie voraussagen lassen. Ein Kampf unter Beteiligung von England dagegen, könnte für Deutschland verhängnisvoll werden, das sich ganz klar über die Gefahr ist, bei einem englischen Eingreifen binnen sechs Wochen einer völligen sozialen inneren Katastrophe entgegengeführt zu werden. England ist für Deutschland gefährlich, und in diesem Bewußtsein ist die Ursache des Hasses zu finden, den die Deutschen gegenüber der wachsenden Macht Großbritanniens empfinden. In Verbindung mit den bezeichneten Umständen müßte die Kaiserliche Regierung, bevor sie entschiedene Schritte unternimmt, sich die Unterstützung des Londoner Kabinetts sichern, dessen aktive Teilnahme nach Ansicht des Ministers nicht gesichert erscheint. Unzweifelhaft erscheint das Eingreifen Großbritanniens im Falle einer für Rußland und Frankreich ungünstigen Wendung der militärischen Operationen. Diese Einmischung könnte entweder auf die Beendigung des vom Standpunkte der englischen Interessen unvorteilhaften europäischen Zusammenstoßes oder auf die Unterstützung derjenigen Staaten gerichtet sein, deren Niederlage den Aufgaben der englischen Politik widerspricht. Die vermerkte Notwendigkeit für die Kaiserliche Regierung, erst nach Sicherung einer aktiven Teilnahme Englands zu handeln, ist nicht anzuzweifeln und bildet die schwache Seite der Lage Rußlands in diesem Falle. Der Minister bringt zur Kenntnis der Konferenz, daß er in den Unterredungen mit dem großbritannischen Gesandten in St. Petersburg die Möglichkeiten einer Einwirkung auf die Pforte entsprechend dem Punkte 4 benannt hätte. In Erwiderung auf die Annahme einer Besetzung Trapezunts durch russische Landungstruppen, während England irgendeinen Küstenpunkt auf dem türkischen Territorium, beispielsweise Beirut oder Smyrna, besetzen könnte, äußerte Sir George Buchanan Zweifel an der Möglichkeit für England, mit der Flotte allein zu operieren in dem Falle, daß es notwendig sein sollte zu kämpfen, um den besetzten Punkt zu halten, zu welchem Zwecke bedeutende Landungstruppen notwendig sein würden.

Der Chef des Generalstabes gibt der Meinung Ausdruck, daß in dieser Frage nur von einer Aktion der Marine die Rede sein könne, da es für England bei den Schwierigkeiten des Transportes unmöglich sein würde, eine militärische Besetzung durchzuführen.

Der Marineminister verweist auf die bequeme Durchführbarkeit einer ausschließlichen Besetzung durch die Flotte unter dem Schutze der Schiffsartillerie.

Der Vorsitzende des Ministerrates ist der Ansicht, daß solche Maßnahmen unvermeidlich den Krieg mit Deutschland zur Folge haben würden und stellt die Frage: Ist der Krieg mit Deutschland erwünscht und kann Rußland ihn führen?

Der Außenminister schließt sich in Erwiderung hierauf der Ansicht des Staatssekretärs Kokowtzow an, daß im Prinzip ein Krieg mit Deutschland unerwünscht wäre. Was dagegen die Frage anbetrifft, ob Rußland gegenwärtig imstande wäre, gegen Deutschland zu kämpfen, so hält sich der Minister nicht für berufen, dies zu entscheiden.

Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes erklären kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zwiekampf mit Deutschland, von einem Zwiekampf mit Österreich schon gar nicht zu reden. Ein solcher Zwiekampf ist aber kaum wahrscheinlich; man würde es vielmehr mit dem Dreiverband zu tun haben.

Der Vorsitzende des Ministerrats kommt auf die Schritte zurück, die man, um das in seinen Augen unzulässige Wagnis zu vermeiden, wählen könnte und gibt der Ansicht Ausdruck, daß der finanzielle Boykott der Türkei als eine Maßnahme, die nicht die Gefahr eines Krieges mit Deutschland zur Folge haben würde, ernste Beachtung verdiene. Man dürfe jedoch keine übertriebenen Hoffnungen auf eine konsequente Durchführung dieser Maßnahme seitens der französischen Inhaber ottomanischer Papiere setzen. Die materiellen Verluste der letzteren bei Einstellung der Einlösung von Kupons durch die Türkei wäre geeignet, auch die feurigsten patriotischen Bestrebungen der Franzosen abzukühlen. Was die unmittelbaren Zwangsmethoden anbelangt, von denen auch die Einnahme von Trapezunt genannt wurde, so hält Staatssekretär Kokowtzow es für erwünscht, sich ihrer zu enthalten, da sie gewagt und schwer zu verwirklichen wären, was sich bei der Beratung ähnlicher Maßnahmen im Sommer 1913 herausgestellt hätte, als die Besetzung Trapezunts angeregt wurde in Verbindung mit der Einwirkung auf die Türkei in der Adrianopelfrage.

Der Außenminister lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die leicht durchzuführende Unterbindung der Zufuhr nach Kleinasien

über den Hafen von Trapezunt, was sich in der Türkei äußerst fühlbar machen könnte.

Generaladjutant Grigorowitsch ergänzt diesen Vorschlag durch den Hinweis auf die durchaus im Bereiche des Möglichen liegende vorherige Einnahme von Sinope, das, als Basis benutzt, es ermöglichen würde, die Zufuhr über die Häfen des Schwarzen Meeres zu verhindern.

Staatssekretär Kokowtzow weist erneut auf die Unvermeidlichkeit einer Einmischung Deutschlands hin bei Verwirklichung derartiger Operationen. Die vorgesehenen Maßnahmen: Unterbrechung der Zufuhr, Manövrieren der Flotte oder die Besetzung von Bajasid, die an sich gefährlich wäre, angesichts der Unmöglichkeit den Ort zu verlassen — stellen im Grunde genommen Methoden eines realen Druckes auf die Türkei dar, um von ihrer Seite einen Verzicht auf die deutsche Mission zu erreichen, wodurch Deutschland leicht aus der neutralen Stellung herausgebracht werden könnte.

Die Ansicht des Staatssekretärs Kokowtzow wird von dem Außenminister nicht völlig geteilt, der seinerseits die Möglichkeit einer Nichteinmischung Deutschlands zuläßt. Dagegen hält er es für notwendig, mit einer etwaigen Teilnahme Englands an unseren Schritten zu rechnen und mit dem Umstande, daß bei einer Besetzung von Trapezunt durch uns, Erzerum, in dem die militärischen Hauptkräfte konzentriert sind, abgeschnitten sein würde und ganz Kleinasien von Rußland bedroht wäre. Die erörterte Besetzung von Bajasid wäre nach Ansicht des Ministers eine sehr wirksame Maßnahme, die imstande wäre, Deutschland von einem Eingriff zurückzuhalten. Diese, vom Kriegs- und Marineminister sowie dem Chef des Generalstabes geteilten Ansichten rufen von seiten des letzteren die Erklärung hervor, daß die Besetzung von Bajasid nicht als einzelne Maßnahme angeregt werden könne, da sie jedenfalls die Mobilisierung des kaukasischen Militärbezirks erfordern würde. Die militärischen Kräfte der Türkei in dem an den Kaukasus grenzenden Gebiet betragen ein auf 23 Bataillone beschränktes Armeekorps. In Bajasid liegen gegenwärtig anderthalb Bataillone. Angesichts der wichtigen Bedeutung dieses Flankenpunktes durch einen Angriff, auf welchen alle unsere letzten Kriege gegen die Türkei eingeleitet wurden, würde es nicht möglich sein, ihn ohne Kampf zu nehmen, und eine Bewegung nach dieser Richtung wäre gleichbedeutend mit einer Eröffnung der kriegerischen Operationen gegen die Türkei. Auch eine Beschränkung auf die Besetzung dieses einen Punktes könnte nach Ansicht des Generals der Kavallerie Shilinski nicht zweckmäßig erscheinen. Gleichzeitig müßten Ardos, Deribaba und Karaderbent besetzt werden. Hierbei betont der Chef des Generalstabs,

daß eine derartige Besetzung demonstrativer Art ohne allgemeinen Vormarsch nicht die Notwendigkeit nach sich ziehen müßte, den kaukasischen Kriegsschauplatz durch den Zufluß von Truppen aus den anderen Gebieten Rußlands zu verstärken, welche Verstärkung zum allgemeinen Mobilisationsplan für den Fall eines Krieges gegen die Türkei gehört. Für die beabsichtigte Operation einer Besetzung von Bajasid würde diese Maßnahme nicht erforderlich sein, in Erwägung, daß Rußland, indem es sich darauf beschränken würde, die Zahl der Truppen des kaukasischen Militärbezirks auf die Höhe der Kriegsbereitschaft zu ergänzen, über Truppen verfügen würde, die den Truppen des türkischen Armeekorps numerisch überlegen wären. Der Chef des Generalstabs fügt hinzu, daß die von ihm dargelegten Erwägungen sich auf die Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage der Türkei stützen, die eifrig zum Kampfe gegen Griechenland an der anderen Front rüste. Um zu verhindern, daß die Türkei Truppen nach Kleinasien über das Schwarze Meer schafft, müßte man Konstantinopel bedrohen durch Heranführung unserer Schwarzen-Meer-Flotte an den Bosporus.

Nach Ansicht des Außenministers könnte die Demonstration beim Bosporus auch in anderer Beziehung eine Rolle spielen: es könnte Panik in der Residenz und eine Revolution hervorrufen, die die Frage der deutschen Militärmission mit lösen könnte.

Der Außenminister wiederholt, daß die Nötigungsmaßnahmen gegen die Türkei nur im engsten Zusammengehen mit Frankreich und England beabsichtigt wären, und möchte wissen, welche Stellung die Regierung einnehmen sollte, in dem Falle, daß sie sich der aktiven Unterstützung Englands und Frankreichs vergewissert hätte.

Staatssekretär Kokowtzow, der gegenwärtig einen Krieg für das größte Unglück für Rußland hält, spricht sich dahin aus, daß es äußerst unerwünscht wäre, Rußland in einen europäischen Konflikt zu verwickeln, welcher Ansicht sich die übrigen Mitglieder der Konferenz anschließen.

Der Außenminister sieht die Möglichkeit eines Mißlingens der Unterhandlungen voraus und fragt, welche Entscheidung in einem solchen Falle getroffen werden solle.

Der Vorsitzende des Ministerrats erklärt, daß er bereit sei, im Bestreben, Schritte zu vermeiden, die mit dem Risiko militärischer Komplikationen verbunden wären, sich für den finanziellen Boykott zu entscheiden, obgleich er keine genügende Gewähr für eine erfolgreiche Erreichung des Zieles biete. Er wiederholt, daß von wesentlicher Bedeutung in dieser Hinsicht die Interessiertheit französischer Inhaber von türkischen Staatspapieren sein werde. Staatssekretär Ko-

kowtzow weist zum Zwecke einer Erleichterung des konsequenten finanziellen Boykotts der Türkei für die französische Regierung auf die Möglichkeit hin, daß Rußland sich verpflichten würde, auf dieser oder jener Grundlage mit Frankreich die Verantwortung für die rechtzeitige Einlösung der Kupons für die Inhaber türkischer Papiere zu teilen, die bisher auf dem französischen Markt zur Ausgabe gelangt seien.

Indem der Vorsitzende des Ministerrates das Fazit der zum Ausdruck gekommenen Erwägungen zieht in Übereinstimmung mit dem klargestellten Verhalten der Konferenz gegenüber den zur Beratung stehenden Fragen, faßt er das Gutachten der Konferenz in folgenden Thesen zusammen:

1. Es ist notwendig, die Vorstellungen in Berlin wegen der Unzulässigkeit vom Standpunkt der Interessen Rußlands, daß ein deutscher General einen Truppenteil in Konstantinopel kommandiert oder gar, daß ihm die Inspektion im Sinne der Kommandogewalt über diesen oder jenen Bezirk übertragen wird, fortzusetzen, wobei jedoch als zulässig anerkannt wird, daß dem Chef der deutschen Militärmission die Vollmachten für die allgemeine Inspektion des türkischen Heeres übertragen werden.
2. Die Unterhandlungen mit Berlin sind fortzusetzen, bis deren Erfolglosigkeit vollkommen klar zutage liegt.
3. Hierauf muß zu den geplanten Einwirkungsmaßnahmen außerhalb Berlins im Einvernehmen mit Frankreich und England übergegangen werden.
4. Sollte die aktive Beteiligung sowohl Frankreichs und Englands an gemeinsamen Schritten mit Rußland nicht gesichert sein, so erscheint es nicht möglich, zu Druckmitteln zu greifen, die einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben könnten.

gez. Kokowtzow W. Suchomlinow W. Grigorowitsch
Sasonow J. Shilinski

M. Pokrowski, Drei Konferenzen. S. 32 ff.

Journal der Sonderkonferenz vom 8. Februar 1914

Auf das Original haben S. M. der Kaiser geruht, eigenhändig die Worte zu setzen: Ich billige durchaus die Beschlüsse der Konferenz.

Zarskoje Selo, den 23. März 1914

Vorsitzender: Außenminister Hofmeister Sasonow

Teilnehmer: Der Marineminister Generaladjutant Grigorowitsch, der Chef des Generalstabs General der Kavallerie Shilinski, der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel Hofmeister Giers, der Stellvertreter des Außenministers Hofmeister Neratow, der Generalquartiermeister des Generalstabs Generalleutnant Danilow, der zweite Oberquartiermeister des Generalstabs Generalmajor Averjanow, in Vertretung des Chefs des Generalstabs der Marine Kapitän I. Ranges Nenkujow, der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten Kammerherr Fürst Trubetzkoi, der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabs der Marine Kapitän II. Ranges Nemitz.

Anwesend waren und verfertigten das Journal der Sonderkonferenz:

Der stellvertretende Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten Kammerherr Bützow und der Vizedirektor der Kanzlei des Außenministeriums Kammerherr Basili.

Bei Eröffnung der Sitzung erinnert der Außenminister die Konferenzteilnehmer daran, daß in seiner ihnen bekannten, alleruntertänigsten Denkschrift, die er im vergangenen November überreicht hatte, er es für seine Pflicht erachtet hätte, der allerhöchsten wohlwollendsten Beurteilung die Erwägungen darüber zu unterbreiten, daß man in Verbindung mit der Änderung der politischen Lage mit dem möglichen Eintritt, vielleicht sogar in der allernächsten Zeit, von Ereignissen rechnen müßte, die die internationale Lage der Konstantinopeler Meerenge radikal ändern könnten und daß es daher notwendig wäre, un-

verzüglich im Verein mit den entsprechenden Ressorts an die Ausarbeitung eines nach allen Richtungen durchgearbeiteten Programms heranzutreten, das auf die Sicherung einer für uns günstigen Lösung der historischen Meerengenfrage gerichtet wäre. S. D. Sasonow teilt hierauf mit, daß S. M. der Kaiser geruht hätte, die in der vorbezeichneten Denkschrift niedergelegten Ansichten allergnädigst zu billigen und zu gestatten, sie zur Beratung der Sonderkonferenz vorzulegen. Aus diesem Grunde hätte der Minister an das Kriegs- und Marineministerium, als die Instanzen, die durch die in dieser Denkschrift behandelten Fragen am meisten berührt werden, die Bitte gerichtet, an der Beratung teilzunehmen, um einen neuen Bericht Seiner Kaiserlichen Majestät vorlegen zu können. Der Außenminister benutzte die Anwesenheit des Kaiserlichen Gesandten in Konstantinopel in St. Petersburg und forderte ihn auf, an dem Meinungsaustausch teilzunehmen. Der Außenminister erklärt, daß gegenwärtig der Eintritt bedeutender politischer Komplikationen wenig wahrscheinlich erscheine und bemerkt, daß man jedoch für die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Nahen Osten nicht einmal für die allernächste Zeit garantieren könne. S. D. Sasonow spricht diesbezüglich die feste Überzeugung aus, daß, sollten infolge der Ereignisse die Meerengen der Macht der Türkei entgleiten, Rußland es nicht zulassen könnte, daß sich an deren Ufern irgendeine andere Macht festsetzt. Rußland könnte daher gezwungen sein, von ihnen Besitz zu ergreifen, um dann in dieser oder jener Form eine seinen Interessen entsprechende Ordnung der Dinge am Bosporus und an den Dardanellen zu schaffen. Der Minister bemerkt, daß der Erfolg dieser Operation in hohem Maße von der Schnelligkeit ihrer Ausführung abhängt und verweist auf die Notwendigkeit, für die Lösung dieser Aufgabe neben der Tätigkeit der Seestreitkräfte auch noch eine Operation von Landungstruppen vorzusehen. S. D. Sasonow wendet sich an die Teilnehmer der Konferenz mit der Bitte, klarzustellen, was bereits geschehen ist und was noch geschehen kann und muß, um unser etwaiges Auftreten an den Meerengen vorzubereiten. Der Minister empfiehlt hierbei, sich nacheinander mit folgenden Fragen zu befassen, entsprechend der in seiner alleruntertänigsten Denkschrift vermerkten fünf Punkte:

1. Maßnahmen zur Beschleunigung der Mobilisation einer genügend starken Landungstruppe.

2. Maßnahmen zur Ausrüstung der hierfür erforderlichen Verkehrswege.

3. Maßnahmen zur Vergrößerung unserer Transportmittel bis zu einem Maße, das den Bedürfnissen einer Landungsoperation entspricht.

4. Maßnahmen, um die Schwarze-Meer-Flotte in eine Lage zu bringen, bei der sie den Kräften der ottomanischen Flotte überlegen wäre, um gemeinsam mit der Armee die Aufgabe eines Durchbruchs durch die Meerengen bewerkstelligen zu können, um sie provisorisch oder, falls nötig, dauernd zu besetzen.

5. Die Frage der Verwirklichung der sogenannten Bergrückenbahn im Kaukasus, die von den übrigen Maßnahmen zur Verstärkung der Verteidigungsmittel im Gewässer des Schwarzen Meeres und an den Grenzen der Türkei nicht getrennt werden kann.

Die Landungsarmee, ihre Zusammensetzung und ihre Mobilisation

1. Auf Vorschlag des Außenministers wendet sich die Konferenz der Beratung der Frage bezüglich der Landungsarmee, ihrer Zusammensetzung und ihrer Mobilisation zu.

Der Chef des Generalstabs weist zunächst darauf hin, daß für die Besitzergreifung der Meerengen eine ziemlich bedeutende Truppenzahl und eine strategische Ausgestaltung der Operation notwendig wäre. Dazu übergehend, welche Truppenteile für die Landungsoperationen verwendet werden könnten, erklärt General der Kavallerie Shilinski, daß hierfür die dem Objekt nächstgelegenen, nämlich die im Gebiete von Sewastopol und Odessa liegenden VII. und VIII. Armeekorps in Aussicht genommen wären. Zur Festigung der Operationen würde es wahrscheinlich notwendig werden, noch zwei Armeekorps aus den Innenbezirken herbeizuführen. Der Chef des Generalstabs weist hierauf darauf hin, daß die erste Staffel der Landungsarmee, die gleichzeitig an Land gehen müßte, mindestens ein Armeekorps, d. h. 30000 bis 50000 Mann, stark sein müßte, da eine geringere Truppenzahl leicht überwältigt werden könnte. J. G. Shilinski macht hierbei jedoch den Vorbehalt, daß man angesichts der großen Schwierigkeiten einer Landungsoperation die erste Truppenstaffel nur unter besonders günstigen Verhältnissen, wenn ein großer Widerstand nicht zu erwarten sein sollte, auf ein Armeekorps beschränken könnte. Es sei geplant, die erste Staffel als kombiniertes Armeekorps aus den Kopfteilen des VII. und VIII. Armeekorps, und zwar aus der in Sewastopol und Simferopol liegenden 13. und der in Odessa liegenden 15. Division und der 4. Schützenbrigade zu bilden. Unter Hinweis auf den von ihm erwähnten Zusammenhang zwischen der für die Besitzergreifung der Meerengen notwendigen Truppenzahl und der politischen und strategischen Gestaltung dieser Operation verweilt der Chef des Generalstabs bei

der Frage unserer etwaigen Gegner in dieser Angelegenheit. Als solche seien zunächst die Türken zu nennen. Sie verfügen gegenwärtig bei Konstantinopel über sieben Armeekorps. Nach dem neuen Plan Enver-Paschas, dessen Verwirklichung übrigens noch sehr fraglich sei, beabsichtigen sie, an der europäischen Küste der Meerengen drei Armeekorps zu belassen.

Der Außenminister bemerkt hierzu, daß der Besitzergreifung der Meerengen durch uns auch noch Griechenland und Bulgarien entgegentreten könnten. Aber angesichts ihrer historischen Feindschaft und den gegenseitig widerstreitenden Interessen spricht vieles dafür, daß, sollte einer dieser Staaten sich als unser Feind entpuppen, der andere sich auf unsere Seite stellen würde und daß sie somit einander lähmen würden.

Auf die Frage, ob wir in einem solchen Falle auf eine Unterstützung Serbiens rechnen könnten, antwortet S. D. Sasonow, daß man nicht annehmen könnte, daß unsere Operationen gegen die Meerengen ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden, und daß anzunehmen wäre, daß unter solchen Umständen Serbien alle seine Kräfte gegen Österreich-Ungarn richten würde.

Der Chef des Generalstabs hebt die ganze Bedeutung eines serbischen Vorgehens gegen Österreich-Ungarn für uns hervor im Falle unseres bewaffneten Zusammenstoßes mit diesem. Nach den ihm gewordenen Mitteilungen würde Österreich-Ungarn 4—5 Armeekorps zum Kampfe gegen Serbien einsetzen müssen. General Shilinski lenkt hierauf die Aufmerksamkeit darauf, daß für uns in militärischer Hinsicht die Stellung wichtig wäre, die Rumänien im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges einnehmen würde.

S. D. Sasonow erwidert hierauf, daß Rumänien, obgleich es sich formell dem Dreibunde auch nicht angeschlossen habe, dennoch zweifellos ein gegen uns gerichtetes militärisches Abkommen mit Österreich abgeschlossen hätte. Dies bestätigt seinerseits der aus seiner früheren Tätigkeit mit Rumänien vertraute Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel. Die jetzt zu beobachtende günstige Wendung in der rumänischen Politik und öffentlichen Meinung gestattet jedoch, nach Ansicht des Außenministers, bis zu einem gewissen Grade daran zu zweifeln, daß Rumänien wirklich im Falle unseres Krieges mit Österreich gegen uns auftreten würde; positive Gründe, hierauf zu rechnen, hätten wir jedoch nicht. Auf die Frage unserer etwaigen Gegner an den Meerengen zurückkommend, weist S. D. Sasonow darauf hin, daß Deutschland und Österreich im Falle unseres Zusammenstoßes mit dem Dreiverbande keinerlei Truppen in der Richtung nach den Meerengen ent-

senden würden und daß schlimmstenfalls Italien dorthin eine Landungstruppe schicken könnte, obgleich es für Italien gefährlich sein würde, seine Grenze gegen Frankreich zu entblößen.

Unter Berufung auf die Äußerungen des Außenministers über die allgemeine Situation, in der eine Entscheidung der Meerengenfrage erwartet werden könnte, gibt der Chef des Generalstabs seinerseits der Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf um Konstantinopel kaum ohne einen allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre. General der Kavallerie Shilinski hält es daher für seine Pflicht, zu betonen, daß die Entsendung von Truppen für eine Expedition gegen die Meerengen und selbst die Möglichkeit einer solchen Operation von der allgemeinen Konjunktur zu Anfang des Krieges abhängen würde. Die für diese Expedition in Aussicht genommenen Armeekorps können nach J. G. Shilinski nur dann gegen Konstantinopel entsandt werden, wenn an der Westfront kein Kampf stattfinden sollte oder dort die Dinge günstig stehen sollten. Widrigenfalls würden diese Truppen an die Westgrenze entsandt werden müssen, denn ein erfolgreicher Kampf an der Westgrenze würde auch die Meerengenfrage in günstigem Sinne entscheiden. Da nach dem für den Fall eines Kampfes an der Westfront aufgestellten Kriegsplan sämtliche Truppen aus den Innenbezirken den an der Westfront operierenden Truppen eingereiht werden müßten, so würde es leider nicht möglich sein, an dieser Front die für die Landungsoperation in Aussicht genommenen südlichen Armeekorps durch andere Truppenteile aus dem Inneren des Reiches zu ersetzen, um eine Entsendung dieser Armeekorps nach Konstantinopel unter allen Umständen zu ermöglichen. Auf die Frage des Außenministers, ob die Lage in dieser Beziehung sich durch die jetzt in Ausführung befindliche Verstärkung unseres Heeres ändern würde, erwiderte der Chef des Generalstabs, daß diese Verstärkung nur in zwei in den Jahren 1915 und 1916 zu bildenden Armeekorps zum Ausdruck kommen würde. Diese Armeekorps werden an unserer Westgrenze liegen und dienen nur dem Ausgleich der kürzlich erfolgten Verstärkung der deutschen und österreichischen Heere. Abgesehen davon kann die Formierung von zwei neuen Armeekorps augenscheinlich nicht einen Ausgleich bilden für die Entsendung von vier Armeekorps nach Konstantinopel, wie sie für eine solche Expedition benötigt würden.

Aus den Worten des Chefs des Generalstabs folgert der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel, daß falls bei Kriegsausbruch Operationen an unserer Westfront stattfinden würden, man nicht sicher sein könnte, ob die für die Besitzergreifung der Meerengen erforderliche

Landungstruppe vorhanden sein würde und ob diese Expedition überhaupt würde verwirklicht werden können, wenn die Stunde für sie gekommen sein wird. M. N. Giers betont, daß es erwünscht wäre, speziell für die Landungsoperation die erforderlichen Truppen zu bestimmen, mit der Maßgabe, daß sie von dieser Aufgabe abgelenkt und für einen anderen Zweck verwendet werden könnten, und regt die Frage an, ob es vielleicht möglich wäre, für die Operation gegen Konstantinopel die im Kaukasus liegenden Armeekorps zu bestimmen. Zugunsten einer solchen Gestaltung führt der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel die Erwägung an, daß im Falle einer Anarchie in Konstantinopel es keinen Kampf an unserer türkischen Grenze geben würde und unsere kaukasischen Armeekorps frei sein würden.

General der Kavallerie Shilinski hält den von M. N. Giers ausgesprochenen Gedanken nicht für annehmbar, da eine Expedition nach Konstantinopel nach Ansicht der militärischen Stellen uns nicht vor einem Kriege an der kaukasischen Grenze bewahren würde. Ein großer Teil der türkischen Kräfte befinde sich in Kleinasien. Nach dem Plane Enver-Paschas bestehe die Absicht, im europäischen Teile der Türkei nur drei Armeekorps zu belassen. Im Falle einer Landungsoperation an den Meerengen, müßte unsere Aufgabe darin bestehen, eine Zusammenziehung der übrigen Armeekorps bei Konstantinopel zu verhindern und sie an die kaukasische Grenze abzulenken. Unsere drei kaukasischen Armeekorps müssen daher mobilisiert werden, sowie mit der Ausführung der Landungsexpedition begonnen wird.

Der Generalquartiermeister des Generalstabs, Generalleutnant Danilow, ergänzt das Dargelegte dahin, daß es unmöglich wäre, die im Kaukasus liegenden Truppen für die Landungsoperation vorzusehen, seiner Ansicht nach schon deshalb, weil die Mobilisierung im Kaukasus infolge der örtlichen Verhältnisse sehr langsam vor sich gehe. Die Verkehrsdichtigkeit der kaukasischen Eisenbahnen sei ungenügend, die russische Ortsbevölkerung ist an Zahl gering, und man muß die Truppenteile vielfach durch Reservisten aus den inneren Gouvernements ergänzen. Die Mobilisierung im Kaukasus dehne sich aus diesen Gründen mindestens über 3 Wochen aus. Der Generalquartiermeister spricht sich hierauf entschieden gegen die Möglichkeit aus, einige Truppenteile ausschließlich für eine Expedition nach Konstantinopel zu bestimmen. Er ist der Überzeugung, daß, unabhängig von der Schwierigkeit der Aufgabe, die Besitzergreifung Konstantinopels durchzuführen, das tief im Bosporus liegt, wir immer mit der Notwendigkeit rechnen müßten, unsere gesamten Kräfte nach dem Westen gegen Deutschland und Österreich zu richten, wieviel Truppen immer wir auch haben mögen, auch wenn

es viel mehr wären als es jetzt sind. Nur die Strategie ist gut, die eine starke Strategie ist. Der Krieg an unserer Westfront würde die äußerste Anspannung aller Kräfte des Staates erfordern, bei der wir auf kein Armeekorps verzichten könnten, um es für spezielle Aufgaben zurückzulassen. Wir müssen bestrebt sein, den Erfolg auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz sicherzustellen. Mit dem Siege auf diesem Kriegsschauplatz würden uns günstige Entscheidungen auch in allen Teilfragen zufallen. Bei einem Kampfe an der Westfront, oder in Vorsehung eines solchen Kampfes, muß nach Ansicht des Generals Danilow eine Abtrennung von vier Armeekorps für die Landungsoperationen an den Meerengen als unzulässig und unmöglich erachtet werden. Die Sicherung Konstantinopels gegen eine Besitzergreifung durch dritte Mächte müsse eine besondere Aufgabe unserer Politik bilden.

Mit einer solchen Beleuchtung der Frage ist der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabs der Marine, Kapitän zweiten Ranges, Nemitz nicht einverstanden. Indem er die Richtigkeit der These vollauf anerkennt, daß man auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz gegen den Hauptgegner stark sein und deshalb Aufgaben von geringerer Bedeutung opfern müßte, würde er sich den Schlußfolgerungen des Generaladjutanten Danilow anschließen, wenn wir auf dem Wege nach den Meerengen und Konstantinopel den gleichen Hauptgegner gegen uns hätten wie an der Westfront, das heißt die deutsch-österreichischen Kräfte. Dann wäre offensichtlich unsere einzige Aufgabe, die deutschen und österreichischen Heere zu schlagen, worauf wir in Berlin und Wien unseren Willen diktieren und die Meerengen erhalten würden. In Wirklichkeit erscheint jedoch nach Ansicht des Generalstabs der Marine die Situation im anderen Licht. Auf dem Wege zu den Meerengen besitzen wir ernste Gegner nicht nur in Deutschland oder Österreich. Wie erfolgreich unsere Operationen an der Westfront auch sein würden, die Meerengen und Konstantinopel würden sie uns nicht geben. Die fremden Flotten und Armeen könnten sie besetzen, während der Kampf an unserer Westgrenze vor sich ginge. Kapitän Nemitz ist daher der Ansicht, daß wir gleichzeitig mit den Operationen an der Westfront mit militärischer Gewalt Konstantinopel und die Meerengen besetzen müßten, um zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen die vollendete Tatsache einer Besitzergreifung derselben durch uns zu schaffen. Nur in einem solchen Falle würde Europa der Lösung der Meerengenfrage unter den Bedingungen, wie wir sie brauchen, zustimmen. Wenn man aus dem Bestande unserer jetzigen Armee für diese Aufgabe nicht die nötige Truppenzahl absondern könnte, so müßten nach Ansicht des Kapitäns Nemitz speziell für diesen

Zweck drei neue Armeekorps gebildet werden. Ein solches neues Opfer für die Rüstungen kann nicht als die Kräfte Rußlands übersteigend anerkannt werden, falls damit die Erreichung unserer historischen Aufgaben gesichert werden sollte.

In Erwiderung auf die Ausführungen des Kapitäns Nemitz weist der Chef des Generalstabes darauf hin, daß sein Gedanke, noch neue Armeekorps für die Konstantinopeler Expedition zu schaffen, gegenwärtig nicht zu verwirklichen wäre. In dem Wunsche, nach dem erfolgten Meinungsaustausch die Stellung des Kriegsministeriums zur Frage einer Bestimmung von Truppen für die Landungsoperationen an den Meerengen genauer zu präzisieren, ergänzt J. G. Shilinski das diesbezüglich von ihm vorher Gesagte. Die Meerengen haben nach seiner Überzeugung in den Augen eines jeden Russen eine so ungeheure Bedeutung, daß man bestimmt sagen kann, daß, sollte die Gefahr ihres Überganges von der Türkei in fremde Hände eintreten, wir es nicht werden ablehnen können, von ihnen Besitz zu ergreifen, und würden daher sofort eine Landungsarmee nach Konstantinopel senden. Es ist anzunehmen, daß dies nur während einer Krise wird geschehen können, die zu einem allgemeinen europäischen Kriege führen würde. Der Krieg an den Meerengen um Konstantinopel kann jedoch dem Zusammenstoß an unserer Westfront vorangehen. Nach Ansicht des Chefs des Generalstabs ist es sehr wahrscheinlich, daß es so auch kommen würde. In einem solchen Falle kann natürlich auch keine Rede davon sein, die für diesen Zweck in Aussicht genommene Landungsarmee abzulenken. Hiervon könnte nur bei einer anderen strategischen Konjunktur die Rede sein, wenn der Krieg mit Operationen an der deutsch-österreichischen Grenze beginnen und eine Konzentration aller Kräfte an der Westfront erfordern sollte. Nach dem für den Fall von Operationen zur Besitzergreifung der Meerengen ausgearbeiteten Kriegsplan sind, wie bereits erwähnt, für diesen Zweck das 7. und 8. Armeekorps in Aussicht genommen. Diese Armeekorps sind jedoch auch in dem Kriegsplan für die Westfront eingesetzt. Das erste dieser Armeekorps müßte in diesem Falle in die gegen Österreich operierende Armee eingereiht werden, während das zweite für die Operationen gegen Rumänien in Aussicht genommen ist. Nur im Falle der Neutralität Rumäniens könnte das 8. Armeekorps frei bleiben.

Auf Wunsch des Außenministers beleuchtet hierauf der Chef des Generalstabs die Frage der Dauer einer Mobilisation der für die Landungsoperationen in Aussicht genommenen Truppen. Die 13. und 15. Division und die 4. Schützenbrigade, das heißt die zur Formierung der ersten Staffel der Landungsarmee bestimmten Teile, haben einen

Kompagniebestand von 60 Reihen Stärke, deren Mobilisierung ohne die Artillerieparks fünf Tage dauern würde. Die übrigen zum Bestand der 7. und 8. Armeekorps gehörigen Teile bestehen vorläufig aus Kompagnien von 48 Reihen Stärke und werden daher in acht bis neun Tagen mobil gemacht. Die gleiche Zeit ist auch zur Mobilisation der beiden anderen Armeekorps erforderlich, durch die im Bedarfsfalle das Landungsheer verstärkt werden könnte. Nach dem neuen Verstärkungsplan für unsere Armee können alle Infanterieteile in kürzester Zeit auf einen Kompagniebestand von 60 Reihen gebracht werden. Die Dauer ihrer Mobilmachung würde sich somit auf fünf bis sechs Tage reduzieren, da mit einer Vergrößerung der Reihenzahl der Kompagnie das Mobilisationsgebiet eingeengt wird. Sollte es für notwendig erkannt werden, so könnte man bei den für die Konstantinopeler Expedition vorgesehenen Truppen die Kriegsbereitschaft noch erhöhen, indem man den Kompagniebestand auf 84 oder gar 100 Reihen verstärkt. Der neue Plan für die Verstärkung der Armee zieht die Einführung dieser Höchstnorm einer Ergänzung für gewisse Truppenteile vor, wobei die Militärbehörde durch innere Verfügungen diese oder jene Truppenteile in diese Zahl aufnehmen kann. Eine so intensive Ergänzung ist jedoch in erster Linie bei den an unserer Westgrenze stehenden Heeren erforderlich. Da es sich jedoch als notwendig herausstellen könnte, die erste Staffel der für die Konstantinopeler Expedition vorgesehenen Landungsheere, das heißt die 13. und 14. Division und die 4. Schützenbrigade in möglichst kurzer Zeit abzutransportieren (z. B. im Falle eines Ausbruchs der Anarchie in Konstantinopel), so könnte man, falls hierfür besondere Allerhöchste Direktiven erteilt werden sollten, diese Teile den Truppen einfügen, deren Bestand bis auf 84 Reihen vergrößert werden sollen, wodurch die Mobilisationsdauer noch weiter verringert werden würde. J. G. Shilinski würde jedoch, um diese Maßnahme auf die zwei vorderen Divisionen oder auf das gesamte 7. und 8. Armeekorps auszudehnen, es für möglich erachten, die Maßnahme nur im äußersten Falle zu ergreifen, da eine solche Verstärkung dieser Armeekorps nur auf Kosten der an der Westfront liegenden Truppen erfolgen könnte, deren Stärke eine besondere Sorge der Militärbehörde bildet. Der Chef des Generalstabs hebt hervor, daß das Gesagte sich nur auf die Infanterie beziehe und geht hierauf zu der Mobilisierung der Artillerie über. Bisher gab es in unserer Artillerie in Friedenszeiten nur Züge mit vier Geschützen und zwei Munitionswagen in der Batterie. Infolgedessen dauerte die Mobilisation 18 Tage. Nach dem jetzt zur Durchführung gelangenden Heeresverstärkungsplane wird in der Artillerie die Zahl der Züge wesentlich erhöht. In allen Grenzbezirken werden in Friedens-

zeiten pro Batterie Züge mit sechs Geschützen und zwölf Munitionswagen vorgesehen. Bei einem solchen Bestand kann die Artillerie bereits am zweiten oder dritten Mobilisationstage ausrücken. In den Innenbezirken wird die Batterie Züge mit vier Geschützen und vier Munitionswagen besitzen und in 12—14 Tagen mobilisiert sein. Da der Odessaer Bezirk zu den Innenbezirken zählt, so wird die Artillerie der ihn bildenden 7. und 8. Armeekorps mit Durchführung der Reform nicht wesentlich günstiger dastehen als jetzt in bezug auf Schnelligkeit der Mobilisierung. Sollte es daher für notwendig erachtet werden, für sie die Kriegsbereitschaft zu erhöhen, so könnte man, unter Voraussetzung Allerhöchster Direktiven, auch bei der Artillerie des Odessaer Kreises die Zahl der Züge verstärken, wie sie in den Grenzbezirken vorgesehen ist, was natürlich nur auf Kosten einiger Artillerietruppenteile in diesen Bezirken erfolgen könnte oder dadurch, daß für die Truppen des Landungskorps der verstärkte Bestand der Friedenszeit durchgeführt würde.

Was die Kavallerie anbelangt, so befindet sie sich stets im Zustande der Mobilisation. Es besteht übrigens die Absicht, in jedem Armeekorps des Landungsheeres ein Regiment Kavallerie zu führen.

Seine Ausführungen zusammenfassend, weist General der Kavallerie Shilinski darauf hin, daß mit Verwirklichung der bereits beschlossenen und in nächster Zeit durchzuführenden Maßnahmen, die für die Landungsarmee vorgesehenen Fußtruppen in fünf bis sechs Tagen, die Artillerie in zwölf bis vierzehn Tagen mobil sein werden und daß man vermutlich im Falle der Allerhöchsten Einwilligung die Dauer der Mobilisation für die Fußtruppen der ersten Staffel der Landungsarmee, das heißt der 13. und 15. Division und der 4. Schützenbrigade auf drei bis vier Tage wird herabsetzen und die Mobilisierung der Artillerie des 7. und 8. Armeekorps gleichfalls beschleunigen könnte.

Was die für den Transport dieser Truppen nach den Häfen zur Verschiffung erforderliche Zeit anbetrifft, so könnte die Verschiffung der 13. und 15. Division und der 4. Schützenbrigade, die in Odessa und Sewastopol (und zum Teil in Simferopol) liegen, sofort erfolgen. Der Abtransport der übrigen Truppenteile des 7. und 8. Armeekorps würde nicht mehr als zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Die Zuführung nach den Häfen der beiden anderen Armeekorps aus den Innenbezirken würde zirka sechs Tage dauern.

Nach den in Händen des Chef des Generalstabs befindlichen Unterlagen würden die Vorbereitungen der für die Landungsoperationen notwendigen Transportmittel bei der schwachen Entwicklung dieser Mittel im Schwarzen Meer etwas mehr Zeit erfordern als die Mobilisierung der Landungsarmee nach der dargelegten Berechnung. General

Shilinski glaubt daher, daß, solange nicht die Möglichkeit einer rascheren Mobilisation der Transporte gegeben sein wird, kein Grund vorhanden sei, weitere Maßnahmen zu treffen, um die für die Konstantinopeler Expedition bestimmten Armeekorps in einen noch mehr erhöhten Zustand der Kriegsbereitschaft zu versetzen, um so mehr, als dies nur auf Kosten der Kriegsbereitschaft an der Westfront erfolgen könnte. Sollte es mit der Verbesserung des Transportwesens notwendig erscheinen, die Mobilisationsdauer des Landungsheeres noch weiter zu verkürzen, so würde das, wie bereits gesagt, durch innere Maßnahmen der Militärbehörden zu ermöglichen sein.

Der Marineminister bestätigt die Richtigkeit dessen, was der Chef des Generalstabs über die Dauer der Vorbereitungen für die Transportoperationen gesagt hat, über die er bei Beratung dieses Gegenstandes ausführliche Angaben machen würde. Jetzt könnte allerdings die Verschiffung der ersten Staffel des Landungsheeres nicht früher als am zehnten Tage erfolgen. Sollte es gelingen, diesen Termin abzukürzen, so würde das Marineministerium es nicht unterlassen, den Generalstab hiervon in Kenntnis zu setzen.

Die für den Abtransport des Landungsheeres nach den Häfen zur Verschiffung erforderlichen Verkehrswege

2. Die Konferenz geht hierauf zu der Frage der Verkehrswege über, die für den Abtransport des Landungsheeres nach den Häfen zwecks Verschiffung erforderlich sind.

Der Chef des Generalstabs teilt diesbezüglich mit, daß die vorhandenen Eisenbahnen im allgemeinen dem bezeichneten Bedürfnis genügen und daß die nach Odessa führenden Linien gegenwärtig noch verstärkt würden. Von diesen neuen Linien erscheinen vom Standpunkte des Kriegsministeriums in diesem Gebiet als die wichtigsten die Bahnen Bachmatsch-Odessa und Jekaterinoslaw-Cherson. Die erste Bahn ist schon bereits nahezu fertig, die zweite ist zum Bau geplant. In bezug auf die Eisenbahnen kann daher vom Standpunkte der Landungsoperationen gegen Konstantinopel die Lage als befriedigend bezeichnet werden.

Die für die Landungsoperation notwendigen Transportmittel

3. Die Konferenz wendet sich hierauf der Prüfung der Frage bezüglich der für den Abtransport des Landungsheeres nach den Meerengen erforderlichen Transportmittel zu.

Der Marineminister betont zunächst, daß unter den bestehenden Verhältnissen für die Ausführung dieser Operation die Vorbedingungen wenig günstig seien. Die Hauptschwierigkeit liege in dem völligen Mangel an Transportmitteln im Schwarzen Meer. Hinzu kommt, daß diese Transportmittel den Zwecken des Truppentransportes nicht angepaßt sind und daß noch keine richtige Organisation für die Erfassung und Mobilisierung der im Schwarzen Meere liegenden Schiffe vorhanden ist. Die Überführung einer genügend starken Landungstruppe in kurzer Zeit könnte, wie der Marineminister ausführt, nur gesichert werden nach Verwirklichung einer Reihe von Maßnahmen mit vereinten Kräften mehrerer Ressorts. Generaladjutant Grigorowitsch ersucht hierauf den Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabes der Marine, Kapitän Nemitz, der Konferenz genauere Erläuterungen zu dieser Frage zu geben.

Unter Hinweis darauf, daß die Angelegenheiten der Transportoperation im Schwarzen Meere bisher dem Stabe des Odessaer Bezirks oblag und daß erst in Kürze die Übertragung dieser Obliegenheit an das Marineressort erfolgen wird, weist Kapitän Nemitz darauf hin, daß die Vorbereitungen zur Verschiffung der ersten Staffel des Landungsheeres unter den heutigen Verhältnissen mindestens zehn bis zwölf Tage erfordern würden, so daß man damit rechnen müsse, daß vom Tage der Mobilmachungserklärung bis zur Landung mindestens zwei Wochen vergehen würden. Wenn die Transportschiffe rechtzeitig nach den Verschiffungsplätzen zurückkehren sollten, so könnten sie frühestens eine Woche nach Abtransport der ersten Truppen die zweite Fahrt antreten. Die Zahl der Truppen, die bei einer Fahrt transportiert werden könnten, ist unter den heutigen Verhältnissen nur mit einer Division des Kriegsbestandes, das heißt insgesamt etwa 20 000 Mann, zu veranschlagen. Diese Zahl könnte gegenwärtig auf ein Armeekorps in Kriegsstärke erhöht werden, wenn eine Organisation geschaffen würde, die es gestattete, für Transportzwecke den ganzen Bestand der Handelsflotte im Schwarzen Meer zu mobilisieren[1]).

Im Verlauf von zwei oder drei Jahren könnte man bei planmäßiger Arbeit die Verschiffung einer noch größeren Truppenzahl, das heißt zwei oder drei Armeekorps, bei einmaliger Fahrt vorbereiten. Hierzu ist in erster Linie notwendig, für die Landungsoperation außer den russischen auch noch alle im Schwarzen Meer befindlichen ausländischen

[1]) Hierbei darf natürlich nicht außer acht gelassen werden, daß für die Landungsoperation nicht alle zum Bestande unserer Schwarzmeerhandelsflotte gehörigen Schiffe herangezogen werden können, sondern nur die, welche am Tage der Mobilisation sich im Schwarzen Meer befinden würden.

Schiffe heranzuziehen, was nicht geschehen könnte ohne die vorherige Schaffung einer entsprechenden Organisation. Als Hauptmittel, um den Transport einer so bedeutenden Landungsarmee zu sichern, muß der Ausbau unserer Handelsflotte im Schwarzen Meere betrachtet werden. Dieser Zweck kann nur erreicht werden durch eine übereinstimmende und energische Tätigkeit des Finanzministeriums, des Ministeriums für Handel und Industrie und des Marineministeriums und erfordert eine Reihe von Maßnahmen, von denen die wichtigste ein Abkommen zwischen der Regierung und den vom Staat unterstützten Schiffahrtsgesellschaften, im besonderen mit der Freiwilligenflotte, wäre in Sachen einer Verstärkung ihrer Flotten, und zwar durch Schiffe, die den besonderen Ansprüchen des Truppentransportes genügen. Kämen zu dem Geschwader 15 solcher Transportschiffe von entsprechendem Tonnengehalt hinzu, so würde dies gestatten, die Zahl der auf einer Fahrt zu transportierenden Truppen um ein Armeekorps zu erhöhen.

Der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten unterstreicht seinerseits die ganze staatswichtige Bedeutung einer Vergrößerung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer. Der Ausbau der letzteren sei nicht nur vom Standpunkte unserer militärischen Aufgaben notwendig, sondern entspricht auch dringenden wirtschaftlichen Bedürfnissen. Leider werden bis auf den heutigen Tag nahezu fünfundneunzig Prozent unserer riesigen Ausfuhr durch das Schwarze Meer von ausländischen Schiffen besorgt, und viele Dutzende von Millionen gehen jährlich in die Hände von Ausländern über für den Abtransport unserer Güter. Der Wunsch, sich in dieser Beziehung vom Auslande frei zu machen, bedeutet eine weitere Rechtfertigung jener finanziellen Opfer, die eine baldige Verstärkung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer erfordern würde.

Auf Antrag des Außenministers gibt die Konferenz dem Wunsche Ausdruck, die Regierung möchte unverzüglich für die Ausarbeitung von Maßnahmen Sorge tragen, die auf den Ausbau unserer Handelsflotte im Schwarzen Meere gerichtet sind.

M. N. Giers kommt auf die Frage der für die Durchführung der Transportoperation notwendigen Zeitdauer zurück. Der von Kapitän Nemitz bezeichnete Termin von zwei Wochen für das Eintreffen der Landungstruppen in Konstantinopel könnte nach Ansicht des Kaiserlichen Gesandten in der Türkei in manchen Fällen übermäßig lang sein. So könnte beispielsweise eine Expedition nach Konstantinopel durch Anarchie in der türkischen Residenz und die Gefahr einer Metzelei hervorgerufen werden. In einem solchen Falle wäre eine Beschleunigung der Aktion vonnöten. M. N. Giers bittet daher, klarzustellen, wie

weit die Dauer der Ausführung der Landungsoperation bei einer entsprechenden Vorbereitung abgekürzt werden könnte.

Der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabes der Marine erwidert, daß in dieser Hinsicht alles von dem Grade der Anpassung der Handelsflotte für die Transportoperationen und der Vorbereitung der Mobilisation abhängt. Sollten die Schiffe der freiwilligen Flotte in entsprechender Weise mobilisiert werden, so könnte eine Division in Kriegsstärke binnen einer Woche nach Konstantinopel geschafft werden.

Der Außenminister gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die ganze erste Staffel des Landungsheeres, das heißt das kombinierte Armeekorps, dessen Mobilisierung geplant ist, auf drei bis fünf Tage abgekürzt wird und sofort verschifft werden könnte, um somit vier bis fünf Tage nach erfolgter Mobilisationserklärung am Bosporus einzutreffen.

Der Chef des Generalstabes lenkt aus diesem Anlaß die Aufmerksamkeit der Konferenz darauf, wie wichtig es wäre, die Schiffe, die für den Transport von Truppen berufen werden könnten, schon in Friedenszeiten dieser Aufgabe entsprechend auszurüsten. Es wäre nötig, sie mit zerlegbaren Pferdeständen, Rohrschlangen für Speisebereitung, Schaluppenbalken usw. zu versehen. Besonders sei für Anpassung der Schiffe für den Transport von Artillerie Sorge zu tragen, wobei die Neuorganisation der letzteren im Auge behalten werden müßte. Die entsprechende Ausrüstung der Schiffe muß den von Staats wegen unterstützten Gesellschaften zur Pflicht gemacht werden. Darüber hinaus ist es notwendig, in den Lagern der Häfen verschiedene, für die Landungsoperationen notwendige Gegenstände bereit zu halten und aufzubewahren.

Unter Betonung, daß bisher sehr wenig geschehen ist im Sinne einer Ausrüstung der Schiffe für Zwecke der Truppentransporte, erklärt der Marineminister, daß viele nützliche Winke in dieser Beziehung der in diesem Sommer im Schwarzen Meere bevorstehende Versuch einer Landungsoperation liefern würde. Es wird sich hierbei auch herausstellen, wie rasch diese Operation durchgeführt werden könnte. Es sei beabsichtigt, während der Sommermanöver in zweimaliger Überfahrt eine Division in Kriegsstärke, das heißt 20 000 Mann, an die kaukasische Küste überzuführen. Die eine Hälfte dieser Truppen soll im Hafen, die andere am unausgebauten Ufer gelandet werden. Im ersten Falle würden die Landungsverhältnisse bis zu einem gewissen Grade ähnlich sein den Verhältnissen, unter denen unsere Landungstruppe bei einer Landung in Bulgarien und Benutzung der bulgarischen Häfen wird an Land gehen müssen. Im zweiten Falle würde eine gewisse Analogie mit der Landung unserer Truppen unmittelbar an der türkischen

Küste ohne jede Unterstützung vom Lande aus vorliegen. Leider gestatten Erwägungen finanzieller Art es nicht, diesen Versuch in großem Umfange durchzuführen, da man eine große Zahl Schiffe dafür in Anspruch nehmen müßte, was zu teuer und für unseren Handel sehr schwierig sein würde.

Der Chef des Generalstabes gibt darauf dem Gedanken Ausdruck, daß man zur Beschleunigung der Vorbereitung der Landungsoperationen zweckmäßigerweise immer besondere Militärtransportschiffe zur Verfügung haben müßte.

Der Marineminister erklärt, dies würde große Ausgaben sowohl für den Erwerb der Transportschiffe, als auch für deren Unterhalt zur Folge haben. Diese Schiffe würden für die Flotte eine tote Last bedeuten, währenddem schon jetzt viele, insbesondere von den Mitgliedern unserer gesetzgebenden Körperschaften, unsere Flotte für nicht genügend schlagfertig hielten.

Die letzte Erwägung darf nach Ansicht des stellvertretenden Außenministers nicht gegen die Einfügung mehrerer Transportschiffe in die Schwarzmeerflotte geltend gemacht werden, da diese Schiffe zur Bewältigung einer besonderen rein militärischen Aufgabe bestimmt sein würden.

In Ergänzung des vom Marineminister Gesagten, fügt Kapitän Nemitz hinzu, daß der Generalstab der Marine gegenwärtig die Frage des Erwerbs einer kleinen Zahl geeigneter Schiffe studiere, um diese für den Transport von Pferden auszurüsten. Da die Überführung von Pferden besonders schwierig ist, so könnte diese Maßnahme die Beschleunigung der Landungsoperation wesentlich fördern.

Die Seestreitkräfte im Schwarzen Meer

4. Von der Beratung von Maßnahmen über die Verstärkung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer in einem Umfange, der den Anforderungen einer Landungsoperation zwecks Besitzergreifung der Meerengen entspricht, geht die Konferenz zu der Frage über, wie unsere Seestreitkräfte im Schwarzen Meer denen der ottomanischen Flotte überlegen gestaltet werden könnten und wie sie gemeinsam mit dem Heere den Durchbruch durch die Meerengen durchführen könnten, um von ihnen Besitz zu ergreifen. Der stellvertretende Chef des Generalstabes der Marine berichtet über das Verhältnis unserer Seestreitkräfte der Schwarzmeerflotte zu denen der türkischen Flotte in der Jetztzeit und den nächsten Jahren. Bisher besaß unsere Flotte zweifelsohne die Herrschaft im Schwarzen Meer. Im Herbst dieses Jahres werden jedoch der ottomanischen Flotte zwei Großkampfschiffe einverleibt: das von

der Türkei bei England bestellte „Reschad V“ und der kürzlich von ihr in Brasilien erworbene „Rio de Janeiro“. Leider können wir vorläufig diesen Schiffen im Schwarzen Meer keinen einzigen Dreadnought gegenüberstellen, und es wird somit die Vorherrschaft im Schwarzen Meere in nächster Zeit auf die Türkei übergehen. Die bevorstehende Verstärkung der türkischen Flotte hat für uns überaus ungünstige Folgen, insbesondere vom Standpunkte der zur Beratung stehenden Operation für die Besitzergreifung der Meerengen. Solange die türkische Flotte im Schwarzen Meer herrschen wird, wird es nicht möglich sein, die Landungsoperation in Angriff zu nehmen, ohne vorher die Herrschaft der ottomanischen Seestreitkräfte beseitigt zu haben. Da es sich jedoch für die russische Schwarzmeerflotte als unmöglich erweisen könnte, in der fraglichen Zeit die türkischen Seestreitkräfte zu vernichten, so käme auch die Möglichkeit selbst einer Landungsoperation in Fortfall, solange unsere Seestreitkräfte nicht das Übergewicht erhalten haben werden. Das ungünstige Verhältnis zwischen unseren und den türkischen Seestreitkräften wird im Sommer 1915 sich zu ändern beginnen, wenn allerdings keine neue Verstärkung der türkischen Flotte durch den Erwerb neuer fertiger Linienschiffe erfolgen sollte, was, wie die Vergangenheit gelehrt hat, durch finanzielle Schwierigkeiten kaum verhindert werden könnte. Infolge der vom Marineressort ergriffenen außerordentlichen Maßnahmen ist es gelungen, den Bau der auf unseren Schwarzmeerwerften befindlichen Dreadnoughts so zu beschleunigen, daß damit gerechnet werden kann, die Schiffe „Imperatriza Maria“ und „Alexander III.“ zum 1. Juni 1915 und zum 1. September desselben Jahres völlig fertigzustellen, statt 1916, wie das in den Verträgen vorgesehen war. Kapitän Nenjukow erwähnt die bestehende Meinung, die türkischen Dreadnoughts seien den bei uns in Bau befindlichen Dreadnoughts der Schwarzmeerflotte an Kampfkraft überlegen und erklärt, daß die ersteren in Wirklichkeit keine größeren Vorzüge als die letzteren besitzen. Gewiß, die türkischen Großkampfschiffe haben eine Bestückung mit 13½-Zoll-Geschützen, während unsere Dreadnoughts mit 12-Zoll-Geschützen bestückt sind. Wäre die Munition von gleicher Güte, so würde die Artillerie der türkischen Schiffe der unseren bedeutend überlegen sein. Die türkische Flotte wird jedoch mit englischer, viel schwächerer Munition versorgt als unsere Munition gleichen Kalibers. Man kann daher sagen, daß die beiden türkischen Dreadnoughts durch unsere 1915 auf dem Plan erscheinenden „Imperatriza Maria“ und „Alexander III.“ ungefähr in Schach gehalten werden könnten. Die Überlegenheit der Kräfte wird uns dann unsere übrige Flotte verleihen, das heißt die jetzt bestehenden vier verhältnismäßig wenig veralteten

Panzerschiffe („Panteleimon", „Joann Slatoust", „Jewstafi" und „Tri Sswjatitelja"), die wesentliche Vorzüge besitzen gegenüber den Kräften, über die die Türkei jetzt vor Hinzukommen der Dreadnoughts verfügt. Ende 1915 ist unsere Schwarzmeerflotte noch durch einen dritten im Bau befindlichen Dreadnought gleicher Art wie „Katharina II." verstärkt worden; außerdem im Jahre 1916 durch zwei Kreuzer. Endlich wurde beschlossen, den Bau noch eines vierten Großkampfschiffes gleicher Art mit den vorgenannten drei in Angriff zu nehmen, der 1917 fertiggestellt werden und die Bildung einer vollen Dreadnoughtbrigade abschließen soll. Außer diesem vierten Schiff ist beschlossen worden, noch zwei Kreuzer, acht Minenboote und sechs Unterseeboote zu bauen, die 1917 fertiggestellt sein werden. Inwieweit der Bau dieser Schiffe uns die Herrschaft auf dem Schwarzen Meer sichern wird, hängt von der weiteren Entwicklung unserer und der türkischen Seerüstungen ab. Das türkische Programm sieht den Erwerb von sechs Großkampfschiffen und zwölf Geschwader-Torpedobooten vor. Die Verwirklichung dieses Programms ist natürlich noch sehr unbestimmt.

Der Marineminister teilt diesbezüglich mit, daß das Marinedepartement noch eine weitere bedeutende Verstärkung unserer Schwarzmeerflotte für die nächsten Jahre vorgesehen habe durch den Bau einer zweiten Brigade völlig moderner Großkampfschiffe.

Die Konferenz nimmt mit großer Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Absichten des Marinedepartements möglichst bald verwirklicht werden können.

Der Marineminister erklärt hierauf, wieso es nicht gelungen war, die für uns so ungünstige Abtretung des Dreadnoughts „Rio de Janeiro" durch Brasilien an die Türkei abzuwenden. Das Marinedepartement hatte seinerzeit die Frage des Ankaufes dieses Kampfschiffes durch Rußland angeregt; später wurde englischen Quellen die Nachricht entnommen, daß dies Schiff nicht verkauft werden würde. Wenn die brasilianische Regierung ihren Beschluß geändert hat, so ist auf sie wahrscheinlich in dieser oder jener Weise eingewirkt worden. Das Marinedepartement ist jetzt nach Kräften bemüht, den Übergang anderer Großkampfschiffe, die von der Türkei etwa angekauft werden könnten, in deren Besitz zu verhindern. Nach den vorliegenden Mitteilungen wird die argentinische Regierung möglicherweise bereit sein, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Bau befindlichen Linienschiffe „Rivadavija" und „Moreno" zu verkaufen; auch scheint die chilenische Regierung geneigt zu sein, zwei gleichfalls in Bau befindliche Dreadnoughts der Klasse „Amirante Latorre" zu verkaufen. Da andere große Einheiten auf dem Markte nicht vorrätig sind, würden wir durch

deren Erwerb die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung der türkischen Flotte in der Gegenwart beseitigen und andererseits die Entwicklung unserer eigenen Seestreitkräfte beschleunigen. Sr. Majestät hat geruht, diesen Erwägungen zuzustimmen und zu befehlen, die im Auslande verkäuflichen Großkampfschiffe anzukaufen. Die hierzu erforderlichen Mittel können auf dem Wege des Art. 117 erhalten werden. Das Marinedepartement ist gegenwärtig damit beschäftigt, festzustellen, welche Schiffe und unter welchen Bedingungen erworben werden können. Die im Auslande erworbenen Großkampfschiffe könnten den Kern eines neuen Mittelmeergeschwaders bilden, dessen strategische Aufgabe es wäre, die Überlegenheit der türkischen Flotte über die unsere im Schwarzen Meere auszugleichen.

Der kaiserliche Gesandte in Konstantinopel spricht seine große Befriedigung darüber aus, daß der Beschluß gefaßt worden ist, die verkäuflichen Dreadnoughts zu erwerben.

Ihm schließt sich der Außenminister an. Gleichzeitig hebt er die Bedeutung hervor, die das Erscheinen unserer Schiffe im Mittelmeere haben könnte im Sinne einer Ablenkung der türkischen Kräfte aus den Schwarzen Meer.

Hierauf weist der Gesandte in Konstantinopel darauf hin, daß der Erwerb der beiden Großkampfschiffe den Türken eine große moralische Kraft verliehen hätte und daß damit ebenso gerechnet werden müßte wie mit der Verstärkung ihrer materiellen Kräfte.

Der Marineminister erklärt hierzu, daß die Türken sich nicht sogleich mit so komplizierten Schiffen, wie die modernen Dreadnoughts es sind, werden vertraut machen können. Sie würden für die Führung der Schiffe Ausländer heranziehen müssen und die Ausbildung des Schiffkommandos würde mindestens 3 Monate erfordern.

Die Eisenbahnen im Kaukasus

5. Die Konferenz geht zu dem letzten, der zur Beratung stehenden Punkte über, nämlich zu der Frage der Eisenbahnen im Kaukasus und insbesondere der sogenannten Bergrückenbahn.

Der Chef des Generalstabes weist darauf hin, daß im Interesse der Landesverteidigung eine möglichst beschleunigte Erbauung einer Bergrückenbahn über den Kamm des Kaukasusgebirges dringend erforderlich wäre. Solange diese Bahn nicht verwirklicht sein würde, würde im Falle eines Kampfes an unserer türkischen Grenze unser Heer keine genügende Verbindung mit dem Hinterland besitzen. Die Schwarzmeerbahn könnte die Bergrückenbahn nicht ersetzen und bilde nur einen Notbehelf. Sie sei der Gefahr ausgesetzt, von der Meeresseite aus zerstört

zu werden und mündet in einer Sackgasse am Berge von Suram. Der Bau der Bergrückenbahn ist auch erforderlich, um die Mobilisationsverhältnisse im Kaukasus günstiger zu gestalten, da, wie bereits erwähnt, die Mobilisation dort aus lokalen Gründen zu langsam erfolgt. Da man bei dem Kampf um Konstantinopel einen Zusammenstoß an der türkischen Grenze für unvermeidlich halten muß, so muß der für diesen Fall notwendige Bau der Bergrückenbahn in die Zahl der Maßnahmen zur Vorbereitung unserer Offensive am Bosporus aufgenommen werden.

Der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten bemerkt, daß Komplikationen an der türkischen Grenze auch ohne den Kampf um die Meerengen eintreten und durch Unruhen in Armenien hervorgerufen werden könnten. Fürst Trubetzkoi weist nunmehr darauf hin, daß nach Errichtung der Bergrückenbahn die Erbauung von Eisenbahnen in den am Kaukasus grenzenden Gebieten der Türkei ihre Gefahr für uns verlieren würde. Für die Wegelosigkeit in diesen Gebieten sich einzusetzen, sei jetzt nicht mehr möglich. Wir mußten uns einverstanden erklären mit dem Bau eines ganzen Eisenbahnnetzes in Kleinasien und in der Grenzzone den Eisenbahnbau selbst in die Hand nehmen. Die Vernunft erfordere, daß wir den Bau der Bergrückenbahn bis zu dem Zeitpunkte zu Ende führen, wo die türkischen Bahnen sich unserer Grenze nähern werden. Der Bau der Bergrückenbahn müßte somit sofort in Angriff genommen werden.

Der Chef des Generalstabes weist darauf hin, daß außer der Bergrückenbahn noch mehrere strategische Eisenbahnen in Transkaukasien erforderlich wären:

1. Eine ununterbrochene doppelgleisige Bahn von Tiflis über Kars und Ssarykamisch bis Karaurgan (an der türkischen Grenze), die auch in Ausführung begriffen ist.

2. Wäre es sehr nützlich, eine Linie von der Station Michailow über Borshon bis Kars (mit einer Abzweigung nach Olty) zu verlegen, die der Schwarzmeerbahn einen Ausgang nach Kars verschaffen würde.

3. Könnte auch eine Linie von Batum nach Kars von Nutzen sein, für deren Bau, soweit bekannt, private Unternehmer vorhanden sind.

* * *

Nach Abschluß der Übersicht über die wichtigsten Fragen, die durch die Notwendigkeit einer planmäßigen Vorbereitung für eine möglicherweise in Kürze erforderliche Besitzergreifung der Meerengen durch uns akut geworden ist, spricht die Konferenz auf Antrag des Außenministers den allgemeinen Wunsch aus, die Regierung möchte durch sämtliche zuständigen Behörden alle Maßnahmen ergreifen lassen, die

für die technische Ausführung dieser Aufgabe erforderlich sind. Zu den konkreten Maßnahmen übergehend, deren Notwendigkeit von den Vertretern der interessierten Ressorts in der vorangegangenen Diskussion klargelegt worden ist, hält es die Konferenz für erwünscht, daß in erster Linie die folgenden Maßnahmen durchgeführt würden, und zwar:

1. Die zur Bildung der ersten Staffel für die Konstantinopeler Expedition bestimmten Landungstruppen der 13. und 16. Division und der 4. Schützenbrigade sollen einen Kompagniebestand von 84 Reihen erhalten.

2. Die Artillerieteile des Odessaer Bezirkes sollen eine Verstärkung der Züge erhalten, wie sie für die Grenzbezirke in Friedenszeiten vorgesehen ist, das heißt Züge mit sechs Geschützen und zwölf Munitionswagen.

3. Das Finanzministerium, das Ministerium für Handel und Industrie und das Marineministerium müssen unter entsprechenden Bemühungen die dringlichsten und wirksamsten Maßnahmen zur Verstärkung unserer Transportmittel im Schwarzen Meer ergreifen. Im besonderen muß die Regierung mit den staatlich unterstützten Dampfschiffahrtsgesellschaften ein Übereinkommen treffen über eine Verstärkung ihrer Flotten, und zwar durch Schiffe, die sowohl in bezug auf die Bauart als auch die Ausrüstung den besonderen Anforderungen des Truppentransportes entsprechen.

4. Das Marinedepartement muß in der nächsten Zeit ein Mittel finden, die für die Überführung der ersten Staffel der Landungsarmee im Umfange eines Armeekorps erforderliche Zeitdauer auf vier bis fünf Tage, gerechnet vom Tage der Erteilung eines diesbezüglichen Befehls, herabzumindern.

5. Unsere Schwarzmeerflotte muß in möglichst kurzer Zeit durch eine zweite Brigade der modernsten und stärksten Großkampfschiffe verstärkt werden, und

6. Es muß in möglichst kurzer Zeit der Bau der ununterbrochenen zweigleisigen Bahn von Tiflis über Kars und Ssarykamysch nach Karaurgan zu Ende geführt und die Bergrückenbahn erbaut werden. Außerdem ist notwendig, eine Eisenbahnlinie von der Station Michailowo über Borshon bis Kars (mit einer Zweigbahn nach Olty) zu führen, außerdem ist die Erbauung einer Eisenbahnlinie von Batum bis Kars durch Privatunternehmer erwünscht.

Die Konferenz ersucht den Außenminister, diese Vorschläge dem geneigten Wohlwollen Sr. Majestät zu unterbreiten.

gez. Sasonow J. Grigorowitsch J. Shilinski

M. Pokrowski, Drei Konferenzen. S. 46 ff.

Namen- und Sachverzeichnis

S

T

V

ihrer Anklage niemals von Haß blindgemachte Darstellung des Weltlaufes zwischen Paris und Petersburg bestätigt wieder die unheilvolle Bedeutung, die der Spätherbst 1912 für den kommenden Krieg hatte."

Hermann Lutz im „Schwäbischen Merkur": „Geheimrat Dr. Stieve hat in dem Buch ‚Iswolski und der Weltkrieg' als berufener Führer von bester Sachkenntnis eine ausgezeichnete Bearbeitung der vier Bände ‚Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis' geliefert, die allen den vielen, die keine Muße zu eigenem gründlichen Studium haben, nur warm empfohlen werden kann. Dr. Stieve hat es in eindrucksvoller Darstellung verstanden, aus den 1374 Akten wertvolle neue Erkenntnisse zu schöpfen, die ein Gewinn für Deutschlands Kampf gegen die Grundlage des Vertrags von Versailles sind."

Professor Hans Delbrück im „Neuen Wiener Tagblatt": „Meines Erachtens gibt diese Edition Gelegenheit zu einer bedeutsamen Wendung in der Behandlung der Schuldfrage, die ich schon längst herbeigewünscht und gefordert habe. Wir müssen aus der Defensive übergehen zur Offensive. Wir dürfen uns nicht mehr begnügen mit dem Satze, daß Deutschland nicht allein schuldig sei, sondern müssen fortschreiten zu dem Beweise, daß der wahrhaft Schuldige kein anderer ist als der gewesene französische Präsident Poincaré."

Graf Monts, Kaiserlicher Botschafter a. D., in der „Kreuzzeitung": „Stieves ‚Iswolski und der Weltkrieg' ist so klar, kurz und dabei doch lückenlos geschrieben, daß das Buch keinem gebildeten Deutschen fremd bleiben darf."

Dr. E. von Schmidt-Pauli in der „Germania": „Wenn die Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes eine Sensation bedeutet, so ist das Buch Stieves eine Tat. Es sollte in jeder Schule als Lehrbuch dienen, in jede Sprache übersetzt werden. Denn es dient der Wahrheit und trägt dazu bei, Deutschland von dem unerträglichen Vorwurf zu befreien, die Kriegsfackel in eine friedliche Welt geschleudert zu haben."

Dr. Felix Hirsch im „Acht-Uhr-Abendblatt": „Friedrich Stieve hat sich ein großes Verdienst um die Klärung der Kriegsschuldfrage durch die Herausgabe der Iswolski-Akten erworben."

Dr. Wilhelm Mommsen im „Kölner Tageblatt": „Eine neue wichtige Aktenpublikation, die das größte Interesse aller historisch und politisch Interessierten beanspruchen kann."

„Völkischer Kurier" (München): „Stieves ‚Iswolski und der Weltkrieg' ist eine Vorgeschichte des Weltkrieges, die sich auf den wahren Kriegsverbrecher konzentriert. Sie verdient, der lernenden Jugend zugänglich gemacht zu werden, denn hier wird in leidenschaftsloser Weise und daher umso eindringlicher Deutschlands Nichtschuld erwiesen."

Arthur von Gwinner im „Berliner Tageblatt": „Stieves verdienstvolles Werk ist in zahlreichen Tages- und Monatsschriften gewürdigt

worden und sei jedem empfohlen, der aus amtlichen Quellen schöpfen will."

Der konservative „Glasgow-Herald" (Schottland) am 5. 1. 1925: „Jedenfalls ist es Stieve gelungen, einen Teil der Kriegsschuld auf die Schultern Rußlands und in einem geringen Grade auf die Frankreichs zu legen. Sein Werk ist daher von fundamentaler Bedeutung für das Verständnis unserer eigenen Zeit und die Dokumente, so schwierig ihre Lektüre ist, sollten sorgfältig studiert werden; denn die meisten von uns werden von ihrer Lektüre mit ganz anderen Ideen aufstehen als denen, mit welchen sie die Lektüre begannen."

Professor Santesson in „Nya Dayligt Allehanda" (Stockholm): „Man frägt sich angesichts dieser Aktenpuklikation: Wird die Veröffentlichung authentischer Dokumente, die die seit Jahren betriebene planmäßige Arbeit für den Weltkrieg im Lager der Entente bestätigen, zu der Erkenntnis führen, daß der Gewaltfriede von Versailles auf einer Lüge — Deutschlands Alleinschuld am Weltkrieg — aufgebaut ist? Wie lange soll die Menschheit es ertragen, daß diese Lüge und ihre unheilvollen Folgen in den Ländern, die die Macht haben, offiziell aufrechterhalten wird?"

Professor Augusto Torre in „Nuova Rivista Storika" (Rom): „Der ‚Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914' bildet ein erschöpfendes und kostbares Material zur tieferen Erkenntnis der vor dem Weltkriege stattgehabten politischen und diplomatischen Ereignisse . . . Man versteht so, wie die verantwortlichen Staatsleiter vor allem besorgt waren, sich nicht überraschen zu lassen, sondern den Gegnern zuvorzukommen. Nach dieser Richtung aber muß man sagen, daß Deutschland und Österreich nicht schuldiger gewesen sind als Frankreich, Rußland und England."

Josef King, ehem. Mitgl. des engl. Unterhauses, in der Zeitschrift „Foreign Affairs", Februar 1925: „Das Licht, das durch Iswolskis Schriftwechsel in das Dunkel fällt, ist so hell, daß niemand ihn lesen kann und dann noch bezweifeln wird, daß die Männer, die die auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich und in Rußland leiteten, das Gleichgewicht der Mächte stören wollten und ohne Rücksicht auf gegenseitiges Übereinkommen entschlossen waren, die Macht Österreichs und Deutschlands zu zerstören und durchaus vorbereitet waren, so bald wie möglich einen Krieg zu wagen, um dieses Ziel zu erreichen."

Der französische Historiker Appuhn im Aprilheft 1925 der „Revue d'Histoire de la Guerre mondiale": „Die Herrn Stieve anvertraute Aufgabe bestand darin, die jetzt veröffentlichten Dokumente zu sammeln und zu übersetzen. In dem Band, den er ‚Iswolski und der Weltkrieg' betitelt hat, erläutert er die Rolle des früheren Botschafters Iswolski in den Jahren vor Kriegsausbruch, eine Rolle, die er als entscheidend in seiner Schlußfolgerung hervorhebt. ‚Iswolski betrieb bereits seit 1911 den

Weltkrieg, und Poincaré gesellte sich ihm im Herbst 1912 zu, und seit Ende 1913 erblickte auch Sasonow in europäischen Verwicklungen den Weg, der Rußland an die Meerengen führen sollte.‘ Wir wollen in dieser kurzen Besprechung das Urteil des Historikers, der diese beiden Staatsmänner als die verantwortlichen Urheber des Krieges hinstellt, nicht einer eingehenden Prüfung unterziehen. Wir beschränken uns nur auf einige Bemerkungen über diese wichtige Dokumentensammlung.“

Der amerikanische Historiker Professor Dr. Barnes im Maiheft des „American Mercur“: „Die sich bereits gegen Iswolski, den russischen Botschafter in Paris, auswirkende Verantwortung ist noch klarer geworden durch Lord Berties Tagebuch und durch die vollständige Veröffentlichung der deutschen Ausgabe des Schriftwechsels Iswolskis 1911 bis 1914 in Verbindung mit einem glänzenden Band von Dr. Stieve, der die Bedeutung dieses Materials auseinandersetzt. Es scheint jetzt sicher zu sein, daß wir sagen dürfen, daß Iswolski nach Poincaré für den Ausbruch des Weltkrieges die persönliche Verantwortung trägt.“

Aus der Zeitung „De Nederlander“ vom 17. 2. 1925: „Die Sammlung, der Friedrich Stieve einen beredten Leitfaden beigegeben hat, bildet vertrauenswürdiges Material für alle, die die Wahrheit suchen über die Ereignisse in Europa vor dem schrecklichen Zusammenstoß von 1914.“

Iswolski im Weltkriege

Von Dr. Friedrich Stieve

Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis aus den Jahren 1914—1917
Neue Dokumente aus den Geheimakten der Russischen Staatsarchive
Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes
Nebst einem Kommentar / Mit 6 faksimilierten Beilagen
I. Die Ereignisse / II. Die Bundesgenossen / III. Die Kriegsziele
Anlagen in Faksimile: Eigenhändige Niederschriften Iswolskis der Telegramme vom 29. August und 25. Oktober 1914 / Von der Botschaftskanzlei angefertigte Originalabschriften dieser beiden Telegramme / Auszug aus einem Brief des Fürsten Trubezkoi an Iswolski vom 2. September 1915 / Unterschriften von Sasonow, Ignatiew und Iswolski

Preis in Pappe 12 Mark, in Ganzleinen 15 Mark, in Halbleder 18 Mark

Auszüge aus den Besprechungen

Dr. Siegfried Heckscher in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“: „Das Buch hält, was das Vorwort verspricht, nämlich der Wahrheit zu dienen, der Wahrheit über den Weltkrieg. Es ist ein unvergleichliches Rüstzeug für alle, die unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit suchen, ihr zum Siege zu verhelfen.“

Der „Vorwärts“ vom 21. Juni 1925: „Durch die Stieveschen Veröffentlichungen gewinnt man ein abschließendes Bild von der Person Alexander Iswolskis, der sicherlich einer der größten, aber auch unheilvollsten Diplomaten seines Zeitalters gewesen ist.“

A. von Wegerer in der „Deutschen Zeitung“: „Es ist jetzt die Möglichkeit gegeben, das gesamte Wirken Iswolskis, der mit Poincaré zusammen den größten Einfluß auf die Herbeiführung des Weltkrieges und seine diplomatische Führung auf der Ententeseite während der ersten Phasen gehabt hat, einem geschlossenen Urteil entgegenzuführen. Das Studium dieser aufschlußreichen Dokumente ist dadurch sehr erleichtert worden, daß Friedrich Stieve in knapper Form eine Zusammenfassung gibt, die es ermöglicht, den Inhalt des umfangreichen Materials gleichsam im Fluge zu erfassen.“

Aus dem Artikel „Kriegsanfang und Kriegsziele in russischen Dokumenten“ von Paul Wentzke in der „Kölnischen Zeitung“: „Alle diese neuen Dokumente, die wir dem Spürsinn Friedrich Stieves verdanken, bestätigen mit aller Gewißheit, daß der sogenannte Verteidigungskrieg gegen den deutschen Angreifer tatsächlich ein gewaltiger, lange vorbereiteter Angriff auf das politische Gleichgewicht Europas war. Die Rückschlüsse, die sich aus diesen einfachen Tatsachen auf die Beantwortung der Frage nach der Schuld am Kriege ziehen lassen,

liegen auf der Hand. Für dieses Ringen, dessen Ziel uns Artikel 231 des Versailler Vertrages aufgezwungen hat, und für den damit verbundenen Kampf gegen die ‚Friedenslüge' bringt das trefflich ausgestattete Buch wichtige, bisher unbekannte Waffen."

Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger im „Hannoverschen Kurier": „Auf dem Wege zur Erschütterung der Lüge von der Schuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Weltkriege geschieht soeben ein außerordentlich wichtiger Schritt. In Berlin erscheint . . . ein neues Buch über Iswolski."

„Die Zeit" (Berlin): „Mit dieser geschichtlichen Bedeutung der Akten ist ihre Tragweite aber durchaus noch nicht erschöpft; sie besitzen vielmehr durch die Aufhellung der Ententepolitik während der ersten Kriegsjahre und vor allem durch die Klarheit, die sie über die Kriegsziele unserer Weltkriegsgegner verbreiten, ein ganz ungewöhnliches Gewicht für die Erschütterung der These von Deutschlands Schuld am Kriege."

Das „Berliner Tageblatt" vom 7. Mai 1925: „Diese neue Sammlung enthält über 300 Schriftstücke, die größtenteils unbekannt sind, in der Hauptsache den Schriftwechsel zwischen Iswolski und Sasonow. Geheimrat Stieve hat dazu einen ausgezeichneten Kommentar geliefert, der in knapper prägnanter Form die Bedeutung der Dokumente erläutert . . . Der ausgezeichnete Herausgeber der Sammlung . . . hat zur Frage der Kriegsursachen und der Kriegsschuld einen außerordentlich wertvollen Beitrag geliefert."

Die „Münchner Neuesten Nachrichten vom 17. Mai 1925: „Die Publikation Stieves ist ein neuer wichtiger Stoß gegen den Versailler Gewaltfrieden."

Das „Ostschweizer Morgenblatt": „Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes hat vor einigen Monaten Geheimrat Stieve den diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis in den dem Kriege vorangegangenen vier Jahren der Öffentlichkeit übergeben. Schon dieser Schriftwechsel hat uns mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß sich an der Seine der ehrgeizige, revanchelüsterne Poincaré und der in seiner Eitelkeit verletzte, frivole Iswolski gefunden, wie sie die ihnen in Frankreich und Rußland entgegentretenden Hindernisse auf dem Wege zu ‚ihrem' Kriege weggeräumt hatten. Der neue Aktenband ‚Iswolski im Weltkriege', der uns den unanfechtbaren Beweis bringt, daß Rußland niemals um seiner Selbstbehauptung willen, nicht einmal zur Verteidigung Serbiens, sondern mit Eroberungs- und Zerstörungstendenzen in den Krieg getreten ist, und daß ihm das Frankreich Poincarés zu solchem Zwecke Hilfe geleistet hat."

Prof. Karl Stählin in der „Zeitschrift für Politik": „Die Sammlung stellt in höchst verdienstvoller Weise einen großen Teil der Dokumente zusammen, die bisher in immer wachsender Menge aus den Geheimarchiven des zaristischen Rußlands unter der Sowjetregierung

ans Licht traten, aber da und dort, in Zeitungen, Zeitschriften, einzelnen Urkundensammlungen, zerstreut waren... So kam eine Aktenpublikation zustande, die ein durchaus klares und meist lückenloses Bild der verhängnisvollen Tätigkeit Iswolskis während seiner Pariser Botschafterjahre vor dem Krieg und seiner dortigen Gesinnungsgenossen, vor allem Poincarés, darbietet und eine unentbehrliche Ergänzung zu dem Aktenwerk des Auswärtigen Amtes: ‚Die Große Politik der Europäischen Kabinette‘ bildet... Aber der vortreffliche Herausgeber bewährt sich mit dem als Führer durch die Aktensammlung beigegebenen Werk zugleich von neuem als Geschichtschreiber, indem er mit diesem Buch eine zusammenfassende Darstellung der in den Dokumenten behandelten politischen Ereignisse unternimmt und so auf einem abgegrenzten Gebiet dem Werden der europäischen Katastrophe nachgeht... Es ist eine vollberechtigte Schlußfolgerung, die Stieve in seiner ausgezeichneten, bei der Lückenhaftigkeit des Materials nur um so höher anerkennenswerten Zusammenfassung zieht: der letzte psychologische Ursprung für die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands ist in den ungeheuren imperialistischen Zielen zu erblicken, die zu ihrer eigenen Rechtfertigung mit dem Mantel der Moral umkleidet werden mußten.

Wir sind im Innern auf dem Weg zur Wahrheit längst im Fortschreiten begriffen; auf dem mühevolleren und bedeutsameren Weg nach außen ist die Publikation der Iswolskidokumente ein neuer und gewichtiger Schritt vorwärts. Daß wir in der Aufhellung der Wahrheit ans Ziel gelangen, ist im tiefsten Sinne eine Angelegenheit nicht nur Deutschlands, sondern Europas und der Menschheit.“

„Neues Stuttgarter Tagblatt“: „Eine wuchtige Waffe in dem vom Auswärtigen Amt geräuschlos mit vornehmer Zurückhaltung, doch nachdrücklich und in ernster Sachlichkeit geführten Kampf gegen das Vorurteil der Welt. Wofür, wenn man sich davon größere Wirkung verspricht, man auch sagen kann: gegen die Schuldlüge.“

H. O. Meisner in „Preußische Jahrbücher“: „Die jetzt vorliegende amtliche deutsche Publikation, die das Material gesammelt, übersetzt, streng chronologisch geordnet und durch über ein halbes Tausend bisher nirgends, auch in Rußland nicht, gedruckter Dokumente vermehrt, in repräsentativer Form darbietet, erscheint geradezu wie eine Entdeckung.“

Dr. F. C. Rode im „Hamburgischen Correspondent“: „Die Dokumente aus der Pariser Tätigkeit Iswolskis (1911—1917) zeigen ihn als einen der gefährlichsten Kriegstreiber, der vereint mit Poincaré die russische und französische Politik in das Fahrwasser geleitet hat, das mit beabsichtigter Notwendigkeit in den Krieg führen mußte. Die Enthüllung der Iswolskischen Minierarbeit zeigt uns aber weiter auch, daß der ‚Verteidigungskrieg‘ der Entente tatsächlich ein ‚Eroberungskrieg‘ ganz großen Stiles war, ein konzentrischer Ansturm gegen den bestehenden Zustand, dessen Bewahrung im Interesse der Mittelmächte lag. Die Rückschlüsse auf die Kriegsschuldfrage ergeben sich daraus

zwangsläufig. In diesem Sinne bedeutet die Veröffentlichung der Iswolski-Akten einen wertvollen — vielleicht den wertvollsten — Beitrag für diejenige Aufklärung, die nicht in der Verteidigung der deutschen Politik, sondern in der Kennzeichnung derjenigen unserer Feinde den Kern der Propaganda gegen die Kriegsschuldlüge sieht."

„Der Heimatdienst" (Berlin): „In solcher Vollständigkeit gab es bisher keine Urkundensammlung über alle Momente und Ereignisse, die die unmittelbar zum Weltkriege treibenden Kräfte beleuchten. Wir gewinnen aus ihr einen tiefen Einblick in die politische Werkstatt, in der abseits vom Licht des Tages mit äußerster Kaltblütigkeit und zielbewußter Sicherheit die diplomatischen Fäden zur Einkreisung der Mittelmächte gesponnen und gezogen wurden."

Dr. C. Mühling im „Berliner Lokal-Anzeiger": „Dieses urkundliche Material, dessen Veröffentlichung nur dadurch möglich gewesen ist, daß in Rußland eine Regierung die Archive beherrscht, die ein Interesse daran hat, die Schuld des Zaren und seiner Ratgeber am Ausbruch des Weltkrieges nachzuweisen, ist vielleicht die wichtigste Quelle für die Erforschung der Kriegsursachen."

„Pester Lloyd" (Budapest): „Ein Quellenwerk allerersten Ranges, an dem, schon um seiner Qualitäten umsichtigster materieller Zusammenfassung und genauester chronologischer Zusammenstellung willen, keine historische Arbeit über die Vorgeschichte des Weltkrieges vorübergehen kann... Der Herausgeber selbst hat die Aufgabe in mustergültiger Weise gelöst. Er läßt tatsächlich die großen Linien der geschichtlichen Entwicklung hervortreten und gibt ein klares Bild der Tätigkeit Iswolskis ‚und seiner Mitspieler' in den vier Jahren vor dem Ausbruch des Weltkrieges. Es darf hinzugefügt werden, daß den deutschen Verfasser die wissenschaftliche Objektivität dabei nie verläßt, daß die Folgerungen, die er aus den von ihm vorgelegten diplomatischen Schriftstücken für die historische Erkenntnis zieht, nicht von einer vorgefaßten Meinung ausgehen und auch nur ganz, ganz selten einmal das subjektive Beteiligtsein des Angehörigen eines unter schwerer Beschuldigung stehenden Volkes verraten..."

Dr. Richard Bahr in einem Aufsatz: „Die slawische Schuld": „Die vier starken Bände enthalten zwar nur den ‚Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis' vom 1. Januar 1911 bis zum 30. Juni 1914 und beschränken sich auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland. Aber was zwischen den beiden Partnern ausgemacht ward, erfaßte zugleich doch den ganzen Kontinent. Erfaßte vor allem den Wetterwinkel Europas, dessen leidenschaftliche Unrast, an der Newa vielleicht mehr noch als an der Seine, in das verwegene Spiel hineingestellt war, an dessen Ende nach Plan und Absicht die Entfesselung des Weltkrieges stand.

Friedrich Stieve hat in einer scharfsinnigen Untersuchung, die durch die Unerbittlichkeit pragmatischer Logik erschüttert und bezwingt,

aus seinen Aktenfunden diesen Schluß gezogen: ‚Iswolski betrieb bereits seit 1911 den Weltkrieg. Poincaré gesellte sich ihm im Herbst des Jahres 1912 zu. Und Ende 1913 erblickte Sasonow in europäischen Verwicklungen den Weg, der Rußland an die Meerengen führen sollte. Für die große Frage nach der Schuld an dem furchtbaren Unglück, das 1914 über Europa hereingebrochen ist, dürfte diese Feststellung immerhin von Wert sein‘.“

„Weser-Zeitung“ (Bremen): „Diese zusammenfassende Darstellung gibt ein so einwandfreies und auch den Kenner der Vorgeschichte des Weltkrieges noch überraschendes Bild über die französisch-russisch-englische Zusammenarbeit, daß sich mit dieser Aktenpublikation jeder auseinanderzusetzen hat, der irgendein Wort über Deutschlands angebliche Schuld am Kriege noch sagen will. Der außerordentliche Wert des Buches liegt insbesondere darin, daß an der Hand von Iswolskis Arbeit die Zusammenhänge, die zwischen dem letzten äußeren Anlaß des Weltkrieges und seiner diplomatischen Vorbereitung stehen, ganz besonders hervorgehoben werden.“

Professor Alfred Stern (Zürich) in den „Basler Nachrichten“: „Wie man aus diesen kurzen Auszügen ersieht, dient das vorliegende Werk in hervorragendem Maße der Aufklärung historischer Ereignisse, die mit dem Schleier des Geheimnisses verhüllt werden sollten. Immer deutlicher erfüllt sich das einst von Zola in anderem Zusammenhang ausgesprochene Wort: ‚Die Wahrheit ist im Anmarsch‘.“

„Leipziger Tageblatt“: „Durch die Sammlung dieser 2000 größtenteils unbekannten Dokumente ist der Öffentlichkeit zum ersten Male zum vollen Bewußtsein gekommen, welche entscheidende und verhängnisvolle Rolle Iswolski auch nach seiner Entfernung aus dem Petersburger Auswärtigen Amt (1910) gespielt hat... Die ersten fünf Bände der Stieveschen Aktenpublikation haben bis an den Rand des Weltkrieges geführt. Der sechste Band, der über 300 unveröffentlichte Dokumente aus den ersten Jahren des Weltkrieges enthält, ergänzt die vorhergegangenen Bände in der glücklichsten Weise; handelten jene von der Entfesselung der Weltkatastrophe, so enthält dieser Band die wahren Kriegsziele der Entente mit schonungsloser Deutlichkeit.“

